



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

ECONOMICS AMONG NATIONS

Ein Grundriss der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen

Verfasser

Andreas Kéri

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, im Juli 2008

Studienkennzahl: A 300 295
Studienrichtung: Politikwissenschaft
Betreuer: Univ.-Prof. DDr. Ingrid Schütz-Müller

ANDREAS KÉRI

ECONOMICS AMONG NATIONS

Ein Grundriß der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen

Alle Rechte vorbehalten
Copyright © 2008 by Andreas Kéri

Gewidmet meinem Vater, Georg Kéri.

Dank.

Dank gilt Herrn DDr. Ingrid Schütz-Müller, Universität Wien, für die geduldige Betreuung der Arbeit.

Unterstützt durch ein Stipendium des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung, entstanden erste Ansätze zum vorliegenden Grundriß im Zuge eines Forschungsaufenthaltes zur asiatisch-pazifischen Wirtschaftskooperation am East-West Center Honolulu, Hawaii, USA. Zahlreiche Gespräche, Recherchen und Diskussionen über die politischen Voraussetzungen regionaler und internationaler Wirtschaftskooperation führten schließlich zu grundsätzlichen Fragestellungen der politischen Ökonomie internationaler Wirtschaftskooperation im Allgemeinen.

Besonderer Dank gilt in diesem Zusammenhang den Professoren Dick Baker, Chung Hoon Lee und Michael L. Manson.

INHALT

	Vorwort:	
1.	Theoretische und praktische Herausforderungen der Globalisierung	1
2.	Grundriß der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen <i>Gegenstand der politischen Ökonomie – Das internationale System als System funktionaler Beziehungen – Der Konflikt zwischen dem Streben nach Sicherheit und dem Streben nach Wohlstand</i>	11
3.	Die marktwirtschaftliche Dynamik im internationalen Kontext <i>Die marktwirtschaftliche Dynamik als expansiver Prozeß – Internationale Arbeitsteilung und nationale Produktivität</i>	19
	Exkurs:	
4.	Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums <i>Die dynamischen Antriebskräfte wirtschaftlichen Fortschritts – Politische Voraussetzungen wirtschaftlichen Fortschritts – Gesellschaftliche Rigidität in etablierten Industrienationen</i>	27
5.	Anarchie und strategische Interdependenz <i>Internationale Regime und die Problematik politischen Marktversagens – Die Bedeutung relativer Gewinne in der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen – Internationale Kooperation als Ergebnis der Wettbewerbslogik des internationalen Systems</i>	37
6.	Aufstieg und Niedergang der Nationen <i>Die Thesen hegemonialer Stabilität – Empirische Defizite der Thesen hegemonialer Stabilität – Theoretische Defizite der Thesen hegemonialer Stabilität – Bedeutung und Charakter politischen Leaderships – Internationale Währungsbeziehungen unter britischer und amerikanischer Führung – Struktureller Wandel und Stabilität des internationalen Systems – Staatsführung als Problem bedingter Optimierung</i>	49
7.	Die politische Ökonomie internationaler Beziehungen als Prozeß komplexer Rückkoppelung <i>Politische Theorien und die Ökonomisierung internationaler Politik – Wettbewerb der Nationen und Expansion des marktwirtschaftlichen Systems – Der Einfluß des marktwirtschaftlichen Systems auf die Handlungsoptionen der Nationen – Prozesse komplexer Rückkoppelung – Der Wirkungszusammenhang der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen</i>	71
	Epilog:	
8.	Das innovative Potential der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen	91
	Literatur	95

ABBILDUNGEN

Abb. 1: Guzzini's duale Konzeption von Phänomenen der Macht	14
Abb. 2: Zirkel der dynamischen Antriebskräfte wirtschaftlichen Fortschritts	29
Abb. 3: Der Machtzyklus	64
Abb. 4: Relatives Wachstum in abgeschlossenen Systemen	65
Abb. 5: Prozesse komplexer Rückkoppelung	83
Abb. 6: Die politische Ökonomie internationaler Beziehungen	85
Abb. 7: Akteure und Strukturelle Bedingungen des internationalen Systems	88

Vorwort:

1. THEORETISCHE UND PRAKTISCHE HERAUSFORDERUNGEN DER GLOBALISIERUNG

Jede Generation steht erneut vor der Herausforderung, die Welt zu ordnen. Am Anfang des 21. Jahrhunderts stehen die Gesellschaften der westlichen Industrienationen unter dem Schlagwort der Globalisierung vor der Herausforderung, internationale Wettbewerbsfähigkeit, Wohlfahrtsstaatlichkeit und soziale Gerechtigkeit neu zu begründen.

Im öffentlichen Bewußtsein präsent als Gegenstand der wirtschafts- und sozialpolitischen Auseinandersetzung, verbirgt sich hinter den geänderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen aber auch eine geopolitische Herausforderung von welthistorischer Dimension. So wie im neunzehnten Jahrhundert die wirtschaftliche Entwicklung Nordamerikas unaufhaltsam das Ende der Dominanz der europäischen Mächte einleitete, hat die fortschreitende Liberalisierung des internationalen Wirtschaftsverkehrs, die Integration der weltwirtschaftlichen Märkte und der Eintritt zentral- und ostasiatischer Nationen in die internationale Arbeitsteilung eine Entwicklung in Gang gesetzt, die auf das Ende der geopolitischen Vorherrschaft des Westens hinausläuft.

Wie zu Beginn der Neuzeit oder der industriellen Revolution, ist die Menschheit damit mit einem revolutionären Wandel ihrer gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Lebensbedingungen konfrontiert. So wie der Aufbruch in die Moderne oder in die industrielle Gesellschaft nicht aus einem einzelnen Faktor heraus vorangetrieben wurde, indiziert die herangebrochene Epoche der Globalisierung eine Zeitenwende, in der weitreichende technologische und institutionelle Innovationen sowie politischen Umwälzungen – obwohl jeweils für sich genommen lineare, eigentlich logische Fortsetzungen des bisher Dagewesenen – in ihrem Zusammenwirken eine grundsätzlich neue Qualität hervorbringen, die den Horizont des bisher Dagewesenen und Denkbaren sprengt.

Konfrontiert mit anhaltender wirtschaftlicher Stagnation und dem Scheitern ihrer Überwindung durch staatliche Nachfragesteuerung keynesianischer Prägung veranlaßten die etablierten Industrienationen Nordamerikas und Westeuropas in den achtziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts institutionelle Reformen der Deregulierung, Privatisierung und transnationalen Liberalisierung in Gang zu setzen. Die dritte industrielle Revolution bildet mit dieser marktwirtschaftlichen Renaissance einen wechselseitigen Multiplikatoreffekt. Weitestgehend von nationalen Beschränkungen des Wirtschaftsverkehrs befreit, sind es die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien, die für Güter, Dienstleistungen und Kapital die Herausbildung globaler – an Stelle nationaler – Märkte ermöglichen und solcherart die weltwirtschaftliche Integration vorantreiben. So entstanden die qualitativen Voraussetzungen der neuen Epoche noch im letzten Stadium des Kalten Krieges.

Mit der politischen Überwindung der Ost-West-Teilung fand die erneuerte marktwirtschaftliche Dynamik dann einen gewaltigen Expansionsraum. Mit einem Schlag hatte sich durch den Eintritt des vormaligen Ostblocks, Chinas und Indiens in das weltwirtschaftliche System das globale Arbeitskräftepotential verdoppelt.

* * *

So lautet die erste Hypothese des vorliegenden Grundrisses der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen, daß die weltwirtschaftliche Integration der ehemals staatswirtschaftlich gelenkten oder nach autarker Entwicklung strebenden Großmächte ihren Prozeß wirtschaftlicher Aufholung unterstützt und damit den weltwirtschaftlichen Strukturwandel beschleunigt. In dem

Ausmaß wie die etablierten Industrienationen diesen Integrationsprozeß fördern, setzen sie sich dann selbst nicht nur einer erhöhten gesellschaftlichen Anpassungsleistung zur Erhaltung ihrer internationaler Wettbewerbsfähigkeit aus, sondern leisten in letzter Konsequenz auch noch dem geopolitischen Aufstieg dieser Mächte Vorschub.

Eine wirtschaftstheoretische und historische Untersuchung der Wirkungsweise der *marktwirtschaftlichen Dynamik im internationalen Kontext* (Kapitel 3, 19-25) zeigt, daß sich der weltwirtschaftliche Strukturwandel über eine Abfolge von Konzentrations- und Diffusionsprozessen vollzieht. Der wirtschaftliche Fortschritt kristallisiert sich an bestimmten geographischen Räumen heraus, konzentriert und verstärkt sich zunächst in diesen, um dann aber in weiterer Folge auszustrahlen und neue Zentren des ökonomischen Fortschritts und der weltwirtschaftlichen Entwicklung hervorzubringen. So ist die marktwirtschaftliche Dynamik als ein nach innen und nach außen gerichteter expansiver Prozeß zu verstehen, in dem das private Streben nach Produktivität und materiellem Wohlstand Ursache fortschreitender Spezialisierung und der zunehmenden wirtschaftlichen Integration geographisch und politisch differenzierter Räume ist. Von seiner Entstehung im mediterranem Europa des sechzehnten Jahrhunderts, seiner Ausdehnung über den nordwesteuropäischen hinweg in den nordatlantischen Raum hinein, bis hin zum wirtschaftlichen Aufholprozeß der asiatischen Nationen in der zweiten Hälfte des zwanzigsten und an der Wende zum einundzwanzigsten Jahrhundert, folgt die geographische Ausdehnung und internationale Integration des marktwirtschaftlichen Systems dieser Logik.

Die Entwicklung des wirtschaftlichen Fortschritts über bestimmte, geographisch definierte Wachstumspole hinweg hat ihre Ursache in substantiellen *Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums* (Kapitel 4, 27-36), die eine Volkswirtschaft erst einmal zu erbringen hat, um sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten und in weiterer Folge von der Integration in das weltwirtschaftliche System zu profitieren. Die Schaffung effizient funktionierender Märkte, die Gewährleistung makroökonomischer Stabilität und die Beförderung privatwirtschaftlichen Wettbewerbs stellen eine komplexe und weitreichende innenpolitische Aufgabe dar. Die Durchsetzung privater Verträge und der Schutz individueller Rechte setzen einen starken Staat voraus. Politik ist ein notwendiges Element einer funktionierenden Marktwirtschaft. Der Staat muß wirtschaftliche Freiheit garantieren, zugleich aber auch respektieren. Steigende Produktivität und damit nachhaltige wirtschaftliche Prosperität ist aber zudem auch noch eine permanente gesellschaftliche Aufgabe, fordert die Bereitschaft, den Willen und die Fähigkeit einer Gesellschaft, sich stetig verändernden Bedingungen anzupassen, setzt ein Mindestmaß stetigen sozialen Wandels, an gesellschaftlicher Innovationskraft voraus. Vor diese Herausforderungen sind aber nicht nur Entwicklungsländer gestellt, die erst einmal effektive politische, rechtliche und wirtschaftliche Institutionen und einen nationalen Konsens zur Investition in die langfristige wirtschaftliche Zukunft hervorbringen müssen. Gerade vor dem Hintergrund neuer, aufstrebender Wirtschaftsmächte sind die etablierten Industrienationen gefordert, die Erfolgsstrategien der Vergangenheit hinter sich zu lassen und zu einem neuen Gleichgewicht der dynamischen Antriebskräfte wirtschaftlichen Fortschritts zu finden, an die Stelle der Wohlstandsverwaltung, die Bereitschaft zur Veränderung und Innovation zu setzen.

Auf Basis dieser gesellschaftlichen Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums ist steigender materieller Wohlstand das Ergebnis zunehmender Produktivität. Produktivität wird erzielt durch Innovation, Investition, Effizienz und Spezialisierung. Eine offensive Integration in das weltwirtschaftliche System eröffnet hier zusätzliche Möglichkeiten, nationale Ressourcen zu ergänzen und ihre Produktivität zu steigern. Die internationale Arbeitsteilung ermöglicht nicht nur eine weitergehende Spezialisierung, als sie in einem autarken, nationalen Rahmen möglich wäre. Um im internationalen Wettbewerb auf Dauer bestehen zu können, sind permanente Innovationsbereitschaft und die strukturelle Flexibilität, die nationalen Ressourcen ihrem jeweils produktivsten Einsatz zuzuführen, eine zwingende Voraussetzung. Dieser permanente Zwang zur Effizienz steigert über die Zeit hinweg nachhaltig die Produktivität einer Volkswirtschaft. Und gerade für

Volkswirtschaften im Prozeß nachholender Industrialisierung ist von Bedeutung, daß die Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung den Zugang zu im Entwicklungsprozeß entscheidende Ressourcen allererst ermöglicht. Internationales Kapital, Managementwissen und Technologie sind Ergebnis und zugleich maßgebliche Ressourcen zur Verbreitung wirtschaftlichen Fortschritts.

* * *

Internationale Wirtschaftskooperation ist also eine wesentliche Voraussetzung eines hohen und steigenden Wohlstandes, fördert zugleich aber auch den Aufholprozeß ehemals unterentwickelter Volkswirtschaften. Auf unterschiedliche Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums beruhenden Abweichungen in den Raten nationalen Wachstums ziehen eine stetige, relative Umverteilung von Wohlstand und Macht innerhalb des internationalen Systems nach sich. Im internationalen Kontext wirkt die marktwirtschaftliche Dynamik im Sinne eines permanenten Transformationsprozesses, der den fortwährenden Aufstieg und Niedergang der Nationen vorantreibt. Indem sie den Aufstieg neuer Wirtschaftsmächte zusätzlich beschleunigt, destabilisiert Globalisierung das internationale System.

Globalisierung ist aber mehr als eine bloß außen- und sicherheitspolitische Herausforderung. Sie ist zunächst Ausdruck des Strebens, durch Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung den nationalen Wohlstand zu vergrößern. Mit der fortschreitenden weltwirtschaftlichen Integration setzen sich die nationalstaatlich verfaßten Gesellschaften jedoch zugleich zunehmend Ereignissen und Entwicklungen außerhalb ihres souveränen Einflusses aus, unterwerfen ihre nationale Prosperität transnationalen Bedingungen. Im innenpolitischen Kontext wird Globalisierung zur wirtschafts- und sozialpolitischen Herausforderung. Gemessen an ihrem Anspruch, ihren Bürgern Sicherheit – auch ökonomische – und gleichzeitig Wohlstand zu gewährleisten, geraten nationale Regierungen unter Druck.

Die praktischen und theoretischen Herausforderungen der Globalisierung haben in ihrem Kern den sich verschärfenden Konflikt zwischen dem Streben nach Eigenständigkeit und Sicherheit und dem Streben nach Wohlstand zur Ursache. Es ist der Konflikt zwischen der territorialen Logik des Staates und der Logik der funktionalen Integration des Marktes. Grundlage des marktwirtschaftlichen Systems ist die Vertragsfreiheit, das individuelle Streben nach Gewinn- und Nutzenmaximierung, in dem der geographische Ort der Vertragspartner vom Prinzip her keine Rolle spielt. Demgegenüber beanspruchen staatlich verfaßte Gesellschaften auf ihrem Territorium Souveränität, autonome Selbstbestimmung und Schutz vor den Unwägbarkeiten transnationaler Ereignisse und weltwirtschaftlicher Entwicklungen. Dem ersten Anschein nach wäre damit Globalisierung Ausdruck eines Sieges der ökonomischen gegenüber der politischen Rationalität, der Aufgabe des politischen Primats zugunsten der wirtschaftlichen Effizienz.

Trotzdem. Im Kern des vorliegenden Grundrisses der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen steht die Hypothese, daß die fortschreitende Integration des weltwirtschaftlichen Systems über nationale Grenzen hinweg, Ausdruck des Strebens der Nationen nach politischer und ökonomischer Souveränität ist. Globalisierung ist dann nicht nur in ihren Auswirkungen, sondern zunächst und vor allem einmal von ihrer Ursache und Antriebskraft her ein zutiefst politisches Phänomen. Sie ist eine logische Fortsetzung des Strebens territorial definierter Gesellschaften, Herrschaft über ihr Schicksal zu gewinnen. Dementsprechend erhebt der vorliegende Grundriß den Anspruch, sich nahtlos in eine ungebrochene Tradition politischen Denkens seit Thucydides einzufügen.

* * *

Es gilt also zu zeigen, daß die fortschreitende weltwirtschaftliche Integration das Ergebnis einer rationalen Strategie politischen Handelns territorialstaatlich verfaßter Gesellschaften sein kann.

Es wäre natürlich einfach, den grundsätzlichen Konflikt zwischen der politischen und ökonomischen Rationalität dahingehend aufzulösen, daß auch Staaten letztlich einer ökonomischen Logik folgen, ihr Interesse ausschließlich der Optimierung absoluter Wohlstandsgewinne gilt. Gleichmaßen umgehen Thesen hegemonialer Stabilität diesen Widerspruch, wenn sie – etwa unter den Auspizien einer Pax Britannica oder Pax Americana – die Entstehung und Existenz einer liberalen Weltwirtschaftsordnung einer überragenden Macht zuschreiben, die in einer historischen Ausnahmesituation in der Lage ist, die üblichen Gesetzmäßigkeiten nationalstaatlichen Wettbewerbs außer Kraft zu setzen. In beiden Fällen wird man den theoretischen und vor allem praktischen Herausforderungen der Globalisierung nicht gerecht. Erklärt man die ökonomische Logik zur dominanten, dann übersieht man die weitreichenden politischen Herausforderungen, die einer weiteren weltwirtschaftlichen Integration und damit steigendem Wohlstand gegenüberstehen. Versteht man umgekehrt eine liberale Weltwirtschaftsordnung nur als Anomalie, die nur dann und so lange Bestand haben kann, wie die Gesetzmäßigkeiten des internationalen politischen Systems außer Kraft gesetzt sind, so unterschätzt man die grenzüberschreitende Kraft des säkularen Prozesses technologischen und ökonomischen Fortschritts.

Es sind *Anarchie und Strategische Interdependenz* (Kapitel 5, 37-48), wechselseitige Abhängigkeitsverhältnisse bei gleichzeitigem Fehlen einer internationalen Zentralgewalt, die auch im Feld der weltwirtschaftlichen Beziehungen das internationale System und damit die Handlungsoptionen der Nationen prägen. Im Kontext der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen begründet die internationale Arbeitsteilung wechselseitige Abhängigkeitsverhältnisse, deren tatsächlichen oder potentiellen Wohlstandsgewinne stets unter dem Vorbehalt des politischen Eingriffs formal souveräner Staaten in den grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr stehen.

In einer ersten Annäherung ist damit die Problematik politischen Marktversagens jene Größe, die einer nachhaltigen weltwirtschaftlichen Integration entgegensteht. Denn natürlich würde nachhaltige internationale Kooperation zur Förderung des internationalen Wirtschaftsverkehrs, eine stabile, möglichst liberale Weltwirtschaftsordnung den Wohlstand aller Nationen maximieren. Aber gleichzeitig kann jede einzelne Nation in einer Welt allgemeinen Freihandels ihren absoluten Wohlstand unter Umständen zumindest kurzfristig weiter vergrößern, indem sie ihren Inlandsmarkt schützt oder ihrer Exportindustrie einseitige Vorteile verschafft. Zusätzlich ist für ein dynamisches weltwirtschaftliches Wachstum die Erwartung einer nachhaltigen Stabilität des internationalen politischen Systems selbst Voraussetzung. So gelangt man sehr rasch zu sich überlagernden, sich multiplizierenden instabilen Erwartungshaltungen, in denen die Unsicherheit über die Nachhaltigkeit einer liberalen Weltwirtschaftsordnung deren potentiellen Wohlstandsgewinne begrenzt und dies wiederum die Neigung zu unilateralen handelspolitischen Maßnahmen verstärkt.

Die Entstehung, Ausweitung und Vertiefung einer grundsätzlich liberalen Weltwirtschaftsordnung berührt die fundamentale Fragestellung der Möglichkeiten und Grenzen der Entstehung einer internationalen Ordnung innerhalb eines anarchischen Systems formal souveräner Staaten. Es ist aber nicht bloß die Gefahr pareto-defizitärer Lösungen im Hinblick auf die Optimierung absoluter Wohlstandsgewinne, die der Charakter des internationalen Systems mit sich bringt. Denn der anarchische Grundcharakter des internationalen Systems, das Fehlen einer internationalen Zentralgewalt bedeutet zunächst und vor allem einmal, daß die Staaten zum Schutz ihrer Interessen und ihrer Sicherheit im Ernstfall auf sich selbst gestellt sind. Deshalb sind sie auch stets gezwungen, nicht bloß ihren individuellen Wohlstand zu maximieren, sondern sich gleichzeitig und zuallererst im Wettbewerb der Nationen zu behaupten, ihre relative Stellung im internationalen System zu verteidigen. Auch in der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen meiden daher Staaten Vereinbarungen, die dazu führen könnten, daß sich die internationale Verteilung von Wohlstand und Macht zu ihren Ungunsten verändert.

Es handelt sich dabei um den Kern des Politischen schlechthin. Die Bedeutung relativer Gewinne, die positionale Logik politischen Handelns weist weit über die spezifische Herausforderung der Schaffung einer stabilen Weltwirtschaftsordnung hinaus. Denn wenn es in der Politik stets darum geht, Interessen und Ziele nicht bloß innerhalb geltender Spielregeln zu verfolgen, sondern diese Prinzipien und Regeln typischerweise zu seinem eigenen Gunsten zu beeinflussen, dann wird die Entwicklung der relativen Position innerhalb eines Machtgeflechtes widerstreitender Interessen zur kritischen Größe. Dann genügt es eben nicht mehr, unabhängig von seinen Mitstreitern, die eigenen Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten entlang einer absoluten Skala zu optimieren. Die Bedeutung relativer Gewinne ist eine universell gültige Konstante des Politischen.

* * *

Über den inneren Widerspruch zwischen der Logik des marktwirtschaftlichen Systems und der politischen Logik des internationalen Systems hinweg, im Widerstreit zwischen dem Streben nach Sicherheit und jenem nach Wohlstand, entfaltet sich die Geschichte des internationalen und weltwirtschaftlichen Systems als Dynamik des relativen *Aufstiegs und Niedergangs der Nationen*. (Kapitel 6, 49-70)

Tatsächlich wirkt eben die Logik der marktwirtschaftlichen Dynamik im internationalen Kontext in einer Art und Weise, derzufolge die Expansion ökonomischen Fortschritts mit einer permanenten Umwälzung der internationalen politischen Ordnung einhergeht. So war das Übergreifen der industriellen Revolution auf Kontinentaleuropa und Nordamerika in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts mit steigenden Pro-Kopf-Einkommen verbunden. Aber gleichzeitig brachte diese Verbreitung notwendigerweise neue Wachstumspole hervor, die trotz steigenden Wohlstands auf Dauer die relative ökonomische und politische Stellung des Vereinigten Königreichs schwächen mußten. Auch führt der Eintritt des vormaligen Ostblocks, Chinas und Indiens in das marktwirtschaftliche System zu steigendem Wohlstand in den westlichen Industrienationen. Aber zugleich kündigt sich darin eine fundamentale Neuordnung der geopolitischen Verhältnisse an. Die marktwirtschaftliche Dynamik läuft der positionalen Logik des internationalen politischen Systems entgegen.

Trotzdem ist es möglich Globalisierung, die fortschreitende ökonomische Integration geographisch und politisch differenzierter Räume zu erklären, ohne daß man auf eine wie immer gear-tete ad-hoc-Hypothese vom Ende des Politischen zurückgreifen müßte. Im Rahmen der hier anerkannten politischen und ökonomischen Gesetzmäßigkeiten ist dies dann möglich, wenn man die Entfaltung des marktwirtschaftlichen Systems geradezu als Ergebnis nationalstaatlicher Rivalität versteht. Nicht die Aufhebung des Ringens der Nationen um politische und ökonomische Souveränität, sondern gerade das Streben der Nationen nach einem Gleichgewicht der Kräfte ist dann Ursache internationaler Kooperation. Internationale Kooperation muß als Phänomen verstanden werden, daß unter gewissen Bedingungen von der Wettbewerbslogik des Systems selbst hervorgebracht wird, nicht als artfremdes Phänomen, das außerhalb der Logik des internationalen politischen Systems steht. Die Pluralität des internationalen Systems und die Entwicklung einer liberalen Wirtschaftsordnung sind so unauflöslich miteinander verwoben. Gerade das Scheitern hegemonialer Ansprüche, das fortgesetzte Wirken politischen Wettbewerbs ist dann auch auf der internationalen Ebene Voraussetzung ökonomischer Freiheit.

* * *

Vor den Toren Konstantinopels steht 1453 die Armee Sultan Mehmet's II. Mehr als tausend Jahre lang Zentrum der westlichen Welt, mußte die Stadt am Bosphorus zuvor wiederholt Angriffen aus dem Osten standhalten. Dank seiner strategischen Lage und der Mauer Theodosius' II., der fortschrittlichsten Befestigungsanlage des Mittelalters, galt die Metropole als uneinnehm-

bare Bastion des Westens. Während die Byzantiner in tausendjährigen Dogmen gefangen waren, im Großen Schisma über Jahrhunderte hinweg im inneren Konflikt mit West-Rom nach der reinen christlichen Lehre strebten, galten die Osmanen für ihre Zeit als aufgeklärt, liberal und weltoffen. Auf die unterworfenen Völker wurde kein Zwang, die Konfession zu wechseln, ausgeübt, im Vergleich zum feudalen System des christlichen Europa, war die Besteuerung der ländlichen Bevölkerung gering. Technologisch fortgeschritten, institutionell effizient und verhältnismäßig finanzstark, gelang es dem osmanischen Reich am Besten, die Erfindung des Schießpulvers zu seinem Vorteil zu nutzen. Die besten Kanonengießer wurden engagiert, die Logistik und Taktik artilleriegestützter Kriegsführung waren am weitesten fortgeschritten.¹ Auf sich allein gestellt, in die Defensive zurückgezogen, war am Ende auch die stärkste Festung gegenüber dem ökonomischen und technologischen Fortschritt machtlos. Mit dem Verlust der ökonomischen und technologischen Leistungsfähigkeit waren auch die Voraussetzungen politischer Eigenständigkeit und Unabhängigkeit verloren gegangen. Ende Juni legt, aus Lepanto kommend, in Venedig ein Schnellboot an. Der Kapitän überbringt dem Senat jene Nachricht, die sich wie ein Lauffeuer über den Kontinent verbreiten sollte. Im Monat zuvor, am 29. Mai 1453, war nach mehrwöchiger Belagerung und schwerem Bombardement Konstantinopel gefallen. Die Türken hatten Istanbul eingenommen. Die mittelalterliche Ordnung Europas war zu Ende gegangen. Das osmanische Reich als Großmacht fest etabliert.

Zur etwa der gleichen Zeit, in einer hyperkompetitiven Epoche innereuropäischer Staatengeschichte, geprägt von permanenten kriegerischen Auseinandersetzungen, bilden sich in Oberitalien, besonders in der Lombardei und Florenz, die Anfänge modernen Finanzwesens heraus. Im dreizehnten, vierzehnten und fünfzehnten Jahrhundert entziehen sich die Kaufleute zunehmend der politischen Macht, beziehungsweise begründen, wie etwa im Falle der Medici, ihre eigene. Sie verstehen es, ihre Geldreserven gewinnbringend einzusetzen indem sie grenzübergreifend Bankdienstleistungen erbringen, etwa internationale Handelsgeschäfte finanzieren oder Kredite vergeben. Kreditnehmer sind in vielen Fällen die Fürsten und Herrscherhäuser selbst. Meistens zur Finanzierung ihrer militärischen Auseinandersetzungen.² Funktionierende Finanzmärkte werden zu einer Voraussetzung politischer Handlungsfähigkeit.

In der Glorious Revolution von 1688-89 fordert und gewinnt das Bürgertum Englands Vertragsicherheit gegenüber politischer Willkür. Die Bill of Rights, die verfassungsgemäße Ausübung politischer Gewalt, eine unabhängige Rechtssprechung. Die parlamentarische Steuerhoheit hält die Staatsquote unter Kontrolle und bewirkt gemeinsam mit der Gründung der Bank of England von 1694 einen relativen Überschuss an günstigem Finanzkapital. Nirgendwo sonst konnte sich ein präsumtives bürgerliches Unternehmertum seiner Rechte sicherer sein, hätte über mehr Freiheiten und Möglichkeiten verfügt. Während sich in Kontinentaleuropa die absolutistischen Tendenzen zunächst sogar noch verstärken und unter dem Titel des Merkantilismus Versuche einer zentralistischen Wirtschaftslenkung unternommen werden, entwickelt sich in England auf Basis einer gesicherten privaten Rechtssphäre und garantierten Eigentumsrechten eine bürgerliche Zivilgesellschaft, die wenige Jahrzehnte später die industrielle Revolution anstößt.³ Das Vereinigte Königreich wird zur führenden Weltmacht.

Wichtiger. Nach jahrtausendjahrelanger Subsistenz eröffnet die Verdichtung technisch-wissenschaftlicher Errungenschaften und ein sich potentierendes Produktivitätswachstum mit einem Schlag breiten Bevölkerungsschichten materiellen Wohlstand und Freiheitsgrade menschlicher Existenz. Die Herausbildung des marktwirtschaftlichen Systems markiert damit zugleich die Anfänge moderner Zivilisation.

1. Vgl. Crowley 2005

2. Vgl. Cleugh 1986; Machiavelli [1525] 1986; Valdez 2003, 13f.

3. Vgl. Cameron and Neal 2003, 154-159 u. 160-186; Miesch 1989, 168-199 u. 213-224; Olson 2000, 36-40; Wolf 2004, 40-53

* * *

Globalisierung ist das Ergebnis staatlichen, politischen Handelns unter dem Einfluß marktwirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten zur Sicherung von Wohlstand und faktischer nationaler Souveränität. Es zeigt sich, daß gerade die Wettbewerbslogik des internationalen Systems, sein anarchischer Charakter, die Bedeutung relativer Gewinne, als fortwährende Konstante des Politischen, die Nationen immer wieder zwingt, zur Erhaltung ihrer Stellung im System internationale Kooperation einzugehen und daß damit der Prozeß fortschreitender Globalisierung in Gang gesetzt werden kann.

Ein *Grundriß der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen* (Kapitel 2, 11-17) hat dementsprechend die Politik und die Wirtschaft in ihrem Verhältnis der wechselseitigen Abhängigkeit und des gleichzeitigen Widerstreites gegenüberzustellen. Nur auf Basis eines Grundrisses, der die Logik des zwischenstaatlichen Wettbewerbs auf gleicher Ebene mit jener des marktwirtschaftlichen Systems konfrontiert, kann der wechselseitige Einfluß von Politik und Wirtschaft in einem durchgängigen Design analysiert werden. Die weltwirtschaftlichen Bedingungen sind dann nicht mehr bloß einseitig Ergebnis oder Ursache politischen Handelns. Nur wenn man Politik und Wirtschaft nicht von vornherein in ein einseitiges Verhältnis der unidirektionalen Über- oder Unterordnung setzt, wird man der Tatsache gerecht, daß auch auf der internationalen Ebene wirtschaftlicher Wohlstand Voraussetzung politischer Macht ist und dann wiederum politische Macht die Voraussetzungen der Schöpfung und Verteilung wirtschaftlichen Wohlstands in einem wesentlichen Ausmaß beeinflusst. Die Logik des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs muß der des zwischenstaatlichen Wettbewerbs zur Seite gestellt und ihre dynamischen Interaktion einer Analyse unterzogen werden.

* * *

Letztlich Kraft eines bewußten politischen Willens zur Absicherung der materiellen Basis souveränen, eigenständigen Handelns wird der privatwirtschaftliche Wettbewerb freigesetzt. Dessen Logik umschreibt dann aber in weiterer Folge den Handlungsspielraum der Akteure des internationalen Systems, gewinnt einen nachhaltigen Einfluß auf die Handlungsoptionen der Nationen, zwingt sie, ihre Politik im inneren wie im äußeren den Bedingungen und Gesetzmäßigkeiten der marktwirtschaftlichen Dynamik anzupassen. „We make our decisions. And then our decisions turn around and make us.”⁴

Die Interaktion der Logik politischen Handelns und der marktwirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten bringt den *Wirkungszusammenhang der Politischen Ökonomie Internationaler Beziehungen* (Abbildung 6, 85) hervor. Die modelltheoretische Analyse zeigt, daß der Grundriß der politischen Ökonomie als die Verknüpfung zweier Rückkoppelungsprozesse zu verstehen ist. Der ökonomische Prozeß, der von den nationalen Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums ausgehend, über die Regime internationaler Wirtschaftskooperation vermittelt, die internationale marktwirtschaftliche Dynamik hervorbringt, ist dem politischen Prozeß eingeschrieben. Die politische Rationalität ist mit der ökonomischen verzahnt, indem die marktwirtschaftliche Dynamik die Struktur des internationalen Systems und damit in Folge die relative Leistungsfähigkeit der einzelnen Nationen beeinflusst.

Die Eckpunkte des Grundrisses der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen werden zunächst von den Nationen – als primäre Akteure des internationalen politischen Systems – und den privatwirtschaftlichen Akteuren, Produzenten und Konsumenten, gebildet. In ihrer Wechselbeziehung mit ihresgleichen, bringen die Nationen die Strukturen des internationalen Systems und die privatwirtschaftlichen Akteure die Gesetzmäßigkeiten des marktwirtschaftlichen Systems hervor. Der hier grundgelegte Wirkungszusammenhang legt damit auch die Genese und

4. P.W. Bornum, zitiert nach Shapley 1993, 615

Evolution der strukturellen Bedingungen der politischen Ökonomie offen, die vom Theorieansatz des strukturellen Realismus bloß als feststehende handlungsleitende Maxime, als statische Größe vorausgesetzt werden. Tatsächlich wird die Struktur des internationalen Systems, die internationale Machtverteilung, auch in ihrer permanenten Veränderung, dem ständigen Aufstieg und Niedergang der Nationen, als politische Aufgabe wahrgenommen und ist dementsprechend Gegenstand politischer Manipulationsversuche. Im Zeitalter der Globalisierung tritt neben diesem politischen Handlungskontext im engerem Sinne nun auch vermehrt die internationale marktwirtschaftliche Dynamik hinzu, wird diese zu einer funktionalen Beziehung, die die Effektivität politischen Handelns direkt bestimmt und die es daher ebenfalls nach Möglichkeit zu beeinflussen gilt.

So wird die Geopolitik zunehmend von ökonomischen Funktionsverhältnissen bestimmt, tritt an die Seite der klassischen Gleichgewichtspolitik der geoökonomische Wettbewerb der Nationen um ihre Stellung innerhalb der internationalen Arbeitsteilung und um Anteile an den Weltmärkten. Aus Sicht der Nationen sind zwar die Mittel nun auch und vermehrt ökonomische, die Ziele bleiben indes die politischen, das Streben nach relativer Unabhängigkeit und nach Absicherung der eigenen Position im internationalen System. Die marktwirtschaftliche Dynamik, die weltwirtschaftliche Integration im Zeichen der Globalisierung ist zwar ein säkularer Prozeß, ein Prozeß der von Kräften außerhalb des politischen Systems angetrieben wird. Die Entfaltung des marktwirtschaftlichen Systems, dieser säkulare Prozeß technologischen Fortschritts und weltwirtschaftlicher Integration wirkt jedoch durch den Filter, durch die Mechanik, politischen Handelns der staatlichen Akteure hindurch. Deshalb legt der hier skizzierte Grundriß einen Wirkungszusammenhang der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen offen, der die Entfaltung des weltwirtschaftlichen Systems unter die Überschrift von *Economics among Nations* stellt.

* * *

Dieser Wirkungszusammenhang der politischen und ökonomischen Rationalitäten bestimmt Funktionsweise und Entwicklung der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen. Die internationale Verteilung von Wohlstand und Macht, das Ausmaß und den Charakter internationaler Wirtschaftskooperation, die Integration national differenzierter Märkte und das weltwirtschaftliche Wachstum.

In systemtheoretischer Hinsicht begründet diese wechselseitige Verzahnung der ökonomischen mit der politischen Logik den *Grundriß der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen als einen Prozeß komplexer Rückkoppelung*. (Kapitel 7, 71-90) Hochkomplexe, rückgekoppelte Prozesse zeichnen sich dadurch aus, daß trotz eines eindeutig bestimmbar Verhältnisses zwischen den Größen des dynamischen Gesetzes und auch bei vollständiger Kenntnis aller Ausgangsbedingungen ihr Ergebnis, der Gleichgewichtszustand dem sie zustreben, nicht eindeutig bestimmbar ist. Es sind pfadabhängige Prozesse, deren bisheriger geschichtlicher Verlauf die weitere Entwicklung bestimmt, sie sind vom Prinzip her irreversibel, aber die weitere Entwicklung läßt mehrere potentielle Lösungen zu, die unter dem Einfluß zufallsabhängiger Variablen stehen.

Hier gelangt man an einen entscheidenden Punkt. Nachdem strukturelle Voraussetzungen – Der Stand der wirtschaftlichen Bedingungen und technologischen Grundlagen, die historischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen und die politischen Kräfteverhältnisse. – auch in ihrer Gesamtheit nicht ausreichen, politische und wirtschaftliche Entwicklungen vollständig zu erklären oder gar vorherzusagen, eröffnet sich dem nicht vorherbestimmbar und vorherbestimmten politischen Handeln sein Feld. Die beschriebenen politischen und wirtschaftlichen Funktionslogiken und Gesetzmäßigkeiten – Die Bedeutung relativer Gewinne und die marktwirtschaftliche Dynamik im internationalen Kontext. – bestimmen den Rahmen, die Mechanik, den Algorith-

mus, innerhalb dessen politisches Handeln als notwendiges gestaltendes, begründendes und schließlich deskriptives Element wirkt.

Unter gegebenen Ausgangsbedingungen – Stand der wirtschaftlichen Bedingungen und technologischen Grundlagen; Historische und gesellschaftliche Voraussetzungen; Politische Kräfteverhältnisse. – ist es dann das freie Handeln, das, unter Einfluß der politischen und wirtschaftlichen Funktionslogiken und Gesetzmäßigkeiten, den Pfad der weiteren Entwicklung bestimmt, indem es selbst wieder neue Ausgangsbedingungen, i.e. strukturelle Voraussetzungen schafft. Die strukturellen Voraussetzungen bestimmen den Ausgangspunkt und die ökonomischen und politischen Gesetzmäßigkeiten die Bandbreite, von dem aus und innerhalb derer politisches Handeln die weitere Entwicklung bestimmt. In einer analytischen ex-post Betrachtung ist dann die Entwicklung der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen als pfadabhängiger Prozeß unter Einfluß zufallsabhängiger Variablen, unter Einfluß des nicht vorherbestimmten politischen und wirtschaftlichen Handelns der Akteure zu verstehen.

* * *

In dem Ausmaß, wie gesellschaftliche, ökonomische und politische Systeme grundsätzlich als hochkomplexe, rückgekoppelte Strukturen mit diesen Eigenschaften zu verstehen sind, hätten wir es daher mit einer Welt zu tun, die Gesetzmäßigkeiten gehorcht und trotzdem unterschiedliche Entwicklungen zuläßt. – Mit einer Welt, die, trotz dem sie von Gesetzmäßigkeiten geprägt ist, eine offene, nicht gänzlich vorherbestimmte Welt bleibt. Es ist dann unter den gegebenen Ausgangsbedingungen zwar nicht jede beliebige Entwicklung möglich, aber zwischen den grundsätzlich möglichen Entwicklungen herrscht eine gewisse Wahlfreiheit. Die Evolution der gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Realität ist dann zwischen den Extremen eines vollständigen strukturellen Determinismus, der zwingend einem vorherbestimmten Gleichgewichtszustand zustrebt, einerseits, und der vollständigen Beliebigkeit, andererseits, anzusiedeln. Die Entwicklung der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen treibt einen permanenten Wandel voran, der das System ‘destabilisiert’ und so immer wieder ein Zeitfenster eröffnet, in dem Geschichte als evolutionärer Prozeß gestaltet werden kann. “There is a time at which the tides of history change.”⁵ *Das innovative Potential der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen* (Kapitel 8, 91-94) wird durch den säkularen Prozeß ökonomischen und technologischen Wandels eröffnet, der auf die bestehende gesellschaftliche und politische Ordnung einen permanenten Modernisierungsdruck ausübt.

In einer langfristigen, weltgeschichtlichen Betrachtung mag die fortschreitende Globalisierung als ein logisches, zwingendes Ergebnis der ökonomischen Logik und des technologischen Fortschritts erscheinen.

„Die Spannung der Machtkonzentration ist aus Rom gewichen, und so schrumpft die Stadt in der zweiten Hälfte des 6. Jh. auf unter 50.000 Einwohner, in einem Stadtorganismus für eine Million.“⁶ Katastrophen passieren. Chancen werden verpaßt.

Die beinahe tausendjährige, zumindest fünfhundertjährige zivilisatorische Stagnation des mittelalterlichen Europas oder die abgesagte industrielle Revolution im China des vierzehnten Jahrhunderts.⁷ Es gibt keinen logisch zwingenden Grund, weshalb der Aufbruch in die Moderne erst im fünfzehnten Jahrhundert stattfinden sollte, weshalb ein unterbrechungsfreies Anknüpfen an die zivilisatorischen Errungenschaften der Antike nicht möglich war. Es sei denn, man anerkennt die Rolle der Politik als unabdingbares, notwendig drittes Element gelungener Zivilisation und kultureller Evolution. Ökonomische Logik und technologischer Fortschritt alleine sind nicht ausreichend, um menschlichen Fortschritt zu erklären oder zu bewirken.

5. Doran 1991, 93

6. Fischer 2001, 90

7. Vgl. Cameron and Neal 2003, 44-76 und Wright 2000, 155-173

Der Gang der Weltgeschichte entfaltet sich über den Einfluß, den die langfristigen säkularen Trends potentiellen technologischen und ökonomischen Fortschritts vermittels der zyklischen Prozesse politischen Handelns gewinnen. Die systematisch angelegte Möglichkeit einer evolutionären Entwicklung, die in den menschlichen Bedingungen angelegten zivilisatorischen Kooperationsgewinne Wirklichkeit werden zu lassen hat stets erfolgreiches politisches Handeln zu seiner Voraussetzung. Die Aufgabe der Politik, die institutionellen Bedingungen einer komplexen, arbeitsteiligen, materiell und kulturell produktiven Gesellschaft aufrechtzuerhalten, bleibt auch im Zeitalter der Globalisierung des 21. Jahrhunderts unbedingt bestehen.

Wirtschaftlicher Wohlstand war und ist immer dann und dort möglich, wo eine liberale Wirtschaftsordnung in eine stabile rechtsstaatliche und demokratische Gesellschaftsordnung eingebettet ist. Selten genug. Eine solche Ordnung angesichts massiver wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Umwälzungen aufrechtzuerhalten, darin liegt die Herausforderung und Schicksalsfrage des 21. Jahrhunderts. Globalisierung, eine liberale Weltwirtschaftsordnung, möglichst frei von Beschränkungen des nationalen und transnationalen Wirtschaftsverkehrs ist die beste Hoffnung der Menschheit in weiten Teilen der Welt Armut und Unterentwicklung nachhaltig zu überwinden.

Wirtschaftlicher Wohlstand ist die Voraussetzung eines würdevollen, selbstbestimmten Lebens, das über das bloße physische Überleben hinausgeht. Gerade diese materielle Basis, respektive die Freiheit und Möglichkeit sich diese zu erarbeiten, ist es, die Freiheitsgrade in der Wahl der Lebensaufgabe und des Lebensstils allererst ermöglicht. Eine Freiheit, die aber im wesentlichen immer noch auf die Bevölkerungen der westlichen Industrienationen beschränkt ist, die bis dato ein Minderheitsprogramm geblieben ist.

Globalisierung öffnet der Menschheit ein Zeitfenster, die epochale Chance, ganze Erdteile in die Errungenschaften der marktwirtschaftlichen und industriellen Revolution einzubeziehen. Sie ist für Hunderte Millionen von Menschen die beste Chance, wirtschaftlichen Wohlstand zu erringen und in Zukunft ein würdiges, selbstgestaltetes Leben zu führen.

Diese Ausweitung, diese Multiplikation des Raumes technologischen und kulturellen Fortschritts birgt in sich selbst vermittels von Skalen- und Netzwerkeffekten wiederum das Potential der Öffnung eines neuen evolutionären Wachstumspfad. Wir sprechen von einer neuen Qualität menschlicher Zivilisation.

In Abhängigkeit der Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums führt die marktwirtschaftliche Dynamik im globalen Kontext über lange Zeiträume hinweg zu einem permanenten Wandel der Struktur des internationalen Systems. Diese marktwirtschaftliche Dynamik strebt ihrer expansiven Logik gehorchend danach, die räumlichen Grenzen ihres Geltungsbereichs zu überwinden und bringt in diesem Prozeß neue Wachstumspole hervor. Im Zuge der Entfaltung des weltwirtschaftlichen Systems bestimmen unterschiedliche Wachstumsraten der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit den Aufstieg und Niedergang der Nationen.

Die internationale Verteilung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bestimmt in letzter Konsequenz die Struktur des internationalen Systems. Die Struktur des internationalen Systems wird definiert durch die internationale Verteilung der verfügbaren Machtressourcen, welche die Stellung der Nationen im internationalen System festlegen. Ihrem Selbstverständnis und ihrer politischen Funktion entsprechend streben Staaten danach, ihre Position im internationalen System im Idealfall zu verbessern, zumindest aber danach, nicht an Einfluß über ihr eigenes Schicksal zu verlieren.

Insofern nun die marktwirtschaftliche Dynamik einen stetigen Wandel der internationalen Verteilung wirtschaftlichen Wohlstands nach sich zieht und die nationale Prosperität transnationalen Bedingungen unterwirft, wird der privatwirtschaftliche Wettbewerb zum konflikträchtigen Thema internationaler Politik. Gleichzeitig ist die Entfaltung des marktwirtschaftlichen Systems aber auch Ergebnis internationaler Politik. Sie ist Ausdruck des Strebens der Nationen, durch Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung ihren wirtschaftlichen Wohlstand zu vergrößern. Diese Bedingungen definieren die Herausforderungen und Chancen der Globalisierung.

GEGENSTAND DER POLITISCHEN ÖKONOMIE

Spätestens von dem Zeitpunkt an, als das menschliche Streben nach Sicherheit und Wohlstand im Staat und im Markt ihren institutionellen Ausdruck fanden, stehen Politik und Wirtschaft in einem dialektischen Verhältnis der wechselseitigen Abhängigkeit und Konkurrenz. Beide sind Formen der sozialen Ordnung, die ihre Rechtfertigung aus dem Umstand ableiten, daß „menschliche Zusammenarbeit möglich und notwendig ist.“⁸ Beide sind Systeme, welche die Ansprüche des Einzelnen an knappen Gütern bestimmen – sind Systeme der Ressourcenallokation. Ideal-

8. Rawls [1971] 1990, 148. Weitgehend der Analyse Hume's in *A Treatise of Human Nature* (1739) folgend, unterscheidet Rawls zwischen objektiven und subjektiven Umständen, die die menschliche Zusammenarbeit möglich und notwendig machen. Zu den subjektiven gehören „die einschlägigen Eigenschaften der zusammenarbeitenden Menschen. Sie haben zwar im großen und ganzen ähnliche oder einander verschiedentlich ergänzende Bedürfnisse und Interessen, so daß eine gegenseitige nutzbringende Zusammenarbeit zwischen ihnen möglich ist, aber sie haben doch ... verschiedene Ziele und erheben konkurrierende Ansprüche auf die verfügbaren natürlichen und gesellschaftlichen Hilfsmittel.“ (ibid., 149f.) Die objektiven Bedingungen menschlicher Zusammenarbeit bestehen in den Umständen, daß „viele Menschen gleichzeitig in einem bestimmten geographischen Gebiet“ leben und daß „in vieler Beziehung eine gewissen Knappheit“ herrscht. „Natürliche und andere Hilfsmittel sind nicht so im Überfluß vorhanden, daß planvolle Zusammenarbeit nicht notwendig wäre; andererseits sind die Bedingungen nicht so hart, daß jede Unternehmung fruchtlos bleiben müßte.“ (ibid., 149) Daraus folgt: „Obwohl also die Gesellschaft ein Unternehmen der Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil ist, ist sie ... ebenso durch Interessenkonflikte wie durch Interessenharmonie gekennzeichnet.“ (ibid., 148f.)

typischerweise kommt dem Staat die Herstellung und Verteilung öffentlicher,⁹ und dem Markt die privater Güter zu.¹⁰ Dementsprechend wären der Politik und der Wirtschaft zwei autonome Sphären des gesellschaftlichen Zusammenlebens zuzuweisen.

Darüber hinaus werden Staat und Markt von unterschiedlichen Logiken, Verteilungsprinzipien beherrscht. Während der Nationalstaat von einer territorialen Logik geprägt wird, sind es die relativen Preise, die das Marktgeschehen bestimmen. In marktwirtschaftlichen Systemen ist die soziale Ordnung durch das Nebeneinander der zentralen Allokationsstruktur des Staates und der dezentralen des Marktes bestimmt. Grundlage staatlichen Handelns ist der autoritative Akt, der Gültigkeit für die gesamte Bevölkerung eines geographisch definierten Gebietes beansprucht. Grundlage einer freien Marktwirtschaft ist die Vertragsfreiheit, das über den Preismechanismus vermittelte individuelle Streben nach Gewinn- und Nutzenmaximierung, in dem der geographische Ort der Vertragspartner vom Prinzip her keine Rolle spielt. Die primäre Logik des Staates ist die der territorialen, die des Marktes der funktionalen Integration.

Auf der Ebene des internationalen Systems begründen diese unterschiedlichen und rivalisierenden Logiken des Staates und des Marktes die politische Ökonomie internationaler Beziehungen:

Whereas powerful market forces in the form of trade, money, and foreign investment tend to jump national boundaries, to escape political control, and to integrate societies, the tendency of government is to restrict, to channel, and to make economic activities serve the perceived interests of the state and of powerful groups within it. The logic of the market is to locate economic activities where they are most productive and profitable; the logic of the state is to capture and control the process of economic growth and capital accumulation.¹¹

Die internationale Verteilung von Macht und Wohlstand ist Ergebnis der wechselseitigen und dynamischen Interaktion dieser beiden Steuerungsinstrumente menschlichen Handelns, ist Ergebnis der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen. Gegenstand der politischen Ökonomie ist dementsprechend einerseits der Einfluß des marktwirtschaftlichen Systems auf die internationale Politik, andererseits aber auch der Einfluß internationaler Politik auf die Weltwirtschaft.¹² Die politische Ökonomie internationaler Beziehungen umfaßt die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen innerhalb des internationalen Systems in ihrer wechselseitigen Beeinflussung und in ihrem Zusammenwirken.

DAS INTERNATIONALE SYSTEM ALS SYSTEM FUNKTIONALER BEZIEHUNGEN

Die wechselseitige Interaktion von Politik und Wirtschaft hat ihre Ursache in der Tatsache, daß wirtschaftlicher Wohlstand in letzter Konsequenz auch politische Macht begründet, und daß umgekehrt politische Macht die Voraussetzungen der Schöpfung und Verteilung wirtschaftlichen

9. Klassische Beispiele solcher öffentlicher Güter sind die innere und äußere Sicherheit und die Rechtsordnung eines Staates. Öffentliche Infrastruktureinrichtungen – Bildung, Gesundheit, Verkehr etc. – sind weitere Beispiele von Gütern, deren gesamtgesellschaftlicher Nutzen dem des individuellen Konsumenten übersteigt, die positive externe Effekte aufweisen. Zu den Kennzeichen öffentlicher Güter vgl. Anm. 45.

10. Der Konflikt zwischen dem Staat und dem Markt über ihren jeweiligen Einflußbereich hat demzufolge seine grundsätzlichen Ursachen in den Fragen, welche Güter als öffentliche Güter zu charakterisieren sind und inwieweit die Verteilungswirkungen des Marktes gerecht sind (und insoweit dies nicht der Fall sei, ob staatliche Eingriffe in das Marktgeschehen einen höheren Grad an Verteilungsgerechtigkeit erzielen können).

11. Gilpin 1987, 11

12. Der Begriff 'politische Ökonomie' ist damit zunächst – in Übereinstimmung mit Gilpin (1987, 8f.) – von den Fragestellungen her definiert, die die Interaktion von Politik und Ökonomie aufwirft. Von dieser Definition sind Begriffsverwendungen zu unterscheiden, die die politische Ökonomie methodisch definieren, etwa durch die Anwendung des Modells des rationalen Akteurs der Ökonomie auf sämtliche Bereiche menschlichen Handelns. Weiters steht politische Ökonomie auch für die Anwendung von spezifischen ökonomischen Theorien – etwa der Spieltheorie, der Theorie kollektiven Handelns, oder marxistischer Theorien – zur Erklärung sozialen Verhaltens.

Wohlstands in einem wesentlichen Ausmaß beeinflusst. So bestimmt und gewährleistet der Staat den Umfang und Inhalt der Eigentumsrechte – die Rechte betreffend die Nutzung, des Erwerbs und der Veräußerung von Vermögenswerten,¹³ legt damit die Regeln wirtschaftlichen Handelns fest und bestimmt weitestgehend das System positiver und negativer ökonomischer Anreize.¹⁴ Umgekehrt bestimmt der Markt den wirtschaftlichen Wohlstand und die Stellung des Staates in der internationalen Arbeitsteilung und legt damit den Rahmen der dem Staat zur Verfügung stehenden Ressourcen fest. Politik und Wirtschaft stehen auf diese Weise in einem dynamischen Verhältnis der wechselseitigen Beeinflussung und Abhängigkeit: Sie ermöglichen sich; und zugleich schränken sie sich wechselseitig ein.

Der ‘strukturelle’ Realismus oder ‘Neorealismus’ zeichnet sich dadurch aus, daß er das Verhalten der Staaten grundsätzlich als Ergebnis der Struktur des internationalen Systems unter den Bedingungen der Anarchie, soll heißen des Fehlens einer internationalen Zentralgewalt versteht.¹⁵ Guzzini weist darauf hin, daß ein solcher Theorieansatz ein Verständnis des Staates als rationalen, nutzenmaximierenden Akteur feststehender Präferenzen voraussetzt.¹⁶ Der Staat wird als Akteur verstanden, der um die Beibehaltung seiner Position im internationalen System kämpft und dies durch rationale Abwägung der Kosten und Nutzen alternativer Handlungen bewerkstelligt. Erst aufgrund dieser Annahme kann das Verhalten der Staaten aus den Beschränkungen der Struktur des internationalen Systems heraus verstanden werden.¹⁷ Die Struktur des internationalen Systems, die Verteilung der Machtressourcen – zumeist verstanden als die relative nationale Leistungsfähigkeit seiner Akteure – ist damit zugleich Ursache wie Ergebnis staatlichen Handelns. Sie bestimmt staatliches Handeln in den internationalen Beziehungen und ist gleichzeitig Ergebnis dieses Handelns. Eine solche zyklische Argumentation lenkt naturgemäß die Aufmerksamkeit auf die intervenierenden Variablen, auf jene Größen, die in diesen Rückkoppelungsprozeß eingreifen und die lineare Beziehung zwischen Ursache und Ergebnis durchbrechen. Will man sich der Dynamik der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen annähern, d.h. die internationale Verteilung von Wohlstand und Macht nicht als gegeben betrachten, sondern die Mechanismen der Veränderungen in der Quantität und Qualität dieser Verteilung darlegen, so genügt es eben nicht mehr, das internationale System als objektiv gegeben zu betrachten, als System feststehender Spielregeln, das dem rationalen Akteur seine Kosten-Nutzen-Analyse diktiert. Vielmehr muß das internationale System als intersubjektiv konstituiertes System funktionaler Beziehungen dynamischen Charakters verstanden werden.¹⁸ Seinen dynamischen Charakter verdankt das internationale System dabei der Tatsache, daß über

13. Vgl. Hatch and Yamamura 1996, 49f.

14. Damit stellt der Markt als Institution selbst auch wieder ein öffentliches Gut dar, dessen Effizienz sämtlichen Marktteilnehmern zugute kommt (Nichtrivalitätskriterium) und dessen gesamtgesellschaftlicher Nutzen gleichzeitig den des jeweils individuellen Marktteilnehmers übersteigt (positive externe Effekte).

15. Demgegenüber betrachtete der ‘traditionelle’ Realismus „den äußeren Zusammenhang von staatlichem Handeln nicht als autonome Ebene“ (Gärtner 1993, 127), und verstand – wie Hans J. Morgenthau – die internationale Politik als das Ergebnis des Denken und Handelns der Staatsmänner in Kategorien des nationalen Interesses definiert als Macht (Baldwin 1993b, 7).

16. Guzzini 1993, 444f.

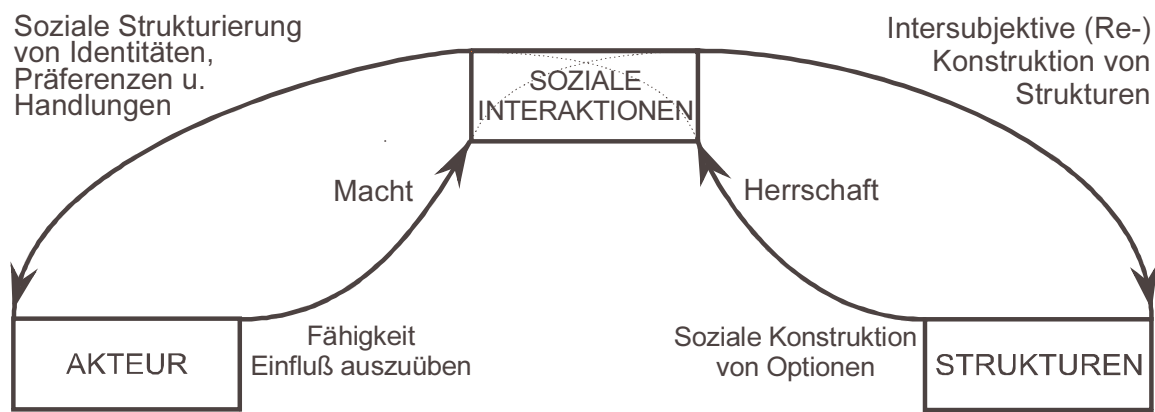
17. Dementsprechend gelangt Guzzini (1993, 444f.) zu der Feststellung: „The contribution of neorealism has been the systematic use of an economic mode of explanation in international relations.“ Wie in der Makroökonomie, setzt eine Analyse der Makroebene (des internationalen Systems/des Marktes) voraus, daß die Präferenzen der individuellen Akteure als theoretisch gegeben angenommen und konstant gehalten werden. Umgekehrt setzt eine Analyse der Mikroebene (des Verhaltens der Staaten/des individuellen Marktteilnehmers) – wie in der Mikroökonomie – voraus, daß die Mechanismen der Makroebene (des internationalen Systems/des Marktes) als gegeben betrachtet werden: „In other words, rational choice and a Waltzian analysis are merely the two different levels of the same economic (utilitarian and interactionist) approach.“

18. Im Rahmen des vorliegenden Gedankenmodells sind die Staaten die Subjekte, die zentralen handelnden Akteure des Systems. Dementsprechend steht die marktwirtschaftliche Dynamik – obwohl selbstverständlich selbst auch wiederum das Ergebnis handelnder Akteure – den Staaten als anonyme, funktionale Beziehung gegenüber.

längere Zeiträume hinweg die relative Bedeutung und Qualität dieser funktionalen Beziehungen einem stetigen Wandel unterworfen ist.

Ein solches Verständnis des internationalen Systems harmoniert mit Guzzinis dualer Konzeption von Phänomenen der Macht, die die Akteure des internationalen Systems dessen Strukturen gegenüberstellt und beide über soziale Interaktionen vermittelt (Abb. 1).¹⁹ Unter den Strukturen des internationalen Systems sind im Rahmen des vorliegenden Gedankenmodells funktionale Beziehungen zu verstehen, die Herrschaft begründen. Es sind funktionale Beziehungen im mathematischen Sinne, die die Effektivität der den Akteuren zur Verfügung stehenden Machtressourcen bestimmen. Sie bestimmen den kausalen Zusammenhang zwischen den Ressourcen staatlichen Handelns, d.h. der Macht des Staates und den Ergebnissen, die deren Einsatz

Abb. 1: Guzzinis duale Konzeption von Phänomenen der Macht



Quelle: Guzzini 1993, 473

19. Die Notwendigkeit einer solchen dualen Konzeption leitet Guzzini aus der Unmöglichkeit „of limiting power phenomena to a single concept at either the agent or the structural level“ ab (1993, 468). Diese These ist Ergebnis einer Untersuchung unterschiedlicher Konzeptionen sog. 'struktureller Macht,' die in Ergänzung, Kritik oder Überwindung der akteursbezogenen neorealistischen Konzeption von Macht als intentionalem und nutzenorientiertem Handeln entwickelt wurden.

Guzzini unterscheidet zwischen drei gebräuchlichen Interpretationen des Begriffs struktureller Macht (1993, 450-467): Strukturelle Macht kann zunächst als akteursbezogene intentionale Macht verstanden werden, die in der Lage ist, die Strukturen des internationalen Systems zum eigenen Gunsten zu verändern. Eine solche strukturelle Macht im Sinne von Krasners 'Metamacht' ist dann anzunehmen, wenn man die Institutionen des internationalen Systems nicht nur als Reflexion der internationalen Verteilung der nationalen Leistungsfähigkeiten versteht, sondern ihnen den Charakter von intervenierenden Variablen zuspricht, die in den Translationsprozeß zwischen staatlicher Machtausübung und deren Auswirkungen auf das internationale System eingreifen und dieses Beziehungsverhältnis verändern. Metamacht bedeutet dann die Fähigkeit eines Akteurs, Einfluß auf Regeln des internationalen Systems zu nehmen, die die Effektivität der nationalen Machtressourcen bestimmen.

Strukturelle Macht kann zweitens als akteursbezogene, aber nicht-intentionale Macht verstanden werden. In dieser Bedeutung sollen externe Effekte erfaßt werden, die zwar nicht Bestandteil der Zielsetzungen des handelnden Akteurs sind, aber aufgrund seiner spezifischen Position innerhalb der Sicherheits-, Finanz- oder Produktionsstrukturen andere Akteure des Systems zwingt, ihr Verhalten anzupassen. So waren beispielsweise die Mitgliedsländer des EWS gezwungen, ihre Geldpolitik jener Deutschlands anzupassen, auch wenn diese Politik ausschließlich im Hinblick auf die Erfordernisse der deutschen Volkswirtschaft vollzogen wurde.

Und schließlich wird der Begriff von der strukturellen Macht auf Wirkungen angewandt, deren Ursprung keinem spezifischen Akteur des Systems zugeordnet werden können. Zunächst sind darunter Wirkungen zu verstehen, die die internationalen Beziehungen aufgrund ihrer spezifischen Ausprägung ausüben und die Akteure je nach ihrer Stellung innerhalb dieser Beziehungen begünstigen oder benachteiligen. So erzeugt die Logik des Marktes spezifische Muster von Beschränkungen und Möglichkeiten, die die Leistungsfähigkeit und Optionen der Akteure mitbestimmen. In diesem Sinne übt der Markt 'strukturelle Macht' aus. (In einem weiteren Sinne inkludiert diese intersubjektive Begriffsverwendung aber auch den normativen Diskurs und metatheoretische Aspekte, der Legitimität erzeugt und die den Horizont des Denkbaren bestimmen.)

mit sich bringt. Auf diese Weise begründen die Strukturen des internationalen Systems Herrschaft, soll heißen Phänomene der Beeinflussung, die nicht unmittelbar den individuellen Akteuren des Systems zugeordnet werden können.

Konkretisiert man ein solches dialektisches Verständnis von Akteur und Strukturen im Hinblick auf die politische Ökonomie internationaler Beziehungen, so entspricht den funktionalen Strukturen vor allem einmal die marktwirtschaftliche Dynamik im internationalen Kontext.²⁰ Das marktwirtschaftliche System gehorcht einer ihm eigenen Logik und entzieht sich damit über weite Strecken der politischen Kontrolle. Trotzdem ist dessen Entfaltung aber zunächst Ergebnis eines politischen Willens der Akteure des internationalen Systems; des Willens durch Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung zu nationaler wirtschaftlicher Prosperität zu gelangen. Die Möglichkeit zur Ausdehnung über nationale Grenzen hinweg erhält der Markt aufgrund der Logik des zwischenstaatlichen Wettbewerbs. Das nationale Streben nach Wohlstand und Macht setzt den expansiven Charakter des privatwirtschaftlichen Wettbewerbs frei, läßt die wirtschaftliche Integration national differenzierter Märkte Wirklichkeit werden. Gleichzeitig beschränkt die marktwirtschaftliche Logik den Handlungsspielraum der Akteure des internationalen Systems. In ihrem Streben nach Wohlstand und Macht sind die Nationen gezwungen, ihre Politik den Bedingungen des privatwirtschaftlichen Wettbewerbs anzupassen. Das marktwirtschaftliche System übt auf diese Weise Herrschaft aus, indem es die Akteure des internationalen Systems zwingt, ihr Verhalten seinen Funktionsmechanismen entsprechend zu gestalten.

DER KONFLIKT ZWISCHEN DEM STREBEN NACH SICHERHEIT UND DEM STREBEN NACH WOHLSTAND

Die Entwicklung des internationalen Systems ist Ergebnis der dynamischen Interaktion der Logik des zwischenstaatlichen Wettbewerbs und der Logik des marktwirtschaftlichen Systems. Dabei ist die relative Bedeutung dieser beiden Funktionsmechanismen in ihrer systemprägenden Kraft stetigen, wechselseitig bedingten Veränderungen unterworfen, die dieser Interaktion ihren dynamischen Charakter verleiht. So ist die Entfaltung der marktwirtschaftlichen Dynamik im internationalen Kontext in einem wesentlichen Ausmaß Funktion der Intensität und des Charakters des zwischenstaatlichen Wettbewerbs. Umgekehrt beeinflussen die Auswirkungen des wirtschaftlichen Wettbewerbs die relativen Positionen der Nationen innerhalb des internationalen Systems.

Obwohl man idealtypisch von einem Gegensatz zwischen einer militärisch-politischen Welt und einer Welt des Handels sprechen kann,²¹ ist der jeweils konkrete Charakter eines pluralistischen Systems prinzipiell souveräner Staaten zwangsweise Resultat des Zusammenwirkens beider Welten:

As territorial entities, spatially rather than functionally defined, states cannot follow a commercial logic that would ignore their own boundaries. ... As spatial entities structured to jealously delimit their own territories, to assert their exclusive control within them, and variously to attempt to influence events beyond their borders, states are inherently inclined to strive for relative advantage against like entities on the international scene, if only by means other than force.²²

20. In einer ähnlichen Weise sprechen Gill and Law in ihrer *Global Political Economy* (1988, 73-75 u. 83-102) von der 'strukturellen Macht des Kapitals,' die – bei unterschiedlichen Auffassungen in der Sache und unter Weglassung der diskursiven und metatheoretische Komponenten – vom Prinzip her der 'marktwirtschaftlichen Dynamik im internationalen Kontext' des hier dargelegten Modells entspricht.

21. Vgl. Rosecrance 1986, 22-28 u. 231-238

22. Luttwak 1990, 18 u. 19

Versteht man den Staat als einen Zusammenschluß von Individuen eines geographischen Raumes, die aufeinander angewiesen sind und in einem fiktiven – der Staatsgründung zugrundeliegenden – Vertrag die Verteilung der „Früchte der gesellschaftlichen Zusammenarbeit“ regeln,²³ dann impliziert die Fiktion eines solchen Gesellschaftsvertrags das nationale Streben nach Souveränität, das Bedürfnis einer solchen Gesellschaft, daß nicht Dritte in dieses Vertragsverhältnis eingreifen – das Streben nach politischer und wirtschaftlicher Selbstbestimmung einer solchen staatlich verfaßten Gesellschaft. Dort wo die marktwirtschaftliche Dynamik des Strebens nach Effizienz die Grenzen einer solchen Gesellschaft durchbricht, wird der wirtschaftliche Wohlstand einer Nation transnationalen Bedingungen unterworfen und widerspricht damit grundsätzlich dem territorialstaatlichem Prinzip. Es kommt zum Konflikt zwischen dem Streben nach Sicherheit (Selbstbestimmung) und Fortschritt (Wohlstand). Immer dann, wenn die marktwirtschaftliche Dynamik in einem neuen quantitativen oder qualitativen Sinne die Grenzen des staatlich verfaßten Raumes überschreitet, geraten die Bestrebungen nach nationalem Wohlstand und nationaler Macht (Streben nach gesellschaftlicher Selbstbestimmung) zueinander in Konflikt, gilt es zu einem neuen Gleichgewicht zwischen diesen beiden Bedürfnissen zu finden.

Mit der zunehmenden Internationalisierung wird die Selbstbehauptung einer Gesellschaft im globalen ökonomischen Wettbewerb immer mehr zum zentralen Thema der nationalen Politik. Nationale Unterschiede in den Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums bewirken, daß die wechselseitigen Vorteile absoluter Wohlstandsgewinne durch Ausdehnung des marktwirtschaftlichen Systems zu einem Verlust in der relativen nationalen Leistungsfähigkeit einzelner Nationen führen können. Das internationale System wird dann vom ‘geoökonomischen’ Wettbewerb²⁴ der Nationen geprägt, vom Wettbewerb der Nationen um die möglichst vorteilhafte Positionierung innerhalb der internationalen Arbeitsteilung:

[T]he global or territorial distribution of economic activities, especially of industry and technology, is a central concern of modern statecraft; behind the technical discussions of trade, foreign investment, and monetary affairs are conflicting national ambitions and the fundamental question of ‘who is to produce what and where.’²⁵

In einer interdependenten politischen Ökonomie internationaler Beziehungen – einem internationalen System, das mit den Bedingungen einer globalisierten Weltwirtschaft konfrontiert ist – wird internationale Politik zu einem Spiel widersprechender Zielsetzungen. Die Integration nationalstaatlich differenzierter Märkte schafft gemeinsame Interessen und wechselseitige Abhängigkeiten, die die Nationen – zwecks Sicherung und Förderung ihres wirtschaftlichen Wohlstands – zur Kooperation zwingen. Nachdem aber die Nationen danach streben ihre Position im internationalen System zu verteidigen, nachdem sie darauf abzielen, die asymmetrischen Interdependenzen zu ihren Gunsten zu beeinflussen, wird diese Kooperation gleichzeitig vom Konflikt um die relative Verteilung der absoluten Wohlstandsgewinne der internationalen Arbeitsteilung geprägt. In einer interdependenten politischen Ökonomie internationaler Beziehungen stehen sich die Nationen gleichzeitig als Partner wie auch als

23. Rawls [1971] 1990, 33

24. Edward N. Luttwak (1990) verstand den vom Ende des Kalten Krieges ausgelösten Wandel des internationalen Systems als einen Übergang von der Geopolitik hin zur ‘Geo-Ökonomie.’ Der Rückgang der Bedeutung von militärischen Konflikten und die zunehmende globale ökonomische Interdependenz, führt nicht zu einer Überwindung des zwischenstaatlichen Konflikts, sondern ‘lediglich’ zu einem Wandel in der Methode, mit der dieser Konflikt ausgetragen wird: „[W]hat is going to happen – and what we are already witnessing – is a much less complete transformation of state action represented by the emergence of ‘Geo-economics.’ This neologism is the best term I can think of to describe the admixture of the logic of conflict with the methods of commerce – or, as Clausewitz would have written, the logic of war in the grammar of commerce.“ (ibid., 19)

25. Gilpin 1987, 64

Kontrahenten gegenüber. Der Charakter dieses Systems wird geprägt vom Wettbewerb interdependenter Akteure, die in letzter Konsequenz auf sich selbst gestellt sind, deren Interessen von keiner übergeordneten Autorität verteidigt werden. Internationale Kooperation und zwischenstaatlicher Wettbewerb sind unauflöslich miteinander verwoben. Es ist dieser grundsätzliche Widerspruch, diese Rivalität bei gleichzeitiger Interdependenz, die die Grenzen und zugleich die Möglichkeiten internationaler Wirtschaftskooperation diktiert.

Während sich auf nationalstaatlicher Ebene Politik und Wirtschaft als zentrale und dezentrale Allokationsstrukturen gegenüber stehen, bedeutet das Fehlen einer internationalen Zentralgewalt, daß es auf der internationalen Ebene zu einem Konflikt zweier dezentraler Allokationsstrukturen kommt, wobei keine Struktur über die jeweils andere die absolute Kontrolle besitzt. Und das bedeutet wiederum, daß das internationale System als intersubjektiv konstituiertes System funktionaler Beziehungen dynamischen Charakters zu bestimmen ist. Dementsprechend kann die politische Ökonomie internationaler Beziehungen die Mechanismen der Interaktion von Politik und Ökonomie in ihrer Auswirkung auf die internationale Verteilung von Wohlstand und Macht erklären, der jeweils spezifische Charakter des internationalen Systems und die jeweils konkrete internationale Verteilung von Wohlstand und Macht entzieht sich damit aber im Sinne eines komplexen Rückkoppelungsprozesses²⁶ zwangsläufig der Vorhersehbarkeit. Dies gilt selbstverständlich auch für die politische Ökonomie internationaler Wirtschaftskooperation: Die durch die marktwirtschaftliche Dynamik vermittelte Struktur des internationalen Systems in ihren Auswirkungen auf den Charakter und die Intensität des zwischenstaatlichen Wettbewerbs bestimmt grundsätzlich Ausmaß und Form der internationalen Wirtschaftskooperation. Die spezifische Ausprägung internationaler Wirtschaftskooperation beeinflusst dann aber selbst wiederum Geschwindigkeit und Richtung der weiteren Entfaltung des marktwirtschaftlichen Systems.

26. Vgl. Cramer 1993, 86-98 und unten Seite 83f.

Das über den Preismechanismus des Marktes vermittelte Streben der Produzenten und Konsumenten nach Gewinn- und Nutzenmaximierung ist Ursache fortschreitender Spezialisierung, steigender Produktivität und der zunehmenden Integration räumlich und politisch differenzierter Märkte, bis hin zu einer schlußendlich den gesamten Globus umfassenden integrierten Weltwirtschaft. Diese Entfaltung des marktwirtschaftlichen Systems über nationale Grenzen hinweg begründet somit eine internationale Arbeitsteilung, die sich räumlich ausdehnt und ihrem Charakter nach einem stetigen Wandel unterworfen ist – und im Zuge dessen den strukturellen Wandel der Weltwirtschaft reflektiert und zugleich vorantreibt.

DIE MARKTWIRTSCHAFTLICHE DYNAMIK ALS EXPANSIVER PROZEß

Der liberalen Volkswirtschaftslehre zufolge ist jede Wirtschaft – auch die internationale – als das nebeneinander zweier relativ unabhängiger Sektoren zu verstehen.²⁷ Jedem relativ modernen, fortschrittlichen Sektor hoher Produktivität und wirtschaftlicher Integration steht ein traditionellerer Sektor gegenüber, der durch überholte Produktionsmethoden und einem höheren Grad lokaler Selbstversorgung gekennzeichnet ist. Innerhalb einer solchen ‘dualen Ökonomie’ vollzieht sich der Prozeß wirtschaftlicher Entwicklung durch Einbindung und Umgestaltung des traditionellen in einen modernen Sektor durch Modernisierung dessen wirtschaftlicher, sozialer und politischer Strukturen. Die Entwicklung des marktwirtschaftlichen Systems ist damit in seinem Wesen ein nach innen und außen gerichteter expansiver Prozeß,²⁸ der immer weitere Lebensbereiche den marktwirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten unterwirft und den räumlichen Geltungsbereich dieses Systems ausdehnt. Dieser Entwicklungsprozeß greift überall dort und in jenem Ausmaß Platz, wie soziale und politische Beschränkungen des privatwirtschaftlichen Strebens nach Gewinn- und Nutzenmaximierung aufgehoben werden und sich neue technologische und organisatorische Möglichkeiten eröffnen. Aus dieser Perspektive ist nicht nur die fortschreitende Spezialisierung, steigende Produktivität und damit zunehmender materieller Wohlstand das Ergebnis des privatwirtschaftlichen Wettbewerbs, sondern auch die geographische Ausdehnung und Integration des marktwirtschaftlichen Systems – von seiner Entstehung im mediterranen Europa des sechzehnten Jahrhunderts, über den nordwesteuropäischen und nordatlantischen Raum, bis hin zum Westpazifik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts; ist Folge seiner inneren Logik als ein System, das seine Dynamik wesentlich aus der Überwindung der Grenzen seiner inneren Ausdifferenzierung und seiner räumlichen Ausdehnung bezieht.

Die Interpretation der Weltwirtschaft als duale Ökonomie, als das – in diesem Zusammenhang räumlich abzugrenzende – gleichzeitige nebeneinander eines modernen und eines traditionellen Sektors läßt sich näherhin spezifizieren und auf die Entstehung neuer Zentren weltwirtschaftlicher Aktivität und den damit verbundenen Wandel der Struktur des weltwirtschaftlichen Systems anwenden. Das gleichzeitige und räumlich abgrenzbare Nebeneinander von Ökonomien unterschiedlicher Entwicklungsniveaus, der Charakter der Austauschbeziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und die Auswirkungen dieser Beziehungen auf ihre jeweilige wirt-

27. Vgl. Gilpin 1987, 66f.

28. Matis/Stiefel 1991, 24

schaftliche Entwicklung, bestimmen wesentlich Gestalt und Dynamik des weltwirtschaftlichen Systems. Diese internationale Arbeitsteilung, die als internationaler Handel mit Gütern und Dienstleistungen in Erscheinung tritt und den internationalen Transfer von Kapital und Technologie umfaßt, wird zunächst von der Struktur des weltwirtschaftlichen Systems bestimmt, vom Stand der wirtschaftlichen Entwicklung der beteiligten Volkswirtschaften und den sich daraus ableitenden komparativen Kostenvorteilen. Die internationale Arbeitsteilung beeinflußt aber selbst wiederum in unterschiedlicher Weise Ausmaß und Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung der beteiligten Ökonomien und verändert damit die Struktur des internationalen Wirtschaftssystems.

Die Entfaltung der marktwirtschaftlichen Dynamik über nationale Grenzen hinweg verändert somit die Struktur der Weltwirtschaft, d.h. die internationale Verteilung der wirtschaftlichen Aktivitäten und Potentiale. Diese geographische Verteilung der wirtschaftlichen Potentiale, die den Charakter der internationalen Arbeitsteilung zwischen Ökonomien unterschiedlichen Entwicklungsgrades bestimmt, läßt sich als die Beziehung zwischen 'Wachstumspolen' und ihren 'Einzugs- und Ausstrahlungsgebieten' spezifizieren. Der von Perroux eingeführte Begriff des Wachstumspols ist seiner Definition zufolge ein „kräftig expandierender räumlich konzentrierter, funktionaler Komplex wirtschaftlicher Aktivitäten, der über Märkte und andere Diffusionskanäle auch Wirtschaftseinheiten im ihn umgebenden Raum direkt oder indirekt beeinflußt.“²⁹ Eine solche Modifizierung der liberalen Theorie von der dualen Ökonomie wird der Tatsache gerecht, daß sich die räumliche Ausdehnung wirtschaftlichen Wachstums nicht gleichmäßig vollzieht, sondern vielmehr von eben solchen Wachstumspolen ihren Ausgang nimmt, um sich schließlich an neuen Polen besonders intensiven wirtschaftlichen Wachstums zu konzentrieren.³⁰

In einem solchen Beziehungsverhältnis zwischen einem Wachstumspol und seinen Einzugs- und Ausstrahlungsgebieten kommt das Wachstum zunächst hauptsächlich dem Wachstumspol zugute. Der Wachstumspol stellt dabei den modernen Sektor dar, der über eine höhere Kapitalausstattung, qualifiziertere Arbeitskräfte und einen technologischen Vorsprung verfügt, in bedeutende und anspruchsvolle Märkte der Nachfrage eingebettet ist und durch die räumliche Konzentration seiner expandierenden wirtschaftlichen Aktivitäten interne und externe Ersparnisse³¹ realisieren kann. Im Zuge seines Wachstums vergrößert er den Umfang der von seiner wirtschaftlichen Dynamik abhängigen regionalen Wirtschaftsbereiche. Zwischen dem Wachstumspol und seinen Einzugs- und Ausstrahlungsgebieten stehen die Wirtschafts- und Industriezweige typischerweise in einem komplementären Beziehungsverhältnis, innerhalb dessen das Zentrum von seinen Einzugsgebieten Rohstoffe, Vorprodukte und Fertigwaren geringerer Wertschöpfung bezieht und in seinen Ausstrahlungsgebieten Güter und Dienstleistungen höherer Wertschöpfung absetzt.

Bei der räumlichen Expansion des marktwirtschaftlichen Systems überwiegen damit zunächst die Konzentrationsprozesse gegenüber den Diffusionsprozessen. Durch seinen Vorsprung kann das Zentrum relativ höhere Wachstumsraten erzielen und obwohl *ceteris paribus* auch seine

29. Zitiert nach: Kim 1990, 17 Anm. 2

30. Vgl. Gilpin 1987, 93-97

31. Unter internen Ersparnissen ('Skalenerträge,' 'Größenvorteile,' 'economies of scale') werden jene Kostenvorteile verstanden, die ein Unternehmen durch Erhöhung seines Produktionsvolumens, Spezialisierung oder Erweiterung der Produktpalette und vertikaler Integration realisieren kann. Diese Skalenerträge sind eine Funktion der jeweiligen Produkt- und/oder Prozeßtechnologie. (Vgl. Helpman and Krugman 1985, 31-41) Unter dem Begriff der externen Ersparnisse ('Vorteile der Agglomeration,' 'external economies,' 'spillover effects') werden jene wirtschaftlichen Vorteile zusammengefaßt, die durch die räumliche Konzentration von Betrieben der gleichen Branche oder von solchen unterschiedlicher Branchen, die in einer funktionale Beziehung zueinander stehen, erzielt werden können. (Vgl. Kim 1990, 28ff.) Die Ursachen solcher externen Ersparnisse sind vielfältig: „These externalities can take several forms, including a labor supply with specialized skills, specialized suppliers of inputs and supporting services, and informational networks or a common knowledge pool through which firms can learn from each other.“ (Tyson 1992, 41)

funktional angegliederten Wirtschaftsräume absolute Wohlstandsgewinne zu verzeichnen haben, konzentriert sich Wohlstand und Macht in Relation zu diesen zunächst im Wachstumspol. Auf diese Weise verstärkt sich vorderhand die räumliche Konzentration wirtschaftlicher Aktivitäten selbst. Über längere Zeiträume hinweg tendiert aber das relative Wachstum des Wirtschaftszentrums dazu, sich zu verflachen und die durch die räumliche Expansion des marktwirtschaftlichen Systems in Gang gesetzten Diffusionsprozesse gewinnen an Bedeutung und konterkarieren schließlich die Konzentrationsprozesse. Der Aufstieg und Niedergang der Nationen ist in letzter Konsequenz Folge dieser Dynamik.

INTERNATIONALE ARBEITSTEILUNG UND NATIONALE PRODUKTIVITÄT

Nach Michael E. Porter sind höhergradige, nicht primär auf Faktorkosten oder natürliche Ressourcen beruhende, nationale Wettbewerbsvorteile in ihrem Kern das Ergebnis von Investition und Innovation.³² Wettbewerbsfähige Nationen sind Nationen, die über eine hohe und steigende Produktivität verfügen:

The principal economic goal of a nation is to produce a high and rising standard of living for its citizens. The ability to do so depends ... on the productivity with which a nation's resources (labor and capital) are employed. Productivity is the value of output produced by a unit of labor and capital. It depends on both the quality and features of products (which determine the prices they can command) and the efficiency with which they are produced.

Productivity is the prime determinant in the long run of a nation's standard of living, for it is the root cause of national per capita income.³³

Die internationale Arbeitsteilung stellt für die nationale Produktivität Chance und Herausforderung zugleich dar. Internationaler Handel eröffnet zusätzliche Möglichkeiten die Produktivität der nationalen Ressourcen zu steigern, indem er den Zwang beseitigt, alle benötigten Güter und Dienstleistungen – unabhängig von der erzielbaren Produktivität – innerhalb der eigenen Volkswirtschaft selbst zu produzieren. Eine Nation kann sich damit auf jene Industrien und Branchen spezialisieren, in denen ihre Unternehmen eine relativ höhere Produktivität erzielen können und jene Produkte importieren, die nur mit einer vergleichsweise geringeren Produktivität hergestellt werden könnten, und damit die durchschnittliche Produktivität der nationalen Ressourcen steigern.³⁴ In ähnlicher Weise kann die Auslagerung von Aktivitäten geringerer Produktivität durch

32. Porter 1990, 173

33. Ibid., 6

34. Der klassischen Theorie des internationalen Handels zufolge wird eine Volkswirtschaft jene Güter und Dienstleistungen produzieren und exportieren, bei deren Erzeugung komparative Kostenvorteile realisiert werden können und jene einführen, deren Eigenproduktion vergleichsweise höhere Kosten verursachen würde. Zunächst bestimmte Adam Smith in *The Wealth of Nations* (1776) absolute Kostenvorteile als ausschlaggebend für den Außenhandel. Demnach werde eine Nation jene Güter exportieren, die es im Vergleich zu anderen Ländern kostengünstiger herstellen kann. Zieht man aber die absoluten Vorteile als einzig entscheidenden Bestimmungsgrund für den internationalen Handel heran würde dies bedeuten, daß ein Land, das in der Lage wäre alle Güter und Dienstleistungen kostengünstiger herzustellen, theoretisch überhaupt keinen Grund hätte Produkte anderer Länder einzuführen. In seinen *Principles of Political Economy and Taxation* (1817) hat David Ricardo den Nachweis geführt, daß es auch für ein solches Land von Vorteil ist an der internationalen Arbeitsteilung teilzunehmen. Von entscheidender Bedeutung für die internationale Spezialisierung und damit für die Handelsströme sind nämlich nicht die absoluten, sondern die komparativen Kostenvorteile. „Komparative Kostenvorteile bestehen dann, wenn ein Land zur Erzeugung einer zusätzlichen Einheit eines Gutes auf relativ weniger bei der Erzeugung eines anderen Gutes verzichten muß als die übrigen Länder.“ (Hardes/Rahmeyer/Schmid 1986, 393) Ricardo trug damit dem Umstand Rechnung, daß die Marktkräfte die nationalen Ressourcen jenen Verwendungszwecken zuführen werden, in denen die Nation die höchste Produktivität erzielen kann, d.h. eine Nation wird vorwiegend jene Güter herstellen deren Produktion die vergleichsweise geringeren Kosten verursachen. Demnach wird ein Land auch Güter einführen die es selbst, kostengünstiger herstellen könnte, durch deren Import aber die nationalen Ressourcen einem produktiveren Verwendungszweck zugeführt werden können. Auf diese

Direktinvestitionen – der Errichtung von, oder Beteiligung an Betrieben im Ausland durch Unternehmen einer Nation – die durchschnittliche nationale Produktivität anheben.³⁵

Während also die internationale Arbeitsteilung die Chance mit sich bringt, bedeutende Fortschritte in der nationalen Produktivität zu erzielen, stellt sie aber zugleich auch die im internationalen Wettbewerb stehenden Industrien einer Nation vor die Herausforderung, einem international gültigen Produktivitätsstandard zu genügen.³⁶ Von dem Zeitpunkt an, da eine Nation an der internationalen Arbeitsteilung teilnimmt, ist damit die Entwicklung der durchschnittlichen nationalen Produktivität auch davon abhängig, welche Industrien sich im internationalen Wettbewerb durchsetzen können. Grundsätzlich werden jene Unternehmen nicht in der Lage sein sich auf ausländischen Märkten durchzusetzen – bzw. in der Folge sogar ihre Position am Inlandsmarkt verlieren, die nicht mit der zumindest gleichen Produktivität wie ihre internationalen Wettbewerber produzieren. Gilt dies für Unternehmen in Industrien, die zu den vergleichsweise produktiven einer Volkswirtschaft zählen, führt die internationale Arbeitsteilung in einem solchen Fall zur Beschränkung des Wachstums der nationalen Produktivität. Gleiches gilt für den Fall, daß wirtschaftliche Aktivitäten hoher Produktivität mittels Direktinvestitionen ins Ausland transferiert werden, weil im internationalen Vergleich die Kostenstruktur dem Produktivitätsniveau nicht Rechnung trägt und diese Aktivitäten daher mit einer vergleichsweise nur geringeren Rentabilität durchgeführt werden könnten. In jedem Fall führt unter den Bedingungen der internationalen Arbeitsteilung das Unvermögen einer Volkswirtschaft in Industrien vergleichsweise hoher Produktivität dem international gültigen Produktivitätsstandard zu genügen – also in jenen Industrien, die in der Lage sind vergleichsweise hohe Löhne und Gehälter zu tragen und vergleichsweise hohe Kapitalerträge erwirtschaften – dazu, daß diese

Weise ermöglicht der internationale Handel einen höheren Grad an Spezialisierung und bewirkt damit eine Steigerung des Wohlstandes der am Handel beteiligten Volkswirtschaften, da bei gleichbleibendem Ressourceneinsatz mehr Güter und Dienstleistungen produziert werden können.

Im Verständnis Ricardos waren die komparativen Kostenvor- bzw. -nachteile ausschließlich das Ergebnis nicht näher spezifizierter nationaler Unterschiede in der Produktivität des Faktors Arbeit in unterschiedlichen Industrien. Das Zusammenwirken mehrerer Produktionsfaktoren in ihrer Auswirkung auf die komparativen Kostenvorteile, ihr dynamischer Charakter, die Auswirkungen des Handels auf die Einkommensverteilung und die Rolle von Skalenerträgen – um nur die wichtigsten Fragestellungen zu erwähnen – spielten in der Theorie Ricardos noch keine Rolle (Eine umfassende Darstellung der Theorie des internationalen Handels bieten Krugman/Obstfeld 1994, Chapters 2-6.). Seine Grundannahme – relative Produktivitätsunterschiede als Ursache für den Handel und seiner Wohlfahrtseffekte – bildet jedoch bis heute das empirisch bestätigte Fundament handelstheoretischer Überlegungen.

35. Die durch solche Direktinvestitionen begründete Existenz multinationaler Unternehmen ist grundsätzlich als das Ergebnis des Zusammenwirkens von Standortvorteilen mit Vorteilen der Internalisierung zu verstehen (Krugman/Obstfeld 1994, 159f.). Vorteile der Internalisierung sind solche Vorteile, die durch die Abwicklung von Transaktionen innerhalb eines Unternehmens – anstatt über Märkte zwischen unabhängigen Vertragspartnern – realisiert werden können. Beinahe definitionsgemäß handelt es sich bei Transaktionen, die diese Vorteile der Internalisierung begründen können, zumeist um solche die den Transfer von 'weichen,' immateriellen Ressourcen ('intangible assets') umfassen, wie etwa firmenspezifisches Know-how in den Bereichen Produkt- oder Prozeßtechnologie, des Managements oder Marketings (Caves [1982] 1995, 141f.). Aus mehreren Gründen haben wir es in diesen Bereichen mit nur unvollkommen ausgebildeten und damit vergleichsweise ineffizienten Märkten zu tun. Abgesehen von diesen Vorteilen der Internalisierung, haben Direktinvestitionen jedoch prinzipiell in Vorteilen des Standortes die gleichen Ursachen wie der internationale Handel. Direktinvestitionen ersetzen oder ergänzen den internationalen Handel, um Produktivitätsunterschiede angesichts von Vorteilen der Internalisierung zu nutzen. Standortvorteile geben Anlaß Teile des Wertschöpfungsprozesses auszulagern; Vorteile der Internalisierung rechtfertigen die Integration dieses räumlich verstreuten Wertschöpfungsprozesses innerhalb eines Unternehmens.

Die Internationalisierung von Produktionsprozessen durch Direktinvestitionen ist damit in ähnlicher Weise wie der internationale Handel geeignet die nationale Produktivität zu steigern. Dies ist insbesondere dort der Fall wo der Anstieg der Lohnkosten im Gefolge eines Anstieges der durchschnittlichen nationalen Produktivität zur Auslagerung von arbeitsintensiven Tätigkeiten geringerer Produktivität führt und die freigewordenen Arbeitskräfte produktiveren Tätigkeiten in anderen Sektoren der Wirtschaft zugeführt werden können. Zusätzlich geht firmenspezifisches Kapital nicht verloren, sondern ist in der Lage weiterhin – durch seinen Einsatz im Ausland – Erträge zu erwirtschaften. Auf diese Weise können Direktinvestitionen den strukturellen Anpassungsprozeß einer Volkswirtschaft unterstützen und zur nationalen Produktivität beitragen. (Vgl. Lee 1994, 9-16 u. 36ff.)

36. Porter 1990, 8

Volkswirtschaft nur eine vergleichsweise geringe durchschnittliche nationale Produktivität und damit ein vergleichsweise geringes Pro-Kopf-Einkommen erzielen kann.

Auf den ersten Blick fördert die internationale Arbeitsteilung auf diese Weise primär den wirtschaftlichen Wohlstand der produktiveren Nationen. Nationen geringerer Produktivität werden unter den Bedingungen eines liberalen Weltwirtschaftssystems in ihrem wirtschaftlichen Aufholprozeß mit Eintrittsbarrieren in Industrien höherer Produktivität konfrontiert. Die produktiveren Nationen, die Wachstumspole der Weltwirtschaft, sind vermittels von Exporten und Direktinvestitionen demgegenüber in der Lage ausländische Märkte zu durchdringen, damit einen noch größeren Teil der nationalen Ressourcen in Industrien hoher Produktivität zu konzentrieren und somit ihren wirtschaftlichen Vorsprung im Vergleich zu den Randgebieten der Weltwirtschaft weiter auszubauen. Betrachtet man jedoch die strukturelle Entwicklung der Weltwirtschaft im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert, so zeigt sich, daß die marktwirtschaftliche Dynamik im internationalen Kontext über längere Zeiträume hinweg im Sinne eines Diffusionsprozesses wirkt, der die wirtschaftliche Entwicklung vormals unterentwickelter Regionen der Welt unterstützt und schließlich neue Wachstumspole hervorbringt. Im neunzehnten Jahrhundert ging die weltwirtschaftliche Entwicklung von Großbritannien aus und brachte in Westeuropa und Nordamerika neue Industrienationen hervor. Die wirtschaftliche Entwicklung Japans nahm ihren Anfang, nachdem es in den fünfziger Jahren des gleichen Jahrhunderts von den Vereinigten Staaten zur Öffnung des Landes gedrängt wurde. Mit den USA als Motor des Wachstums eines liberalen Welthandelsregimes gelang im Zeichen exportorientierter Entwicklungsstrategien Japan in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts der Aufstieg zu einer der fortschrittlichsten Industrienationen, in dessen Windschatten sich die ostasiatischen Schwellenländer entwickelten. Nach einer Abkehr von Strategien einer generellen Importsubstitution oder autonomen Entwicklung waren Länder Indien oder China an der Wende zum einundzwanzigsten Jahrhundert in der Lage Wachstumsraten zu erzielen, die jene der etablierten Industrienationen oftmals deutlich übertreffen.

Für diese Tendenz der marktwirtschaftlichen Dynamik, im internationalen Kontext zumindest über längere Zeiträume hinweg den Prozeß der wirtschaftlichen Aufholung unterentwickelter Volkswirtschaften zu unterstützen, lassen sich solche Gründe anführen, die die Effizienz einer Volkswirtschaft im Entwicklungsprozeß steigern, und solche, die durch Ergänzung der nationalen Ressourcen die Industrialisierung allererst ermöglichen und in weiterer Folge beschleunigen können. Zunächst ist in Ergänzung der vorangegangenen Überlegungen festzuhalten, daß die Möglichkeit der Spezialisierung auf die den jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklungsstand entsprechenden wirtschaftlichen Aktivitäten auch in den vergleichsweise geringer entwickelten Volkswirtschaften den produktivsten Einsatz der nationalen Ressourcen ermöglicht, die Rentabilität des Wirtschaftens erhöht und solcherart auch ein größeres Investitionsvolumen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung verfügbar macht. In einer damit zusammenhängenden jedoch grundsätzlicheren Weise fördert die Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung auch dadurch die Effizienz einer Volkswirtschaft, als das sich das am internationalen Markt herausbildende internationale Preissystem eine essentielle Informationsquelle zur Anleitung des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses darstellt: „Preisrelationen, die sich spontan auf einem Wettbewerbsmarkt herausbilden, zeigen unverzüglich – oft schon im voraus – Mangel- oder Überflüßerscheinungen überall in der Weltwirtschaft an.“³⁷ Diese Signalwirkung hilft die Fehlallokation ökonomischer Ressourcen zu vermeiden.

Neben dieser mittelbaren Bedeutung der internationalen Marktwirtschaft für die Effizienz und als Orientierungshilfe einer Gesellschaft im Prozeß wirtschaftlicher Aufholung ist von unmittel-

barer Bedeutung, daß die Integration in die Weltwirtschaft überhaupt erst die Verfügbarkeit von für den Entwicklungsprozeß essentiellen Ressourcen sichert. Selbst China, dessen Bevölkerung ein Fünftel der gesamten Menschheit ausmacht, das demzufolge über einen für ein Entwicklungsland vergleichsweise großen Binnenmarkt verfügt und reich an Rohstoffen ist, mußte das Scheitern seiner Autarkiebestrebungen zur Kenntnis nehmen: „No country can develop by closing its door. ... Isolation landed China in poverty, backwardness and ignorance.“³⁸ Nachdem die wirtschaftliche Prosperität einer Nation in letzter Konsequenz das Ergebnis von Investition und Innovation ist, stellt sich im Entwicklungsprozeß die Aufgabe, Defizite in diesen Bereichen auszugleichen. Zumindest für den Transfer von Technologie ist die Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung unverzichtbar. Sei es in Form von Patenten, Lizenzen oder von Investitionsgütern, zur Finanzierung des Ankaufs von technologischem Wissen am internationalen Markt sind Exporterlöse die Voraussetzung. Gleiches gilt für die Rückzahlung von Fremdwährungskrediten, die in Ergänzung zu den nationalen Ersparnissen eine höhere Investitionsrate ermöglichen und damit den Entwicklungsprozeß beschleunigen können.³⁹ In diesem Prozeß der internationalen Diffusion von Technologie und Kapital kommt schließlich den Direktinvestitionen eine besondere und – angesichts der Globalisierung von Produktionsprozessen⁴⁰ – zunehmend bedeutendere Rolle zu. Ausländische Direktinvestitionen haben für das Empfängerland nicht nur die Bedeutung einer Quelle von Investitionskapital zur Errichtung von Betriebsstätten multinationaler Unternehmen, sondern stellen auch einen Transfer von Technologie und Management-Know-how dar.⁴¹ Zusätzlich kommt dem Gastland die Eingliederung in die Beschaffungs- und Vertriebsnetzwerke des Mutterkonzerns zugute.⁴² Der Zugang zu Ressourcen, für die es keine effizienten Märkte gibt, oder deren Erwerb die Möglichkeiten des Entwicklungslandes übersteigen würden, reduziert den Nachteil, daß diese prinzipiell im Eigentum des ausländischen Investors verbleiben.

Innerhalb der Grenzen der weltwirtschaftlichen Bedingungen – die die Verfügbarkeit von Technologie und Kapital auf den internationalen Märkten und die Exportchancen bestimmen – eröffnet die Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung auf diese Weise einen Wachstumsspielraum, von dessen Ausschöpfung und Abstimmung auf die nationale Entwicklungsstrategie das wirtschaftliche Wachstum wesentlich mitbestimmt wird.

Ein solcher Prozeß wirtschaftlicher Aufholung setzt in jedem Fall ein Mindestmaß an Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung voraus, um essentielle, im Inland nicht

38. Deng Xiaoping, zitiert nach: Gilpin 1987, 294

39. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß sich in den achtziger Jahren die Auslandsverschuldung der asiatischen Entwicklungsländer in Relation zu deren Bruttonationalprodukten in ähnlichen Größenordnungen wie die der lateinamerikanischen Entwicklungsländern bewegte. Im Unterschied zu den letztgenannten waren die asiatischen Entwicklungsländer – mit der Ausnahme der Philippinen – jedoch nicht Gegenstand der Verschuldungskrise der Entwicklungsländer in den achtziger Jahren. Dies zunächst deshalb, weil die asiatischen Länder im Verhältnis zu den zu leistenden Tilgungs- und Zinszahlungen höhere Exporterlöse erzielen konnten. Realistischere Währungspolitiken und ein besserer Zugang zu privaten Finanzierungsquellen waren weitere Faktoren. (Vgl., Montes 1991)

40. Eine Entwicklung, die zu einem Gutteil in der Entstehung eines neuen Zentrums weltwirtschaftlicher Aktivitäten im westpazifischen Raum ihren auslösenden Faktor fand: „This process [of globalization] was initiated by the rise of Japan, and somewhat later by the rise of the DAEs [Dynamic Asian Economies]. In a number of industrial sectors, the large Western companies came under acute pressure. The adjustment process which followed resulted in radical changes in the organization of production. Production is now set up on a modular basis, the modules often being spread out across the globe in accordance with the comparative advantages of the regions. This means that many corporations now function within a global network.“ (Jong and Zalm 1992, 43)

41. Der mit Direktinvestitionen verbundene Transfer von Technologie und Management-Know-how läßt sich vielfach nicht durch einen internationalen Handel zwischen unabhängigen Vertragspartnern ersetzen, weil Anbieter und Nachfrager hierbei oftmals mit unvollkommen ausgebildeten und damit vergleichsweise ineffizienten Märkten konfrontiert sind. Daraus ergeben sich Vorteile der Internalisierung, die eine wesentliche Ursache für die Entstehung multinationalaler Unternehmen sind; siehe obige Anm. 35.

42. Urata 1993, 289

verfügbare Technologien einzuführen. Über dieses Mindestmaß hinausgehend erlaubt eine offensive Integration in die Weltwirtschaft, beispielsweise im Sinne einer exportorientierten Industrialisierung, eine deutliche Beschleunigung des wirtschaftlichen Aufholprozesses⁴³ – wie es zunächst Japan, Hongkong und Taiwan, danach Singapur und Südkorea, und später China und die südostasiatischen Nationen bewiesen haben.

43. Vgl. Krueger 1991, 35ff.

Exkurs:

4. VORAUSSETZUNGEN WIRTSCHAFTLICHEN WACHSTUMS

Die historische Erfahrung zeigt aber zugleich auch – und auch hier sind die ostasiatischen Länder im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern wieder anschauliches Beispiel, daß in letzter Instanz der wirtschaftliche und auch soziale Wandel einer Gesellschaft über die wirtschaftliche Prosperität einer Nation entscheidet. Offensive Integration in die Weltwirtschaft ist eine notwendige Bedingung und kann den Entwicklungsprozeß zusätzlich beschleunigen; für sich allein genommen stellt sie aber keine hinreichende Bedingung dar. Wirtschaftliche Prosperität setzt in jeder Volkswirtschaft – egal ob es sich um eine fortgeschrittene, industrialisierte oder um eine im Prozeß wirtschaftlicher Aufholung befindliche handelt – ein Mindestmaß stetigen sozialen Wandels, an gesellschaftlicher Innovationskraft voraus.

DIE DYNAMISCHEN ANTRIEBSKRÄFTE WIRTSCHAFTLICHEN FORTSCHRITTS

Über die Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums herrscht weder in der wirtschaftstheoretischen und schon gar nicht in der wirtschaftspolitischen Diskussion Konsens. Aus einiger Distanz lassen sich drei grundsätzliche Perspektiven ausmachen, die sich im Prinzip mit drei Schulen ökonomischen Denkens decken, sich zum Teil widersprechen, zum anderen Teil wiederum ergänzen, jedoch in ihrer Zusammenschau eine wohl mehr oder minder vollständige Vorstellung vom Prozeß wirtschaftlicher Entwicklung vermitteln.⁴⁴

Aus der neoklassischen Theorie der Volkswirtschaftslehre ergibt sich jener Ansatz, der das effiziente Funktionieren der Märkte als Voraussetzung wirtschaftlichen Wachstums betont. Diese Ansicht beruht auf der erstmals von Adam Smith vorgetragenen Überzeugung, daß die über Märkte mit gut funktionierenden Preismechanismen verfolgten Privatinteressen stets ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage hervorbringen. Aus dieser Sicht ist der wirtschaftliche Wohlstand Ergebnis der verfügbaren Produktionsfaktoren: Der natürlichen Ressourcen, der Quantität und Qualität von Arbeitskräften und des vorhandenen Anlagevermögens. Wirtschaftliches Wachstum hängt von Veränderungen in diesen Produktionsfaktoren ab. Neben der Verbesserung der Qualität der verfügbaren Arbeitskräfte kommt der Höhe der Ersparnisse entscheidende Bedeutung zu. Eine höhere Sparleistung führt über den Preismechanismus zu höheren Investitionen und bringt damit in der Folge ein größeres Angebot an Gütern und Dienstleistungen hervor. Die Bedeutung technologischen Wissens wird in dieser Perspektive zwar nicht gänzlich vernachlässigt, aber insofern als exogene Variable verstanden, als von einem permanenten Strom neuer Erkenntnisse ausgegangen wird und lediglich für die Entscheidungen über den Einsatz dieser Erkenntnisse würden die relativen Preisverhältnisse eine Rolle spielen.

Aus all dem ergeben sich in wirtschaftlichen Angelegenheiten nur sehr beschränkte Aufgaben für die Politik. Eine vernünftige Regierung sollte sich auf die Bereitstellung sogenannter öffentlicher Güter beschränken, d.h. auf Güter, die nicht, oder in nicht ausreichendem Ausmaß am Markt angeboten werden.⁴⁵ Zusätzlich sollte die Regierung in das Preissystem mittels Abgaben und Subventionen in Fällen positiver oder negativer externer Effekte eingreifen.

44. Jong and Zalm 1992, 28ff.

45. Im Unterschied zu privaten Gütern sind ja öffentliche Güter dadurch gekennzeichnet, daß für sie das Ausschlußprinzip nicht anwendbar ist, d.h. sobald ein solches Gut einmal angeboten wird ist es unmöglich oder mit sehr hohen

Eine zweite Ansicht betont die Notwendigkeit von Koordination und Kooperation als Voraussetzungen einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung. Der Grundgedanke geht auf Keynes zurück und steht im Widerspruch zu jener Ansicht, welche die gesamtwirtschaftliche Stabilität allein durch das effiziente Funktionieren der privaten Märkte gewährleistet sieht. Ganz im Gegenteil kann dieser Ansicht zufolge rationales Verhalten auf der individuellen Ebene zu signifikanten Ungleichgewichten auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene führen. Das Fehlen eines Gleichgewichtes zwischen Angebot und Nachfrage sei nicht notwendigerweise Ergebnis eines schlecht funktionierenden Preismechanismuses, sondern kann auch mit fundamentalen Unsicherheiten verbunden sein, unter deren Einfluß die ökonomischen Akteure dann ihre Entscheidungen treffen müssen. Diese Unsicherheit in den Erwartungen führt zu Schwankungen in der Investitionsnachfrage und dies wiederum zu kumulativen Störungen des wirtschaftlichen Gleichgewichts. Der wirtschaftliche Prozeß gleitet dann nicht mehr fließend von einem Gleichgewichtszustand in den nächsten, sondern kann über längere Zeiträume hinweg in einem Zustand des Ungleichgewichts verharren – wie es beispielsweise während der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre geschehen sei.

Keynes gelangte aus diesem Grund zur Auffassung, daß eine ausgeglichene wirtschaftliche Entwicklung durch eine Stabilisierung außergewöhnlich schwankender Erwartungshaltungen unterstützt werden kann. Eine umfassendere Interpretation dieser Perspektive führt zu der These, daß die Verfolgung von Privatinteressen nicht notwendigerweise zu einem stabilen wirtschaftlichen Wachstum führt und deshalb ein gewisses Maß an Koordination und Kooperation notwendig sei, das über das hinausgeht, was der Preismechanismus allein zu leisten imstande ist. Aus dieser Sicht kann die Politik eine wichtige, positive Rolle spielen. Diese bezieht sich nicht nur auf eine antizyklische Budgetpolitik, sondern auch auf andere Elemente einer Stabilitätspolitik im weitesten Sinne – von der Wechselkurspolitik über Eingriffe in die Rohstoffmärkte bis hin zur Einflußnahme auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände.

Die Rolle des Wettbewerbs in einer freien Marktwirtschaft steht im Zentrum einer dritten Perspektive der Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums. Diese hat ihre Wurzeln in der neo-österreichischen Schule der Nationalökonomie, als deren in diesem Zusammenhang wohl bedeutendsten Vertreter Schumpeter und Hayek zu nennen sind. Wachstum ist dieser Perspektive zufolge stets mit schmerzhaften Anpassungsprozessen verbunden, bringt stets Gewinner und Verlierer hervor. Firmen und Sektoren einer Wirtschaft, aber auch Länder und Regionen durchlaufen einen Zyklus von Aufstieg und Niedergang. Der Wille zu gewinnen, genauso wie die Furcht zu verlieren, sind signifikante Ursache der dynamischen Antriebskräfte wirtschaftlichen Wachstums. Die wirtschaftliche Entwicklung ist ein Prozeß schöpferischer Zerstörung in dessen Zentrum der innovative Unternehmer steht, der im Wettbewerb stehend gezwungen ist, innovative Technologien hervorzubringen und anzuwenden. Der Wettbewerb wird damit auch als ein Mechanismus zur Entdeckung neuen Wissens verstanden. In einer Welt, in der die Zukunft

Kosten verbunden jemanden von seinem Nutzen auszuschließen, egal ob er dafür bezahlt hat oder nicht. Klassische Beispiele sind die innere und äußere Sicherheit und die Rechtsordnung eines Landes. Eine weitere Eigenschaft die einige öffentliche Güter charakterisiert ist der Umstand, daß zusätzliche Einheiten konsumiert werden können, ohne daß zusätzliche Kosten entstehen (Nichtrivalitätskriterium). Dies trifft beispielsweise auf einige Infrastruktureinrichtungen – wie dem öffentlichen Verkehr oder Straßen – innerhalb ihrer Kapazitätsgrenzen zu. Diese Eigenschaften bewirken, daß der Preismechanismus zu gar keinem oder zu einem nicht ausreichenden Angebot solcher öffentlicher Güter führt. Ein potentieller Käufer eines solchen Gutes kann sich durch Bezahlung nicht den gesamten Nutzen dieses Gutes aneignen. Nachdem andere nicht von der Nutzung des Gutes ausgeschlossen werden können, übersteigt der gesellschaftliche Nutzen eines öffentlichen Gutes den Nutzen eines individuellen Käufers. Der gesellschaftliche Nutzen spielt aber in der Entscheidung des individuellen Marktteilnehmers über die Allokation seiner Ressourcen keine oder eine nur geringe Rolle, was dazu führt, daß bezogen auf die gesamtgesellschaftliche Nachfrage der Markt zu wenige Ressourcen für die Produktion öffentlicher Güter aufwendet. (Vgl. Nicholson 1989, 727-729)

grundsätzlich unsicher, d.h. nicht voraussagbar ist, haben die Unternehmer jedoch unterschiedliche Auffassungen darüber, welche Strategien zum Erfolg führen. Es ist der marktwirtschaftliche Wettbewerb der dann entscheidet, welche Innovationen sich durchsetzen. Auf diese Weise bestimmt der Markt auch, in welche Richtung und mit welcher Geschwindigkeit sich die Wirtschaft entwickelt. Die Unternehmer sind in dieser Sichtweise nicht 'repräsentative Agenten' der wirtschaftlichen Gesetze, die sich alle gleich verhalten und kaum als Individuen erkennbar sind. Vielmehr wird der Unternehmer – so wie der Mensch im allgemeinen – als aktive, mit Intuition ausgestattete und kreative Persönlichkeit verstanden, der Hindernisse und Rückschläge überwindet und in diesem Prozeß an Wissen und Erfahrung gewinnt.

Entscheidend dafür, daß der unternehmerische Wettbewerb seine dynamische Antriebskraft für die wirtschaftliche Entwicklung entfalten kann, ist ein adäquates, wirksames System wirtschaftlicher Anreize. Ein Unternehmer muß sich sicher sein können, daß ihm die Früchte seiner Anstrengungen in der Form von Gewinnen zustehen werden, genauso wie er die Folgen eines allfälligen Scheiterns als Verluste bis hin zu seinem Ausscheiden aus dem Wettbewerb zu tragen hat. Gefordert sind daher ein gut entwickeltes System von Eigentumsrechten und die Autonomie der Sphäre der Wirtschaft gegenüber politischer Intervention. Genauso wichtig ist, daß das Einkommen der Arbeitnehmer ihrer jeweiligen Leistung entspricht. Daraus leiten sich die Forderungen nach niedrigen Steuern und einem schlanken System sozialer Absicherung ab.

Diese drei Ansichten über die Voraussetzungen wirtschaftlicher Entwicklung lassen sich nach Jong und Zalm in einem Zirkel der dynamischen Antriebskräfte wirtschaftlichen Fortschritts darstellen (Abb. 2), der zeigt, daß sich die von den drei Perspektiven genannten Voraussetzungen zu einem Teil überschneiden, zu einem weiteren ergänzen, zum anderen Teil aber auch widersprechen. So spielt sowohl in der Perspektive, die den marktwirtschaftlichen Wettbewerb, als auch in jener, die das effiziente Funktionieren der Märkte als entscheidende Antriebskraft nennt, ein gut funktionierender Preismechanismus eine zentrale Rolle. Während aber in der neoklassischen Tradition über den Preismechanismus jedes Angebot

am Markt – geradezu mühelos – seine Nachfrage findet, ist der freie Markt in der Tradition Schumpeters von Unsicherheit und Risiko beherrscht; richtige und falsche Entscheidungen werden getroffen, und die Gewinner von heute sind möglicherweise die Verlierer von morgen. Diese Perspektive des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs hat wiederum mit jener die mit Keynes die makroökonomische Stabilität als entscheidendes Kriterium betont, die Auffassung gemeinsam, daß die Zukunft fundamental unsicher ist und die Erwartungshaltungen starken Schwankungen unterworfen sind. Dies bedeutet jedoch nicht, daß in der Wettbewerbsperspektive der Regierung eine wichtige Rolle zukommt. Im Gegenteil; gerade wegen dieser Unsicherheit in den Erwartungshaltungen gebe es keinen Grund zu der Annahme, daß eine Regierung über zutreffendere Erwartungen von der Zukunft verfügen sollte, als die individuellen Marktteilnehmer. Diese



skeptische Haltung gegenüber politischen Eingriffen in wirtschaftliche Angelegenheiten wird zusätzlich durch die Auffassung bestärkt, daß die unterschiedlichen Formen der Subvention, des Protektionismus, der Absicherung und der Regulierung einen lähmenden Effekt besitzen, der die Dynamik des wirtschaftlichen Prozesses untergräbt.

Obwohl diese drei Perspektiven in ihren Überschneidungen und – gerade wegen ihren – gleichzeitigen dialektischen Widersprüchen in Summe ein wohl mehr oder minder vollständiges Bild der Voraussetzungen wirtschaftlicher Entwicklung vermitteln, ist es wahrscheinlich trotzdem unmöglich, aus diesen eine allgemeingültige Formel wirtschaftlicher Prosperität abzuleiten: „The formula for success strongly depends on time and place. Success stories from economic history coincide with different emphases on the three perspectives.“⁴⁶ So war der Aufstieg Englands im achtzehnten und der wirtschaftliche Erfolg der USA in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts der Wettbewerbsperspektive entsprechend hauptsächlich vom freien Unternehmertum und seiner Innovationskraft getragen. Die ökonomische Rekonstruktion Westeuropas nach dem zweiten Weltkrieg war demgegenüber wesentlich von Elementen der Kooperation und Koordination geprägt. Für den wirtschaftlichen Aufstieg Japans galt ähnliches; aber auch Elemente der neoklassischen Gleichgewichtsperspektive – wie etwa die außergewöhnlich hohe Sparquote oder das hohe Niveau der Ausbildung japanischer Arbeitskräfte – spielten in diesem rasanten Prozeß wirtschaftlicher Aufholung eine bedeutsame Rolle.

Generell drängt sich die Schlußfolgerung auf, daß jedes Land – in Abhängigkeit von etwa der nationalen Kultur, dem bisher durchlaufenen Entwicklungspfad, der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse und den weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen – im Feld eines solchen Zirkels der dynamischen Antriebskräfte zu seiner eigenen Entwicklungsstrategie finden muß, daß aber gleichzeitig die vollständige Vernachlässigung einer der drei grundsätzlichen Voraussetzungen wirtschaftlichen Fortschritt verhindert.

Effizient funktionierende Märkte, makroökonomische Stabilität und privatwirtschaftlicher Wettbewerb sind notwendige Antriebskräfte wirtschaftlichen Fortschritts, die in einer adäquaten nationalen Entwicklungsstrategie zu einem dynamischen Gleichgewicht zu formen sind.

POLITISCHE VORAUSSETZUNGEN WIRTSCHAFTLICHEN FORTSCHRITTS

Die dynamischen Volkswirtschaften des Westpazifik bestätigen diese Sichtweise. Was sich im Vergleich zu Ländern, denen bis dato ein nachhaltiges Wachstum versagt geblieben ist, als Wirtschaftswunder darstellt und in der entwicklungspolitischen Diskussion oftmals den Status von Sonderfällen zugeschrieben bekommt, ist bei genauerer Betrachtung im Grundsatz das Ergebnis der genannten Voraussetzungen wirtschaftlichen Fortschritts:

There is nothing miraculous about the success of the Asian-Pacific countries. They are all unique, but they have a unifying characteristic. Basically, they have all pursued similar economic policies within the same economic system. To generalize further, this system and these policies are the same as those that brought the established industrial countries their high levels of success.⁴⁷

Die wirtschaftlichen Erfolge der ostasiatischen Schwellenländer der ersten Generation – Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong –, die der zweiten Generation – Indonesien, Malaysia, Thailand und der Philippinen – und schließlich auch Chinas bestätigen die Ansicht, daß es jene Entwicklungsstrategien sind die zum Erfolg führen, die die Entwicklung der privatwirtschaftlichen Märkte fördern und ergänzen, und nicht jene, die den Markt ersetzen wollen. Die Entwicklung von Märkten setzt aber Maßnahmen der Politik voraus. Diese Maßnahmen begründen sich

46. Jong and Zalm 1992, 31

47. Linder 1986, 36

in der Notwendigkeit verlässlicher Spielregeln für den privatwirtschaftlichen Wettbewerb und dem Versagen der Märkte in der Bereitstellung öffentlicher Güter. Die Frage wirtschaftlichen Fortschritts ist somit nicht eine von Intervention versus Laissez-faire, sondern eine der angemessenen Aufgabenteilung zwischen Staat und Markt, sowie der Effektivität dieser beiden Institutionen in ihren jeweiligen Funktionsbereichen.⁴⁸

Den Voraussetzungen wirtschaftlichen Fortschritts entsprechend stellen sich im Rahmen einer Entwicklungsstrategie die vordringlichen Aufgaben der Entwicklung der Humanressourcen und der Schaffung von Infrastruktureinrichtungen, der Förderung des privatwirtschaftlichen Wettbewerbs und des makroökonomischen Managements. Eine erfolgreiche Bewältigung dieser Aufgaben setzt aber zunächst die Existenz effektiver Institutionen voraus, die in der Lage sind die notwendigen Reformen umzusetzen: „Similar policy reforms have produced different results across countries, and one of the explanations is the variation in the capacity of institutions to implement the reforms.“⁴⁹ Reformen zur Schaffung einer effizient funktionierenden Marktwirtschaft setzen eine Regierung voraus, die in der Lage ist eine kompetente Entwicklungsstrategie zu formulieren, entsprechende Prioritäten setzen kann und die, weitestgehend unabhängig von nachteilig betroffenen Teilinteressen innerhalb der Gesellschaft, die notwendigen Liberalisierungsschritte durchsetzen kann. So paradox es auch erscheinen mag, die Entwicklung effizient funktionierender privater Märkte setzt im Ursprung offensichtlich zunächst einmal einen starken Staat voraus.

Der Industrialisierungsprozeß in den erfolgreichen Volkswirtschaften Ostasiens läßt sich in Übereinstimmung mit Porter als das Ergebnis investitionsgetragenen Wachstums verstehen. In einem solchen Stadium der Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit einer Nation ist die entscheidende Quelle der Wettbewerbsvorteile ihrer Unternehmen, der Wille und die Fähigkeit umfangreiche Investitionen zu tätigen. Die Firmen investieren in die Errichtung moderner, effizienter und oftmals großer Betriebsstätten, die mit den besten auf den Weltmärkten verfügbaren Technologien ausgestattet sind. Diese Unternehmen sind dann auf den internationalen Märkten in solchen Industrien wettbewerbsfähig, die signifikante Skalenerträge aufweisen und eine hohe Kapitalausstattung mit einem immer noch verhältnismäßig hohen Arbeitsanteil verbinden. Es handelt sich dabei um zumeist ausgereifte Industrien, die in den fortschrittlichsten Industrieländern ihre Wachstumsphase bereits abgeschlossen haben und in denen die Schwellenländer damit über den Vorteil der moderneren und effizienteren Produktionsanlagen verfügen. Es sind also die Vorteile der späten Industrialisierung, die auf der Basis komparativer Vorteile bei den Lohnkosten die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Nation im Stadium investitionsgetragenen Wachstums begründen. Wichtige Bedingung um dieses Stadium zu erreichen ist die Fähigkeit, ausländische Technologien zu absorbieren und weiterzuentwickeln. Dies setzt aber wiederum Investitionen der Gesellschaft in die Entwicklung der Humanressourcen, in die Ausbildung der Bevölkerung voraus.⁵⁰

48. Summers and Thomas 1995, 426

49. Ibid., 430

50. Porter (1990, 543-560) unterscheidet insgesamt zwischen vier Stadien der Wettbewerbsfähigkeit einer Nation: Im 'faktorbedingtem' Stadium konkurrieren die Unternehmen der betreffenden Volkswirtschaft – auf Basis der Verfügbarkeit billiger Produktionsfaktoren – auf dem Weltmarkt über den Preis ihrer Produkte, die eine nur geringe Produkt- oder Prozeßtechnologie erfordern oder Technologien erfordern, die auf dem Weltmarkt leicht verfügbar sind. Bei den Exporten solcher Länder handelt es sich in vielen Fällen um natürliche Rohstoffe im un- oder teilverarbeiteten Zustand. Gegenüber dem 'investitionsgetragenen' Wachstum ist das Stadium der faktorbedingten Wettbewerbsfähigkeit dementsprechend eines geringerer Produktivität. Die höchste Stufe nationaler Wettbewerbsfähigkeit wird im Stadium des 'innovationsgetragenen' Wachstums erreicht. Die Firmen einer Nation verfügen in diesem Stadium über die fortschrittlichsten Produkt- und Prozeßtechnologien und verdanken ihre Wettbewerbsposition ihrer Fähigkeit neue, innovative Technologien hervorzubringen und einzusetzen. Und schließlich gibt es nach Porter noch ein 'wohlstandsgetragenes' Stadium der wirtschaftlichen Entwicklung einer Nation, in dem der bereits erreichte Wohlstand einer Nation die Basis ihrer Position im internationalen Wettbewerb darstellt und dieser Wohlstand nur mehr verwaltet wird, und zu geringe neue Investitionen und Innovationen zu

Investitionsgetragenes Wachstum hat zu seiner Voraussetzung einen nationalen Konsens, der – im weitesten Sinne des Wortes – Investitionen in die langfristige wirtschaftliche Zukunft zur allerersten gesellschaftlichen Priorität erklärt. Damit kommt der Politik eine wesentliche Rolle zu; die Rolle, diesen nationalen Konsens zu formen und mit Inhalten zu füllen:

Development strategies are state-centered policies – i.e., they are policies designed and executed in large parts by governments. Different groups in society may have strong policy preferences on certain issues, but the formulation of a development strategy implies at least some degree of state leadership.⁵¹

In Japan, Korea, Taiwan und Singapur war der Prozeß wirtschaftlicher Aufholung von einem starken und reformorientierten Staat begleitet. Unter einem starken Staat ist in diesem Zusammenhang ein Staat zu verstehen, der eine hohe Autonomie und große Leistungsfähigkeit besitzt.⁵² Ein Staat ist in dem Sinne als autonom und damit als stark zu bezeichnen, als die Entscheidungsträger in der Lage sind, sich gegenüber kurzfristigen gesellschaftliche Forderungen durch Kontrolle der Interessenartikulation und -aggregation abzusondern und autonom längerfristige nationale Aufgaben definieren können. Die Leistungsfähigkeit eines Staates läßt sich daran ermessen, inwieweit er in der Lage ist, sich Ressourcen verfügbar zu machen und die Fähigkeit besitzt, Politiken umzusetzen, die das Verhalten privater Akteure verändern und letzten Endes zu einem Wandel der gesellschaftlichen Struktur selbst führen. Das Beispiel der dynamischen Volkswirtschaften Ostasiens legt den Schluß nahe, daß ein Prozeß wirtschaftlicher Aufholung bedeutsame innenpolitische Voraussetzungen dieser Art zu seiner Bedingung hat.

In der entwicklungspolitischen Diskussion werden diese Voraussetzungen oftmals mit dem Erfordernis eines autoritären Regimes für einen erfolgreichen Prozeß wirtschaftlicher Aufholung gleichgesetzt. Tatsache ist, daß die staatlich organisierte Industrialisierung der ostasiatischen und lateinamerikanischen Schwellenländer über weite Strecken hinweg von autoritären Regimen geprägt war. Doch ist ein autoritäres Regierungssystem sicherlich keine hinreichende Bedingung einer erfolgreichen Entwicklungsstrategie; die meisten Entwicklungsländer werden autoritär regiert, aber nur die wenigsten sind als autonome und leistungsfähige Staaten zu bezeichnen. Autoritäre Regime sind nicht einmal eine notwendige Bedingung verspäteter, staatlich gelenkter Industrialisierung; der Prozeß wirtschaftlicher Aufholung im Japan der Nachkriegsperiode war geprägt von einem starken, aber demokratisch legitimierten Staat.⁵³ Den angesprochenen Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen und politischen Reformen in dem Sinne festzuschreiben, daß die ökonomische Liberalisierung notwendigerweise der politischen voranzugehen hat, ist eine zu weitgehende Schlußfolgerung.⁵⁴ Die innenpolitischen Voraussetzungen einer erfolgreichen Ent-

seiner Vermehrung stattfinden. Während also die ersten drei Stadien jeweils eine Verbesserung der Produktivität und damit der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen einer Nation darstellen, handelt es sich bei der letztgenannten Phase um eine der Orientierungslosigkeit und des letztendlichen Niedergangs.

51. Gereffi and Wyman 1989, 44f.

52. Haggard and Moon 1995, 50

53. Gereffi and Wyman 1989, 47

54. In Übereinstimmung mit Summers und Thomas (1995, 432) ist festzustellen, daß zahlreiche Studien keinen systematischen Zusammenhang zwischen politischer Liberalität und wirtschaftlichen Wachstum in Entwicklungsländern herstellen konnten, und daß es leichter ist Beispiele erfolgreicher wirtschaftlicher Reformen zu finden, die politischen Reformen vorausgegangen sind, als solche die unmittelbar im Anschluß an politische Reformen stattfanden. Dem ist jedoch das Beispiel der Länder des ehemaligen Ostblocks entgegenzuhalten. Mit der Einschränkung, daß es sich bei diesen Ländern nicht um Entwicklungsländer im klassischen Sinn handelte, daß sie gemessen an der Größenordnung des Pro-Kopf-Einkommens und der sektoralen Verteilung der wirtschaftlichen Aktivitäten als Schwellenländer zu klassifizieren sind und über eine längere 'nationalstaatliche Vergangenheit' verfügten, waren – wie Sachs und Lipton (1995, 461 u. 464) am Beispiel Polens aufzeigen – die politischen Reformen in diesen Ländern Voraussetzung der wirtschaftlichen Reformen. Die Reformversuche unter kommunistischer Herrschaft in den achtziger Jahren hatten nicht nur mit dem Problem zu kämpfen, daß sie in letzter Konsequenz mit den politischen Interessen der herrschenden Eliten im Widerspruch standen und damit unvollständig bleiben mußten, sondern auch damit, daß sie genau aus diesem Grund weder das Vertrauen der eigenen Bevölkerung noch der internationale

wicklungsstrategie im Sinne eines starken Staates sind daher auf die Fähigkeit der Regierung zu reduzieren, die erforderlichen wirtschaftspolitischen Leistungen des Staates zu erbringen. Diesen Erfordernissen einer verhältnismäßig autonomen und leistungsfähigen Regierung geht jedoch unabhängig von der Regierungsform in jedem Fall die Bedingung voraus, daß wirtschaftliche Reformen als ein nationales Interesse von höchster Priorität verstanden und wahrgenommen wird.

Vor allem aber ist das Wohlstandsniveau, das in autoritären Regimen erzielbar ist, systeminhärent beschränkt. Erst die Beseitigung – tatsächlicher, oder auch nur potentieller – politischer Willkür. Eine stabile Rechtsordnung, die als Voraussetzung privaten Unternehmertums Vertragsfreiheit gewährt und – über Generationen hinweg – den Gewinn und die Rechte aus diesen Verträgen garantiert. Eine unabhängige Rechtsprechung, die auch Gegnern der herrschenden politischen Richtung die Durchsetzung ihrer vertraglichen Rechte garantiert und ihr Eigentum schützt. Gesicherte wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die nicht unter dem Vorbehalt eines permanent drohenden Regimewechsels stehen. Definierte und akzeptierte Gesetze des politischen Wettbewerbs und Machtwechsels. Eine staatliche Ordnung, in der die öffentliche Hand stabile wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen schafft, die privatwirtschaftlichen Institutionen stützt, die Politik aber gleichzeitig weitgehenden Beschränkungen der Interventionen in den privatwirtschaftlichen Verkehr unterliegt.⁵⁵ Erst eine solche liberale Wirtschaftsordnung, eingebettet in eine stabile rechtsstaatliche und demokratische Gesellschaftsordnung, ermöglicht dann – unter den Bedingungen innovations- und effizienzfördernden privatwirtschaftlichen Wettbewerbs – die Etablierung von jenen Märkten und privaten Institutionen, die Voraussetzung für die Akkumulierung von Investitionskapital, für die Entwicklung kapitalintensiver Technologien, für die Herstellung komplexer Güter, für die Spezialisierung durch weitverzweigte Arbeitsteilung und langfristige Investitionen sind.

Rather than being a luxury that only rich countries can afford, individual rights are essential to obtaining the vast gains from ... sophisticated transactions ... and to obtaining the bounteous harvests that property-intensive and contract-intensive production can yield. ... [I]t is no accident that the developed democracies with the best established individual rights are also the societies with the most sophisticated and extended transactions (such as those in futures, insurance, and capital markets) for realizing the gains from trade. They are generally the societies with the highest levels of per-capita-income.⁵⁶

Hierin liegt das Spannungsverhältnis in Olson's Theoriegebäude.⁵⁷ Individuelle Rechte an Verträgen, Eigentum und Gewinnen, gesellschaftlich eingerichtete Märkte sind zwingende Voraussetzungen einer dynamischen Volkswirtschaft. Sie unterstützen eine effiziente Allokation knap-

Finanzmärkte besaßen und unter den Vorzeichen des Ost-West-Konflikts nicht mit der dauerhaften Unterstützung der westlichen Regierungen rechnen konnten.

55. In dieses Bild fügt sich der Monetarismus im Gefolge Milton Friedman's, demzufolge die Geldpolitik einer politisch unabhängig gestellten Institution zuzuordnen ist, die auf die Geldwertstabilität als oberstes Ziel verpflichtet ist. In dem Sinne man dann noch von einer Geld-‘Politik’ im engeren Sinne sprechen kann, begibt sich die Politik ihres diskretionären Handlungsspielraumes, verzichtet auf ihren Einfluß auf die Geldmengen- und Zinssteuerung zu konjunkturpolitischen Zwecken. Dies geschieht aus der Erfahrung heraus, daß stabile Erwartungen der privaten Marktteilnehmer in Bezug auf die Geldwertstabilität in ihren Einfluß auf Investitionen und Vermögensbildung eine essentielle Voraussetzung wirtschaftlicher Prosperität sind.

Diese Hypothese ist bereits in *A Monetary History of the United States, 1867-1960* grundgelegt in der Milton Friedman & Anna Jacobson Schwartz den Nachweis führen, daß sprunghafte Veränderungen in der Geldmenge nicht eine Folge, sondern eher eine Ursache von entweder Inflation oder Rezession sind, Geldmengenpolitik aber den langfristigen Wachstumspfad nicht nachhaltig beeinflussen kann. „[T]he forces determining the long-run rate of growth of real income are largely independent of the long-run rate of growth of the stock of money, so long as both proceed fairly smoothly. But marked instability of money is accompanied by instability of economic growth.“ (Friedman & Schwartz [1963] 1993, 678)

56. Olson 2000, 195 u. 187

57. Auf das er selbst hinweist. Vgl. Olson 2000, 198

per Ressourcen und fördern Innovation. Letztlich deswegen, weil sie den ‘Prozeß schöpferischer Zerstörung’ zulassen. Genau aus diesen Gründen bringen stabile, gefestigte rechtsstaatliche Demokratien die höchsten Pro-Kopf-Einkommen hervor. Etablierte, stabile Gesellschaften – in diesem Falle nicht notwendigerweise marktwirtschaftliche Demokratien – Nationen, die auf eine verhältnismäßig lange, unterbrechungsfreie Geschichte zurückblicken können, sind aber zugleich auch jene, die tendentiell ein verflochtenes System von Organisationen zur Durchsetzung und zum Schutz von Partikularinteressen hervorbringen. Durch Lobbying zugunsten enger Interessen, Festsetzung von Preisen und Löhnen verzerren sie das Preisgefüge, dämpfen die Reallokation von Ressourcen und schwächen damit insgesamt die ökonomische und technologische Innovationskraft einer Gesellschaft. Im Ernstfall führen sie zur wirtschaftlichen Sklerose und nationalem Abstieg.

Beides – individuelle Rechte, gesellschaftlich eingerichtete Märkte und Organisationen kollektiven Handelns – sind Ausdruck entwickelter Zivilgesellschaften. Mehr noch. Die Vereinsfreiheit ist ebenso integraler Bestandteil eines liberalen Rechtsstaates. Eine gesellschaftliche Sphäre zwischen Individuum und gesetzlichen, staatlichen Institutionen zeichnet eine bürgerliche Gesellschaft aus. Und letztlich waren und sind es die bürgerlichen Gesellschaften, die rechtsstaatliche, marktwirtschaftliche Demokratien hervorgebracht haben und tragen.⁵⁸ Damit ist aber auch die Gefährdung der marktwirtschaftlichen Dynamik und gesellschaftlichen Innovationskraft, die von Organisationen kollektiven Handelns ausgeht, in freien Gesellschaften von ihrem Grundsatz her letztlich unvermeidbar.

Hier enden die Möglichkeiten des Institutionalismus. Nicht nur in der Theorie, vor allem in der politischen Praxis. Oder. – Gerade hier beginnt die praktische politische Herausforderung in den etablierten marktwirtschaftlichen Demokratien.

GESELLSCHAFTLICHE RIGIDITÄT IN ETABLIERTEN INDUSTRIENATIONEN

So mannigfaltig die Voraussetzungen wirtschaftlicher Entwicklung auch sein mögen – effizient funktionierende Märkte, makroökonomische Stabilität und privatwirtschaftlicher Wettbewerb, die Leistungsfähigkeit der politischen und wirtschaftlichen Institutionen zur Gewährleistung dieser Voraussetzungen. – Im Zentrum des Zirkels dieser dynamischen Antriebskräfte wirtschaftlichen Fortschritts steht die soziale Innovation.^{Abb. 2} Die Fähigkeit und der Wille einer Gesellschaft zur stetigen Erneuerung ihrer selbst in ihren wirtschaftlich relevanten Aspekten, die Fähigkeit und der Wille vorherrschende Paradigmen in Frage zu stellen, die Erfolgsstrategien der Vergangenheit hinter sich zu lassen und zu einem neuen Gleichgewicht der dynamischen Antriebskräfte zu finden. Wirtschaftlicher Fortschritt und die Aufrechterhaltung wirtschaftlicher Prosperität setzt die Bereitschaft einer Gesellschaft voraus, sich verändernden Bedingungen anzupassen.

Insofern der marktwirtschaftliche Wettbewerb im Sinne Schumpeters einem permanenten Prozeß schöpferischer Zerstörung gleicht, der in seinem Wirken Aufstieg und Niedergang einzelner Unternehmen, von Industriesegmenten und ganzen Sektoren einer Volkswirtschaft mit sich bringt, wird die Flexibilität einer Gesellschaft, durch Reallokation ihrer Ressourcen stagnierende Segmente oder Sektoren zu verlassen und in expandierende zu investieren, zu einer wesentlichen Determinante ihres wirtschaftlichen Wohlstands.⁵⁹ Ein solcher Strukturwandel

58. Olson 2000, 36-40; Wolf 2004, 24-33; Wright 2000, 148-154

59. Nur all zu oft wird übersehen, daß Unternehmen und Aktivitäten, die dauerhaft nicht in der Lage sind ihre Kosten zu decken, der Gesellschaft wertvolle Ressourcen entziehen, ohne einen entsprechenden Gegenwert zu produzieren. So keine positiven externen Effekte vorliegen, werden, immer dann wenn die Kosten den Erlös übersteigen, im Produktionsprozeß Ressourcen verbraucht deren Wert jenem übersteigt, den die Konsumenten für das Produkt zu bezahlen bereit sind. Das Produkt ist dann weniger wert, als seine verarbeiteten Bestandteile. Verlustbringende Unternehmen sind daher nicht in einem bloß abstrakten Sinn unwirtschaftlich. Sie schaden der Gesellschaft indem sie Ressourcen verbrauchen – eigentlich verschwenden, die anderswo gewinnbringend, i.e.

kann seine Ursachen in quantitativen oder qualitativen Veränderungen der Nachfrage oder im Entstehen eines neuen Angebots, in der Entwicklung innovativer Produktionsmethoden oder im Aufkommen ausländischer Konkurrenz als Folge von Veränderungen in der internationalen Verteilung der komparativen Kostenvorteile haben. Gleiches gilt für die Folgen grundsätzlicher technologischer Innovationen – wie etwa der Informations- und Kommunikationstechnologien, die der Gesellschaft die Flexibilität abverlangen, diese neuen Technologien in gewinnbringender Weise anzuwenden und oftmals einen weitreichenden gesellschaftlichen Wandel nach sich ziehen.

Während in den Entwicklungsländern in vielen Fällen eine oder mehrere Grundvoraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums fehlen, sind die etablierten Industriestaaten offensichtlich von wirtschaftlichen und letztlich gesellschaftlichen Rigiditäten bedroht, die die Anpassungsfähigkeit an sich verändernde Rahmenbedingungen hemmen und damit die wirtschaftliche Prosperität gefährden:

[H]istory ... teaches that time and again, firms, sectors and whole economies often push their success formulas too far, and for too long. Even when strong incentive structures exist and clear signals are sent that limits are being reached, the inability to adjust to new circumstances is often striking. ... Especially for the developed countries striving for continued economic growth and development, social innovation is extremely important and, as history so often shows, very difficult. Failure to achieve it leads to institutional sclerosis and, ultimately, relative economic decline.⁶⁰

Nach Mancur Olson folgt aus der 'Logik kollektiven Handelns,' daß die Entstehung von Organisationen kollektiven Handelns üblicherweise verhältnismäßig lange Zeiträume in Anspruch nimmt.⁶¹ Aus diesem Grund verfügten Gesellschaften, die auf eine vergleichsweise lange und stabile wirtschaftliche Entwicklung zurückblicken können, über ein dichteres Netz an Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen und sonstigen Organisationen zur Vertretung von Interessen, als solche Gesellschaften, deren Industrialisierung erst später einsetzte oder durch politische Umwälzungen öfters unterbrochen wurde. Ein dichtes Netz solcher Organisationen zur Vertretung von Partikularinteressen hat aber nach Olson aus mehreren Gründen negative Auswirkungen auf die Effizienz und das Wachstum einer Volkswirtschaft. So ist es zunächst für eine Interessenvertretung, die ja zumeist nur einen verhältnismäßig geringeren Prozentsatz der Gesamtbevölkerung vertritt, effizienter den wirtschaftlichen Wohlstand ihrer Mitglieder dadurch zu steigern indem sie dafür sorgt, daß diese Mitglieder einen größeren Anteil am gesamtgesellschaftlichen Wohlstand erhalten. Würde sie demgegenüber durch eine Maßnahme dazu beitragen, daß durch gesteigerte Effizienz der gesamtgesellschaftliche Wohlstand größer wird, hätte eine solche Vertretung von Teilinteressen die gesamten Kosten zur Durchsetzung einer solchen Maßnahme zu tragen, würde aber nur entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung davon profitieren.^{62, 63} Im Normalfall weist eine Umverteilungsmaßnahme aus der Sicht der

produktiver einsetzbar sind. Der mit den vorhandenen Ressourcen – Arbeit, Wissen, Kapital und natürliche Ressourcen – einer Gesellschaft erzielbare Wohlstand wird geschmälert. Daher ist die Schließung unrentabler Unternehmen eine notwendige Voraussetzung nachhaltigen Wohlstands, weil nur so diese Ressourcen für neue gewinnbringende, wertsteigernde Aktivitäten freigesetzt werden.

60. Jong and Zalm 1992, 32

61. Olson 1982, Kap. 2 u. 3

62. Vgl. Olson [1965] 1971, 22-36

63. D.h., daß sich eine Organisation kollektiven Handelns im Bezug auf die Gesamtgesellschaft in einer ähnlichen Situation befindet, wie ein Einzelindividuum, daß vor der Entscheidung steht an einer kollektiven Handlung mitzuwirken (Olson 1982, 43). Eine Interessenvertretung, die eine Maßnahme setzt, die der Gesamtgesellschaft zugute kommt, stellt im Bezug auf diese ein öffentliches Gut her. Dient eine solche Organisation demgegenüber ihren Mitgliedern dadurch, daß sie eine Umverteilung des gesamtgesellschaftlichen Wohlstands zugunsten ihrer Klientel bewirkt, handelt es sich aus gesamtgesellschaftlicher Sicht um ein privates Gut, da die Vorteile dieser Maßnahme nur

Interessenvertretung daher eine bessere Kosten-Nutzen-Relation aus, als eine solche, die ein höheres Einkommen für die gesamte Bevölkerung bewirkt. Umverteilungsmaßnahmen verändern aber – über ihre unmittelbaren Umverteilungswirkungen hinausgehend – das System von Anreizen in einer Gesellschaft und verringern damit – aus einer rein ökonomischen Perspektive heraus betrachtet – zusätzlich die Effizienz einer Volkswirtschaft.

Selbst für den Fall, daß es sich bei der fraglichen Interessenvertretung um eine solche handelt, deren Mitglieder einen so großen Anteil am Volkseinkommen repräsentieren – wie etwa bei Dachverbänden der Arbeitnehmer- oder Arbeitgebervertretungen –, daß es dem Interesse dieser Organisation entspricht, Maßnahmen zu setzen, die die Effizienz der Wirtschaft insgesamt steigern, hemmt deren Wirken auf Dauer die Flexibilität einer Volkswirtschaft. Sei es im Konsens oder auf Basis sonstiger formaler Entscheidungsmechanismen, Organisationen kollektiven Handelns treffen ihre Entscheidungen zwangsläufig langsamer als die Individuen oder Unternehmen, die sie vertreten. In dem Ausmaß, wie kollektive Entscheidungen die Entscheidungen individueller Marktteilnehmer ersetzen oder beeinflussen, leidet daher die Anpassungsfähigkeit der Märkte an sich verändernde Rahmenbedingungen. Die Einführung neuer Technologien, die Reallokation von Ressourcen von Sektoren abnehmender hin zu solchen steigender Produktivität wird verzögert und ein geringeres Wirtschaftswachstum ist die Folge.

Nun greift eine Interpretation von Organisationen kollektiven Handelns sicherlich zu kurz, die die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen von Interessenvertretungen ausschließlich negativ beurteilt. Organisationen kollektiven Handelns können einen Beitrag zur Stabilität der sozialen und wirtschaftlichen Erwartungshaltungen leisten, und eine solche Stabilität einer Volkswirtschaft ist zweifellos ein wichtiger Standortfaktor. Sie sind – über eine rein ökonomische Betrachtungsweise hinausgehend – vor allem aber auch Ausdruck einer ‘bürgerlichen Gesellschaft,’ einer Gesellschaft, die „sich durch Vereinigungen, die nicht von der Staatsmacht bevormundet werden, strukturieren und ihre Handlungen koordinieren kann.“⁶⁴ Und doch erscheint es gerade in den etablierten Wohlstandsgesellschaften in vielen Fällen unmöglich, wirtschaftliche Reformen zu verwirklichen, die organisierten Partikularinteressen zuwiderlaufen. Nachdem die Bildung von Organisationen kollektiven Handelns günstige Umstände und Zeit erfordert, eilt der wirtschaftliche Wandel zumeist dem kollektiven Handelns und Verhandeln voraus, und die bestehenden Interessenvertretungen werden zu den Verteidigern des Status quo.

Ein Anwachsen der Bedeutung und der Anzahl von organisierten Einzelinteressen verändert das Gleichgewicht der dynamischen Antriebskräfte wirtschaftlichen Fortschritts. Zunehmende Eingriffe in den Preismechanismus und Veränderungen im System von Anreizen einer Gesellschaft gehen zu Lasten der Effizienz einer Volkswirtschaft und behindern den privatwirtschaftlichen Wettbewerb. Die zunächst stabilitätsstiftende Wirkung kollektiven Handelns führt dann irgendwann zu sozialen Rigiditäten und einer institutionellen Sklerose, die die Anpassungsfähigkeit einer Gesellschaft an geänderte weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen lähmen und damit ihre wirtschaftliche Prosperität gefährden. Die Entstehung eines neuen Zentrums weltwirtschaftlicher Aktivitäten im Fernen Osten stellt eine solche massive Veränderung der Rahmenbedingungen dar, die von den traditionellen westlichen Gesellschaften in Europa und Nordamerika eine außerordentliche Anpassungsleistung abverlangt, wenn diese ihre wirtschaftliche Prosperität aufrechterhalten wollen.

den Mitgliedern der Organisation zugute kommt. Zum spezifischen Charakter öffentlicher Güter und der Problematik ihrer Herstellung – die der ‘Logik kollektiven Handelns’ zugrunde liegt – vgl. obige Anm. 45.

64. Charles Taylor, zitiert nach: Winderl 1994, 382

5. ANARCHIE UND STRATEGISCHE INTERDEPENDENZ

Die marktwirtschaftliche Dynamik führt im internationalen Kontext zu einer Diffusion der wirtschaftlichen Aktivitäten und verändert damit die Struktur des internationalen Systems. Auf der stetigen Suche nach günstigeren Arbeitskräften, neuen Rohstoffquellen und neuen Märkten wandern Technologie und Kapital von den Wachstumspolen der Weltwirtschaft zu deren Einzugs- und Ausstrahlungsgebieten und bringen dort, wo die Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums gegeben sind, neue Wachstumspole hervor. Auf diese Weise akzentuiert die marktwirtschaftliche Dynamik den Aufstieg und Niedergang der Nationen.

Steigende Lohnkosten, gesättigte Märkte und sinkende Grenzerträge verflachen bei einem gegebenen technologischen Niveau das Wachstum in den etablierten Zentren der Weltwirtschaft und begrenzen damit den Konzentrationsprozeß. Länder späterer Industrialisierung verfügen demgegenüber über die Vorteile der geringeren Lohnkosten, der in vielen Fällen moderneren und damit effizienteren Industrieanlagen, eines relativen Überflusses an Investitionsmöglichkeiten und einer expandierenden Nachfrage. Aus diesen Gründen können Länder späterer Industrialisierung höhere Raten wirtschaftlichen Wachstums erzielen, als die etablierten Zentren weltwirtschaftlicher Aktivitäten. Die etablierten Zentren wirtschaftlichen Wachstums können ihre relative Position in der Weltwirtschaft nur dann beibehalten, wenn es ihnen gelingt durch Innovation ihren Produktivitätsvorsprung zu erhalten und damit den Effekten der Diffusion von Technologie und Kapital entgegenzuwirken. Bei gleichbleibendem technologischen Niveau führt die Dynamik des marktwirtschaftlichen Systems zwangsläufig dazu, daß die neuen Industrieländer die etablierten als Wachstumspole des Systems ersetzen.

Die sich auf diese Weise vollziehende Diffusion von Wachstum und Wohlstand innerhalb des marktwirtschaftlichen Systems vollzieht sich jedoch nicht gleichmäßig. Die expansive Logik des marktwirtschaftlichen Systems bringt naturgemäß eben nur dort neue Wachstumspole hervor, wo die Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums gegeben sind: „As a consequence, a market economy tends to result in a process of uneven development in both domestic and international systems.“⁶⁵ Im internationalen Kontext führt dieser permanente Prozeß regional ungleichmäßigen Wachstums zu politischen Konflikten. Zu Konflikten zwischen den aufstrebenden Nationen und jenen, die relativ an Bedeutung verlieren.

Der weltwirtschaftliche Prozeß ungleichmäßigen Wachstums löst politische Konflikte aus, weil er die Struktur des internationalen Systems verändert.

INTERNATIONALE REGIME UND DIE PROBLEMATIK POLITISCHEN MARKTVERSAGENS

Das Ausmaß und die Richtung der Entfaltung der marktwirtschaftlichen Dynamik über nationale Grenzen hinweg ist abhängig vom Ausmaß und Charakter internationaler Wirtschaftskooperation. Das internationale System ist geprägt von Anarchie und Interdependenz. Das Fehlen einer internationalen Zentralgewalt bedeutet, daß das internationale System einem System der 'Selbstjustiz' gleicht, daß die Staaten zum Schutz ihrer Sicherheit und ihrer Interessen auf sich allein gestellt sind. Gleichzeitig stehen sich die Staaten aber auch in wechselseitiger Abhängigkeit gegenüber, d.h. die Fähigkeit eines Akteurs, seine Ziele zu verwirklichen, ist in einem wesentlichen Ausmaß vom Verhalten der übrigen Akteure des internationalen Systems ab-

hängig.⁶⁶ Die internationale Arbeitsteilung – beziehungsweise ihre prinzipielle Möglichkeit und die damit verbundenen potentiellen Wohlstandsgewinne – begründet solche Verhältnisse wechselseitiger strategischer Interdependenz. Durch Koordination und Kooperation zwecks Reduktion der Transaktionskosten des grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehrs – i.e. zur Beseitigung von Barrieren des internationalen Waren-, Dienstleistungs-, Zahlungs- und Kapitalverkehrs – können die Staaten ihren absoluten nationalen Wohlstand vergrößern. Gleichzeitig sind die Staaten kraft ihrer Souveränität berechtigt, jederzeit in den grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr einzugreifen. Das bedeutet, daß ein internationales System formal souveräner Staaten aus sich selbst heraus die Stabilität der Erwartungshaltungen der staatlichen und privatwirtschaftlichen Akteure prinzipiell beeinträchtigt.

Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit für eine internationale Wirtschaftsordnung im Sinne rechtlicher Vereinbarungen zwischen souveränen Staaten. Letztlich sichert erst eine derartige internationale Wirtschaftsordnung den Staaten ‘Souveränität’ im normativen Sinn, nämlich die Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen, die eine realistische Chance haben, in einer wirtschaftlich verflochtenen und potentiell instabilen Welt ihre Ziele zu erreichen.⁶⁷

Anarchie und Interdependenz – formale Souveränität in einem System wechselseitiger Abhängigkeiten – konfrontieren das internationale System zunächst einmal mit Problemen des Marktversagens, mit einer potentiellen Diskrepanz zwischen den individuellen und kollektiven Rationalitäten. Die rationale individuelle Nutzenmaximierung der einzelnen Akteure kann unter diesen Bedingungen zu pareto-defizitären Lösungen⁶⁸ führen. Die klassische, spieltheoretische Formalisierung dieser Problematik ist die des Gefangenendilemmas.^{69, 70} Es kann als Gegenbild zu Adam Smiths Metapher von der ‘unsichtbaren Hand’ des Marktes verstanden werden, derzufolge das individuelle Gewinnstreben das größtmögliche Gemeinwohl hervorbringt. So läßt sich der Hobbesche Naturzustand als Gefangenendilemma interpretieren, in dem die Menschen in ihrem individuellem Streben nach Selbsterhaltung und Wohlstand – angesichts des Fehlens einer verbindlichen Rechts- und Staatsordnung – einem Zustand ständiger Ungewißheit und Be-

66. Vgl. Milner [1991] 1993, 163

67. Tumlin 1986, 89

68. Im Pareto-Gleichgewicht ist es nicht mehr möglich, daß jemand seine Situation verbessern kann, ohne daß ein anderer schlechter gestellt wird. Das bedeutet umgekehrt, daß in pareto-defizitären Zuständen die prinzipielle Möglichkeit besteht den Nutzen einzelner oder aller zu steigern, ohne den anderer notwendigerweise zu verringern; d.h. in pareto-defizitären Zuständen wird der größtmögliche Gesamtnutzen nicht vollständig ausgeschöpft.

69. Im Gefangenendilemma stehen zwei Spieler (A und B) – gleichzeitig und unabhängig voneinander – vor der Ent-

scheidung, ob sie kooperieren (C, für ‘Cooperate’), oder dem Partner die Kooperation versagen (D, für ‘Defect’) sollen. Wenn sich beide zur Kooperation entschließen (CC), erhalten A und B den ordinalen Nutzenwert von 3. Entscheiden sich beide zur Nicht-Kooperation (DD), dann können beide lediglich einen Nutzen von 2 realisieren. Wenn nur ein Spieler kooperiert, der andere aber diesem die Kooperation versagt, dann erzielt der nicht-kooperierende Akteur den höchsten Nutzenwert von 4, den Erlös des ‘Free-Rider’s (DC), der kooperierende aber den niedrigsten Nutzen von 1, den ‘Sucker’s Payoff’ (CD). Daraus ergibt sich aus Sicht jedes einzelnen Spielers die Präferenzordnung:

		B	
		C	D
A	C	3,3	1,4
	D	4,1	2,2

$DC > CC > DD > CD$. Unter der Voraussetzung, daß die Spieler keinen bindenden Vertrag miteinander abschließen können – daß keine übergeordnete Autorität existiert, die die Einhaltung freiwilliger Vereinbarungen erzwingen kann – ist es die dominante Strategie beider Spieler, nicht zu kooperieren. Nicht zu kooperieren ist jene Strategie, die die höchsten Erlöse mit sich bringt, unabhängig davon, wie sich der andere Spieler entscheidet; sie ist jene Strategie, die die minimal möglichen Gewinne maximiert (‘minimax’-Lösung). Unter Bedingungen instabiler Erwartungshaltungen kann daher die individuelle Nutzenmaximierung zu pareto-defizitären, suboptimalen Gesamtlösungen führen.

70. Zur generellen Bedeutung dieses Dilemmas schreibt Robert J. Aumann (1989, 21): „The universal fascination with this game is due to its representing, in very stark and transparent form, the bitter fact that when individuals act for their own benefit, the result may well be disaster for all. This principle has dozens of applications, great and small, in everyday life. *People who fail to cooperate for their own mutual benefit are not necessarily foolish or irrational; they may be acting perfectly rationally. The sooner we accept this, the sooner we can take steps to design the terms of social intercourse so as to encourage cooperation.*“ Vgl. auch Rapoport 1989.

drohung ausgesetzt sind. In einem solchen Zustand sind die Individuen gezwungen sich selbst aggressiv, nicht-kooperativ zu verhalten, um sich gegen die Ungewißheit zukünftiger Bedrohungen vorweg abzusichern. Die Überwindung dieses Naturzustandes zum Schutz der ihren Privatinteressen nachgehenden Individuen verlangt gemäß Hobbes nach einer vertraglich begründeten „allgemeine[n] Gewalt, die sie im Zaum halten und ihre Handlungen auf das Gemeinwohl lenken soll.“⁷¹ In einer ökonomischen Interpretation bildet das Gefangenendilemma die Problematik öffentlicher Güter ab, gemäß der es die rationale, nutzenmaximierende Strategie jedes einzelnen Individuums ist, keinen Beitrag zur Herstellung eines Gutes zu leisten, von dessen Konsum es ja sowieso nicht ausgeschlossen werden kann; dieses nicht-kooperative Verhalten aber in Summe zu einer Wohlstandsvermindernden Unterversorgung der Gesellschaft mit solchen Gütern führt. Und insofern man den Staat als Institution zur Herstellung und Verteilung öffentlicher Güter im weitesten Sinne versteht, kann das Wesen der Politik überhaupt als die Suche nach Strategien zur Überwindung des Gefangenendilemmas verstanden werden.⁷² In der internationalen Politik sehen sich die Staaten im Sicherheitsdilemma mit einer Präferenzordnung konfrontiert, die jeden einzelnen aus Furcht vor militärischer Unterlegenheit zur Aufrüstung zwingt, gerade dieser Rüstungswettlauf aber in Summe die Sicherheit und den Wohlstand aller vermindert.⁷³

Und schließlich können in der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen alle Nationen ihren Wohlstand vergrößern, indem sie der internationalen Arbeitsteilung keinerlei Barrieren in den Weg stellen. In einer Welt des allgemeinen Freihandels kann aber umgekehrt jede einzelne Nation – im Sinne einer strategischen Handelspolitik – ihren Wohlstand unter Umständen noch weiter vergrößern, wenn sie durch die nicht-kooperative Anwendung selektiver handelspolitischer Maßnahmen ihren Inlandsmarkt schützt oder ihrer Exportindustrie einseitige Vorteile verschafft. Das Ergebnis ist die allgemeine Einschränkung des Handels durch nicht-tarifäre Handelsbeschränkungen, Exportsubventionen oder fortgesetzte konkurrierende Währungsabwertungen, die den Wohlstand aller Nationen vermindern und durch die wechselseitige Einführung immer prohibitiverer Gegenmaßnahmen im Extremfall prinzipiell zu einem regelrechten Handelskrieg und einer daraus resultierenden Weltwirtschaftskrise führen können.

Dem ‘neoliberalen Institutionalismus’ sind instabile Erwartungshaltungen mit der Folge politischen Marktversagens zentrale Problematik der Kooperation in einem anarchischen System formal souveräner Staaten. Die Lösung dieser Problematik liegt in internationalen Regimen, die durch implizite oder explizite Prinzipien, Regeln und Entscheidungsmechanismen eine Konvergenz der Erwartungshaltungen ermöglichen.⁷⁴ Als rationale Akteure eines anarchischen Systems

71. Hobbes [1651] 1989, 134

72. Vgl. Lipson [1984] 1993, 62; Stein [1982] 1993, 35-38

73. Vgl. Beuter 1982, 42-44

74. Diese auf Stephen D. Krasner zurückgehende Definition internationaler Regime unterscheidet ursprünglich zwischen Prinzipien, Normen, Regeln und Entscheidungsmechanismen: „Principles are beliefs of fact, causation, and rectitude. Norms are standards of behavior defined in terms of rights and obligations. Rules are specific prescriptions or proscriptions for action. Decision-making procedures are prevailing practices for making and implementing collective choice.“ (Krasner 1983, 2; vgl. Keohane 1984, 57-59) Im internationalen Handel wären dementsprechend die Zielsetzung des allgemeinen Freihandels als Prinzip, die unbedingte Meistbegünstigung als Norm und die spezifischen Vereinbarungen zur Beseitigung von Handelshemmnissen als Regeln des GATT-Systems anzusprechen. Aus zweierlei Gründen erscheint es sinnvoller neben den Entscheidungsmechanismen nur zwischen Prinzipien und Regeln internationaler Institutionen zu unterscheiden. Zunächst soll in Anlehnung an die rechtswissenschaftlichen Terminologie der Begriff der Norm als Sammelbegriff für sämtliche Anordnungen, die ein bestimmtes Verhalten vorschreiben und deren Nichteinhaltung grundsätzlich mit Sanktionen verbunden ist, erhalten bleiben; wohl wissend, daß im Vergleich zum innerstaatlichem Recht die Sanktionsmöglichkeiten in den internationalen Beziehungen angesichts des Fehlens einer Zentralgewalt zumeist deutlichen Beschränkungen unterworfen sind. Der Begriff der Norm in Krasners Definition wird dementsprechend hier durch den des Prinzips ersetzt. Zum zweiten soll der instrumentelle Charakter internationaler Institutionen betont werden, und daher die von Krasners Begriff der Prinzipien erfaßten Überzeugungssysteme und Zielsetzungen als Voraussetzungen, nicht aber als Bestandteil solcher Regime verstanden werden.

bilden Nationen solche Regime, um Vereinbarungen zum gegenseitigen Vorteil zu treffen. Diese internationalen Institutionen – die internationale Organisationen im völkerrechtlichen Sinne umfassen, sich aber definitionsgemäß keineswegs auf solche beschränken – werden von den Nationen geschaffen, um unter Wahrung ihrer Souveränität Defizite zu überwinden, die das Fehlen einer internationalen Zentralgewalt mit sich bringt. Sie besitzen keine Autorität aus eigenem Recht, stellen nicht Elemente einer in Entstehung begriffenen internationalen Zentralgewalt dar, sondern dienen den Staaten als Instrumente zur kooperativen Verfolgung gemeinsamer Interessen.

In *The Evolution of Cooperation* (1984) weist Robert Axelrod experimentell mittels Computersimulationen und theoretisch nach, daß die Überwindung des Gefangenendilemmas dann möglich ist, wenn die rationalen und unabhängigen Akteure auf unabsehbare Dauer in interdependenten Beziehungen zueinander stehen und möglichen zukünftigen Kooperationserlösen auch in der Gegenwart ausreichend Wert beigemessen wird. Spieltheoretisch bedeutet dies, daß das Gefangenendilemma nicht mehr bloß einmal ‘gespielt’ wird, sondern als fortlaufende Serie. Unter diesen Umständen können Strategien bedingter Kooperation auf Basis der Reziprozität zu stabilem kooperativen Verhalten führen. Eine solche Strategie ist TIT-FOR-TAT, bei der der eine Spieler im ersten Durchgang kooperiert und in allen folgenden nur unter der Bedingung kooperiert, daß der andere Spieler in der vorangegangenen Sequenz kooperiert hat.

Internationale Kooperation ist dementsprechend dann möglich, wenn die Nationen von andauernden interdependenten Beziehungen ausgehen müssen, zukünftige Kooperation der Partner von entscheidender Bedeutung für die Interessen der Nation sind, gleichzeitig aber auch Vergeltungsmaßnahmen für nicht-kooperatives Verhalten jederzeit möglich sind. Folgt man dieser Logik, dann ergibt sich auch eine entsprechende Erklärung für die relative Häufigkeit internationaler Wirtschaftskooperation im Vergleich zu jenen Politikfeldern, die die nationale Sicherheit im engeren Sinne betreffen.

So sind internationale Wirtschaftsbeziehungen wesentlich von der Tatsache geprägt, daß sie auf unabsehbare Dauer angelegt sind und üblicherweise keiner der Partner in der Lage ist, durch einen einzelnen Schachzug die Kräfteverhältnisse entscheidend zu seinen Gunsten zu verändern. Internationale Wirtschaftsbeziehungen führen dann zu vermehrtem nationalen Wohlstand, wenn sich über verhältnismäßig lange Zeithorizonte hinweg durch Kooperation und fortlaufende Transaktionen eine Arbeitsteilung herausbilden kann, die die Produktivität der nationalen Ressourcen steigert. Demgegenüber muß ein Staat im militärisch-sicherheitspolitischen Bereich eher befürchten, daß ein Gegner die Kräfteverhältnisse durch einen erfolgreichen Präventivschlag so entscheidend zu seinem Gunsten verändern kann, daß ein darauffolgender Vergeltungsschlag nicht mehr möglich ist. Mögliche zukünftige Kooperationsgewinne verlieren angesichts einer solchen Bedrohung an Bedeutung. Sicherheitspolitische Beziehungen unter Gegnern ähneln damit eher dem einfachen Gefangenendilemma, das Strategien bedingter, wechselseitiger Kooperation nicht zuläßt.⁷⁵

Akzeptiert man das Gefangenendilemma als eine mögliche Illustration der internationalen Politik als Mischung sich widersprechender und gemeinsamer, sich ergänzender Interessen, dann ist das internationale System notwendigerweise instabil. Es bedeutet aber nicht, daß nutzenmaximierende Kooperation in einem dezentralen System rationaler Egoisten in jedem Fall logischerweise nicht möglich sei: „[M]utual cooperation can emerge in a world of egoists without central control by starting with a cluster of individuals who rely on reciprocity.“⁷⁶

Grundsätzlich können dem neoliberalen Institutionalismus zufolge internationale Regime Kooperation erleichtern, weil sie die Wahrscheinlichkeit, daß ein Staat übervorteilt werden kann, reduzieren und damit dessen Bereitschaft zur Kooperation erhöhen. Internationale Institutionen

75. Vgl. Lipson [1984] 1993 u. Powell [1991] 1993

76. Axelrod 1984, 69

reduzieren die Kosten der Verifikation kooperativen oder nicht-kooperativen Verhaltens, verbinden Einzelvereinbarungen zu fortlaufenden Beziehungen und erleichtern die Sanktionierung nicht-kooperativen Verhaltens. Sie verstärken und institutionalisieren auf diese Weise die Möglichkeit zu bedingt kooperativem Verhalten auf Basis der Reziprozität.

In ihren Prinzipien und Regeln bilden internationale Institutionen die Erwartungshaltungen ihrer Teilnehmer ab. Diese Prinzipien und Regeln stellen dann mehr oder minder anerkannte Standards unterschiedlicher Allgemeinheit dar, zur Unterscheidung kooperativen Verhaltens von nicht-kooperativem. Insofern Regimen eine gewisse Dauerhaftigkeit aneignet, verbinden sie die Gegenwart mit der Zukunft, vermitteln sie Erwartungen, wie das gegenwärtige Handeln eines Staates das zukünftige Verhalten der anderen beeinflusst. Sie lenken damit die Aufmerksamkeit auf den fundamental interdependenten Charakter staatlichen Handelns und der Verwirklichung nationaler Interessen. Und in Abhängigkeit ihres inhaltlichen Umfangs stellen internationale Institutionen auch Verbindungen zwischen mehreren, innerhalb des gleichen Zeitraums zu treffenden, Vereinbarungen her und eröffnen damit eine weitere Dimension zur Anwendung bedingt kooperativen Verhaltens. Die Transformation des einfachen Gefangenendilemmas zu einer Serie von Durchgängen oder mehreren parallel stattfindenden Interaktionen führt aber nur dann zu kooperativem Verhalten, wenn die Akteure über verlässliche und aktuelle Informationen über die Handlungen der anderen verfügen. Der Ausgleich von Informationsdefiziten und die Entwicklung von Standards zur Beurteilung des Verhaltens und der Verlässlichkeit der Akteure wird damit zu einer weiteren wesentlichen Funktion internationaler Institutionen in Ermöglichung kooperativen Verhaltens.

Insgesamt reduzieren internationale Institutionen auf diese Weise die Transaktionskosten politischer Vereinbarungen und stabilisieren Erwartungshaltungen. Sie erlauben die fortlaufende Beurteilung des Verhaltens von Staaten und fördern den Informationsaustausch. Sie sind damit Instrumente der Komplexitätsreduktion zur Strukturierung der internationalen Beziehungen. Sie erleichtern das Treffen politischer Vereinbarungen und fördern deren Einhaltung. Auf diese Weise kann die Problematik politischen Marktversagens in einem dezentralen System souveräner Staaten überwunden und der Wohlstand der beteiligten Nationen gesteigert werden.⁷⁷

DIE BEDEUTUNG RELATIVER GEWINNE IN DER POLITISCHEN ÖKONOMIE INTERNATIONALER BEZIEHUNGEN

Während der neoliberale Institutionalismus das Streben nach Wohlstand in den Vordergrund stellt, betont der Neorealismus das Streben der Staaten nach Sicherheit.⁷⁸ Die vom neoliberalen Institutionalismus betonte Problematik politischen Marktversagens bildet nur einen Teilaspekt der Beschränkungen ab, die der Charakter des Systems der internationalen Kooperation auferlegt:

When faced with the possibility of cooperating for mutual gain, states that feel insecure must ask how the gain will be divided. They are compelled to ask not 'Will both of us gain' but 'Who will gain more?' If an expected gain is to be divided, say, in the ratio of two to one, one state may use its disproportionate gain to implement a policy to damage or destroy the other. Even the prospect of large absolute gains for both parties does not elicit their cooperation so long as each fears how the other will use its increased capabilities.⁷⁹

Der Charakter des internationalen Systems zwingt die Nationen, sich als defensive Positionalisten zu verhalten, nicht bloß ihren individuellen Wohlstand zu maximieren, sondern

77. Vgl. Axelrod and Keohane [1985] 1993 u. Keohane 1984, 49-109

78. Vgl. Grieco [1988] 1993a u. 1993b

79. Waltz 1979, 105

vor allem einmal darauf zu achten, daß sich ihre relative Position innerhalb der Struktur des internationalen Systems nicht verschlechtert.⁸⁰

Das staatliche Handeln wird zuallererst vom anarchischen Charakter des internationalen Systems bestimmt. Das Fehlen einer internationalen Zentralgewalt bedeutet aber nicht bloß das Fehlen einer übergeordneten Instanz, die die Einhaltung internationaler Vereinbarungen garantieren kann, sondern vor allem, daß die Nationen grundsätzlich einer existentiellen Bedrohung ihres Bestands als unabhängige Akteure ausgesetzt sind. Die Staaten können sich nicht darauf beschränken ihren individuellen Wohlstand zu maximieren, sondern müssen sich gleichzeitig und zuallererst im Wettbewerb der Nationen behaupten. Und das ist nicht notwendigerweise das selbe; denn absolute Gewinne können gleichzeitig zu relativen Verlusten führen. Internationale Kooperation ist damit nicht nur mit der Problematik politischen Marktversagens, sondern auch mit der relativer Gewinne konfrontiert. Das bedeutet, daß ein Staat nicht nur nicht kooperieren wird, wenn er befürchten muß, daß sein Kooperationspartner sich nicht-kooperativ verhalten wird. Er wird auch dann nicht kooperieren, wenn er überzeugt ist, daß sein Partner durch diese Kooperation höhere Erlöse erzielen kann, als er selbst. Und deshalb sind die Nationen mit der Aufgabe einer bedingten Nutzenmaximierung konfrontiert, der Maximierung absoluten Wohlstands unter der Bedingung, daß die absoluten Wohlstandsgewinne internationaler Kooperation gleichmäßig verteilt werden.⁸¹

Der anarchische Charakter des internationalen Systems stellt die Nationen vor die Aufgabe, sich nicht nur auf die Vermehrung ihres absoluten Wohlstandes zu konzentrieren, sondern vor allem einmal ihr Überleben zu sichern. Das Fehlen einer internationalen Zentralgewalt bedeutet, daß keine übergeordnete Autorität existiert, die die Anwendung von Gewalt gegen einen Staat verhindern und damit dessen Bestand garantieren könnte. Die Akteure des internationalen Systems sind daher gezwungen, ihren Sicherheitsinteressen oberste Priorität einzuräumen und – allein schon aufgrund des prinzipiellen Charakters des Systems, unabhängig von seiner jeweiligen spezifischen Verfaßtheit – stets mit der Anwendung militärischer Gewalt zu rechnen. Sofern es die Interessen der nationalen Sicherheit verlangen, werden die Staaten daher auf absolute Wohlstandsgewinne verzichten, wenn deren Verwirklichung zu noch größeren Zuwächsen in der Leistungsfähigkeit rivalisierender Nationen führen könnte. Sie bewerten ihre eigene Leistungsfähigkeit stets in Relation zu der Leistungsfähigkeit anderer Staaten. Der anarchische Charakter des internationalen System bringt damit die Problematik relativer Gewinne mit sich, die auch die Bereitschaft zur Kooperation einschränkt. Staaten, die damit rechnen, daß ihre gegenwärtigen Partner relativ höhere Erlöse gemeinsamer Kooperation erzielen könnten, müssen befürchten, daß sie zu irgendeinem Zeitpunkt in der Zukunft mit einem mächtigeren Gegner konfrontiert sein

80. In der Überzeugung der realistischen Konzeption des souveränen Staates zu folgen, positioniert der neoliberale Institutionalismus den Staat innerhalb des internationalen Systems als 'rationalen Egoisten.' Staaten sind rational, weil sie über konsistente, geordnete Präferenzen verfügen, angesichts derer sie unter Abwägung der Kosten und Nutzen unterschiedlicher Handlungsweisen ihren Nutzen maximieren. Und sie sind Egoisten, weil ihre Nutzenfunktionen unabhängig voneinander sind; Staaten gewinnen oder verlieren nicht an Nutzen durch Gewinne oder Verluste anderer (Keohane 1984, 27). Der Nutzen (U_A) eines Staates A wäre demzufolge ausschließlich eine Funktion der von ihm selbst erzielten Erlöse (V_A): $U_A = V_A$. Nur die eigenen Gewinne fließen in die Nutzenfunktion ein. Demgegenüber ist in der neorealistischen Konzeption der Nutzen eines Staates auch eine Funktion der Gewinne oder Verluste der anderen Staaten, wobei Differenzen in der Höhe der Erlöse, die einen Partner begünstigen, den Nutzen des Staates verringern. Die neorealistische Nutzenfunktion des Staates A umfaßt neben seinen absoluten Gewinnen (V_A), dementsprechend auch noch dessen relative Gewinne oder Verluste in Bezug auf Staat B ($V_B - V_A$): $U_A = V_A - k(V_B - V_A)$. Der Term k repräsentiert dabei die Sensitivität des Staates in Bezug auf relative Gewinne oder Verluste des Partners, der unterschiedliche Werte annehmen kann, aber nach Joseph M. Grieco ([1988] 1993a, 129) stets größer als Null sei. Staaten bewerten relative Verluste unterschiedlich, aber stets negativ; sie sind 'defensive Positionalisten,' die zwar nicht notwendigerweise gezwungen sind offensiv ihre relative Position im internationalen System zu verbessern, in jedem Fall aber genötigt sind, diese zu verteidigen: „The first concern of states is not to maximize power but to maintain their position in the system.“ (Waltz 1979, 126)

81. Vgl. Powell [1991] 1993, 228

werden.⁸² Und obwohl sich internationale Politik stets vor dem Hintergrund der prinzipiellen Möglichkeit der Anwendung von militärischer Gewalt abspielt, ist es vielmehr generell die Existenz asymmetrischer Machtbeziehungen, die in sämtlichen Politikfeldern die Problematik relativer Gewinne mit sich bringt.⁸³

Die zwischenstaatliche Ausübung von Macht beschränkt sich nicht auf die Anwendung oder Androhung militärischer Gewalt. Sie ist überall dort anzutreffen, wo ein Staat in der Lage ist einem anderen seinen Willen aufzuzwingen; wo er dessen Handlungsmöglichkeiten einschränkt; wo er die Bedingungen von Kooperation bestimmen kann; oder wo er in der Lage ist die ökonomischen Beziehungen so zu strukturieren, daß er ein relativ höheres Wirtschaftswachstum erzielen kann. Naturgemäß versuchen die Staaten sich einer solchen Fremdbestimmung zu entziehen. Sie werden daher stets solche politischen Vereinbarungen meiden, die dazu führen könnten, daß andere Staaten in der Zukunft mehr Möglichkeiten besitzen, sich einseitige Vorteile zu seinem Nachteil zu verschaffen.

Für die politische Ökonomie internationaler Wirtschaftskooperation bedeutet der anarchische Charakter des Systems damit zunächst einmal, daß die politischen und Sicherheitsinteressen der Staaten den Rahmen bestimmen, innerhalb dessen sich die marktwirtschaftliche Dynamik entfalten kann.⁸⁴ Die Problematik relativer Gewinne wird aber selbst dort schlagend werden, wo ausschließlich die Gestaltung der ökonomischen Beziehungen zwischen Staaten zur Disposition steht, wo deren gegenseitigen sicherheitspolitischen Beziehungen keinerlei militärische Bedrohung füreinander darstellen.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan stützen diese These. Japan ist der wichtigste Verbündete der USA im pazifischen Raum, der unsinkbare Flugzeugträger Amerikas am westlichen Rand des pazifischen Beckens. Und für Japan stellt das sicherheitspolitische Engagement Amerikas innerhalb des asiatisch-pazifischen Raumes einen notwendigen Ausgleich zur Dominanz der eurasischen Landmächte Rußland und China dar, denen es als Insel unmittelbar vorgelagert ist. Die instabilen Verhältnisse auf der koreanischen Halbinsel, vor allem aber die ungewisse zukünftige Rolle eines aufstrebenden Chinas innerhalb Asiens und der Welt, werden wohl auch in der Zukunft dafür sorgen, daß den gemeinsamen Sicherheitsinteressen Amerikas und Japans auch weiterhin eine wichtige Bedeutung zukommen wird. Und trotzdem waren die Wirtschaftsbeziehungen beider Länder in den achtziger und neunziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts von immer wieder aufbrechenden bilateralen Konflikten geprägt, die insgesamt eine zunehmende Sensitivität der USA für die relative Verteilung der Vorteile dieser Beziehungen widerspiegeln.⁸⁵

82. Grieco [1988] 1993a, 128

83. Der neoliberale Institutionalismus unterschätzt die Bedeutung relativer Gewinne, weil er in seiner Konzentration auf die Problematik politischen Marktversagens die Bedeutung asymmetrischer Machtbeziehungen vernachlässigt. Dies wird deutlich anhand – und hat offensichtlich zugleich seine Ursache in – der von den Institutionalisten zumeist verwendeten Formalisierung internationaler Kooperation durch das wiederholte Gefangenendilemma: Die Matrix der Erlöse ist symmetrisch; jeder Spieler gewinnt gleich viel bei kooperativen Verhalten, bzw. erleidet den gleichen Schaden, wenn sein kooperatives Verhalten nicht erwidert wird. Und kein Spieler kann relativ höhere Gewinne einer Periode dazu verwenden, die Struktur der Erlöse in der nächsten Periode zu seinem Gunsten zu verändern. Der Neoliberalismus geht tendentiell von symmetrischen Vorteilen internationaler Kooperation aus (vgl. Snidal [1991] 1993, 173f.), die es dem Neorealismus zufolge in vielen Fällen allererst herzustellen gilt (Grieco 1993b, 317-321). Instabile Erwartungshaltungen mit ihrer Folge pareto-defizitärer Zustände sind nur ein Aspekt der Problematik internationaler Kooperation; über weite Strecken sind es Verteilungskonflikte, die Ausmaß und Charakter internationaler Kooperation bestimmen: „There are ... many points along the Pareto frontier: the nature of institutional arrangements is better explained by the distribution of national power capabilities than by efforts to solve problems of market failure.“ (Krasner [1991] 1993, 235)

84. Gilpin 1987, 85

85. Vgl. Krasner [1986] 1989 u. Mastanduno [1991] 1993

Die marktwirtschaftliche Dynamik erzeugt schon aus sich selbst heraus eine Problematik relativer Gewinne und stellt damit die internationale Wirtschaftskooperation vor zusätzliche Aufgaben: „Although everyone benefits in absolute terms as each gains wealth from participation in a market economy, some do gain more than others.“⁸⁶ Die auf unterschiedliche Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums beruhenden Differenzen in den Raten nationalen Wachstums ziehen eine stetige Umverteilung von Wohlstand und Macht innerhalb des internationalen Systems nach sich. Um ihren wirtschaftlichen Wohlstand abzusichern und um ihre Position im internationalen System zu behaupten, versuchen die Nationen daher, die Regeln des internationalen Waren-, Zahlungs- und Kapitalverkehrs zu ihrem Gunsten zu beeinflussen. Sie werden sogar auf absolute Wohlstandsgewinne verzichten, wenn sie damit glauben verhindern zu können, daß ihr zukünftiger wirtschaftlicher Wohlstand und ihre politische Autonomie durch ein noch höheres Wachstum eines Wirtschaftspartners beeinträchtigt werden könnte. „[T]he more productive and the more technologically advanced countries have more ways of influencing international outcomes than do the laggards.“⁸⁷

Die Bedeutung relativer Gewinne für Ausmaß und Charakter der internationalen Wirtschaftskooperation wird insbesondere in dem Maße ausschlaggebend sein, wie der internationale Wettbewerb strategischen Bedingungen gehorcht. Die Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung bedeutet für die Industrien einer Nation, daß sie dem jeweils international gültigen Produktivitätsstandard genügen müssen, um im Wettbewerb bestehen zu können.⁸⁸ Die erreichbare Produktivität einer spezifischen Industrie einer Nation ist dabei abhängig von den komparativen Kostenvorteilen der eigenen Volkswirtschaft. Für die traditionelle Handelstheorie sind diese Kostenvorteile mehr oder minder vorgegeben, sind Ergebnis der unterschiedlichen Ausstattung mit Produktionsfaktoren in den einzelnen Ländern. Unter der Annahme solcher statischer Kostenvorteile und vollständiger Konkurrenz, maximiert der Freihandel den Wohlstand aller beteiligten Nationen, indem er die produktivste Nutzung der nationalen Ressourcen ermöglicht. Aber unter Bedingungen steigender Skalenerträge und oligopolistischen Märkten kann die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen einer Nation das Ergebnis strategischen Verhaltens sein, Ergebnis der Interaktionen zwischen den Unternehmen eines Landes und seiner Regierung, und der Interaktionen zwischen diesen und den Unternehmen und Regierungen anderer Länder.⁸⁹

Die Existenz steigender Skalenerträge eröffnet zunächst die Möglichkeit zusätzlicher Wohlfahrtseffekte internationalen Handels; und zwar in dem Ausmaß, wie der Abbau von Handelsbarrieren eine Ausweitung der Produktion ermöglicht und damit die Produktivität der eingesetzten

86. Gilpin 1987, 21

87. Waltz 1993, 60

88. Vgl. oben Seite 22

89. Ein vielzitiertes Beispiel für die Charakteristika einer solchen Industrie, in der strategisches Verhalten Einfluß auf die erzielbare Produktivität eines Unternehmens hat, ist der sogenannte Airbus-Boeing-Fall. Angenommen wird, daß entweder Boeing oder Airbus einen neuen Flugzeugtyp mit Gewinn produzieren könnten, daß aber aufgrund hoher Entwicklungskosten nicht beide gleichzeitig diesen Typ produzieren können, ohne hohe Verluste wegen zu geringer Stückzahlen zu erleiden. Die Folge ist, daß beide Firmen versuchen werden die jeweils andere von der Produktion abzuhalten, indem sie ihre Entschlossenheit, in jedem Fall in die Produktion dieses Typs einzusteigen, demonstrieren. Ist eine solche Drohung erfolgreich, wird eines der Unternehmen seine Konkurrenz von der Produktion abschrecken und die entsprechenden Profite lukrieren können. Eine solche Drohung wird insbesondere dann glaubwürdig sein, wenn das Unternehmen über einen Vorsprung verfügt, wenn es beispielsweise nachweisen kann, daß es sein Produkt als erster auf den Markt bringen kann, oder, daß es bereits über umfangreiche Bestellungen und damit über einen hohen erwartbaren Marktanteil verfügt. Unter diesen Bedingungen kann aber vor allem auch die Regierung einer Nation ihren Unternehmen entscheidende einseitige Vorteile verschaffen. Wenn beispielsweise Boeing über einen Wettbewerbsvorsprung verfügt, die europäischen Regierungen aber aus industriepolitischen Überlegungen heraus entschlossen sind, die Entwicklung einer eigenen wettbewerbsfähigen Flugzeugindustrie zu fördern, können sie eine Subvention gewähren, die es für Airbus trotzdem profitabel erscheinen läßt, die Produktion aufzunehmen. Auf diese Weise kann dann Airbus den Vorsprung Boeings ausgleichen, Boeing muß damit rechnen Verluste zu machen und wird bei diesem Flugzeugtyp aus dem Wettbewerb ausscheiden. Das Ergebnis wäre ein höheres Volkseinkommen der europäischen Produzenten auf Kosten Amerikas. (Vgl. Helpman and Krugman 1989, 6 u. Krugman/Obstfeld 1994, 284f.)

Ressourcen anhebt.⁹⁰ Gleichzeitig bestehen aber in Industrien steigender Skalenerträge und oligopolistischen Wettbewerbs oftmals entscheidende Vorteile für jene Unternehmen, die als erste in einen Markt eintreten ('first-mover advantages'), dementsprechend schneller höhere Stückzahlen erzielen können und damit über einen entscheidenden Produktivitätsvorsprung verfügen. Andere Unternehmen sehen sich dann mit Eintrittsbarrieren konfrontiert, die hohe Verluste erwarten lassen. In solchen Industrien sind die Unternehmen daher prinzipiell in der Lage, durch strategisches Verhalten die Wettbewerbsbedingungen zu ihren eigenen Gunsten zu beeinflussen. Unter diesen Voraussetzungen eröffnet sich auch für Regierungen die Möglichkeit, durch diskriminierende Maßnahmen die Bedingungen des globalen Wettbewerbs zugunsten der eigenen Unternehmen zu beeinflussen. Wenn die Unternehmen eines Landes aufgrund eines relativ großen und geschützten Inlandsmarktes grundsätzlich höhere Stückzahlen erreichen können, oder durch öffentliche Subventionen über einen Wettbewerbsvorsprung verfügen, werden sie die Unternehmen eines anderen Landes vom Markt – auch auf Drittmärkten – verdrängen. Wenn es sich dabei um Industrien handelt, die überdurchschnittlich hohe Profite erzielen oder umfassende positive externe Effekte aufweisen – wie letzteres insbesondere in Industrien der Hochtechnologie der Fall ist – werden diese diskriminierenden Maßnahmen das nationale Volkseinkommen auf Kosten des Einkommens anderer Nationen erhöhen. Daraus können auch dynamische Effekte resultieren, die die längerfristigen Voraussetzungen des wirtschaftlichen Wachstums einer Nation bestimmen.⁹¹ Relative Marktanteile in der Gegenwart haben dann Auswirkungen auf den zukünftigen nationalen Wohlstand.

In diesem Sinne gleicht der Prozeß wirtschaftlichen Fortschritts einem kumulativen Prozeß: „One technological breakthrough may lead to others. Economic growth rates compound.“⁹² Aus amerikanischer Sicht war in den achtziger und neunziger Jahren genau das die grundsätzliche Problematik der U.S.-japanischen Wirtschaftsbeziehungen. Demzufolge verfügten die japanischen Unternehmen aufgrund der spezifischen Struktur der politischen Ökonomie Japans – geringe Importneigung der Konsumenten, strategische Partnerschaften zwischen Lieferanten und Produzenten und zwischen den Unternehmen und ihren Kapitalgebern, industriepolitische Orientierung des MITI, etc. – von vornherein über einen Wettbewerbsvorsprung gegenüber ihren amerikanischen Konkurrenten. Insofern dieser einseitige Vorteil dazu führt, daß amerikanische Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit in Industrien hoher Wertschöpfung und der Entwicklung und Anwendung fortgeschrittener Technologien verlieren, wäre eine dauerhafte Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumschancen der gesamten US-amerikanischen Volkswirtschaft die Folge. Wenn der internationale Wettbewerb strategischen Bedingungen gehorcht, dann hat die relative Verteilung der Vorteile der internationalen Arbeitsteilung Auswirkungen auf die nationale ökonomische Sicherheit, Auswirkungen auf die Fähigkeit eine industrielle Basis in Industrien fortgeschrittener Technologie aufrechtzuerhalten und zukünftige Wachstumschancen abzusichern.

Die Problematik relativer Gewinne kann sich aber auch zugunsten der Ausweitung internationaler Kooperation auswirken. Auch dabei liefert die primäre Aufgabe jeder Nation, unter den Bedingungen eines anarchischen Systems, ihr physisches Überleben zu sichern und ihre territoriale Unversehrtheit zu gewährleisten, naturgemäß den allerersten Ansatzpunkt: Staaten, die sich einer gemeinsamen äußeren Bedrohung durch Dritte ausgesetzt sehen, werden eine hohe Bereitschaft zeigen miteinander zu kooperieren, um potentielle gemeinsame Gewinne zu maximieren und damit ihre gemeinsame relative Position gegenüber der äußeren Bedrohung zu stärken. In solchen Fällen – wo es darum geht, gemeinsam relative Gewinne gegenüber Dritten zu erzielen –

90. Helpman and Krugman 1985, 264

91. Vgl. Tyson 1992, 1-45 u. 274-280

92. Waltz 1993, 60

ist auch zu erwarten, daß der relativen Verteilung der Kooperationsgewinne innerhalb der Allianz ein vergleichsweise geringeres Augenmerk geschenkt wird.⁹³

Die grundsätzliche Ausrichtung der amerikanischen Außenwirtschaftspolitik während des Kalten Krieges entsprach dieser Logik. Die USA fanden sich in einer globalen, alles dominierenden Auseinandersetzung um militärischen und geopolitischen Einfluß mit der Sowjetunion wieder und konnten gleichzeitig über eine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verfügen, die der ihrer Verbündeten zunächst weit überlegen war. Ihre Wirtschaftsbeziehungen mit Europa und Japan gestalteten die Vereinigten Staaten dementsprechend in Übereinstimmung mit ihrer umfassenderen geopolitischen Zielsetzung, eine weitere Ausbreitung des Kommunismus zu verhindern. Während des Kalten Krieges förderten die USA zunächst bewußt die Rekonstruktion der relativen nationalen Leistungsfähigkeiten ihrer Verbündeten in Europa und Ostasien und nahmen über weite Strecken die ungleichmäßige Verteilung der Vorteile westlicher Kooperation zu ihren Ungunsten in Kauf. Sie förderten die wirtschaftliche Integration Westeuropas, obwohl diese die relative Position Amerikas auf Dauer schwächen mußte; und sie akzeptierten die strategische Industriepolitik Japans, die Importe und Auslandsinvestitionen einseitig beschränkte und damit die Stellung amerikanischer Unternehmen zumindest am japanischen Markt auf Dauer schwächen mußte. Die USA konzentrierten sich auf die Schaffung absoluter Gewinne innerhalb der westlichen Allianz und vernachlässigten deren relative Verteilung, um ihre relative Position gegenüber der Sowjetunion zu stärken.

Aber auch bei den positiven Effekten relativer Gewinne auf die internationale Kooperation, leitet sich ihre Wirkung nicht ausschließlich von sicherheitspolitischen Interessen im traditionellen Sinne ab. Vielmehr kann die Bedeutung relativer Gewinne grundsätzlich immer dann zu kooperativem Verhalten führen, wenn es aus defensiven Überlegungen heraus darum geht, relative Verluste zu minimieren oder gemeinsam gegenüber Dritten relative Vorteile zu erzielen:

States that do not cooperate fall behind other relative gains maximizers that cooperate among themselves. This makes cooperation the best defense (as well as the best offense) when your rivals are cooperating in a multilateral relative gains world.⁹⁴

Dies gilt selbstverständlich auch für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen; und die territoriale Ausdehnung des marktwirtschaftlichen Systems ist grundsätzlich Ergebnis dieser Logik.⁹⁵ Wenn zwei Staaten kooperieren und dadurch beide ein höheres Wachstum nationaler Leistungsfähigkeit erzielen können, dann werden dritte Staaten relativ an Position verlieren. Zur Minimierung relativer Verluste können sich diese Staaten dann gezwungen sehen, selbst Kooperationsabkommen abzuschließen, oder sich einem bereits bestehenden anzuschließen. In dem Ausmaß, wie die kooperative Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung für die Erzielung einer wettbewerbsfähigen Produktivität der nationalen Ressourcen Voraussetzung ist, werden die Nationen Interesse an der Ausweitung und Vertiefung internationaler Wirtschaftskooperation haben. Um sich das Recht auf Meistbegünstigung und damit dauerhaft den Zugang zu seinen Exportmärkten zu sichern, bemühte sich China um den Eintritt in das GATT und die Welthandelsorganisation WTO.⁹⁶ Überzeugt, ihre relative wirtschaftliche Leistungsfähigkeit damit zu verbessern, haben beinahe sämtliche Anrainerstaaten des Westpazifik seit Mitte der achtziger Jahre bedeutende Schritte zur Beseitigung tarifärer und nicht-tarifärer Handelshemmnisse unternommen.⁹⁷ Und so wie das Streben nach einem militärisch-strategischen Kräftegleichgewicht die

93. Grieco 1993b, 323

94. Snidal [1991] 1993, 201

95. Diese Logik ist es auch, auf deren Basis Axelrod (1984, 69) letztlich zu der grundsätzlichen Schlußfolgerung gelangt „... [that] mutual cooperation can emerge in a world of egoists without central control by starting with a cluster of individuals ...“

96. Vgl. Wang 1994 u. Mo 1996, 90-95

97. Vgl. Drysdale and Garnaut 1993, 187f.

Bereitschaft zur Kooperation unter Verbündeten fördert, fördert die Notwendigkeit ausreichende Skalenerträge zu erzielen, um auf den Weltmärkten wettbewerbsfähig zu sein, die Herausbildung, Erweiterung und Vertiefung regionaler Wirtschaftsabkommen.

All dies zeigt, daß es eben nicht genügt bei der Feststellung stehen zu bleiben, daß die Problematik relativer Gewinne über die Problematik politischen Marktversagens hinausgehend der internationalen Kooperation zusätzliche Beschränkungen auferlegt. So gelangt auch Grieco zu dem Schluß: „Realism ... needs to develop a theory of international institutions.“⁹⁸ Tatsächlich läßt sich die Tendenz der Nationen, internationale Kooperation im Rahmen internationaler Institutionen zu betreiben in vielen Fällen auch damit erklären, daß diese durch spezifische Ausgestaltung der Vereinbarungen und Nebenabsprachen die gleichmäßige Verteilung der Kooperationsgewinne erleichtern.⁹⁹ Weil die vergleichsweise produktiveren Nationen grundsätzlich relativ höhere Gewinne von der Liberalisierung des grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehrs erwarten können, sehen internationale Wirtschaftsabkommen zwischen Ökonomien unterschiedlichen Entwicklungsstandes oftmals eine asymmetrische Verteilung der Ausgangsbedingungen zugunsten der beteiligten Nationen geringerer Wettbewerbsfähigkeit vor. So sieht das GATT die Möglichkeit eines Systems allgemeiner Präferenzen zugunsten der Entwicklungsländer vor¹⁰⁰ und um sich den Bedingungen des verschärften Wettbewerbs im gemeinsamen Binnenmarkt anpassen zu können, unterstützt die Europäische Gemeinschaft mit ihrem Strukturfonds die entwicklungsschwachen Regionen der Union.¹⁰¹ Die vom Neorealismus betonte Problematik relativer Gewinne weist damit nicht nur auf zusätzliche Beschränkungen internationaler Kooperation hin. Die Bedeutung relativer Gewinne erweitert zunächst auch den Kreis an Aufgaben, den internationale Institutionen in Ermöglichung kooperativen Verhaltens erfüllen müssen.

INTERNATIONALE KOOPERATION ALS ERGEBNIS DER WETTBEWERBSLOGIK DES INTERNATIONALEN SYSTEMS

In einer sehr grundsätzlichen Art und Weise sind internationale Kooperation und internationale Institutionen nicht als grundsätzlich artfremde Phänomene des internationalen Systems zu verstehen, die die Gesetzmäßigkeiten dieses Systems außer Kraft setzen. Im Sinne eines funktional systemtheoretischen Ansatzes muß internationale Kooperation als ein Phänomen verstanden werden, das aus der Logik des Systems selbst heraus entsteht; und nicht als Phänomen, das sozusagen außerhalb der Logik dieses Systems steht und damit zu kämpfen hat, die Beschränkungen dieses Systems zu überwinden. Internationale Kooperation muß als Phänomen verstanden werden, das unter gewissen Bedingungen von der Wettbewerbslogik dieses Systems hervorgebracht wird.

In gewisser Weise ist es gerade der anarchische Charakter des internationalen Systems, der unter Bedingungen strategischer Interdependenz die Notwendigkeit zur bedingten und selektiven Kooperation hervorbringt. Internationale Kooperation ist selektiv, weil sie nur dort entstehen wird, wo die Problematik politischen Marktversagens die Nationen zur bedingten Zusammenarbeit in ihrem Streben nach Wohlstand und Macht zwingt. Und sie ist bedingt, weil sie sich der Wettbewerbslogik des internationalen Systems unterordnen muß, bzw. diese Logik zu ihrer Ursache hat: Weil Staaten nur dann kooperieren, wenn diese Kooperation nicht dazu führt, daß sie im Vergleich zu anderen Staaten an Einfluß über ihr eigenes Schicksal verlieren; sie aber gleichzeitig aus genau diesem Grund – um ihre Handlungsfähigkeit zu bewahren; um nicht ihre Position im internationalen System zu gefährden – oftmals zur Kooperation gezwungen sind.

98. Grieco 1993b, 335

99. Ibid., 319f.

100. Vgl. Awuku 1994, 92

101. Vgl. Tondl 1993, 131-134

Die Akteure des internationalen Systems leiten ihre Existenzberechtigung nicht aus der Zusammenarbeit mit ihresgleichen ab; sozusagen als Agenten der Interessensaggregation zur Herausbildung eines internationalen Konsenses. Ihre einzige Aufgabe ist es, auf ihrem Territorium für ihre Bürger Sicherheit und Wohlstand zu gewährleisten. Aber in Abhängigkeit der vorherrschenden strukturellen Bedingungen – der internationalen Verteilung von Wohlstand und Macht und den funktionalen Beziehungen der Effektivität der den Akteuren zur Verfügung stehenden Machtressourcen – die Ausmaß und Charakter der strategischen Interdependenz bestimmen, sind die Staaten in ihrem Streben nach Sicherheit und Wohlstand oftmals zur bedingten und selektiven Kooperation gezwungen. Phänomene politischen Marktversagens und die Bedeutung relativer Gewinne umschreiben das Ausmaß internationaler Kooperation; sie sind aber zunächst vor allem Ursache dieser Kooperation und bestimmen ihren Charakter.

In ihrem Streben nach Sicherheit und Wohlstand durchlaufen die staatlich verfaßten Gesellschaften Zyklen des relativen Aufstiegs und Niedergangs. Abweichungen in den Wachstumsraten nationaler Leistungsfähigkeit induzieren einen permanenten Wandel der Struktur des internationalen Systems. Die Geschichte des internationalen Systems entfaltet sich über eine Abfolge von Konzentrations- und Diffusionsprozessen, die von einzelnen Nationen ihren Ausgang nehmen, in der Folge einen Wandel des internationalen Systems hervorrufen und schließlich auf die weiteren Handlungsspielräume und Entwicklungsperspektiven der Nationen zurückwirken. Die einzelnen Nationen stehen den Strukturen des internationalen Systems gegenüber, die diese Nationen selbst hervorbringen, die aber gleichzeitig das Schicksal dieser Nationen wesentlich mitbestimmen.

Insofern jeder Wachstumspol über längere Zeiträume hinweg in seinen Einzugs- und Ausstrahlungsgebieten selbst wiederum neue Zentren wirtschaftlichen Wachstums hervorbringt, ist die Folge der marktwirtschaftlichen Dynamik im internationalen System, daß dieses System aus sich selbst heraus einen dynamisch instabilen Charakter aufweist und tendentiell der positionalen Logik der Nationalstaaten entgegenarbeitet. Dieser innere Widerspruch zwischen der Logik des marktwirtschaftlichen Systems und der Logik des internationalen Systems entfaltet das dynamische Element der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen, bestimmt die Wechselwirkung zwischen dem Aufstieg und Niedergang der Nationen einerseits und dem Charakter internationaler Kooperation andererseits. Denn in dem Ausmaß, wie der Charakter internationaler Kooperation wesentlich von der Struktur des internationalen Systems bestimmt wird, muß ein Wandel dieser Struktur – und wie die Bedeutung relativer Gewinne zeigt, selbst die Erwartung eines solchen Wandels – auch einen Wandel des Charakters internationaler Kooperation nach sich ziehen.

DIE THESEN HEGEMONIALER STABILITÄT

Den wohl eindeutigsten Zusammenhang zwischen der Struktur des internationalen Systems und dem Charakter internationaler Wirtschaftskooperation stellen die Thesen ‘hegemonialer Stabilität’¹⁰² her, denen zufolge eine liberale Weltwirtschaftsordnung eine hegemoniale Machtverteilung, ein internationales System, das von einer Nation dominiert wird, zur mehr oder minder notwendigen Voraussetzung hat. Zwischen dem Aufstieg und Niedergang einer liberalen Hegemonialmacht und der Liberalisierung des internationalen Wirtschaftsverkehrs, der fortschreitenden Integration der Weltmärkte und dem Wachstum der Weltwirtschaft besteht demzufolge ein positiver, kausaler Zusammenhang, der den Charakter und die Performance des Weltwirtschaftssystems eindeutig in der Struktur des internationalen Systems begründet.

Ein liberales Weltwirtschaftssystem hat aus dieser Perspektive zu seiner Entstehung und Stabilität eine dominante Weltwirtschaftsmacht zur Voraussetzung, die in der Lage und willens ist, eine solche Ordnung zu schaffen, die Einhaltung ihrer Regeln zu gewährleisten und in Krisenzeiten in der Lage ist, zusätzliche Importe aufzunehmen, als ultimativer Gläubiger zusätzliche

102. In der internationalen Literatur wird üblicherweise von einer ‘Theorie’ hegemonialer Stabilität gesprochen. Mit der hier gewählten alternativen Formulierung von den ‘Thesen’ hegemonialer Stabilität soll der Umstand betont werden, daß es sich aus Sicht des Verfassers um ein ganzes Bündel von Argumentationssträngen handelt, die sich zwar überlappen, aber insgesamt kein kohärentes, in sich geschlossenes Gedankengebäude darstellen.

Liquidität bereitzustellen und damit ein Auseinanderbrechen des Systems zu verhindern. Umgekehrt bedeutet damit aber das Fehlen einer solchen liberal orientierten Führungsmacht, daß an die Stelle des freien Handels und wirtschaftlichen Liberalismus ökonomische Nationalismen treten und die Weltwirtschaft in einen Zustand permanenter Instabilität verfällt. Historisch betrachtet ist die Entwicklung des liberalen Weltwirtschaftssystems damit Ergebnis des Aufstiegs und Niedergangs der Pax Britannica im neunzehnten und der Pax Americana im zwanzigsten Jahrhundert.¹⁰³ In der Ära britischer Vorherrschaft, vom Ende der napoleonischen Kriege weg bis hin zum Ausbruch des ersten Weltkrieges, durchlief die Weltwirtschaft zunächst eine Phase fortschreitender Liberalisierung, zunehmenden internationalen Handels und dynamischen Wachstums. Gleiches gilt für die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg bis zum Beginn der siebziger Jahre, in der die USA den Höhepunkt ihrer relativen nationalen Leistungsfähigkeit erreichten. Umgekehrt setzte mit Beginn des Niedergangs der herausragenden Wirtschaftsmacht Großbritanniens ab den späten siebziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts wieder eine Ära steigender Handelshemmnisse ein. Schließlich sei das Vereinigte Königreich in den Jahren der Zwischenkriegszeit überhaupt nicht mehr in der Lage, die Vereinigten Staaten aber noch nicht willens gewesen, die Rolle der liberalen Ordnungsmacht wahrzunehmen. Das Ergebnis sei dann das gänzliche Auseinanderbrechen des weltwirtschaftlichen Systems in der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre gewesen. Dementsprechend gelangt der Begründer der Thesen hegemonialer Stabilität, Charles P. Kindleberger, in *The World in Depression* zu dem Schluß: „[F]or the world economy to be stabilized, there has to be a stabilizer, one stabilizer.“¹⁰⁴ Die Erosion der beherrschenden Stellung Amerikas seit Beginn der siebziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts würde daher früher oder später wieder in eine neue Phase weltwirtschaftlicher Instabilität, zunehmender Handelsbeschränkungen, eines Rückgangs des internationalen Handels und schließlich in eine weltweite Wirtschaftskrise münden – bis sich eine neue weltwirtschaftliche Führungsmacht herausbildet.

Nach Stephen D. Krasner verfügt eine Hegemonialmacht nicht nur über die Macht, eine liberale Weltwirtschaftsordnung durchzusetzen und aufrechtzuerhalten, sondern ein solches System entspricht ihm zufolge auch ihren nationalen Interessen.¹⁰⁵ Tatsächlich erfordere die Entstehung und der Bestand eines Systems internationalen Freihandels eine ganz spezifische Struktur des internationalen Systems. Dies vor allem deshalb, weil ja die Nationen, über die rein ökonomischen Zielsetzungen des aggregierten Volkseinkommens und wirtschaftlichen Wachstums hinausgehend, auch noch nach politischer Macht und sozialer Stabilität streben. Die neoklassische Handelstheorie basiert auf der Annahme, daß die Staaten danach streben, ihren aggregierten wirtschaftlichen Nutzen zu maximieren. Dies führt zur Schlußfolgerung, daß der höchste globale Wohlstand und Pareto-Optimalität in einem System freien Handels erzielt wird. Berücksichtigt man demgegenüber auch das nationale Streben nach Erhalt der politischen Macht und sozialen Stabilität, wird die handelspolitische Orientierung einer Nation endgültig zu einer abhängigen Variablen ihrer potentiellen ökonomischen Macht, eine Funktion der relativen Größe und dem Stand der Entwicklung der nationalen Volkswirtschaft, und der Charakter des internationalen Handelssystems zu einer Funktion der internationalen Verteilung dieser ökonomischen Macht. So nimmt die Bedeutung des freien Handels für das Volkseinkommen eines Staates mit seiner Größe ab. Kleinere Volkswirtschaften verfügen typischerweise über eine geringere Ausstattung mit natürlichen Ressourcen und ihr Potential zur Verwirklichung nationaler Skalenerträge ist geringer. Die Verfügbarkeit kritischer Ressourcen und die Effizienz ihrer Volkswirtschaft ist daher vom Zugang zu den internationalen Märkten abhängig, und ihre Handelsquote – das Verhältnis ihres Handels zum Nationalprodukt – ist dementsprechend höher. Gerade weil aber das Volkseinkommen kleinerer Volkswirtschaften in einem höheren Ausmaß vom internationalen

103. Vgl. Krasner [1976] 1995, 24-34 u. Gilpin 1987, 102-104

104. Kindleberger 1973, 305

105. Krasner [1976] 1995, 20-24

Handel abhängig ist, kehrt sich beim Streben der Staaten nach Erhalt ihrer sozialen Stabilität das Verhältnis zwischen der relativen Größe einer Volkswirtschaft und ihren handelspolitischen Interessen um. Je geringer die relative Größe der nationalen Volkswirtschaft ist, desto höher sind die potentiellen negativen Auswirkungen eines Systems freien Handels auf die soziale Stabilität eines solchen Staates zu veranschlagen: Durch die uneingeschränkte Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung unterwirft sich eine Volkswirtschaft den wechselnden Bedingungen des internationalen Marktes. Veränderungen im internationalen Preisgefüge erzwingen eine Anpassung der inländischen Produktionsstruktur und dies erhöht die soziale Instabilität, nachdem die Reallokation von Ressourcen – und hier insbesondere die von Arbeitskräften – stets mit sozialen Spannungen und Anpassungskosten verbunden ist. Nachdem nun kleinere Volkswirtschaften üblicherweise eine höhere Handelsquote aufweisen, ist üblicherweise auch ein relativ höherer Anteil ihrer Produktionsfaktoren diesen wechselnden Bedingungen auf den internationalen Märkten unterworfen. Ähnliches gilt für das Verhältnis der relativen Größe einer Volkswirtschaft und den Auswirkungen eines Systems freien Handels auf die politische Macht im Sinne der ökonomischen Verwundbarkeit eines Staates. Hier kann als Maß die relative Verteilung der Opportunitätskosten einer Unterbrechung des Wirtschaftsverkehrs zwischen Handelspartnern gelten. Diese teilen sich nach Albert O. Hirschman in direkte Einkommensverluste und indirekte Kosten der Reallokation der Produktionsfaktoren auf, wobei auch hier die Verwundbarkeit kleiner, offener Volkswirtschaften naturgemäß höher ist. Unabhängig von der relativen Größe besteht schließlich ein positiver Zusammenhang zwischen dem Stand der wirtschaftlichen Entwicklung einer Volkswirtschaft und den potentiellen Vorteilen freien Handels. Je höher der Stand der wirtschaftlichen Entwicklung einer Nation ist, desto höher wird ihre Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten sein und desto eher werden sich die erweiterten Märkte eines liberalen Handelssystems in höhere Raten wirtschaftlichen Wachstums umsetzen lassen. Selbstverständlich gilt dies nur so lange, wie die Diffusionsprozesse innerhalb eines liberalen Handelssystems nicht dazu führen, daß der technologische Vorsprung einer solchen Nation verloren geht. Je höher der Stand der wirtschaftlichen Entwicklung einer Nation ist, desto höher ist auch die Flexibilität ihrer Wirtschaftsstruktur und desto geringer sind auch die sozialen Spannungen und Kosten der Anpassung an veränderte weltwirtschaftliche Bedingungen. Damit sind auch die potentiellen negativen Auswirkungen eines Systems internationalen Freihandels auf die soziale Stabilität und ökonomische Verwundbarkeit eines solchen Staates geringer.

Überträgt man diese unterschiedlichen handelspolitischen Interessen der Nationen in Abhängigkeit ihres relativen ökonomischen Potentials auf unterschiedliche Strukturen der internationalen Verteilung dieser potentiellen ökonomischen Macht, so wird daher zunächst ein internationales System, dessen Struktur von einer Nation außerordentlich hohen ökonomischen Potentials beherrscht wird, von einer Volkswirtschaft, die einen außerordentlich hohen Anteil am Bruttoweltprodukt auf sich vereint und eine überdurchschnittlich hohe Produktivität erreicht hat, auch am ehesten ein internationales System liberalen Handels hervorbringen. So lange diese beherrschende Nation ihren technologischen Vorsprung erhalten kann, kann sie im Rahmen eines offenen Handelssystems noch höhere Raten wirtschaftlichen Wachstums erzielen. Die Auswirkungen auf die soziale Stabilität sind aufgrund ihrer vergleichsweise geringen Handelsquote und der hohen Mobilität ihrer Produktionsfaktoren praktisch vernachlässigbar. Vor allem aber stärkt ein liberales Handelssystem die Vormachtstellung einer solchen Hegemonialmacht, da das Volkseinkommen der kleineren Staaten dann in einem wesentlichen Ausmaß vom ungehinderten Zugang zu diesem größten und absorptionsstärksten Markt abhängig ist. Aus diesem Grund werden sich auch die kleineren Staaten für die Schaffung eines liberalen Handelssystems gewinnen lassen. Das Verhalten der Staaten mittlerer Größe ist schwer vorhersagbar, wird aber zumindest teilweise davon abhängig sein, in welcher Art und Weise der Hegemon von seiner beherrschenden Stellung Gebrauch macht. Die idealtypische liberale Führungsmacht verfügt in jedem Fall über eine Fülle von symbolischen, wirtschaftlichen und militärischen Ressourcen, um die übrigen Staaten des internationalen Systems mit einer Mischung aus

Vergünstigungen und potentiellen Sanktionen von den Vorteilen eines liberalen Handelssystems zu überzeugen.

Im Gegensatz dazu wird ein internationales System weniger, verhältnismäßig großer, aber ungleich entwickelter Nationen höchstwahrscheinlich in einem protektionistischen Handelssystem münden. Aufgrund ihrer Größe wären die positiven Auswirkungen eines liberalen Handelssystems auf das Volkseinkommen der einzelnen Staaten eher bescheiden. Demgegenüber würde die soziale Instabilität in den weniger entwickelten Volkswirtschaften zunehmen und deren politische Position im internationalen System würde sich, aufgrund der geringeren Flexibilität ihrer ökonomischen Struktur, verschlechtern. Auch die Wachstumschancen eines offenen Systems würden sich vorwiegend zugunsten der höher entwickelten Staaten auswirken. Die weniger entwickelten Volkswirtschaften werden sich daher der Einführung eines liberalen Handelssystems widersetzen, und die höher entwickelten verfügen nicht über einen ausreichenden Machtvorsprung ein solches durchzusetzen.

Schließlich besteht aber auch noch in einem System einer relativ großen Anzahl kleiner, aber hoch entwickelter Volkswirtschaften eine relativ hohe Wahrscheinlichkeit der Entstehung eines liberalen Handelssystems. In einem solchen System wird das aggregierte Volkseinkommen und die Rate wirtschaftlichen Wachstums jedes Staates von einem offenen System positiv beeinflusst. Die potentiell negativen Auswirkungen auf die soziale Stabilität werden durch die hohe Faktormobilität in entwickelten Volkswirtschaften vermindert. Zusätzlich kommt es zu keinem Verlust politischer Macht im Sinne asymmetrischer ökonomischer Verwundbarkeiten, nachdem sich die Kosten eines Abbruchs der Handelsbeziehungen symmetrisch auf alle Akteure eines solchen Systems verteilen würden.¹⁰⁶

Damit würde sich insgesamt eine U-förmige Beziehung zwischen dem Charakter des Systems internationalen Handels und der Struktur des internationalen Systems ergeben, wo mit abnehmender Konzentration der Verteilung potentieller ökonomischer Macht – von einer hegemonialen Machtverteilung, über eine Struktur bestehend aus relativ großen, aber wenigen Nationen, hin zu einer vieler kleiner Volkswirtschaften – zunächst auch die Wahrscheinlichkeit der Entstehung eines liberalen Handelssystems abnimmt, um dann aber wieder anzusteigen.¹⁰⁷

Aus dieser U-förmigen Beziehung zwischen dem Charakter des Weltwirtschaftssystems und der internationalen Verteilung ökonomischer Macht wird eine L-förmige, wenn man die Regime eines liberalen Weltwirtschaftssystems als öffentliche Güter auffaßt und die Versorgung des internationalen Systems mit diesen Gütern von der Existenz einer liberalen Führungsmacht mit überproportionalen Machtressourcen abhängig macht. Den Thesen hegemonialer Stabilität zufolge stellen ein stabiles System frei konvertierbarer Währungen und ein dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung verpflichtetes liberales Handelsregime solche öffentliche Güter dar, die die Problematik kollektiven Handelns mit sich bringen.¹⁰⁸ Diese Regime weisen demnach keine innere Stabilität auf und bedürfen daher zu ihrem dauerhaften Bestand einer überlegenen Führungsmacht, die die Einhaltung ihrer Regeln gewährleisten kann und von der Staatengemeinschaft die notwendigen Beiträge zu ihrer Aufrechterhaltung einfordert. Die Thesen hegemonialer Stabilität stellen sich damit in einen Gegensatz zur liberalen Wirtschaftstheorie, derzufolge ein Hegemon für den Bestand eines liberalen Weltwirtschaftssystems nicht notwendig sei, weil sich der internationale Handel ja sowieso zum gegenseitigen Vorteil aller beteiligten Nationen auswirke. Und im Gegensatz zum Neoliberalismus der internationalen Theorie sind es nicht die internationalen Institutionen, die die Erwartungshaltungen stabilisieren, sondern ist es eben die hegemoniale Führungsmacht – und erst damit ist die Entstehung und die Stabilität internationaler Institutionen möglich. In diesem Zusammenhang ist auch jene These hegemonialer Stabilität zu

106. Dies bedeutet, daß unter diesen Bedingungen die Problematik relativer Gewinne nicht schlagend wird, die gleichmäßige internationale Verteilung der Effekte der Kooperation gewährleistet ist.

107. Vgl. auch Mansfield 1993, 204 u. 205

108. Vgl. Gilpin 1987, 74f.

sehen, die nicht so sehr den Charakter liberaler Wirtschaftsregime als öffentliche Güter in den Vordergrund rückt, sondern die Bedeutung einer überlegenen militärischen Führungsmacht für die Aufrechterhaltung internationaler Sicherheit und internationalen Friedens hervorhebt. Unter diesen Bedingungen stabiler Erwartungshaltungen über den dauerhaften Charakter der internationalen Arbeitsteilung sind dann Unternehmen und Investoren in der Lage langfristige Entscheidungen zu treffen, die wiederum die Voraussetzung für eine Ausweitung des internationalen Handels und eines dynamischen Wachstums der Weltwirtschaft sind.¹⁰⁹

EMPIRISCHE DEFIZITE DER THESEN HEGEMONIALER STABILITÄT

Die Thesen hegemonialer Stabilität weisen eine Richtung – die jedoch bei genauer empirischer und theoretischer Betrachtung einer mehrfachen Differenzierung bedarf. Dies gilt für die tatsächlichen Erscheinungsformen der ins Treffen geführten Referenzsysteme, des sogenannten hegemonialen Systems der Pax Britannica im neunzehnten und jenes der Pax Americana im zwanzigsten Jahrhundert. Und dies gilt für die Charakterisierung liberaler Institutionen als öffentliche Güter, beziehungsweise inwiefern ihre Herausbildung und fortwährende Existenz notwendigerweise von der Führungsrolle einer hegemonialen Macht abhängig zu machen ist.

Der Aufstieg des freien Handels im westlichen Europa des neunzehnten Jahrhunderts nahm ja tatsächlich seinen Ausgang von Großbritannien. Aber nicht in einer Form, der zufolge man davon sprechen könnte, daß das britische Königreich ein hegemoniales 'System' freien Handels auf Basis der Reziprozität errichtet hätte. Vielmehr handelte es sich dabei zunächst um eine Entwicklung fortschreitender Liberalisierung durch unilaterale Maßnahmen, die noch am ehesten die These stützt, daß der freie Handel die Interessen der fortschrittlichsten Wirtschaftsmacht befördert. Nämlich in dem Sinne, daß die Öffnung der Grenzen und die Einfuhr von Produkten geringerer Wertschöpfung eine Spezialisierung der nationalen Ressourcen auf jene Produkte ermöglicht, die eine hohe Wertschöpfung aufweisen und in denen diese fortschrittlichste Wirtschaftsmacht über einen Wettbewerbsvorsprung verfügt: „Unilateral reduction of import duties increased exports.“¹¹⁰ Diese Entwicklung gewann in den zwanziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts an Bedeutung und fand seinen stärksten Ausdruck in der Beseitigung der Ausfuhrbeschränkungen für Maschinen 1841 und der Aufhebung der Corn Laws 1846, die bis dahin die Einfuhr von Getreide beschränkten. Erst 1860 wurde dann der Cobden-Chevalier-Vertrag zwischen Großbritannien und Frankreich geschlossen, der praktisch sämtliche Handelsbarrieren zwischen diesen beiden Ländern beseitigte und ein gewisses Maß an Reziprozität in den europäischen Handelsbeziehungen verankerte.

Denn auch in Frankreich gewann im Laufe des zweiten Quartals des neunzehnten Jahrhunderts langsam die Überzeugung an Bedeutung, daß eine Abkehr vom Protektionismus eine Voraussetzung für die Industrialisierung und das wirtschaftliche Wachstum der Nation sei. In der Wahl des Mittels standen dann allerdings beim britisch-französischen Vertrag nicht unbedingt ökonomische Motive im Vordergrund. Unilaterale Maßnahmen in Liberalisierung des Außenhandels waren zuvor immer wieder auf den Widerstand der Abgeordnetenkammer gestoßen und schließlich zum Stillstand gelangt. Aber nach der Verfassung von 1851 fiel der Abschluß von internationalen Verträgen in die ausschließliche Kompetenz des Kaisers; dies galt auch für Handelsverträge. Aus französischer Sicht erfüllte der Vertrag darüber hinaus aber auch noch eine bedeutsame diplomatische Funktion: „Napoleon III was starting to engage in foreign adventure. He wanted to rid Italy of Austrian rule by use of arms. The British opposed his military measures, ... The treaty was used to hold British neutrality, as much or more than to stimulate growth

109. Vgl. Rosecrance 1986, 56

110. Kindleberger [1975] 1995, 80

in France.“¹¹¹ Nichtsdestotrotz war der Cobden-Chevalier-Vertrag der Anfang eines Wandels von unilateralen Liberalisierungsschritten einzelner Staaten hin zu einer umfassenden europäischen Freihandelsbewegung. Frankreich, Deutschland, Großbritannien und Italien verhandelten gegenseitige Handelsverträge auf Basis der Meistbegünstigung. Aber auch für Bismarck erfüllten Handelsverträge primär außenpolitische Zielsetzungen. So wurde die Handelspolitik für eine kurze Zeit zu einem zusätzlichen Instrument der europäischen Bündnispolitik.

Der Aufstieg des freien Handels im Europa des neunzehnten Jahrhunderts selbst war aber hauptsächlich die Folge eines ideologischen Wandels, der tatsächlich von Großbritannien seinen Ausgang nahm: „That Louis Napoleon and Bismarck would use trade treaties to gain ends in foreign policy suggests that free trade was valued for itself, and that moves toward it would earn approval. ... Manchester and the English political economists persuaded Britain which persuaded Europe, by precept and example.“¹¹² Die Vorbildwirkung war entscheidend. Als stärkste und erfolgreichste Wirtschaftsmacht kam dem Vereinigten Königreich die Rolle des ideellen Leaderships zu. Großbritannien hat aber nicht ein System freien Handels geschaffen, hat keine internationalen Institutionen geschaffen, oder auf Basis der Reziprozität die Einhaltung der Regeln eines liberalen Wirtschaftssystems durchgesetzt.¹¹³ Auch war das Vereinigte Königreich nicht in der Lage, aus sich selbst heraus den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit als Voraussetzung eines liberalen Weltwirtschaftssystems zu garantieren. Die relative Stabilität des neunzehnten Jahrhunderts war ja nicht Folge einer hegemonialen Ordnung – weder die Großbritanniens, noch die irgendeiner kontinentaleuropäischen Macht. Sondern im Gegenteil vielmehr das Ergebnis eines Gleichgewichts der Kräfte, des europäischen Konzerts der Mächte metternichscher Prägung zunächst und dann des ‘realpolitischen’ Bündnissystems bismarckscher Konstruktion. Großbritannien selbst lehnte jedes dauerhafte Engagement am Kontinent ab und trat immer nur dann aus seiner ‘splendid isolation’ heraus, wenn es dieses kontinentaleuropäische Gleichgewicht bedroht sah.¹¹⁴ Selbstverständlich bedeutete die relative Stärke ihrer Seemacht, daß sie die Sicherheit ihrer Handelsrouten auch aus eigener Kraft gegenüber einer feindlichen Macht gewährleisten konnte. Insgesamt ermöglichte jedoch nicht die internationale Stabilität einer Pax Britannica die Entstehung eines liberalen Handelssystems, sondern die relative Stabilität des internationalen Systems ermöglichte Großbritannien die Verfolgung einer liberalen Handelsstrategie. Dessen Beispiel dann andere europäische Mächte über eine gewisse Entfernung hinweg folgten.

Die Vereinigten Staaten von Amerika konnten dann nach dem zweiten Weltkrieg die Sicherheit des liberalen Wirtschaftssystems gewährleisten, initiierten die Gründung der Institutionen dieses Systems und forderten grundsätzlich die Einhaltung seiner Regeln auf Basis der Reziprozität ein. Den USA kam aber, wenn überhaupt, dann nur innerhalb des westlichen Systems gemeinsamer Sicherheit und liberaler Wirtschaftsbeziehungen eine hegemoniale Position zu, während dessen Entfaltung und Charakter dann wesentlich von der äußeren Bedingung der geopolitischen Bipolarität bestimmt wurde. Dieses liberale Weltwirtschaftssystem, das im GATT, dem Währungsfonds und der Weltbank seinen institutionellen Ausdruck fand, verdankt zwar seine Entstehung einem durchaus universellen Anspruch, wurde dann aber wesentlich von den Erfordernissen der geopolitischen Rivalität mit der Sowjetunion gestützt:

The outside threat, communism, was a one-world ideology. ... There was even serious talk in the late 1940s when communism had just extended its grip to Eastern Europe and China of everyone formally joining the Soviet Union and creating one big Communist country that would eventually expand to include everyone on the face of the globe. In the aftermath of Sputnik when Khrushchev was pounding

111. Ibid., 83

112. Ibid., 88f.

113. Vgl. Keohane 1984, 36f.

114. Vgl. Kissinger 1994, 78-102 u. 120-136

his shoe on his desk at the United Nations, when the Soviet Union was believed to be economically growing faster than the United States, when China was the model for development in the third world, and when communism had just come to the Western Hemisphere in Cuba, the global threat to capitalism was taken very seriously. One-country capitalistic responses clearly weren't good enough. Something global had to be put in place to 'contain' global communism.¹¹⁵

Der universelle, beinahe schon ideologische Anspruch gründete in der Überzeugung, daß eine liberale Weltwirtschaftsordnung Voraussetzung für einen dauerhaften internationalen Frieden sei. Im Vertrauen auf eine grundsätzliche Harmonie der nationalen Interessen, sollte die Welt durch das amerikanische Modell zu Frieden und Wohlstand gelangen. Demokratie und Marktwirtschaft würden der Welt den Frieden bringen.¹¹⁶ Konkret gelangten führende Politiker in den USA und anderswo nach den Erfahrungen mit der Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren zu der Überzeugung, daß Protektionismus in die Depression führt, daß das Streben nach Autarkie in eine Rivalität zwischen polit-ökonomischen Blöcken mündet, daß ökonomische Krisen die politische Stabilität gefährden, so daß letztlich der Zusammenbruch des Welthandels den Boden für kriegerische Aggressoren aufbereitet.¹¹⁷ Dieser liberale Idealismus wurde dann aber in seiner Umsetzung von der Realität des Ost-West-Konflikts geprägt, der die geographische Ausdehnung des liberalen Systems beschränken mußte und die USA in Ausübung ihrer vermeintlich hegemonialen Macht innerhalb dieses Systems zur Zurückhaltung zwang.¹¹⁸

Trotz der überragenden Wirtschaftsmacht Amerikas gehorchte das internationale System in seiner Gesamtheit eben nicht einer hegemonialen Ordnung, an die Stelle eines multipolaren Systems trat nicht eine unipolare Ordnung, sondern die Logik der bipolaren Konfrontation. Tatsächlich hat dieser Umstand dann aber die Entfaltung der marktwirtschaftlichen Dynamik innerhalb der westlichen Allianzen zumindest beschleunigt. Und zwar in dem Sinne, als die Vereinigten Staaten zur Förderung der gemeinsamen Sicherheitsinteressen de facto bereit waren, ein gewisses Maß an einseitiger Diskriminierung zu ihren Ungunsten zu akzeptieren. Nicht nur, daß den USA insgesamt keine hegemoniale Position zukam; sondern in dem Ausmaß, wie die tatsächliche Ausgestaltung des liberalen Systems ihre relative wirtschaftliche Position innerhalb dieses Systems beeinträchtigen mußte, läßt sich ihr Verhalten auch nicht allein von ihren ökonomischen Interessen her erklären. Die Überwindung der Problematik relativer Gewinne vollzog sich daher zumindest nicht ausschließlich den Thesen hegemonialer Stabilität entsprechend, denen zufolge die hegemoniale Führungsmacht nicht nur über die Ressourcen verfügt, ein System freien Handels durchzusetzen, sondern sich ein solches System auch mit ihren ökonomischen Interessen deckt. Vielmehr ging es auch darum, die positiven externen Effekte freien Handels für die gemeinsame Sicherheit innerhalb von Allianzen zu lukrieren.¹¹⁹ Die USA konzentrierten sich auf die Verwirklichung potentieller absoluter Gewinne innerhalb der westlichen Allianz und vernachlässigten deren relative Verteilung, um ihre relative Position gegenüber der Sowjetunion zu stärken.¹²⁰ Die Bereitschaft Amerikas, die ökonomische Führungsrolle und die damit verbundenen Kosten zu übernehmen, war zumindest teilweise eine Funktion der Notwendigkeit, die Stabilität der westlichen Allianz zu erhalten.

Damit stellt sich aber auch die Frage nach der Zukunft des Weltwirtschaftssystems anders: Das liberale System wird dann nicht so sehr, zumindest aber nicht ausschließlich vom relativen Niedergang der amerikanischen Führungsmacht, sondern auch noch vom Wegfall der einigenden äußeren Bedrohung gefährdet. An die Stelle einer liberalen Ordnung im Rahmen einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur tritt dann der geoökonomische Wettbewerb.

115. Thurow 1996, 117

116. Krasner [1986] 1989, 273

117. Vgl. Frieden and Lake 1995, 319 i.V.m. Gill and Law 1988, 133f.

118. Vgl. Nye 1990, 87-95

119. Vgl. Mansfield 1993, 207-209

120 Vgl. oben Seite 45

So war das vermeintliche hegemoniale System freien Handels unter britischer Führung kein 'System' in dem Sinne, daß Großbritannien danach trachtete, ein liberales Handelssystem auf Basis der Reziprozität zu schaffen. Und nachdem Großbritannien auch nicht über so überproportionale Ressourcen verfügte, als daß es in der Lage gewesen wäre ein solches System zu erzwingen, oder aus sich selbst heraus den internationalen Frieden zu seiner Voraussetzung zu gewährleisten, war es noch viel weniger ein 'hegemoniales' System. Im liberalen Wirtschaftssystem der Nachkriegsära schließlich, beschränkte sich die hegemoniale Position der USA, wenn überhaupt, dann auf ihre Stellung innerhalb der westlichen Allianzen. Tatsächlich wurde das liberale Wirtschaftssystem der Nachkriegsära in einem wesentlichen Ausmaß von den Erfordernissen der bipolaren Konfrontation geprägt und gestützt.

THEORETISCHE DEFIZITE DER THESEN HEGEMONIALER STABILITÄT

Neben diesen empirischen Problemen der Thesen hegemonialer Stabilität mit ihren beiden Fallbeispielen, erweist sich aber auch ihre theoretische Annahme von den internationalen Institutionen als öffentliche Güter, die zu ihrer Herstellung einer hegemonialen Macht bedürfen, als problematisch. Ein System freien Handels und eine stabile Weltwährung sind dieser Annahme zufolge mit der sogenannten 'free-rider'-Problematik konfrontiert, begünstigen nicht-kooperatives Verhalten, besitzen daher keine innere Stabilität und bedürfen dementsprechend einer systemerhaltenden Kraft – einer hegemonialen Führungsmacht.¹²¹ Sie wären öffentliche Güter, weil einzelne Staaten von den Vorteilen eines liberalen Weltwirtschaftssystems profitieren könnten, ohne einen entsprechenden Beitrag zu ihrer Aufrechterhaltung zu leisten und ohne seine Regeln dort zu beachten, wo sie sich zum eigenen Nachteil auswirken würden. Aber selbst wenn dem so wäre, daß einzelne Staaten nicht von der Teilnahme an einem liberalen System ausgeschlossen werden können, wenn sie sich seinen Regeln nicht unterwerfen, läßt dies noch nicht den Schluß zu, daß nur eine hegemoniale Macht ein solches System schaffen und aufrechterhalten könne. Denn insofern die internationalen Institutionen einer liberalen Weltwirtschaft aufgrund dieser behaupteten Nicht-Ausschließbarkeit als öffentliche Güter zu qualifizieren wären, würden sie der 'Logik kollektiven Handelns' unterliegen. Diese besagt aber nicht, daß öffentliche Güter ausschließlich von einem einzelnen Akteur hergestellt werden können.

Mancur Olson hat in seiner ursprünglichen Formulierung der Logik kollektiven Handelns zwar die These vertreten, daß die Problematik kollektiven Handelns nur durch eine 'privilegierte Gruppe' überwunden werden könne, in der zumindest eines ihrer Mitglieder ein ausreichendes Interesse besitzt, das öffentliche Gut eigenhändig bereitzustellen, selbst wenn kein anderes Mitglied dieser Gruppe kooperiert indem es sich an den Kosten dieses öffentlichen Gutes beteiligt. Alle anderen Gruppen wären 'latent' und würden an der Herstellung öffentlicher Güter höchstwahrscheinlich scheitern. Olson ging zusätzlich auch von einer umgekehrt proportionalen Beziehung zwischen der Größe einer Gruppe und der Wahrscheinlichkeit der erfolgreichen Produktion öffentlicher Güter aus; kleine latente Gruppen hätten eine höhere Wahrscheinlichkeit des Erfolges als größere. Thomas C. Schelling hat dann aber in Fortführung der Argumentation Olson's die Möglichkeit aufgezeigt, daß auch eine Teilmenge (k) einer Gesamtmenge (n) einer Gruppe von der eigenständigen Produktion eines öffentlichen Gutes profitieren könne, selbst wenn die Restmenge (n-k) sich an dessen Kosten nicht beteiligt. Zum relevanten Parameter wurde damit nicht so sehr die Gesamtgröße der Gruppe, sondern der Umfang der k-Gruppe. Davon ausgehend hat Duncan Snidal schließlich den formalen Beweis geliefert, daß die Bereitstellung internationaler öffentlicher Güter durch eine kleine k-Gruppe mittels internationaler Regime kooperierender Staaten möglich sei.¹²²

121. Gilpin 1987, 74f.

122. Vgl. Rapkin 1994, 102f. u. 104-106

Tatsächlich gibt es aber auch keinen zwingenden Grund, der den internationalen Regimen einer liberalen Weltwirtschaftsordnung den Charakter öffentlicher Güter zusprechen würde. Es mag schon sein, daß auch dritte Staaten von einem liberalen Weltwirtschaftssystem profitieren können, dem sie nicht angehören. So würde ein Handelskrieg oder ein Zusammenbruch des internationalen Währungssystems jedem schaden. Und auch die Sowjetunion hätte von der Stabilität des westlichen Währungssystems profitiert.¹²³ Diesen indirekten Vorteilen sind allerdings gleichzeitig die erheblichen Verluste, die die Sowjetunion in ihrer relativen internationalen Position durch die westliche Kooperation hinnehmen mußte, gegenüberzustellen. Und richtig ist auch, daß sich die liberale Handelspolitik Großbritanniens im neunzehnten Jahrhundert als quasi öffentliches Gut darstellte, das allen Nationen unabhängig von ihrer eigenen Außenwirtschaftspolitik zugute kam. Zwar war in der späteren zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts das Wachstum des Handels auch in dem Ausmaß Ergebnis internationaler Kooperation unter britischer Führung, als dieses Wachstum die stabilen Währungsverhältnisse des Goldstandards zur Voraussetzung hatte, der ein System fester Wechselkurse bei freier Konvertibilität ermöglichte.¹²⁴ Als jedoch im Anschluß an die Wirtschaftskrise von 1873 eine Nation nach der anderen wieder daran ging ihre Zollbarrieren anzuheben, verzichtete Großbritannien darauf, den freien Zugang zu ihrem eigenen Markt vom gleichen Zugeständnis ihrer Handelspartner abhängig zu machen: „Restored into the British diplomatic armory in 1860, reciprocity later became heresy in the eyes of political economists, and of the manufacturing interest as well.“¹²⁵

Zweifellos lassen sich grundsätzlich die unmittelbaren Vorteile einer liberalen Wirtschaftsordnung auf jene Staaten beschränken, die zur Kooperation bereit sind. Das Handelsregime der WTO basiert explizit auf diesem Prinzip der Reziprozität und verdankt ihm seinen Erfolg. Denn das durch die Meistbegünstigung verankerte Prinzip der Nichtdiskriminierung ist nur auf die Vertragsparteien anzuwenden, also nur auf jene Staaten, die sich selbst zur Anwendung des gleichen Prinzips verpflichtet haben. Die Mitglieder der WTO bilden eine Art von Klub zur Schaffung des gemeinsamen – aber nicht öffentlichen¹²⁶ – Gutes eines multilateralen Handelssystems, und durch die Meistbegünstigung sichern sich die Klubmitglieder wechselseitig eine Art von Gleichbehandlung zu, die auch einen wesentlichen Anreiz zum Beitritt – mit all den damit verbundenen Beschränkungen des nationalen Handlungsspielraums – darstellt.¹²⁷ Es handelt sich dabei zwar um ein Prinzip diffuser Reziprozität – einer Reziprozität, die im Gegensatz zu der grundsätzlich ebenso denkbaren einer ‘spezifischen,’ eher den Prozeß als die tatsächlichen Ergebnisse betont, die den multilateralen Abbau von Handelsbarrieren höher bewertet, als eine spezifische Symmetrie der jeweiligen bilateralen Handelsströme;¹²⁸ aber eben immer noch um ein Prinzip der Reziprozität.

Die hegemoniale Stabilität stößt somit sowohl bei der empirischen als auch bei der theoretischen Rechtfertigung ihrer Thesen auf Probleme. Tatsächlich würde ja auch eine empirische Bestätigung der Thesen hegemonialer Stabilität in letzter Konsequenz jene Gesetzmäßigkeit außer Kraft setzen, die der realistischen Theorie zufolge ein universelles Charakteristikum jedes pluralistischen Systems souveräner Staaten ist: Das Streben der Nationen nach einem Gleichgewicht der Kräfte, das sie in Aufrechterhaltung ihrer Unabhängigkeit dazu zwingt,

123. Gilpin 1987, 87

124. Den Goldstandard betreffend vgl. Cohen [1977] 1995a, 209-214

125. Kindleberger [1975] 1995, 80

126. Man kann solche Güter – die von mehreren Akteuren zur gemeinsamen Nutzung hergestellt werden, deren Nutzen aber auf diese Akteure beschränkt werden kann, die nicht dem Kriterium der Nicht-Ausschließbarkeit genügen – auch als ‘unechte’ oder ‘ausschließbare’ öffentliche Güter bezeichnen (wie z.B. Snape 1993, 283). Präziser erscheint es jedoch sie (wie z.B. Rosecrance 1986, 231) als zwar gemeinsame, ihrem Charakter entsprechend, aber als trotzdem immer noch ‘private’ Güter zu qualifizieren.

127. Vgl. Snape 1993, 283f.

128. Krasner [1986] 1989, 252

gegenüber dem hegemonialen Anspruch einer Nation durch Allianzen ein Gegengewicht zu bilden. Die Thesen hegemonialer Stabilität werfen damit mindestens ebenso viele Fragen auf, wie sie auf den ersten Blick scheinbar zu lösen imstande sind. Vor allem aber gelingt es den Thesen hegemonialer Stabilität damit nicht jene Frage befriedigend zu beantworten, der sie sich in ihrer selbstgewählten Verpflichtung der realistischen Tradition gegenüber im Kern zu stellen hat: Wie ist die Entstehung einer grundsätzlich liberalen Weltwirtschaftsordnung mit der positionalen Logik des internationalen Systems, mit dem Wettbewerb der Nationen vereinbar?

Die Entfaltung der marktwirtschaftlichen Dynamik konfrontiert die realistische Theorie mit einem Paradoxon, das darin besteht, daß sich die Staaten offensichtlich bewußt einer marktwirtschaftlichen Dynamik ausliefern, die ihren Handlungsspielraum einschränkt, die die wechselseitigen internationalen Abhängigkeiten verstärkt und die den strukturellen Wandel des internationalen Systems zumindest beschleunigt. Dies widerspricht dem Augenschein nach der neorealistischen Konzeption der Staaten als defensive Positionalisten und rationale Akteure, die in ihrem Streben nach Sicherheit und Wohlstand danach trachten, ihre nationale Unabhängigkeit zu bewahren. Die Thesen hegemonialer Stabilität sind ein Versuch dieses Paradoxon aufzulösen, der aber letztlich daran scheitern muß, daß er diesen augenscheinlichen Widerspruch dem Grundsatz nach unwidersprochen läßt und seine vorübergehende Auflösung einer historischen Ausnahmesituation zuschreibt. Damit steht aber am Ende der hegemonialen Stabilität ein neues Paradoxon, wird der Hegemon als rationaler Akteur des internationalen Systems in Zweifel gezogen. Denn insofern die Freisetzung der marktwirtschaftlichen Dynamik einen Wandel der Struktur des internationalen Systems nach sich zieht, leitet der liberale Hegemon mit der Errichtung einer liberalen Weltwirtschaftsordnung ja wiederum in letzter Konsequenz selbst seinen eigenen Niedergang ein. Die vermeintliche hegemoniale Stabilität trägt damit in sich selbst den Keim der Instabilität: „Thus, an inherent contradiction exists in a liberal world economy: the operation of the market system transforms the economic structure and diffuses power, thereby undermining the political foundations of that structure.“¹²⁹ Die Frage nach der Vereinbarkeit des Wettbewerbs der Nationen mit einer liberalen Weltwirtschaftsordnung – von der die Thesen hegemonialer Stabilität ihren Ausgang nehmen – wird von ihnen im Sinne einer grundsätzlichen Unvereinbarkeit beantwortet. Sie lösen den Widerspruch nicht auf, sondern kehren zu ihm zurück.

Die Auflösung dieses Paradoxons, des Widerspruchs zwischen der territorialen, positionalen Logik des internationalen Systems und der funktionalen des marktwirtschaftlichen Systems, wäre im Rahmen der Axiome der realistischen Tradition logisch nur dann möglich, wenn die Entfaltung des marktwirtschaftlichen Systems über nationale Grenzen hinweg als Ergebnis der nationalstaatlichen Rivalität selbst verstanden wird. Das marktwirtschaftliche System hätte dann die Pluralität des internationalen Systems zu seiner Voraussetzung. Eine liberale Weltwirtschaftsordnung ist dann nicht Ergebnis einer historischen Ausnahmesituation, in der die üblichen Gesetzmäßigkeiten des internationalen Systems außer Kraft gesetzt sind, sondern hätte eben gerade im Streben der Nationen nach einem Gleichgewicht der Kräfte seine Ursache. Die Entstehung einer grundsätzlich liberalen Weltwirtschaftsordnung wäre dann nicht die Folge hegemonialer Stabilität, sondern vielmehr gerade des Scheiterns hegemonialer Ansprüche.

BEDEUTUNG UND CHARAKTER POLITISCHEN LEADERSHIPS

Politisches Leadership ist selbstverständlich auch in der internationalen Arena jener entscheidende Faktor, der dem System seine Gestalt gibt.

Politik läßt sich nirgendwo auf die quasi-automatische Entfaltung struktureller oder sonstiger Gesetzmäßigkeiten reduzieren.

Und zwar schon allein deshalb nicht, weil politisches Handeln sich seinem ureigenstem Charakter nach üblicherweise nicht darauf beschränken läßt, die eigenen Interessen innerhalb geltender Spielregeln zu verfolgen, sondern darüber hinaus charakteristischerweise immer auch danach strebt, diese Prinzipien und Regeln zugunsten der eigenen Vorstellungen und Interessen zu durchbrechen, zumindest aber zu beeinflussen.

Will aber ein politischer Gestaltungswille – über den unmittelbaren Einsatz von Machtressourcen hinausgehend – die Regeln der Steuerungssysteme menschlichen Handelns den eigenen Vorstellungen und Interessen entsprechend beeinflussen, so muß politisches Leadership seine Gefolgschaft finden, muß die strukturelle Macht in der politischen Legitimität ihre Ergänzung finden. Daß jede internationale Ordnung in der internationalen Verteilung nationaler Leistungsfähigkeiten ihre Entsprechung finden muß, ist eine Grundbedingung¹³⁰ internationaler Politik, deren Vernachlässigung die Stabilität des internationalen Systems von vornherein gefährdet: „[I]t is the power and the policies of states that create order where there would otherwise be chaos or at best a Lockian state of nature.“¹³¹ Neben diesem strukturellen Erfordernis, ist für die Stabilität des internationalen Systems aber ebenso von Bedeutung, daß die herrschende Ordnung von einer ausreichenden Zahl bedeutsamer Mächte auch als eine legitime Ordnung erachtet wird: „[T]he foundation of all political life ... is ... that uneasy compromise between power and morality.“¹³² Stabilität, die über den unmittelbaren Einsatz von Machtressourcen hinaus währt, erfordert Legitimität, die kooperatives Verhalten allererst ermöglicht. Eine bestehende oder angestrebte Ordnung wird dann als legitim erachtet werden, wenn sich in ihren Prinzipien und Regeln die grundlegenden Vorstellungen und Interessen der übrigen bedeutsamen Akteure des jeweiligen Systems widerspiegeln.¹³³

Sich unter den gegebenen strukturellen Bedingungen des Systems und den Erfordernissen der Legitimität entsprechend einen Gestaltungsspielraum zu eröffnen, ist dann gerade die Kunst politischen Leaderships, die die Schaffung einer Ordnung ermöglicht, die den eigenen Vorstellungen und Interessen entgegenkommt. Politisches Handeln entfaltet dann eine dauerhafte Wirkung, wenn es ihm gelingt, die Kosten-Nutzen-Rechnungen alternativer Verhaltensweisen der angesprochenen Akteure zu eigenem Gunsten zu beeinflussen: „[T]he art of policy is to create a calculation of the risks and rewards that affect the adversary's calculation.“¹³⁴ Hinzuzufügen wäre, daß dies selbstverständlich nicht nur für Gegner gilt, die von gewissen Handlungen abgeschreckt werden sollen, sondern auch für jene Staaten, deren Kooperation man sich bei der Errichtung einer gemeinsamen Ordnung versichern will. Politisches Leadership ist daher gerade die Kraft und das Können, die Präferenzen jener Akteure zu beeinflussen, deren Kooperation man zur Verwirklichung der eigenen Vorstellungen und Interessen benötigt. Dazu gehört die entsprechende strukturelle Stellung im System, der entsprechende Anteil an den Machtressourcen, aber auch – im Sinne der Erfordernisse politischer Legitimität – die Möglichkeit, Fähigkeit und Bereitschaft die individuellen Vorstellungen und Interessen mehrerer Akteure zu einem Gesamtkonzept zu verschmelzen, das die gemeinsamen Vorstellungen und Interessen fördert.

130. 'Grundbedingung' kann hier durchaus in einem mathematischen Sinne verstanden werden, als Bedingung, der eine Gleichung genügen muß. Das internationale System kann dann als ein fiktives Gleichungssystem vorgestellt werden, dessen 'Grundbedingungen' – internationale Verteilung relativer nationaler Leistungsfähigkeiten, Problematik relativer Gewinne und politischen Marktversagens, Gesetzmäßigkeiten der marktwirtschaftlichen Dynamik – den Raum umschreiben, innerhalb dessen diskretionäres, systemgestaltendes politisches Handeln möglich ist. Politisches Leadership ist dann ein Problem bedingter Optimierung.

131. Krasner [1976] 1995, 36

132. Carr [1939] 2001, 200

133. Vgl. Rapkin 1994, 106f.

134. Kissinger 1994, 481

Es war gerade die Ausübung einer solchen Leadership-Funktion durch Großbritannien im neunzehnten und der Vereinigten Staaten im zwanzigsten Jahrhundert, die eine Entwicklung zugunsten einer liberalen Weltwirtschaftsordnung ermöglichte. Sie verfügten über die strukturelle Stellung und hatten eine überzeugendes Konzept.

Nachdem sich die marktwirtschaftliche Dynamik über die Austauschbeziehungen zwischen Wachstumspolen und ihren Einzugs- und Ausstrahlungsgebieten entfaltet, ist eine liberale Orientierung der absolut stärksten Wirtschaftsmacht sicherlich die beste Voraussetzung für ein dynamisches Wachstum der Weltwirtschaft und eine beschleunigte Integration der internationalen Märkte. Als bedeutendster Exportmarkt und als wichtige Quelle von Investitionsgütern und Finanzkapital ist eine solche Wirtschaftsmacht auch in besonderer Weise in der Lage, die Präferenzen potentieller Kooperationspartner zugunsten einer liberalen Wirtschaftsordnung zu beeinflussen. Und weil die liberale Orientierung einer so bedeutsamen Führungsmacht auch die Wahrscheinlichkeit der tatsächlichen Verwirklichung einer solchen Ordnung deutlich erhöht, ist sie auch in besonderer Weise in der Lage, die aufgrund des anarchischen Charakters des internationalen Systems tendentiell instabilen Erwartungshaltungen der staatlichen und privatwirtschaftlichen Akteure zugunsten einer liberalen Orientierung zu stabilisieren.

In dem Ausmaß wie es daher der Ausübung politischen Leaderships gelingt, die individuellen Vorstellungen und Interessen der Akteure in ein Gesamtkonzept zu integrieren und die individuellen Erwartungshaltungen zugunsten der tatsächlichen Verwirklichung einer solchen gemeinsamen Ordnung zu stabilisieren, weist die Ausübung dieser Leadership-Funktionen den Charakter eines öffentlichen Gutes auf. Nicht internationale Regime sind dann öffentliche Güter, sondern die Wahrnehmung von Führungsaufgaben, die die kooperative Entstehung solcher Regime unterstützen. Durch die Beeinflussung der individuellen Präferenzen und Erwartungshaltungen zugunsten kooperativen Verhaltens, erleichtert politisches Leadership die Überwindung des Gefangenendilemmas. Gleichzeitig suggeriert die Logik kollektiven Handelns auch die Möglichkeit einer Pluralisierung dieser Führungsaufgaben, des Managements einer integrierten Weltwirtschaft durch einen Kern wirtschaftlich führender Mächte.

INTERNATIONALE WÄHRUNGSBEZIEHUNGEN UNTER BRITISCHER UND AMERIKANISCHER FÜHRUNG

Die Entwicklung der internationalen Währungsbeziehungen unter britischer und amerikanischer Führung¹³⁵ sind ein gutes Beispiel dafür, daß zwischen der Rolle einer Nation im internationalen System und ihrer Leistungsfähigkeit ein gewisses Gleichgewicht herrschen, daß jede internationale Ordnung in den strukturellen Bedingungen des internationalen Systems ihr Fundament finden muß. Dazu gehört, daß die jeweiligen Führungsmächte dann auch tatsächlich ihre Leadership-Funktionen wahrnehmen. Die Entwicklung der Währungssysteme zeigt aber gleichzeitig, daß die Stabilität jedes noch so 'hegemonialen' Systems nicht allein von der jeweiligen Führungsmacht gewährleistet werden kann, sondern immer ein Mindestmaß an internationaler Kooperation zu seiner Voraussetzung hat. Und die Geschichte der internationalen Währungsbeziehungen ist schließlich auch ein gutes Beispiel dafür, daß jede Ordnung ihre Zeit hat und am Ende jeder Epoche ein neues Gleichgewicht zwischen den strukturellen Bedingungen und den Regeln internationaler Regime gefunden werden muß, soll die Stabilität des internationalen Systems erhalten werden.

135. Vgl. Benjamin J. Cohen [1977] 1995a, der die Geschichte des internationalen Währungssystems im Sinne der Thesen hegemonialer Stabilität interpretiert (213 u. 222f.), u. Barry Eichengreen [1989] 1995, der dem hier vertretenen Standpunkt insofern noch eher näherkommt, als er diese Entwicklung im Sinne einer 'hegemonialen Kooperation' (232f. u. 254) nach Keohane (1984, 49) versteht, derzufolge die Entstehung dieser Regime zwar in einem entscheidendem Ausmaß der Rolle des jeweiligen 'Hegemons' zuzuschreiben sind, deren dauerhafte Stabilität aber dann vom Ausmaß internationaler Kooperation abhängig waren.

Am Anfang der modernen Ära internationaler Währungsbeziehungen stand die Bereitschaft, zugunsten gemeinsamer Prinzipien und Regeln Beschränkungen der nationalen Autonomie hinzunehmen. Ähnlich wie in der Liberalisierung des internationalen Handels, entstand auch der klassische Goldstandard durch eine unilaterale Übernahme jener Prinzipien und Regeln durch die kontinentaleuropäischen Mächte, denen sich Großbritannien in seiner Außenwirtschaftspolitik grundsätzlich bereits seit dem Ende der napoleonischen Kriege verpflichtet fühlte. Das auf diese Weise in den siebziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts entstandene Währungssystem – in dem sich die Nationalbanken verpflichteten, Gold zu einem festen Preis in der jeweiligen Inlandswährung an- oder zu verkaufen und die private Ein- oder Ausfuhr von Gold keinerlei Beschränkungen unterlag – erleichterte den Nationen den Zugang zu den Londoner Finanzmärkten, die aufgrund ihrer Bedeutung Großbritannien in das Zentrum der Verflechtungen internationaler Währungsbeziehungen rückten und die wichtigste Quelle von Auslandsinvestitionen und Handelskrediten darstellten. Von der Einhaltung monetärer Disziplin durch Angleichung an die britische Geldpolitik konnten sich die Nationen daher ein höheres Wirtschaftswachstum und eine Beschleunigung ihrer Industrialisierung erwarten.

Das Scheitern des Versuchs einer Wiedererrichtung stabiler Währungsverhältnisse in der Zwischenkriegszeit hatte dann seine Ursache im Unvermögen der Nationen, sich den veränderten strukturellen Bedingungen anzupassen. Im Versuch den Goldstandard mehr oder minder unverändert wiederherzustellen, ohne die Gold-Währungs-Paritäten von vornherein den kriegsbedingten Veränderungen im internationalen Preisgefüge anzupassen. Und in der mangelnden Bereitschaft Amerikas, seine strukturelle Stellung als nunmehriger Hauptgläubiger mit einer entsprechenden Verantwortung für die internationalen Währungsbeziehungen zu ergänzen. Neben diesen fehlenden strukturellen Voraussetzungen, mangelte dem Gold-Devisen-Standard – als Versuch ein System fester Wechselkurse bei freier Konvertibilität wiederherzustellen – auch noch jene politische Legitimität, die kooperatives Verhalten hätte ermöglichen können. Und zwar insofern, als die nationalen Regierungen innenpolitisch nicht mehr bereit sein konnten, die außenwirtschaftliche Stabilität gegenüber der inländischen zu bevorzugen, das heißt zum Zwecke der Aufrechterhaltung ihrer Wechselkursparitäten, die Anpassung an Veränderungen in den internationalen Waren- und Kapitalströmen ausschließlich über die inländische Produktion, Beschäftigung und Kaufkraft vorzunehmen.¹³⁶ Darüber hinaus mangelte diesem System aber auch so etwas wie eine strukturelle Legitimität, denn die mangelnde Bereitschaft der USA dieses System zu stützen hatte seine Ursache nicht zuletzt auch darin, daß dieses System als solches von Großbritannien mit der Vorstellung konzipiert wurde, wieder jene Stellung in den internationalen Währungsbeziehungen einzunehmen, die ihr vor dem Krieg zukam, und London wieder als jenes internationale Finanzzentrum zu etablieren, zu dem nunmehr New York geworden war.¹³⁷

Erst im System von Bretton Woods der Nachkriegsära konnte dann ein neues Gleichgewicht zwischen der relativen wirtschaftlichen Stärke der beteiligten Nationen, dem Stand der Integration der internationalen Märkte, dem politischen Bedürfnis nach Spielraum für nationale konjunkturpolitische Maßnahmen bei gleichzeitiger währungspolitischer Stabilität und den Prinzipien und Regeln des internationalen Währungsregimes gefunden werden. So wie Großbritannien zu Zeiten des Goldstandards, kam seiner wirtschaftlichen Stärke entsprechend nunmehr den USA die Rolle als Dreh- und Angelpunkt eines Währungssystems zu, das feste, aber veränderbare Wechselkursparitäten vorsah, bei freier Konvertibilität für Leistungsbilanz-Transaktionen gleichzeitig nationale Beschränkungen des Kapitalverkehrs zuließ¹³⁸ und durch die Schaffung eines zentralen Fonds an Währungs- und Goldreserven in Gestalt des IMF eine gewisse Sym-

136. Cohen [1977] 1995a, 216

137. Eichengreen [1989] 1995, 235

138. Vgl. zur Bedeutung und Entwicklung nationaler Beschränkungen des Kapitalverkehrs im modernen Weltwirtschaftssystem der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts auch unten Seite 76-78

metrie zwischen den Überschuß- und Defizitländern in ihrer zumindest kurzfristigen Anpassungsleistung zur Aufrechterhaltung der Wechselkursparitäten herstellen sollte. So stellte Bretton Woods einen Kompromiß her zwischen dem Bedürfnis nach einer gewissen nationalen Autonomie und dem nach stabilen Voraussetzungen für den internationalen Handel, ein Kompromiß der gleichzeitig auch einen Ausgleich zwischen den amerikanischen und britischen Vorstellungen über eine neue Währungsordnung widerspiegelte.

Entscheidend für die fortwährende Stabilität der Währungssysteme unter britischer und amerikanischer Führung war dann das Zusammenspiel zwischen politischem Leadership und internationaler Kooperation. In beiden Fällen konnte die jeweilige Führungsmacht aufgrund ihrer strukturellen Stellung ihre Vorstellungen von der Gestalt der internationalen Währungsordnung weitestgehend durchsetzen. Sowohl im Falle Großbritanniens als auch in dem der Vereinigten Staaten war ihre Bedeutung als Quelle von Finanzkapital und Investitionsgütern und als Exportmarkt für die übrigen Staaten entscheidend, sich diesen Vorstellungen anzuschließen. Der Preis, den das Vereinigte Königreich und die USA für ihre Führungsrolle dann längerfristig zu bezahlen hatten, bestand darin, daß sie nunmehr auch die Hauptlast in der Aufrechterhaltung der ihren Vorstellungen entsprechenden Ordnung zu tragen hatten. Denn insofern in einem überproportionalen Ausmaß das notwendige Wachstum an internationaler Liquidität durch die Bildung von Währungsreserven in der Währung der jeweiligen Führungsmacht stattfinden mußte, war dies nur durch anhaltende Zahlungsbilanzdefizite dieser Führungsmacht möglich. Und dies bedeutete wiederum, daß diese Führungsmacht dauerhaft mehr konsumierte als sie selbst produzierte und einen Abfluß von Investitionskapital in Kauf zu nehmen hatte. Beides mußte auf Dauer die Wirtschaftskraft der Führungsmacht schwächen. Aber genau diese Wirtschaftsmacht war es ja, von der die Stabilität dieser Währungssysteme ursprünglich abhängig war. So genügte es zuerst, daß die übrigen Mitgliedsstaaten jene monetäre Disziplin wahrten, die ihnen das internationale System auferlegte. Dabei erleichterte die jeweilige Führungsmacht die notwendigen Anpassungsprozesse, indem sie die Erwartungshaltungen stabilisierte:

The contrast between the apparently smooth adjustment under the classical gold standard and Bretton Woods and the adjustment difficulties of the interwar years suggests that a dominant power's policies served as a fixed target that was easier to hit than a moving one. ... The argument ... is that a dominant player is best placed to signal the other players the nature of the most probable stance. ... The essential role of Britain before 1914 and the United States after 1944 was not so much to force other countries to alter their policies as to provide a focal point for policy harmonization.¹³⁹

Schließlich wurde die Aufrechterhaltung der internationalen Währungsordnung aber zunehmend von der Bereitschaft der Nationen abhängig, ein Regime zu stützen, dessen Konstruktion nur mehr bedingt den gewandelten strukturellen Bedingungen gerecht wurde. So setzte der ökonomische Aufstieg der Vereinigten Staaten schon vor Ausbruch des ersten Weltkrieges die Konstruktion des Goldstandards unter Druck. Denn der zunehmende Aufkauf von Goldreserven durch die USA unterminierte zusehends die Fähigkeit Großbritanniens, die internationalen Finanzmärkte zu stabilisieren, d.h. die internationale Nachfrage nach Gold ohne Einschränkungen zu befriedigen und gleichzeitig die Stabilität des Pfund Sterling als Referenzpunkt der internationalen Wechselkursparitäten zu wahren. Diese Entwicklung fand in der Zwischenkriegszeit während der Weltwirtschaftskrise insofern ihre logische Fortsetzung, als alle Länder mit Goldbindung – insbesondere aber Frankreich und die USA – ihre finanzielle Stabilität durch Gold-Zuflüsse absichern wollten, ihre Diskontsätze zu diesem Zweck wechselseitig in die Höhe trieben – und auf diese Weise die internationale Liquiditätskrise noch zusätzlich verschärften. Als dann im System von Bretton Woods aus der Dollar-Knappheit eine Dollar-Schwemme und schließlich ein Dollar-Überhang wurde, war die Stabilität des Systems fester Wechselkurse zu-

nehmend von der Bereitschaft der Notenbanken abhängig, Dollar-Reserven zu halten, die aber aufgrund der fortgesetzten Zahlungsbilanzdefizite der USA früher oder später eine Abwertung erfahren mußten. Tatsächlich taten sie dies auch deshalb so lange sie konnten, weil ein überbewerteter Dollar die europäischen Exporte in den amerikanischen Markt erleichterte und wichtige amerikanische Auslandsinvestitionen förderte. Schließlich waren aber die USA selbst nicht mehr bereit, zugunsten der etablierten Währungsordnung in zunehmendem Ausmaß ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu schwächen. Zusätzlich hatte die wachsende Integration der Geld- und Kapitalmärkte die Autonomie und Leistungsfähigkeit der Staaten in ihrer Währungspolitik gegenüber den privaten Akteuren deutlich reduziert. Damit waren die strukturellen Voraussetzungen von Bretton Woods nicht mehr gegeben und eine neue Währungsordnung mußte an die Stelle der alten treten.

Ohne die gemeinsame Verantwortung für die Stabilität der internationalen Währungsbeziehungen dem Grundsatz nach aufzugeben,¹⁴⁰ gelang mit dem Übergang zu einem System flexibler Wechselkurse woran die Nationen in der Zwischenkriegszeit scheiterten: Die Anpassung an veränderte strukturelle Bedingungen. Zum entscheidenden Faktor für die dauerhafte Stabilität des internationalen Systems wird damit nicht so sehr eine spezifische Struktur des internationalen Systems, sondern die Bereitschaft und Fähigkeit der Nationen, sich den stets verändernden strukturellen Bedingungen anzupassen.

STRUKTURELLER WANDEL UND STABILITÄT DES INTERNATIONALEN SYSTEMS

Der Aufstieg und Niedergang der Nationen ist Motor eines ständigen Wandels der strukturellen Bedingungen des internationalen Systems, der an kritischen Punkten der historischen Entwicklung die dauerhafte Stabilität dieses internationalen Systems immer wieder in Frage stellt. Politische Stabilität ist aber eine Voraussetzung für die dynamische Entfaltung des marktwirtschaftlichen Systems. Dies gilt für den internationalen Raum ebenso, wie für den nationalen. Die Stabilität des internationalen Systems ist aber nicht an eine wie auch immer geartete spezifische Struktur dieses Systems gebunden, sondern Ergebnis eines allgemeinen Gleichgewichts zwischen der Verteilung der relativen nationalen Leistungsfähigkeiten und der Rolle, die den jeweiligen Nationen im System zukommt.

So vollzog sich die beschleunigte Integration der internationalen Märkte und das dynamische Wachstum der Weltwirtschaft im Rahmen der liberalen Systeme des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts vor dem Hintergrund deutlich unterscheidbarer struktureller Bedingungen. Denn obwohl beide Systeme insofern ihre Basis in einer unipolaren Struktur fanden, als jeweils einer in ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit besonders herausragenden Nation die Rolle des Wachstumspols zukam, hatte die liberale Ordnung des neunzehnten Jahrhunderts ein multipolares, die der zweiten Hälfte des zwanzigsten aber ein bipolares System zu seiner polit-strategischen Voraussetzung. Und in dem einen Fall entstand das Regime durch unilaterale Anpassungen der Nationen an die Außenwirtschaftspolitik der ökonomischen Führungsmacht, während in dem anderen die liberale Ordnung in multilateralen Institutionen festgeschrieben wurde.

Trotzdem gelang es offensichtlich beiden Systemen, die Erwartungshaltungen der staatlichen und privaten Akteure so zu stabilisieren, daß eine deutliche Ausweitung der internationalen Arbeitsteilung und ein dynamisches Wachstum der Weltwirtschaft möglich wurde. Beide Regime waren stabil, obwohl sie mit unterschiedlichen strukturellen Bedingungen konfrontiert waren. Und sie waren dies solange, als zwischen der internationalen Verteilung der nationalen Leistungsfähigkeiten und der Stellung, die den einzelnen Nationen in den jeweiligen Regimen zukam, ein gewisses Gleichgewicht herrschte. Der Zusammenbruch des weltwirtschaftlichen Systems in der Zwischenkriegszeit war nur insofern eine Folge veränderter struktureller Bedingungen, als die Nationen nicht in der Lage oder willens waren, sich diesen geänderten Voraus-

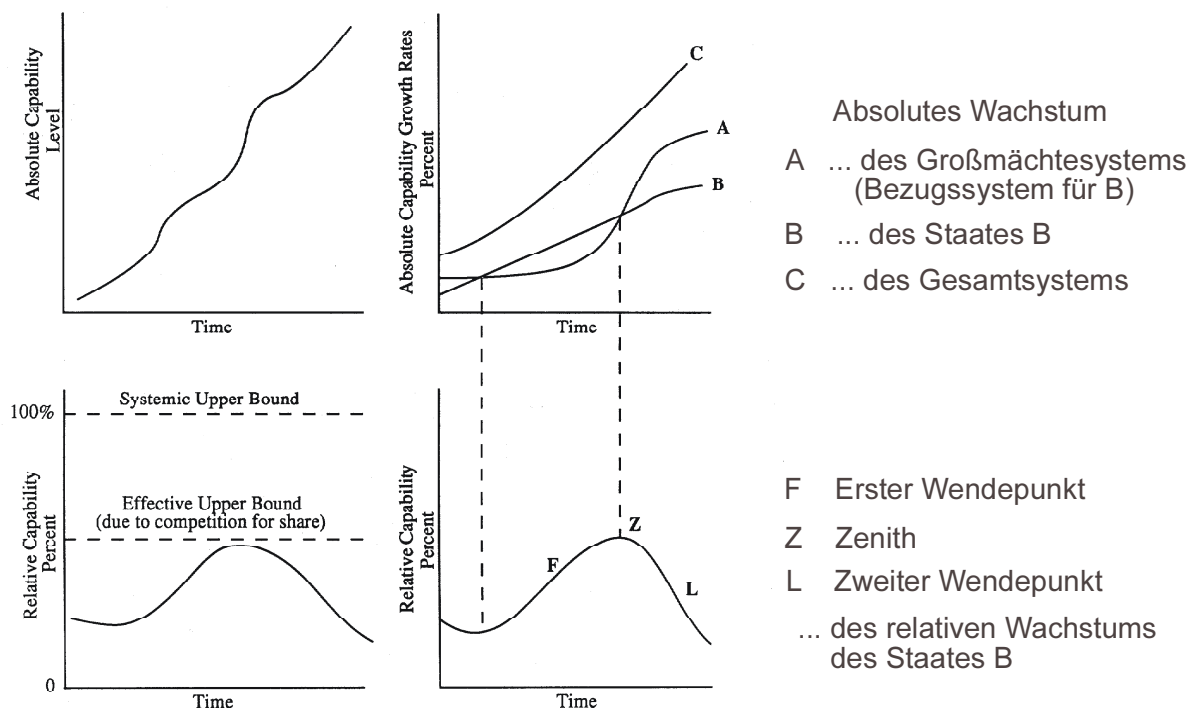
140. Vgl. Cohen [1977] 1995a, 220f. i.V.m. Cohen [1993] 1995b, 259-261

setzungen internationaler Wirtschaftspolitik anzupassen: „[B]oth the nineteenth-century balance of power system and the twentieth-century bipolar system were stable at maturity; the problem was getting from one system to the other.“¹⁴¹ Und am Beginn des 21. Jahrhunderts stehen die Nationen vor der Herausforderung, den Wandel von einem – ursprünglich in eine bipolare polit-strategische Auseinandersetzung eingebetteten – im wesentlichen unipolaren Weltwirtschafts-system zu einem mehr oder minder tripolaren System zu bewältigen.

In *Systems in Crisis* (1991) untersucht Charles F. Doran die Beziehung zwischen dem Aufstieg und Niedergang der Nationen, dem strukturellen Wandel des internationalen Systems und die Auswirkungen dieser Dynamik auf die Stabilität des Systems. Schlüssel zum Verständnis von Krisen internationaler Systeme ist seiner ‘Machtzyklustheorie’¹⁴² zufolge die Tatsache, daß bei gleichbleibenden Raten absoluten Wachstums kritische Veränderungen in den relativen Wachstumsraten einer Nation auftreten können, die eine plötzliche Destabilisierung der Erwartungshaltungen hervorrufen und in Folge die Fähigkeit dieses Staates und des Systems beeinträchtigen, einen Ausgleich zwischen seinen Interessen und seiner Leistungsfähigkeit herzustellen: „There is a time at which the tides of history change. ... In the hour of its greatest achievement, the state is driven onto unexpected paths by the bounds of the system.“¹⁴³

Der Wandel der Struktur des internationalen Systems wird immer von einer Nation in Gang gesetzt, der es gelingt überdurchschnittlich hohe Raten absoluten Wachstums zu erzielen. Veränderungen in den absoluten Wachstumsraten eines Staates beeinflussen automatisch und unmittelbar auch die weitere Entwicklung der internationalen Positionen der übrigen Nationen des Systems. Dies bedeutet, daß die Entwicklung der internationalen Position eines Staates immer das

Abb. 3: Der Machtzyklus



Quelle: Doran 1991, 63

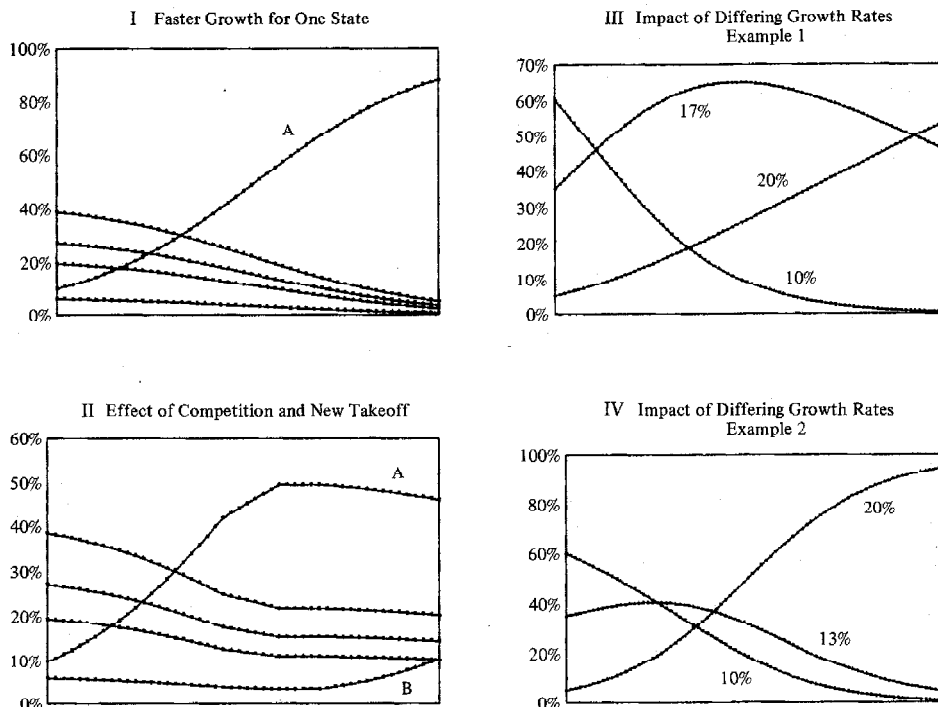
141. Doran 1991, 134

142. Für eine detaillierte Diskussion der Machtzyklustheorie Doran's – im Zusammenhang mit der U.S.-Decline-Debatte der frühen neunziger Jahre – vgl. Kéri 1993, insb. 7-21

143. Doran 1991, 93 u. xiii

Ergebnis des Verhältnisses seiner absoluten Wachstumsrate im Vergleich zu jener des Gesamtsystems ist. Veränderungen im relativen Wachstum einer Nation können daher von Veränderungen in seinem eigenen Wachstum, aber auch von solchen im Wachstum des Gesamtsystems ausgehen. Denn der Wettbewerb der Nationen ist ein Wettbewerb um Anteile an den Machtressourcen des Gesamtsystems. Die relative Position einer Nation in einem internationalen System ist dementsprechend der Anteil der Ressourcen dieser Nation an der Summe der Ressourcen dieses Systems. Aus dieser Wechselbeziehung heraus entwickelt sich über längere Zeiträume hinweg der relative Aufstieg und Niedergang der Nationen, der 'Machtzyklus' einer Nation (Abb. 3). Zu den spezifischen Eigenschaften der langfristigen internationalen Entwicklung einer Nation gehört, daß an bestimmten Punkten ihrer Geschichte eine plötzliche Veränderung in der Richtung ihres relativen Wachstums eintritt. Zu diesen kritischen Punkten zählen nicht nur das Erreichen des Maximums oder Minimums in ihrer relativen Position, sondern auch die Wendepunkte (*F* u. *L*), bei denen ein Wechsel im Vorzeichen der Beschleunigung der relativen Veränderung eintritt. Diese spezifische Dynamik des Machtzyklus ist aber nicht ausschließlich Ergebnis von relativen Veränderungen in den absoluten Wachstumsraten der beteiligten Staaten, sondern hat seine Ursache auch im Umstand, daß das relative Wachstum der Nationen im internationalen System Charakteristika logistischen Wachstums innerhalb eines begrenzten Systems aufweist.¹⁴⁴ Jedes abgeschlossene System – auch wenn es insgesamt in seinem absoluten Umfang wächst – setzt dem relativen Wachstum einzelner Akteure natürliche Grenzen. Denn mit zunehmendem relativen Anteil eines einzelnen Akteurs am Gesamtsystem, wird dessen absolutes Wachstum immer mehr auch zum absoluten Wachstum des Gesamtsystems. Das absolute Wachstum des Systems gleicht sich immer mehr dem absoluten Wachstum des betreffenden Staates an und der

Abb. 4: Relatives Wachstum in abgeschlossenen Systemen



Quelle: Doran 1991, 66

144. Unter logistischem Wachstum wird ein nicht-lineares Wachstum unter den Bedingungen beschränkter Ressourcen verstanden. Offensichtlich wurde der Begriff vom asymmetrischen logistischen Wachstum ursprünglich zur Beschreibung des Wachstums von Populationen in biologischen Systemen mit beschränkten Ressourcen eingeführt ('predator-prey models'). Ein solches Wachstum wird durch die sogenannten Verhulst- oder Pearl-Kurve beschrieben. (Vgl. Doran 1991, 9 u. 69)

relative Aufstieg innerhalb des Systems verflacht sich. Gleichbleibendes absolutes Wachstum führt daher ab einem bestimmten Punkt zu immer geringeren Raten relativen Wachstums (Abb. 4/I & IV). Eine Umkehr dieses Trends läßt sich dann nur noch durch immer höhere Raten absoluten Wachstums erreichen; der Staat steht zunehmend im Wettbewerb mit sich selbst. Aber zunächst zwingt jeder relative Aufstieg einer Nation automatisch und unmittelbar die übrigen Staaten in den relativen Niedergang (Abb. 4/I). Der Machtzyklus, die historische Entwicklung jeder einzelnen Nation ist niemals nur Ergebnis ihres eigenen Wachstums, sondern wird immer auch vom Schicksal der anderen Staaten geprägt. Keine Nation kann sich dem internationalen Wettbewerb entziehen, den Vergleich in den absoluten Wachstumsraten vernachlässigen. Und auch die stärkste Nation kann von der schwächsten herausgefordert werden (Abb. 4/II: B schafft den 'take off' und zwingt A in den stärksten relativen Rückgang aller übrigen Staaten). So wurde zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts – und bemerkenswerterweise noch vor Ausbruch des ersten Weltkriegs – dem steilen Aufstieg Deutschlands durch steigende Wachstumsraten Rußlands ein jähes Ende gesetzt, obwohl Rußland im Ranking der Großmächte noch weit abgeschlagen lag.¹⁴⁵

Der relative Aufstieg und Niedergang der Nationen und der strukturelle Wandel des internationalen Systems sind deshalb zwei Aspekte der gleichen, in sich geschlossenen und alle Akteure miteinander verbindenden, einheitlichen Dynamik: „Set in motion by rates of change within the individual units, the dynamics of systems structure in turn shapes the individual state power cycles.“^{146, 147} Damit fügt sich Doran's Machtzyklustheorie in das größere Bild ein, das Guzzinis duale Konzeption von Phänomenen der Macht dem Verständnis der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen nahelegt und in dem die Nationen in ihrem Zusammenwirken die strukturellen Bedingungen des Systems hervorbringen, die dann in der Folge auf die Möglichkeiten und das Verhalten der einzelnen Akteure wiederum zurückwirken.

In dem Ausmaß, wie unterschiedliche Raten absoluten Wachstums einen stetigen relativen Aufstieg oder Niedergang der einzelnen Nationen nach sich ziehen, unterliegt auch die Struktur des internationalen Systems einem permanenten Wandel. Dieser permanente Wandel des internationalen Systems findet aber in Phasen kritischen Wandels – in Perioden des internationalen Systems, in denen mehrere bedeutende Nationen einen kritischen Punkt in ihrer historischen Entwicklung erreicht haben – seine deutlichste Wahrnehmung und seine größte Bedrohung für die Stabilität und Sicherheit der internationalen Ordnung. Das seinem Zeitpunkt nach grundsätzlich nicht vorhersagbare, plötzliche Ereignis einer kritischen Veränderung im relativen Wachstum einer Nation – einer Veränderung im Vorzeichen des relativen Wachstums selbst, wie bei Erreichen des Höhepunkts oder der Talsohle der relativen Position oder einer Veränderung im Vorzeichen der Beschleunigung des relativen Wachstums, wie bei Erreichen der Wendepunkte *F* und *L*; eine solche Trendwende in der historischen Entwicklung einer Nation bewirkt notwendigerweise eine Destabilisierung in den Erwartungshaltungen dieses Staates. Denn an solchen kritischen Punkten versagt die sonst zumeist zutreffende lineare Extrapolation der Vergangenheit in die Zukunft, tritt eine grundlegende Verunsicherung über die zukünftige Position und Rolle dieses Staates im internationalen System ein. Das Durchschreiten kritischer Punkte durch mehrere bedeutende Nationen eines internationalen Systems markiert dann einen grundlegenden, kritischen Wandel dieses internationalen Systems; einen Wandel, der von einer systemweiten Destabilisierung der Erwartungshaltungen begleitet wird.¹⁴⁸

145. Vgl. Doran 1991, 79-89

146. Ibid., 68

147. Ähnlich auch Waltz (1993, 49): „Structural change begins in a system's unit, and then unit-level and structural causes interact.“

148. Vgl. auch Charles Lipson ([1984] 1993, 78f.), der in einem ähnlichen Sinne einen – allerdings nicht näher definierten – grundlegenden Wandel des internationalen Systems mit einer besonderen Verunsicherung in den kognitiven Fähigkeiten der Akteure des Systems verbindet: „This is truly a moment of passage – what, in another context, cultural anthropologists call a liminal period (from the Latin for 'threshold'). The parties' relative status and

Eine solche Phase kritischen Wandels ist auch eine Phase, in der von den Akteuren des internationalen Systems ein bestehendes Mißverhältnis zwischen der internationalen Verteilung der relativen nationalen Leistungsfähigkeiten und der internationalen Rolle der einzelnen Nationen besonders deutlich wahrgenommen wird. Gerade weil ein solcher Wandel auch eine grundlegende Unsicherheit in der Einschätzung der zukünftigen Gestalt des internationalen Systems nach sich zieht und die einzelnen Nationen gleichzeitig vor die Aufgabe gestellt sind, eine grundsätzliche Reorientierung in ihren Erwartungen bezüglich ihrer zukünftigen Position und Rolle im internationalen System vorzunehmen, wird auch den durch den permanenten Strukturwandel bereits bislang kontinuierlich entstandenen Rollendefiziten bzw. -überschüssen einzelner Nationen besondere Beachtung geschenkt. Insbesondere wird eine Nation, deren relatives Wachstum bislang nicht von einem ähnlich dimensionierten Wachstum in ihrer internationalen Rolle begleitet wurde; die sich deshalb mit einem internationalen System konfrontiert sieht, das nicht in dem Ausmaß ihren Vorstellungen und Interessen entspricht, wie es ihr aufgrund ihrer relativen Position zukommen würde; die aber gleichzeitig mit Eintreten eines kritischen Punktes in ihrem Machtzyklus in Hinkunft mit einem geringen relativen Wachstum rechnen muß, sich nunmehr geradezu gezwungen sehen, dieses Rollendefizit durch die – historisch betrachtet oftmals auch von Gewaltmaßnahmen begleitete¹⁴⁹ – Aufkündigung der etablierten Ordnung zu überwinden. Der kritische Wandel eines internationalen Systems, das sich gleichzeitig in einem Zustand eines fundamentalen Ungleichgewichts zwischen der Machtverteilung und Verteilung der Rollen der einzelnen Nationen innerhalb der etablierten Ordnung befindet, kann deshalb zu einer Krise des internationalen Systems führen, die in einem vollständigen Zusammenbruch der internationalen Ordnung mündet:

In each epoch of systems crisis, the existing system of maintaining order collapsed under the weight of arrangements whose structural foundations have long since been eroded away.^{150, 151}

So wie dauerhaftes politisches Leadership den Einsatz seiner Machtressourcen in Einklang mit einer anerkannten Vorstellung von politischer Legitimität vollziehen muß, muß auch auf der Ebene des internationalen Systems insgesamt die Verteilung der Macht in einer legitimen Ordnung ihre Ergänzung finden, wenn ein stabiles Gleichgewicht geschaffen werden soll – ein Gleichgewicht das gewährleistet, daß das Eintreten in eine Phase kritischen Wandels nicht mit dem Zusammenbruch der internationalen Ordnung einhergeht. Doran unterscheidet dementsprechend zwischen zwei grundsätzlich verschiedenen Arten eines internationalen Gleichgewichts: Zwischen dem klassischen Gleichgewicht der Kräfte, dem 'Balance-of-Power,' und einem 'allgemeinen politischen' Gleichgewicht. Während die Herstellung eines Gleichgewichts der Kräfte danach strebt, durch eine Mobilisierung des nationalen Kräftepotentials und der Bildung von Allianzen, einen Herausforderer der bestehenden Ordnung von aggressivem Verhalten abzuschrecken, erfordert ein allgemeines politisches Gleichgewicht die Anpassung der

obligations shift from fixity to ambiguity, and once-customary classification and routinized spheres of action become problematic. ... [A] difficult learning period must be traversed. ... At the conclusion of liminal periods, in which roles are necessarily ambiguous and conventional relationships less determinate, the actors are normally reintegrated on new terms."

149. Selbstverständlich läßt sich daraus noch lange nicht eine Rechtfertigung der Anwendung von bewaffneter Gewalt durch eine solche Nation ableiten: „Nothing could be more distortive of the intent of the argument. Territorial aggression by force is never considered acceptable behavior in a just world order.“ Aber: „[I]f the purpose of analysis is to explain behavior rather than merely to provide moral judgment, ... If the task of the analyst is to try to learn from past error, and to provide policy prescription, the causes of force use must be understood and, if possible, avoided or eliminated before that use occurs.“ (Doran 1991, 188 u. 162)

150. Doran 1991, 94

151. Zu der gleichen Erkenntnis gelangt Stephen D. Krasner in bezug auf die Entwicklung der liberalen Weltwirtschaftsordnung im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert: „The structure of international trade changes in fits and starts; it does not flow smoothly with the redistribution of potential state power. ... Once policies have been adopted, they are pursued until a new crisis demonstrates that they are no longer feasible.“ ([1976] 1995, 36 u. 35)

internationalen Ordnung an die herrschenden Kräfteverhältnisse, um eine Destabilisierung des internationalen Systems von vornherein einzudämmen.

Denn auf Dauer kann kein Gleichgewicht der Kräfte die Stabilität eines Systems gewährleisten, das nicht auch gleichzeitig in einem Gleichgewicht der Interessen und Rollen sein Fundament hat. Eine stabile internationale Ordnung ist ein internationales System, in dem die internationale Ordnung die Interessen und Vorstellungen der einzelnen Nationen gemäß ihrer relativen Stärke widerspiegelt und in dem die einzelnen Nationen ihrer relativen Stärke entsprechend die Aufrechterhaltung dieser Ordnung gewährleisten. Das traditionelle, statische Schachspiel einer balance-of-power Politik muß um eine vertikale, dynamische Dimension ergänzt werden, die den permanenten strukturellen Wandel des Systems berücksichtigt und einen Ausgleich zwischen diesen geänderten strukturellen Bedingungen und der internationalen Rollenverteilung herstellt:

Statesmen must seek a generalized equilibrium, incorporating both strategic power balancing and equilibration of power and role for states in the central system, to increase the likelihood that systems transformation will be peaceful and secure. ... Statesmen must have sufficient vision as well as diplomatic skill so as to constitute a new world order even as the old equilibrium is being undermined by change which cannot be halted.¹⁵²

Die allgemeine Stabilität des Gesamtsystems erfordert daher, daß die einzelnen Nationen ihre internationale Rolle den Veränderungen in ihren relativen nationalen Leistungsfähigkeiten anpassen: „[I]t is the power and the policies of states that create order where there would be otherwise chaos or at best a Lockian state of nature.“¹⁵³ Denn eine Nation, die ihre internationale Stellung nicht in Übereinstimmung mit ihrer nunmehr reduzierten relativen Leistungsfähigkeit zurücknimmt, gefährdet die Stabilität des internationalen Systems, weil sie Funktionen wahrnimmt, die sie nunmehr nicht mehr wirklich erfüllen kann. Und nachdem in abgeschlossenen Systemen der Rollenüberschuß eines Akteurs automatisch einem Rollendefizit eines oder mehrerer anderer Akteure entspricht, verweigert eine solche Nation gleichzeitig anderen Nationen dann jene Ausübung von Funktionen politischen Leaderships, die sie in Übereinstimmung mit ihrer Leistungsfähigkeit nunmehr tatsächlich erfüllen könnten und sollten. Umgekehrt gefährdet aber auch eine Nation, deren Ressourcen mittlerweile ihre politische Rolle übersteigen, die Stabilität des Systems, weil sie damit automatisch ein Machtvakuum erzeugt und gleichzeitig andere Nationen zwingt Funktionen wahrzunehmen, denen diese dann aber im Ernstfall nicht mehr in vollem Umfang gerecht werden können.

So wie der Zusammenbruch der internationalen Währungsbeziehungen in den dreißiger Jahren, ist auch die Ölkrise in Folge des Yom Kippur-Krieges ein gutes Beispiel für das Versäumnis und seinen Folgen, sich rechtzeitig verändernden Machtverhältnissen anzupassen: „[T]he United States contracted a disease of the strong: refusal to adjust to change.“¹⁵⁴ Die seit 1959 von den Vereinigten Staaten verfolgte Politik, zugunsten der inländischen Rohölproduzenten die Importe einzudämmen, hatte letztlich eine Verknappung der inländischen Reserven zur Folge, die es den USA schließlich verunmöglichte, das arabische Embargo durch eine Erhöhung der inländischen Produktion auszugleichen und damit jene Führungsrolle wahrzunehmen, die ihr beispielsweise noch während der Suez-Krise zukam.¹⁵⁵ Und in dem Ausmaß, wie diese Politik auch dazu führte, daß die internationale Preisentwicklung in den sechziger Jahren nicht mit der steigenden Nachfrage bei stagnierenden Reserven Schritt hielt, mußten sich die Preiseffekte des Embargos – mit all den damit verbundenen destruktiven Effekten für die Weltwirtschaft – noch zusätzlich

152. Doran 1991, 140 u. 166

153. Krasner [1976] 1995, 36

154. Keohane 1984, 179

155. Vgl. *ibid.*, 174-177

verschärfen.¹⁵⁶ Die Ölkrise 1973 ist aber nicht nur ein Beispiel dafür, wie das Versäumnis einer Nation, ihre Politik veränderten strukturellen Bedingungen zeitgerecht anzupassen, die Stabilität des internationalen Systems insgesamt gefährdet, sondern auch, wie ein solches Versäumnis den eigenen nationalen Machtverlust dann auch noch zusätzlich beschleunigen kann.

Die Voraussetzungen eines allgemeinen politischen Gleichgewichts auf der internationalen Ebene treffen sich daher durchaus mit den einzelstaatlichen Erfordernissen einer umfassenden und langfristigen nationalen Strategie, einer 'Grand Strategy'¹⁵⁷ die danach trachtet, daß die Ziele nationaler Politik mit den Mitteln der Nation in Einklang stehen, um die längerfristige Sicherheit des Staates und seiner Interessen nicht zu gefährden. Denn eine Nation, welche die überproportionalen Kosten einer strategischen Überdehnung zu tragen hat, verfügt dann über eine relativ – im internationalen Vergleich – geringere Ressourcenbasis für Investitionen in die *nationalen* Voraussetzungen zukünftigen Wachstums. Und eine Nation die es verabsäumt, ihrer relativen Stärke entsprechend die internationale Ordnung im Sinne ihrer eigenen Interessen und Vorstellungen zu beeinflussen, begibt sich damit der Chance, die *internationalen* Voraussetzungen fortgesetzten relativen Wachstums zu schaffen. Sowohl in deren eigenen, als auch in deren gemeinsamen längerfristigen Interesse sind die Nationen daher aufgefordert, ein Mißverhältnis zwischen den Zielen und den verfügbaren Mitteln zu vermeiden – die Ziele ihrer Außenpolitik mit den Mitteln der Staatsführung in Einklang bringen. Damit ergibt sich aber in einer längerfristigen Betrachtungsweise durchaus auch eine gewisse Konvergenz zwischen den nationalstaatlichen Kosten-Nutzen-Rechnungen und den Erfordernissen eines allgemeinen internationalen Gleichgewichts, eine gewisse Übereinstimmung zwischen den individuellen und kollektiven Rationalitäten des internationalen Systems.

STAATSFÜHRUNG ALS PROBLEM BEDINGTER OPTIMIERUNG

Politisches Leadership innerhalb der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen steht daher insgesamt vor einer doppelten Herausforderung bedingter Optimierung. Politisches Leadership ist zum einen die Herausforderung, ausgehend von den herrschenden strukturellen Bedingungen und im Einklang mit den internationalen Erfordernissen politischer Legitimität, einen Gestaltungsspielraum zu eröffnen, der die Beeinflussung der internationalen Ordnung zugunsten der eigenen Interessen und Vorstellungen ermöglicht. Zum anderen und gleichzeitig gilt es aber auch, diesen Gestaltungsspielraum in einer Art und Weise zu nutzen, die die langfristige Entwicklung der relativen nationalen Leistungsfähigkeit optimiert. Dies bedeutet, den Einfluß auf die internationale Ordnung, dem einen die gegenwärtigen nationalen Ressourcen eröffnen, so zu nützen, daß der fortgesetzte relative Aufstieg der Nation maximiert, beziehungsweise der relative Niedergang minimiert wird. Und bei diesem Einsatz der vorhandenen nationalen Ressourcen zugunsten fortgesetzten relativen Wachstums gilt es zusätzlich zu beachten, daß auch die Investitionen in die nationalen Voraussetzungen zukünftigen Wachstums nicht vernachlässigt werden dürfen, daß auch das Verhältnis zwischen den internationalen und den nationalen Voraussetzungen relativen Wachstums optimiert werden muß.

Nachdem das relative Wachstum einer Nation immer Ergebnis ihres eigenen absoluten Wachstums im Vergleich zu dem der anderen Nationen des Systems ist, entzieht sich die Entwicklung der relativen Position im internationalen System notwendigerweise der vollständigen Kontrolle durch die einzelnen Nationen. Aber nicht nur, daß der relative Aufstieg einer Nation beispielsweise plötzlich dadurch beendet werden kann, daß irgendwo am anderen Ende der Welt eine andere Gesellschaft ihren erfolgreichen 'take-off' einleiten kann, diese selbst plötzlich höhere

156. Vgl. Doran 1991, 174

157. Vgl. Kennedy 1991b

absolute Wachstumsraten erzielen kann, und damit eine Beschleunigung seines eigenen relativen Wachstums zu Lasten der übrigen Nationen des Systems erreicht. Auch die nationalen Voraussetzungen absoluten Wachstums können im Vergleich zu denen anderer Nationen von vornherein beschränkt sein. Dies gilt vor allem einmal für die physischen geo- und demographischen Voraussetzungen nationalen Wachstums. Darüber hinaus wird aber auch jedes politische Handeln durch Entscheidungen einer Gesellschaft eingeschränkt, die sie in der Vergangenheit getroffen hat. Dieses historische Erbe kann sich positiv aber auch negativ auf die zukünftigen Wachstumschancen auswirken, ist dann aber in vielen Fällen nur längerfristig unter hohem Einsatz materieller und politischer Ressourcen veränderbar. Das relative Wachstum einer Nation weist daher zum einen ein hohes Trägheitsmoment auf, ist ein pfadabhängiger Prozeß, der sich über weite Strecken einer kurzfristigen Beeinflußbarkeit durch die Gesellschaft entzieht, unterliegt dann von vornherein gewissen Beschränkungen physischer Natur und wird schließlich immer auch von den ebensolchen Voraussetzungen und Entscheidungen der übrigen Nationen des internationalen Systems mitbeeinflußt:

Long-term changes are far less conscious and within the capacity of decision-makers to shape. They for the main part tend to happen as the unintended result of internal economic and commercial behavior, even though the result depends upon the behavior of other states as well. ... Unequal growth rates are nearly universal and scarcely manageable; changes in the operation of political economy are endemic; changes in the hierarchy of wealth and power are inevitable.¹⁵⁸

Staatsführung als Problem bedingter Optimierung hat daher auch damit zu tun, sich in das Unvermeidbare einzufügen und so weit wie möglich zum eigenen nationalen Vorteil zu gestalten. Nichts – zumindest nichts, was die internationale Staatengemeinschaft als legitime Mittel erachten würde – außer es selbst wird China davon abhalten können, in Zukunft eine wesentlich bedeutendere Position in der internationalen Politik und der Weltwirtschaft einzunehmen. Die wirkliche Herausforderung für die etablierten Wirtschaftsmächte besteht dann zunächst darin, die Beziehungen zu einem solchen aufstrebenden China so zu gestalten, daß sie ihre Sicherheit und ihren Wohlstand aufrechterhalten können. Gleichzeitig bietet sich für die traditionellen Industrienationen aber auch die Chance, den wachsenden Wohlstand Chinas und die damit verbundenen Marktchancen zum eigenen wirtschaftlichen Vorteil zu nutzen. Dies würde ihren absoluten Wohlstand erhöhen und ihren relativen Niedergang minimieren.

Der Wandel des internationalen Systems läßt sich nicht aufhalten und jede internationale Ordnung wird damit früher oder später einen Neuen Platz machen müssen. Die Stabilität des internationalen Systems ist aber nicht von dessen spezifischer Struktur – hegemonial, multi- oder bipolar – abhängig. Voraussetzung für die Stabilität des Systems ist vielmehr, daß die jeweilige internationale Ordnung die legitimen Interessen und Vorstellungen der einzelnen Nationen gemäß ihrer relativen Stärke widerspiegelt, und diese Nationen daher auch ein Interesse an der Aufrechterhaltung dieser Ordnung haben. Für die Stabilität, und damit für das dynamische Wachstum und die fortschreitende Integration des weltwirtschaftlichen Systems gilt das gleiche. Der Aufstieg und Niedergang der Nationen gefährdet in Phasen kritischen Wandels die Stabilität des Systems. Der Zusammenbruch der internationalen Ordnung ist aber nur dann die Folge eines solchen Wandels, wenn diese internationale Ordnung nicht rechtzeitig den veränderten strukturellen Bedingungen angepaßt wird.

158. Doran 1991, 149 u. 13

7. DIE POLITISCHE ÖKONOMIE INTERNATIONALER BEZIEHUNGEN ALS PROZESS KOMPLEXER RÜCKKOPPELUNG

Wie ist die Entstehung einer grundsätzlich liberalen Weltwirtschaftsordnung, die Freisetzung und Entfaltung der marktwirtschaftlichen Dynamik über nationale Grenzen hinweg mit der positionalen Logik des internationalen Systems, mit dem Wettbewerb der Nationen in ihrem Streben nach relativer Unabhängigkeit theoretisch und praktisch vereinbar?

Die Entfaltung der marktwirtschaftlichen Dynamik über nationale Grenzen hinweg setzt ein Mindestmaß an internationaler Kooperation voraus. Dies gilt für die Bereitschaft der Nationen, Barrieren des grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehrs zu beseitigen und ihre nationalen Wirtschaftspolitiken – dem Entwicklungsstand der tatsächlichen Integration der Märkte entsprechend – zu harmonisieren. Diese Nationen schränken damit bewußt ihren diskretionären Handlungsspielraum ein, verstärken ihre wechselseitigen Abhängigkeiten und setzen eine marktwirtschaftliche Dynamik frei, die in letzter Konsequenz den internationalen Strukturwandel zumindest beschleunigt. Die Entstehung, Ausweitung und Vertiefung einer grundsätzlich liberalen Weltwirtschaftsordnung – einer internationalen Ordnung, in der die Staaten grundsätzlich übereinkommen, in den transnationalen Wirtschaftsverkehr nicht willkürlich einzugreifen – betrifft damit einen Teilaspekt jener fundamentalen Fragestellung internationaler Theorie, die sich der Problematik der Entstehung einer internationalen Ordnung innerhalb eines anarchischen Systems formal souveräner Staaten stellt.

POLITISCHE THEORIEN UND DIE ÖKONOMISIERUNG INTERNATIONALER POLITIK

Den realistischen Theorien zufolge ist jede internationale Ordnung das Ergebnis eines Gleichgewichts der Kräfte, beziehungsweise der internationalen Verteilung der relativen nationalen Leistungsfähigkeiten. Die Stabilität der internationalen Ordnung ist dann abhängig von der Stabilität dieses Kräftegleichgewichts. Das Gleichgewicht der Kräfte beschreibt aber nicht nur einen Zustand des internationalen Systems, sondern ist immer auch Zielsetzung der Akteure des internationalen Systems: Durch die Bildung von Allianzen die tatsächliche oder potentielle Vorherrschaft einer einzelnen Nation oder einer gegnerischen Allianz auszugleichen. Die Entstehung einer liberalen Weltwirtschaftsordnung ist in dieser Tradition politischen Denkens dann das Ergebnis einer historischen Ausnahmesituation. Ergebnis eines spezifischen Gleichgewichts der Kräfte, das die sonst üblichen Mechanismen internationaler Politik – das Streben nach einem Gleichgewicht der Kräfte – außer Kraft setzt. Eine liberale Weltwirtschaftsordnung hat im realistischen Denken eine hegemoniale Verteilung internationaler Macht – ein hegemoniales 'Gleichgewicht' der Kräfte – zur Voraussetzung, innerhalb dessen die dominante Macht die Kraft, die Interessen und den Willen besitzt, eine solche Wirtschaftsordnung zu schaffen und aufrechtzuerhalten. Die unterlegenen Nationen erkennen die Aussichtslosigkeit ihres Strebens nach relativer Unabhängigkeit durch Herstellung eines Gleichgewichts der Kräfte und beugen sich – letztlich zu ihrem eigenen wirtschaftlichen Vorteil – dem Willen des Hegemons.

Im neoliberalen Institutionalismus ist die internationale Ordnung und relative Stabilität des internationalen Systems Ergebnis des Umfangs des Wirkungsbereichs und der relativen Stabilität internationaler Regime. Der anarchische Charakter des internationalen Systems steht dabei der internationalen Kooperation tendentiell nur insofern im Wege, als die Nationen sich nicht sicher sein können, daß sich ihre Kooperationspartner an Abkommen zum wechselseitigen Vorteil hal-

ten werden. Wenn es den Staaten aber gelingt, durch die Ausgestaltung ihrer internationalen Regime diese Unsicherheit zu beseitigen, ist der anarchische Charakter des internationalen Systems de facto außer Kraft gesetzt. Nicht der spezifische Charakter des Wettbewerbs der Nationen um relative Unabhängigkeit, sondern die Problematik politischen Marktversagens aufgrund potentiell instabiler Erwartungshaltungen steht einer dauerhaften Stabilität des internationalen Systems entgegen, die den Wohlstand sämtlicher Nationen optimieren würde. Nicht so sehr der Inhalt internationaler Abkommen steht im Zentrum der Problematik internationaler Kooperation, sondern die Einhaltung dieser Abkommen angesichts des Fehlens einer internationalen Zentralgewalt. Der Neoliberalismus erklärt damit primär die Wahl des Mittels und vernachlässigt dabei die spezifische Problematik internationaler Kooperation, was sich in der Vernachlässigung der Problematik relativer Gewinne niederschlägt. Und weil er die spezifische Problematik vernachlässigt, verkennt er letztlich auch die tatsächliche Ursache internationaler Kooperation.

Im Neoliberalismus besteht in letzter Konsequenz überhaupt kein Widerspruch zwischen der spezifischen Logik des Wettbewerbs der Nationen und den Auswirkungen einer liberalen Wirtschaftsordnung. Im Realismus ist die Entfaltung der marktwirtschaftlichen Dynamik mit den spezifischen Bedingungen eines anarchischen Systems von vornherein überhaupt unvereinbar, weil sie die Unabhängigkeit der Nationen einschränkt und der positionalen Logik des Systems entgegenarbeitet. Und weil dieser Widerspruch ein so vollständiger ist, ist die Entstehung einer liberalen Weltwirtschaftsordnung nur dann und solange möglich, wie aufgrund einer historischen Ausnahmesituation der Wettbewerb der Nationen außer Kraft gesetzt ist.

Diesen Widerspruch und die grundsätzlichen Defizite beider Ansätze können auch jene Modelle nicht überwinden, die einer 'militärisch-politischen Welt' relativ unvermittelt eine 'Welt des Handels' gegenüberstellen. Nachdem der traditionelle Realismus zumeist das Streben der Nationen nach militärischer Sicherheit in den Mittelpunkt seiner Überlegungen stellt, verleitet er zu der Schlußfolgerung, daß die Staaten in ihren rein ökonomischen Beziehungen ausschließlich nach absoluten Gewinnen streben. In einer Welt des Handels wäre dann die positionale Logik des internationalen Systems aufgehoben, und in einer solchen würden die Nationen – unter anderem durch die Ausweitung und Vertiefung ihrer kooperativen ökonomischen Beziehungen – ausschließlich ihren absoluten nationalen Wohlstand optimieren. Die Möglichkeit internationaler Kooperation ist dabei entweder von den relativen Kosten und Nutzen der Anwendung militärischer Gewalt im Vergleich zu den Kosten und Nutzen einer internationalen Handelsstrategie abhängig, die je nachdem einen Wandel in den Zielsetzungen nationalen Fortschritts bedingen.¹⁵⁹ Oder die Nationen verfolgen von vornherein stets das Ziel einer Maximierung absoluter Wohlstandsgewinne und sind nur solange genötigt der relativen Verteilung der Gewinne internationaler Kooperation Aufmerksamkeit zu schenken, wie einseitige Vorteile zugunsten des Kooperationspartners diesen in die Lage versetzen würden, mit Erfolg militärische Gewalt anzuwenden.¹⁶⁰ Internationale Kooperation ist in beiden Fällen eine abhängige Variable der militärtechnologischen Rahmenbedingungen, die entweder einen Wandel in den Zielsetzungen der Nationen bedingen, oder die uneingeschränkte Verfolgung des eigentlichen Strebens nach absoluten nationalen Wohlstand vereiteln beziehungsweise ermöglichen. Damit ist auch in diesen Modellen – so wie bei den realistischen Thesen hegemonialer Stabilität – die Entfaltung einer liberalen Weltwirtschaftsordnung theoretisch nur dann möglich, wenn die Bedeutung relativer Gewinne außer Kraft gesetzt ist. Und so wie der Neoliberalismus, vernachlässigen oder verneinen sie sogar die Bedeutung relativer Gewinne in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Diese 'Theorien' sind daher weder in der Lage die grundsätzlichen Defizite der beiden Traditionen internationaler Theorie zu überwinden,¹⁶¹ noch gelingt es ihnen, diese Ansätze in einen gemeinsamen analytischen Rahmen zu integrieren.¹⁶² Vielmehr stellen sie die

159. Rosecrance 1986, insb. 22-43, 60-63, 93f., 155-162 u. 231-239

160. Powell [1991] 1993

161. Vgl. Rosecrance 1986, 60

162. Vgl. Powell [1991] 1993, 210f.

beiden Ansätze internationaler Politik relativ unvermittelt nebeneinander und erklären je nach spezifischer historischer Situation einen von beiden als relevant.

Das theoretische Verständnis der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen steht damit immer noch vor jener fundamentalen Auseinandersetzung zwischen den ‘Söhnen des Lichtes’ und den ‘Söhnen der Finsternis,’ mit der Reinhold Niebuhr schon in den vierziger Jahren den Konflikt zwischen der realistischen und der idealistischen Schule internationaler Theorie beschrieben hat:

Pure idealists [children of light] underestimate the perennial power of particular and parochial loyalties, operating as a counter force against the achievement of a wider community. But the realists [children of darkness] are usually so impressed by the power of these perennial forces that they fail to recognize the novel and unique elements in a revolutionary world situation. The idealists erroneously imagine that a new situation automatically generates the resources for the solution of its problem. The realists erroneously discount the destructive, as well as the creative, power of a revolutionary situation.¹⁶³

Sowohl der Liberalismus als auch der Realismus gewinnen letztlich ihre Erkenntnisse indem sie die Komplexität der Fragestellung reduzieren, die Dialektik zwischen der Logik des Wettbewerbs der Nationen und der Logik der marktwirtschaftlichen Dynamik im internationalen Kontext zugunsten einer der beiden Enden aufheben. Der Liberalismus, indem er unter gewissen institutionellen, militärtechnologischen oder sonstigen Rahmenbedingungen von einer grundsätzlichen Harmonie der nationalen Interessen ausgeht und damit das Streben der Nationen nach relativer Unabhängigkeit auf ein Phänomen politischen Marktversagens, auf eine wohlstandsvermindernde Diskrepanz zwischen den individuellen und kollektiven Rationalitäten unter den Bedingungen instabiler Erwartungshaltungen reduziert. Selbstverständlich setzt die Entfaltung der marktwirtschaftlichen Dynamik zwischen zwei oder mehreren Staaten friedliche Beziehungen zwischen diesen voraus. Und ebenso selbstverständlich ist eine fortschreitende Integration national differenzierter Märkte und ein dynamisches Wachstum der Weltwirtschaft von einer Stabilität der Erwartungshaltungen der staatlichen und privatwirtschaftlichen Akteure abhängig, die – neben friedlichen Beziehungen – auch noch die Stabilität der Regime internationaler Wirtschaftskooperation selbst zur Voraussetzung hat. Aber dies alles bedeutet noch lange nicht, daß unter diesen Bedingungen die Nationen ihren ureigensten politischen Charakter verlieren und an die Stelle des Strebens nach relativer Unabhängigkeit die rein ökonomische Gewinn- und Nutzenmaximierung, ohne Rücksicht auf Verschiebungen in den Machtbeziehungen, setzen.

Während der Liberalismus in seiner Konzentration auf den Wandel in den Rahmenbedingungen internationaler Politik die fortwährenden Mechanismen politischen Handelns übersieht, bleibt der Realismus in der Erkenntnis der fortwährenden Bedeutung relativer Gewinne auch für die rein ökonomischen Aspekte internationaler Beziehungen stecken. Er übersieht damit seinerseits, daß Veränderungen in den Rahmenbedingungen gerade in ihrem Einwirken auf die unveränderte Logik internationaler Politik die Nationen zwingen kann, eine fortschreitende Liberalisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zuzulassen, um ihre faktische Souveränität und Position im internationalen System zu verteidigen. Der Realismus verkürzt die Komplexität der Fragestellung, indem er die Strukturen des internationalen Systems mit den rationalen Akteuren kurzschließt und dabei vernachlässigt, daß die Logik der marktwirtschaftlichen Dynamik in diesen Rückkoppelungsprozeß eingreift und einen nachhaltigen Einfluß auf die Handlungsalternativen der Nationen gewinnt.

Diese Defizite beider Ansätze bedeuten, daß sich die Entwicklung und die Funktionsweise der politischen Ökonomie weder auf die Gesetzmäßigkeiten der internationalen Politik, noch auf die Logik der marktwirtschaftlichen Dynamik reduzieren läßt.

163. Reinhold Niebuhr in *The Children of Light and the Children of Darkness* (1944, 176), zitiert nach: Baldwin 1993b, 24

Der hier dargelegte Entwurf eines Grundrisses der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen geht daher zunächst einmal sowohl von der fortwährenden Bedeutung der politischen Gesetzmäßigkeiten des internationalen Systems als auch von der Tatsache aus, daß das weltwirtschaftliche System mit der ihm eigenen Logik einen wesentlichen Einfluß auf die Kosten-Nutzen-Rechnungen der Nationen ausübt. Auch unter dem Einfluß der marktwirtschaftlichen Dynamik und unabhängig von Erwägungen die militärische Sicherheit betreffend, sind die Nationen in ihrem Verhalten stets gezwungen, die Auswirkungen dieses Handelns auf ihre relative Position zu beachten. Aber gerade weil die marktwirtschaftliche Dynamik sich der vollständigen Kontrolle durch die Nationen entzieht, und vor allem weil sie die Struktur des internationalen Systems nachhaltig beeinflußt, sind die Nationen oftmals gezwungen, ihr Verhalten den Gesetzmäßigkeiten des weltwirtschaftlichen Systems anzupassen, um ihre relative Position im internationalen System nicht zu gefährden. Die politische Ökonomie internationaler Beziehungen entfaltet sich daher über die Interaktion zwischen der positionalen Logik des internationalen Systems und der marktwirtschaftlichen Logik des weltwirtschaftlichen Systems. Ihre Entwicklung und Funktionsweise ist Ergebnis der wechselseitigen Beeinflussung dieser beiden strukturierten Handlungseinheiten:¹⁶⁴ Die internationale Verteilung von Wohlstand und Macht, das Ausmaß und der Charakter internationaler Wirtschaftskooperation, die Integration national differenzierter Märkte und das weltwirtschaftliche Wachstum ist Ergebnis des Einflusses der marktwirtschaftlichen Dynamik auf das internationale System und des Einflusses des internationalen Systems auf die marktwirtschaftliche Dynamik. Die politische Ökonomie internationaler Beziehungen ist in ihrer Summe der Wirkungszusammenhang, der von den politischen Folgen des weltwirtschaftlichen Systems und den ökonomischen Folgen des internationalen Systems hervorgebracht wird. Die marktwirtschaftliche Dynamik ist dabei eine jener strukturellen Bedingungen, die von den Nationen in ihrem Zusammenwirken hervorgebracht wird, in der Folge dann die Effektivität der den Nationen zur Verfügung stehenden Ressourcen bestimmen und schließlich Einfluß auf deren Handlungsalternativen gewinnen. Die politische Ökonomie stellt sich damit insgesamt als ein Prozeß komplexer Rückkoppelung dar, wie er in Guzzinis dualer Konzeption von Phänomenen der Macht angelegt ist. Und dieser Prozeß bringt wiederum seinerseits insgesamt jenes grundsätzliche Verhalten der Nationen hervor, das von Luttwak als geoökonomischer Wettbewerb skizziert wurde.

WETTBEWERB DER NATIONEN UND EXPANSION DES MARKTWIRTSCHAFTLICHEN SYSTEMS

Auch wenn sich die Entfaltung der marktwirtschaftlichen Dynamik ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten entsprechend vollzieht und damit den Handlungsspielraum der politischen Akteure einschränkt, ist deren Freisetzung letztlich doch ein Produkt bewußten politischen Handelns. Dieser bewußte politische Wille hatte jedoch zumindest historisch betrachtet nicht so sehr einen Mangel an zwischenstaatlicher politischer Rivalität zur Voraussetzung. Vielmehr war es offensichtlich gerade der anarchische Charakter des politischen Systems Europas,¹⁶⁵ der die Politik zusehends

164. Nach Karl W. Deutsch gehen gesellschaftliche und politische Prozesse aus solchen 'strukturierten Handlungseinheiten' hervor, die als Systeme analysiert werden können. Die Strukturen dieser Handlungseinheiten bestimmen deren normativen Charakter. Bei der Option zugunsten eines solchen Systems – in der spezifischen Strukturierung der jeweiligen Handlungseinheit – besteht aber ein gewisses Element der Wahlfreiheit. Daraus ergeben sich trotz eines grundsätzlich konstatierten Universalismus, trotz 'allgemeiner und einheitlicher Entwicklungsprozesse' im Konkreten erhebliche Unterschiede in den gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen dieser Handlungseinheiten in zeitlicher wie regionaler Hinsicht. All dies steht in Einklang mit Deutschs offensichtlicher Bestrebung ein Theoriegebäude zu entwickeln, das einem strengen Entwicklungsmodell innerhalb einer multikausalen Konzeption gehorcht, das aber gleichzeitig auch ein Element der Freiheit umfaßt. (Vgl. Ashkenasi 1972, 8f.)

165. Laut Gilpin (1987, 83 Anm. 17) wäre es Jean Baechler gewesen, der in *Les Origines du Capitalisme* (1971) als erster die These vertrat, daß das pluralistische Staatensystem Europas eine notwendige Voraussetzung für die Entstehung eines internationalen marktwirtschaftlichen Systems war.

zwang willkürliche Eingriffe in das wirtschaftliche System zu vermeiden, um eine möglichst effiziente Nutzung der vorhandenen Ressourcen zu gewährleisten, damit diese einzelnen Länder ihre relative Position, ihre politische Souveränität und territoriale Unversehrtheit erhalten konnten.

Daß das Fehlen einer politischen Zentralgewalt in Europa die Freisetzung des privatwirtschaftlichen Wettbewerbs zumindest begünstigt hat, ist ein entscheidender Teil der Lösung jenes Rätsels, das das sogenannte 'europäische Wunder' aufwirft.¹⁶⁶ Wieso im Gegensatz zu den vor-modernen Großreichen – dem China der Ming-Dynastie, dem Reich der Mogulen in Nordindien und dem osmanischen Imperium – gerade die politisch fragmentierten und zunächst verhältnismäßig rückständigen Völker des kleinräumigen Europas an der Wende zur Neuzeit einen Prozeß fortschreitender wirtschaftlicher Entwicklung und technologischer Innovation in Gang setzen konnten, der Europa zum bestimmenden ökonomischen und politischen Faktor der weiteren Weltgeschichte werden ließ?

Im Gegensatz zu diesen militärisch und technologisch zunächst überlegenen Großreichen befanden sich die politischen Einheiten Europas in einem Zustand permanenter, oftmals kriegerischer Rivalität, der es keinem Land erlaubte, die stetige Entwicklung seiner Ressourcen zu vernachlässigen, wenn es seine politische Unabhängigkeit nicht gefährden wollte. Gleichzeitig war aber auch kein Akteur in der Lage, die Pluralität des europäischen Systems zu überwinden und eine so zentrale politische Herrschaft über den gesamten Kontinent zu erringen, wie sie etwa dem Kaiser von China oder dem Sultan in ihrem jeweiligen Imperium zukamen. Dies bedeutete, daß in Europa das in Entstehung begriffene 'freie Unternehmertum' über kurz oder lang stets eine Möglichkeit fand Verbote, exzessive Beschränkungen oder prohibitive Besteuerungen ihrer Tätigkeiten zu umgehen. Weder dem Papst noch dem Kaiser kam beispielsweise jemals auch nur annähernd eine solche Machtfülle wie dem chinesischen Kaiser zu, als er 1436 per Erlaß den weiteren Bau von seetauglichen Schiffen verbot. Zuvor hatte Admiral Cheng Ho auf seinen Expeditionen Richtung Westen bereits den Eingang zum Roten Meer und Sansibar erreicht; und dies immerhin zwölf Jahre bevor die Portugiesen unter Prinz Heinrich dem Seefahrer 1445 gerade einmal Kap Verde umsegelten. Der chinesische Herrscher war mit seinem Verbot in der Lage etwas zu erreichen, was den Europäern in ihrer Gesamtheit gegenüber der türkischen Bedrohung niemals gelang: Die Konzentration sämtlicher Ressourcen, um die Gefahr eines neuerlichen Einfalls der Mongolen vom Norden her abzuwenden. Aber gleichzeitig zog sich China damit in die Isolation zurück und kehrte der Welt den Rücken zu. Der in Entstehung begriffene Überseehandel wurde abgebrochen und der technologische Vorsprung in der Seefahrt ging verloren. Und diese Politik wurde auch dann nicht geändert, als etwa ein Jahrhundert später die Küste und sogar Städte entlang des Yangtze von japanischen Piraten angegriffen und immer öfters portugiesische Schiffe gesichtet wurden.¹⁶⁷ Im Vergleich dazu mußte vor dem Hintergrund der innereuropäischen Rivalitäten und der Bedeutung, die der Überseehandel schon sehr bald für das Gleichgewicht der Kräfte erlangen sollte, die vom Papst im Vertrag von Tordesillas 1494 verfügte Aufteilung der außereuropäischen Welt in eine spanische und portugiesische Sphäre ein mehr oder minder frommer Wunsch bleiben. Gerade wegen ihrer ursprünglichen Überlegenheit und der unumschränkten Machtfülle ihrer politischen Eliten neigten die zentralistischen Imperien des nahen und fernen Ostens in ihrem kommandowirtschaftlichen Charakter offensichtlich dazu, früher oder später Anzeichen der Versteinerung zu entwickeln. Demgegenüber war kein europäischer Herrscher in der Lage, die von privaten Interessen getragene Entstehung des marktwirtschaftlichen Systems zu unterdrücken oder vollständig seiner Kontrolle zu unterwerfen.

Dies bedeutete nicht, daß die Politik die Bedrohung der traditionellen Ordnung durch diese wirtschaftlichen Entwicklungen nicht erkannte. Aber innerhalb dieses pluralistischen Systems mußte jeder Fürst, der das Handwerk, den Handel oder das Geldwesen übermäßig beschränkte,

166. Vgl. Kennedy 1988, 20-38; Wright 2000, 155-173

167. Kennedy 1988, 7f.

oder mit zu hohen Abgaben belastete, damit rechnen, daß diese ihre Aktivitäten in ein anderes Herrschaftsgebiet verlagern – beziehungsweise, daß die Aktivitäten derer Konkurrenten dort eine dynamischere Entwicklung entfalten würden. Denn in diesem pluralistischen System auf dem europäischen Kontinent fand sich immer ein Herrscher, der es verstand, sich die Vorteile einer florierenden Wirtschaft zunutze zu machen. Eine relativ höhere Beschränkung des privatwirtschaftlichen Verkehrs bedeutete unter diesen Bedingungen daher, daß dann der politische Gegner ein verhältnismäßig umfangreicheres Güterangebot, relativ höhere Steuereinnahmen aus dem insgesamt höheren Wirtschaftsvolumen oder potentere Kreditgeber in den Dienst seiner politischen Interessen stellen konnte. All dies entfaltete eine besondere Bedeutung im Rahmen einer frühen Form des Wettrüstens, das zunehmend auch über die technologische Entwicklung der 'Waffensysteme' ausgetragen wurde. Eine allzu wirtschaftsfeindliche Haltung gefährdete damit nicht nur den relativen wirtschaftlichen Wohlstand, sondern vor allem auch die militärische Sicherheit und das politische Überleben des jeweiligen Landes. Daraus entwickelte sich regional ungleichmäßig und mit Unterbrechungen, aber doch schrittweise eine Art von symbiotischer Beziehung zwischen den politischen Regimen und des in Entstehung begriffenen marktwirtschaftlichen Systems, zwischen dem politischen und dem privatwirtschaftlichen Wettbewerb: Die Regierungen würden für innere Ruhe und Ordnung und ein – auch für Ausländer – berechenbares Rechtssystem sorgen, und im Gegenzug dafür über steuerliche Einnahmen am wachsenden Profit des Handels teilhaben.

Dieser Prozeß der Rückkoppelung zwischen den nationalen Erfordernissen innerhalb eines pluralistischen Staatensystems und den Gesetzmäßigkeiten des marktwirtschaftlichen Systems – das *ceteris paribus* überall dort den relativ höchsten materiellen Wohlstand hervorbringt, wo dem privatwirtschaftlichen Verkehr die geringsten Beschränkungen auferlegt werden – prägt bis heute die Entwicklung und die Funktionsweise der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen. Immer wieder zwingt die fortschreitende Integration der Märkte die Nationen, einen Teil ihrer wirtschaftspolitischen Autonomie aufzugeben, um auch in Zukunft ihren relativen nationalen Wohlstand zu erhalten.

Ein Beispiel dafür ist die Ende der siebziger Jahre einsetzende vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs durch zahlreiche Industrienationen.¹⁶⁸ Im System von Bretton Woods war eine Liberalisierung des Devisenverkehrs, die freie Konvertibilität der Währungen der IMF-Mitgliedsländer ausschließlich für Transaktionen vorgesehen, die im direkten Zusammenhang mit dem internationalen Handel standen. Um sich angesichts eines Systems fester Wechselkurse trotzdem einen Spielraum für eine autonome Geldpolitik zu erhalten, behielten sich die Länder gleichzeitig explizit das Recht vor, den grenzüberschreitenden Kapitalverkehr durch nationale Kontrollen zu beschränken. Tatsächlich gelangte man ausdrücklich zu der Überzeugung, daß die Regierungen von Kapitalverkehrskontrollen Gebrauch machen sollten, um jene Währungsturbulenzen in Hinkunft hintanzuhalten, die in den dreißiger Jahren insbesondere durch die Volatilität kurzfristiger Kapitalbewegungen verursacht worden wären.^{169, 170}

168. Vgl. Goodman and Pauly [1993] 1995, die die Beweggründe für die vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs durch Deutschland, Japan, Frankreich und Italien untersuchen.

169. Gleichzeitig spiegelte diese Beschränkung der Liberalisierung des Devisenverkehrs auf Transaktionen, die in der Leistungsbilanz ihren Niederschlag finden, auch einen Teil jenes generellen Kompromisses wieder, den das Bretton Woods-System zwischen den amerikanischen und britischen Vorstellungen über die Gestalt der weltwirtschaftlichen Nachkriegsordnung insgesamt darstellte: So war es für die U.S.-amerikanische Regierung von entscheidender Bedeutung der Bildung von Handelsblöcken vorzubeugen, von denen ihre Exporte dann ausgeschlossen werden könnten; durch die Verpflichtung zur freien Konvertibilität bei Währungs-transaktionen, die im direkten Zusammenhang mit dem internationalen Handel stünden, versuchten die Amerikaner zu verhindern, daß sich beispielsweise der Handel des Sterling-Blocks primär auf den britischen Markt konzentrieren würde. Und Großbritannien war wiederum mit umfangreichen Sterling-Guthaben im ausländischen Besitz konfrontiert, die als Folge der Kriegsaufwendungen im Vergleich zu den Währungsreserven deutlich angestiegen waren; durch die Möglichkeit zur Beschränkung des Kapitalverkehrs erhofften die Briten spekulative Kapitalabflüsse eindämmen zu können, die die Stabilität des Pfund Sterling gefährdet hätten.

Gerade diese Möglichkeit zur Beschränkung des Kapitalverkehrs – von der faktisch alle Industrienationen immer wieder Gebrauch machten – führte dann aber selbstverständlich dazu, daß international agierende Konzerne und Finanzdienstleistungsunternehmen nach Wegen suchten, diese Beschränkungen zu umgehen: Die Lösung wurde in der Etablierung der Offshore-Finanzmärkte gefunden.¹⁷¹ Das Wachstum und die Integration der internationalen Finanzmärkte wurde

Vgl. zu Beschränkungen des Kapitalverkehrs und Bretton Woods auch Cohen [1977] 1995a, 220; Eichengreen [1989] 1995, 237 u. 238f.; u. oben Seite 61

170. Die theoretische Begründung für die Beibehaltung von Kapitalverkehrskontrollen wurde von J. Marcus Fleming und Robert Mundell in den frühen sechziger Jahren nachgereicht. Dieser Analyse zufolge besteht eine grundsätzliche Unvereinbarkeit zwischen einem fixen Wechselkurs, der monetären Autonomie und einer uneingeschränkten Mobilität von Finanzanlagen: Jede Regierung kann im besten Fall zwei dieser drei Zustände verwirklichen. Denn wenn beispielsweise eine Regierung durch Anhebung des Zinssatzes eine restriktive Geldpolitik verfolgen – d.h. zur Inflationsbekämpfung die Geldmenge und damit die aggregierte Nachfrage reduzieren – möchte, und gleichzeitig den Wechselkurs der nationalen Währung aufrechterhalten will, würde eine vollständige Mobilität des Kapitals dazu führen, daß aus dem Ausland – um in den Genuß der höheren Verzinsung bei einem gleichbleibenden Umtauschverhältnis zu gelangen – Kapital zufließt. Dadurch würde die nationale Geldmenge wiederum ausgeweitet, der Zinssatz sinkt wieder, und Nachfrage und Inflation kehren zum ursprünglichen Zustand zurück: Nationale geldpolitische Maßnahmen bleiben daher unter diesen Bedingungen – in einem System fixer Wechselkurse bei vollständiger Kapitalmobilität – ohne Auswirkungen auf das reale wirtschaftliche Geschehen. (Vgl. Krugman/Obstfeld 1994, 489-494) Auf Basis dieser Zusammenhänge kamen im Verlauf der sechziger Jahre dann eine Reihe von Ökonomen zu der Überzeugung, daß ein System flexibler Wechselkurse ein besserer Weg sein könnte, die nationale geldpolitische Autonomie zu erhalten. Eine Entscheidung den Zinssatz anzuheben würde zwar nach wie vor einen Kapitalzufluß auslösen; dieser Zufluß würde sich dann aber primär auf den Wechselkurs auswirken: Die Nachfrage nach der nationalen Währung würde steigen und diese damit an Wert gegenüber ausländischen Währungen gewinnen. (Vgl. *ibid.*, 357f.) Tatsächlich brachte die 1976 durch den IMF vollzogene Umstellung auf ein System flexibler Wechselkurse jedoch nicht die erhofften Auswirkungen auf die Effektivität nationaler Geldpolitik bei zunehmender Kapitalmobilität. Dies deshalb, weil die Mundell-Fleming-Analyse Rückkoppelungseffekte zwischen dem Wechselkurs und dem inländischen Preisniveau vernachlässigte. Wie vorhergesehen, führte eine Ausweitung der Geldmenge über niedrigere Zinssätze zu einem Kapitalabfluß und damit zu einer Abwertung der nationalen Währung gegenüber ausländischen Währungen. Diese Abwertung erhöhte aber gleichzeitig auch das inländische Preisniveau: Jede Abwertung verteuert sofort die Importe ('Preiseffekt'); aber üblicherweise tritt die aufgrund dieser Verteuerung zu erwartende Reduktion in der Menge der nachgefragten Importe ('Mengeneffekt') erst mit einer gewissen Zeitverzögerung ein. Aufgrund dieser Zeitverzögerung führt die Verteuerung der Importe zu insgesamt höheren Kosten für die inländische Produktion und die erhoffte Belebung der Nachfrage nach inländischen Produkten tritt nur in abgeschwächter Form, oder überhaupt nicht ein. Aus diesem Grund erachteten zahlreiche Länder auch nach dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen Beschränkungen des Kapitalverkehrs für notwendig, um sich einen so weiten monetären Gestaltungsspielraum wie nur möglich zu erhalten. (Vgl. Goodman and Pauly [1993] 1995, 302f. u. Cohen [1993] 1995b, 261f.)

171. Unter Offshore-Finanzmärkten werden jene Märkte verstanden, die mit Bankguthaben, Anleihen oder Aktien handeln, die in Währungen denominated sind die, dort wo diese Vermögenswerte gehandelt werden, nicht das gesetzliche Zahlungsmittel des Landes sind. So handelt es sich bei dem Eurodevisenmarkt – oft auch als 'Eurodollarmarkt' bezeichnet – um Bankguthaben, die auf eine Währung lauten, die nicht die Heimatwährung des Sitzes der Bank ist, bei der diese Guthaben veranlagt sind. Aus einem 'normalen' Dollar wird also beispielsweise ein 'Eurodollar,' wenn er von einem Guthaben in den USA auf ein Guthaben in einer Londoner Bank transferiert wird. Durch einen solchen Transfer kann der Eigentümer des Guthabens die Bestimmungen und Beschränkungen der nationalen Währungsbehörden umgehen. Dieser Eurodollarmarkt entstand nachdem 1957 die britische Regierung – angesichts einer schwerwiegenden Zahlungsbilanzkrise – ihren Banken die weitere Gewährung von Pfund-Krediten zur Finanzierung nicht-britischen Handels untersagte. Um trotzdem weiterhin an der Finanzierung des internationalen Handels verdienen zu können, begannen die Londoner Banken diesen Handel auf Dollar-Basis zu finanzieren. Zu diesem Zweck boten sie für Dollar-Guthaben Zinssätze an, die über jenen lagen, die amerikanische Banken – aufgrund der Mindestreservebestimmungen der Federal Reserve – zu zahlen imstande waren. Voraussetzung dafür war selbstverständlich auch, daß die britischen Behörden bereit waren diese Fremdwährungsgeschäfte nur solchen Bedingungen zu unterwerfen, die nicht dazu führen würden, daß dieser Wettbewerbsvorteil der britischen Banken gegenüber ihren amerikanischen Konkurrenten wieder zunichte gemacht werden würde. (Vgl. Krugman/Obstfeld 1994, 640-651) Voraussetzung für die Existenz dieser Offshore-Geldmärkte ist daher, daß einerseits die privatwirtschaftlichen Akteure danach streben nationale Beschränkungen des Kapitalverkehrs zu umgehen und eine möglichst hohe Verzinsung ihres Vermögens erzielen wollen, andererseits aber auch, daß einzelne Nationen bereit sind diese Märkte nur verhältnismäßig gering zu reglementieren und zu besteuern, um – im relativen Wettbewerb der Nationen – ihren eigenen nationalen Wohlstand zu vergrößern.

dann auch noch durch technologische Verbesserungen in der Datenfernübertragung unterstützt, die den internationalen Transfer von Vermögenswerten erleichterten und beschleunigten. Parallel dazu wuchs auch die Zahl und Bedeutung der multinationalen Unternehmen an. Sowohl die Internationalisierung der Finanzmärkte als auch die Globalisierung von Produktion und Absatz bedeuteten, daß sich sowohl den Finanzdienstleistungsunternehmen als auch den international agierenden Konzernen immer mehr Möglichkeiten boten, nationale Beschränkungen des Kapitalverkehrs zu umgehen. Konzerne konnten angesichts ihrer zunehmend multinationalen Struktur durch Manipulation ihrer konzerninternen Verrechnungspreise und Beeinflussung des Timings ihrer transnationalen Zahlungsströme in einem wachsenden Ausmaß die Höhe jener Beträge kontrollieren, die devisenrechtlichen Bestimmungen unterliegen würden. Durch das Wachstum der Breite und Tiefe internationaler Finanzmärkte waren multinationale Unternehmen auch immer mehr in der Lage, über ihre ausländischen Niederlassungen Kapital auf ausländischen Märkten aufzunehmen oder zu veranlagern. Und wenn die Devisenbestimmungen in einem Land schließlich ein prohibitives Ausmaß annehmen sollten, konnten Unternehmen einer globalen Ausrichtung ihre Aktivitäten immer noch teilweise, oder sogar zur Gänze auslagern. Um sich angesichts dieses fortschreitenden Prozesses der Integration der Märkte ihre monetäre Autonomie zu erhalten, sahen sich die Regierungen daher zunächst gezwungen, die Beschränkungen des Kapitalverkehrs zu verschärfen, mußten dabei aber immer öfters erkennen, daß die tatsächlichen oder potentiellen Folgekosten dieser Maßnahmen immer größer wurden, während deren Effektivität zusehends abnahm. Während die wachsende Bedeutung der internationalen Finanzmärkte den Spielraum für eine autonome Geldpolitik immer mehr einengten, wurden Beschränkungen des Kapitalverkehrs zusehends zu einem effektiven Standortnachteil der im Land ansässigen Konzerne und Finanzdienstleistungsunternehmen im internationalen Wettbewerb. Die Einschränkung kurzfristiger Kapitalbewegungen – die Reglementierung des grenzüberschreitenden Kaufs oder Verkaufs von Finanzanlagen mit Laufzeiten von weniger als einem Jahr – führt letztlich dazu, daß die Banken ihre internationalen Aktivitäten in das Ausland verlagern, auch langfristige Investitionsentscheidungen zugunsten weniger reglementierten Ländern ausfallen, inländischen Unternehmen weniger Investitionskapital zur Verfügung steht, und damit insgesamt Beschäftigung und Wachstumschancen an das Ausland verloren gehen.

Die von den Nationen selbst freigesetzte marktwirtschaftliche Dynamik – in diesem Fall durch Förderung oder zumindest Duldung der Entstehung von internationalen Finanzmärkten und multinationalen Unternehmungen – bedeutete letztlich, daß sich diese Nationen schließlich gezwungen sahen, eine vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs herbeizuführen; daß sie gezwungen waren, einen weiteren Teil ihrer wirtschaftspolitischen Autonomie aufzugeben, um nicht im internationalen Wettbewerb um Wachstum und Beschäftigung gegenüber anderen Nationen vollständiger Kapitalfreiheit relative Nachteile in Kauf nehmen zu müssen.

Die Entfaltung des marktwirtschaftlichen Systems – seine räumliche Ausdehnung und seine innere Ausdifferenzierung – ist eine Funktion technologischer, sozialer und politischer Faktoren. Die marktwirtschaftliche Dynamik ist dabei ein evolutionärer Prozeß, in dem eine Veränderung einer dieser Variablen über kurz oder lang Veränderungen in den anderen nach sich zieht. Auf die politische Ökonomie internationaler Beziehungen angewandt bedeutet dies, daß die marktwirtschaftliche Dynamik zu ihrer Entfaltung gewisse politische Bedingungen zu ihrer Voraussetzung hat – um dann im Zuge ihrer Entfaltung wiederum auf die Handlungsalternativen der politischen Akteure rückzuwirken.

In dem Ausmaß, wie die Freisetzung des privatwirtschaftlichen Wettbewerbs zur Voraussetzung der Selbstbehauptung einer Gesellschaft im Wettbewerb der Nationen wird, unterstützt der Wettbewerb der Nationen – das Streben der Nationen nach Optimierung ihrer relativen nationalen Leistungsfähigkeit – das individuelle Streben nach Gewinn- und Nutzenmaximierung. Sobald auch nur ein Staat aufgrund geringerer Beschränkungen des privatwirtschaftlichen Systems relativ höhere Raten absoluten Wachstums erzielen kann, wird ein Prozeß in Gang

gesetzt, der bei sonst gleichen Standortbedingungen schließlich sämtliche Staaten zur Liberalisierung zwingt, wenn sie das Gleichgewicht der Kräfte aufrechterhalten wollen. Unter diesen Voraussetzungen fördert die Anarchie des internationalen Systems die Entfaltung des marktwirtschaftlichen Systems. Historisch betrachtet ist in diesem Zusammenhang das fortgesetzte Scheitern hegemonialer Ansprüche innerhalb des modernen Staatensystems bemerkenswert,¹⁷² das Fehlen einer obersten Gewalt, die eine dauerhafte Beschränkung des privaten Strebens nach Gewinn- und Nutzenmaximierung hätte erwirken können. Die Entfaltung der marktwirtschaftlichen Dynamik zwingt durch die Überwindung der Grenzen ihrer inneren Ausdifferenzierung – der Beeinflussung immer weiterer Aspekte einer Gesellschaft durch die marktwirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten – und der Integration regional differenzierter Märkte die Nationen oftmals Beschränkungen ihrer wirtschaftspolitischen Souveränität hinzunehmen. Dort wo diese Dynamik durch die Ausdehnung ihres räumlichen Geltungsbereiches die Entstehung neuer Wachstumspole mit sich bringt und damit die Struktur des internationalen System umwälzt, bleibt den Nationen darüber hinaus oftmals nichts anderes übrig, als ihre relativen Verluste zu minimieren. Auch hier ist es der Wettbewerb der Nationen, der jede einzelne zwingt, es ihren Unternehmen zu ermöglichen, möglichst frühzeitig eine strategische Position in potentiellen neuen Wachstumsmärkten zu erringen, das potentielle Wachstum dieser Volkswirtschaften durch Direktinvestitionen und Durchdringung der Märkte zum eigenen wirtschaftlichen Vorteil zu nutzen, bevor es andere tun. Gerade damit wird aber ein Prozeß in Gang gesetzt, der die Entstehung neuer Zentren wirtschaftlichen Wachstums zumindest fördert und den strukturellen Wandel des internationalen Systems vorantreibt. Aus der Sicht jeder einzelnen Nation sind diese daher mit einer de facto unvermeidbaren Diffusion von Wohlstand und Macht konfrontiert, die zwangsweise zu einem Verlust an relativer nationaler Leistungsfähigkeit gegenüber den in einem Prozeß wirtschaftlicher Aufholung befindlichen Nationen führen muß. In einer solchen Situation entspricht es der individuell rationalen Strategie jeder einzelnen Nation, die erwartbaren relativen Verluste zu minimieren und sich durch die Förderung der Wirtschaftsbeziehungen mit den neuen Wachstumsmärkten einen möglichst hohen Anteil am Wachstum durch die Ausdehnung des weltwirtschaftlichen Systems zu sichern.

Der geoökonomische Wettbewerb der etablierten Wirtschaftsmächte fördert auf diese Weise auch die Entstehung neuer Zentren wirtschaftlichen Wachstums; auch auf diese Weise kann sich der relative Wettbewerb der Nationen zugunsten einer Förderung des absoluten weltwirtschaftlichen Wachstums auswirken. Am Beginn des 21. Jahrhunderts ist es dementsprechend die Rivalität der traditionellen Zentren weltwirtschaftlicher Aktivitäten in Nordamerika, Westeuropa und nunmehr auch Japans in Verbindung mit der Öffnung neuer Wachstumsmärkte in Asien, Osteuropa und Südamerika, die den Wandel der strukturellen Bedingungen der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen forciert. Tatsächlich ist offensichtlich heute kein Land der Welt mächtig genug, den Prozeß fortschreitender weltwirtschaftlicher Integration und Ausdehnung des marktwirtschaftlichen Systems umzukehren – oder sich auch nur dessen Bedingungen zu entziehen – ohne gleichzeitig im Wettbewerb der Nationen zurückzufallen und damit seine nationale ökonomische Sicherheit und substantielle Souveränität längerfristig zu gefährden.

DER EINFLUSS DES MARKTWIRTSCHAFTLICHEN SYSTEMS AUF DIE HANDLUNGSOPTIONEN DER NATIONEN

Das marktwirtschaftliche System beeinflusst die Handlungsoptionen der Regierungen, weil es als effektivster Mechanismus zur Schaffung materiellen Wohlstands die Fähigkeit der Nationen beeinflusst, ihre politischen Interessen wahrzunehmen. Die Entfaltung des marktwirtschaftlichen Systems hat deswegen nicht notwendigerweise einen Mangel an internationaler Rivalität zu ihrer Voraussetzung. Im Gegenteil. Gerade weil in einem anarchischen System die Nationen in der

172. Vgl. dazu Nye 1990, 41

Wahrnehmung ihrer Interessen ausschließlich auf sich selbst gestellt sind, sind sie gezwungen, der Produktivität ihrer nationalen Ressourcen besondere Beachtung zu schenken. Die Staaten werden daher auch eine Verstärkung ihrer wechselseitigen Abhängigkeiten in Kauf nehmen und Teile ihrer wirtschaftspolitischen Autonomie zugunsten internationaler Kooperation abgeben müssen, wenn sich dies zur Aufrechterhaltung ihrer relativen nationalen Leistungsfähigkeit als notwendig erweist. Genauso wie die Nationen ihre Sicherheit gefährden würden, wenn sie als rationale Egoisten ausschließlich ihren absoluten Wohlstand maximieren würden, würden sie ihre längerfristige Sicherheit ebenso gefährden, wenn sie ausschließlich ihrer formalen Souveränität Beachtung schenken würden. Wenn auch nur eine einzelne Nation durch die Liberalisierung ihres grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehrs höhere Raten wirtschaftlichen Wachstums erzielen kann, führt das Streben nach Autarkie zu relativen Verlusten, zu einer Verschiebung in den Machtbeziehungen, die dann auf Dauer die faktische Souveränität der nach absoluter Unabhängigkeit strebenden Nationen beeinträchtigen. Gerade weil sich die Staaten als defensive Positionalisten verhalten müssen, weil sie in ihrem Streben nach absoluten Gewinnen nicht deren relative Verteilung vernachlässigen dürfen, können sie es sich auch nicht leisten, in ihrem Streben nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung die relative Produktivität ihrer nationalen Ressourcen, die Höhe ihres wirtschaftlichen Wachstums im Vergleich zu dem anderer Volkswirtschaften zu vernachlässigen.

Die Akteure des internationalen Systems sind ja nur deshalb gezwungen, ihrer Position im internationalen System Beachtung zu schenken, weil sie von vornherein in Verhältnissen wechselseitiger Abhängigkeit stehen, weil ihre nationale Sicherheit immer auch von dem Verhalten der übrigen Akteure des Systems beeinflusst wird. In einem bloß anarchischen System könnten sich die Nationen ja ebenso gut als rationale Egoisten verhalten, könnten sie ohne Berücksichtigung des Verhaltens der übrigen Nationen, ausschließlich ihre eigenen gesellschaftlichen Zielsetzungen optimieren. Nur weil das internationale System immer auch schon von Interdependenzbeziehungen gekennzeichnet ist, gefährdet das Fehlen einer übergeordneten Autorität die Sicherheit der einzelnen Nationen. Daher stehen die Nationen nicht nur in ihrem Streben nach Wohlstand vor einem Problem bedingter Optimierung. Auch in ihrem Streben nach Selbstbestimmung sind die Nationen gezwungen, die Auswirkungen ihres Handelns auf ihre relative Position im internationalen System zu beachten. Dabei geht es darum, sich innerhalb des internationalen Geflechts asymmetrischer Abhängigkeitsverhältnisse möglichst vorteilhaft zu positionieren, d.h. diese Machtbeziehungen so zu strukturieren, daß nicht andere Staaten diese wechselseitigen Abhängigkeiten einseitig – ohne gleichzeitig ihre eigene politische und ökonomische Sicherheit zu gefährden – zu ihrem eigenen relativen Vorteil ausnützen können. In einem anarchischen System strategischer Interdependenz sind die Nationen in ihrem Streben nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung gezwungen, ihre faktische Souveränität und relative Unabhängigkeit zu optimieren. Und dies kann auch bedeuten, daß die Nationen durch Liberalisierung und internationale Kooperation ihre politische und ökonomische Autonomie selbst einschränken, um ihre relative Position im internationalen System nicht zu gefährden, um nicht trotz formaler Souveränität de facto an Einfluß über ihr weiteres Schicksal zu verlieren.

Nationen höherer Wettbewerbsfähigkeit sind den wechselnden Bedingungen des internationalen Marktes weniger stark ausgeliefert als solche, denen in der internationalen Arbeitsteilung die Produktion von Gütern und Dienstleistungen zukommt, die lediglich die Anwendung von am internationalen Markt frei verfügbaren Produkt- und Prozeßtechnologien erfordern. In einer interdependenten Weltwirtschaft kann sich selbstverständlich kein Staat vollständig den steten, immer wieder strukturelle Umbrüche hervorbringenden Wandel in den weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen entziehen. Trotzdem bedeutet eine höhere Wettbewerbsfähigkeit nicht nur einen höheren Niveau materiellen Wohlstands; sondern auch, daß eine Nation über bessere Voraussetzungen verfügt, sich verändernden ökonomischen Rahmenbedingungen anzupassen. Und dies letztlich deshalb, weil eine hohe Wettbewerbsfähigkeit von vornherein die Fähigkeit einer

Gesellschaft zur sozialen Innovation, die Fähigkeit einer Gesellschaft zur stetigen Erneuerung ihrer selbst in ihren wirtschaftlich relevanten Aspekten voraussetzt. Eine Gesellschaft, die über diese Fähigkeiten verfügt, ist dann aber auch vergleichsweise besser in der Lage, ihre politische und soziale Stabilität und ihren materiellen Wohlstand angesichts struktureller Umbrüche in den weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen aufrechtzuerhalten. Diese potentielle Wettbewerbsfähigkeit, die die Fähigkeit zur sozialen Innovation mit sich bringt, setzt aber in der Realität eine industrielle Basis international wettbewerbsfähiger Unternehmen voraus. Eine solche industrielle Basis ist notwendig, um jene Wertschöpfung – auch auf den internationalen Märkten – zu erzielen, die vergleichsweise hohe Investitionen in die Infrastruktur und neue Technologien ermöglicht, um auch in der Zukunft über die notwendigen Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums zu verfügen.

Eine Volkswirtschaft, die ein vergleichsweise hohes Niveau wirtschaftlicher Entwicklung erreicht hat, kann schließlich in einem überdurchschnittlichen Ausmaß auch das Verhalten anderer Nationen beeinflussen, kann aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke die Kosten-Nutzen-Rechnungen anderer Nationen eher zu ihrem eigenen ökonomischen, aber auch politischen Vorteil strukturieren. Und zwar schon allein deshalb, weil *ceteris paribus* entwickeltere Volkswirtschaften auch eine höhere Importnachfrage aufweisen und der Zugang zu solchen Märkten wiederum einen positiven Einfluß auf die ökonomische Sicherheit und das weitere wirtschaftliche Wachstum anderer Nationen ausübt. Wirtschaftliche Stärke wird auf diese Weise in vielen Fällen zu direktem politischen Einfluß in den internationalen Beziehungen.

Eine Nation, die über eine hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit verfügt ist damit zwar in ihrem materiellen Wohlstand immer noch von den internationalen Märkten abhängig; sie verfügt aber gleichzeitig über eine verhältnismäßig hohe relative Unabhängigkeit, kann sich verändernden Bedingungen relativ leicht anpassen, hat mehr Einfluß auf ihr eigenes Schicksal als Nationen geringerer Wettbewerbsfähigkeit und verfügt damit trotz internationaler Abhängigkeit über ein relativ hohes Ausmaß an substantieller ökonomischer und politischer Souveränität.

Um ihre Position im internationalen System zu verteidigen, um ihre relative Unabhängigkeit und faktische Souveränität zu optimieren, haben die Nationen also keine andere Wahl, als der Entwicklung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit besondere Beachtung zu schenken. Auf diese Weise unterstützt der Wettbewerb der Nationen die Entfaltung der marktwirtschaftlichen Dynamik. Die positionale Logik des internationalen Systems unterstützt deshalb die Entfaltung der marktwirtschaftlichen Dynamik, weil unter sonst gleichen Voraussetzungen diese Dynamik überall dort den relativ höchsten materiellen Wohlstand hervorbringt, wo dem privatwirtschaftlichen Streben nach Gewinn- und Nutzenmaximierung die relativ geringsten Beschränkungen auferlegt werden. Das marktwirtschaftliche System verdankt seinen Einfluß auf die Handlungsalternativen der Nationen, weil diese gezwungen sind, nach einem Gleichgewicht der Kräfte zu streben. Und um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu anderen Nationen aufrechtzuerhalten sind diese dabei auch oftmals zu internationaler Kooperation gezwungen. Diese Kooperation wird stets eine bedingte und selektive sein: Internationale Kooperation wird immer nur dort in Erscheinung treten, wo die Staaten ihre Interessen nicht durch unilaterale Maßnahmen selbständig wahrnehmen können. Und sie wird stets die Bedingung zu erfüllen haben, daß diese Kooperation nicht zu einer zusätzlichen Verschiebung in den Machtverhältnissen zwischen den Kooperationspartnern führt.

Ausmaß und Charakter internationaler Wirtschaftskooperation wird dabei zunächst einmal von den jeweils vorherrschenden spezifischen Bedingungen des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs bestimmt. Dabei ist die fortschreitende Liberalisierung des Handels durch den Abbau von Zollschränken auf Basis der unbedingten Meistbegünstigung nur eine Möglichkeit, die nur dort und in dem Ausmaß verfolgt werden wird, wo unter Bedingungen mehr oder minder vollständigen Wettbewerbs ein solches Regime den Nationen die effizienteste Nutzung ihrer Ressourcen ermöglicht und allfällige nichttarifäre Handelshemmnisse keinen entscheidenden Einfluß auf die

Wettbewerbsbedingungen ausüben. Überall dort, wo beispielsweise im Gegensatz dazu der internationale Handel strategischen Bedingungen gehorcht – und die Staaten ihren Unternehmen daher durch den selektiven Einsatz industrie- und handelspolitischer Maßnahmen einseitige Wettbewerbsvorteile verschaffen können¹⁷³ – wird entweder der Geltungsbereich einer liberalen Weltwirtschaftsordnung zugunsten eines gelenkten Handels mit vermehrten Rückgriff auf handelspolitische Schutzmaßnahmen und einer international vereinbarten sektorspezifischen Aufteilung der Märkte zurückgedrängt werden;¹⁷⁴ oder der Regelungsbedarf eines weiterhin liberalen Regimes wird unter diesen Voraussetzungen noch stärker in die wirtschaftspolitische Autonomie und Struktur der Nationalökonomien eingreifen müssen. Diese jeweils spezifischen Bedingungen des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs bestimmen dann in Abhängigkeit der unterschiedlichen nationalen Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums die internationale Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Nationen. Ausmaß und Charakter internationaler Wirtschaftskooperation ist dann Ergebnis des Zusammenwirkens der Bedingungen des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs mit der Struktur des internationalen Systems, d.h. die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Nation bestimmt ihre Vorstellungen und Interessen bezüglich des Ausmaßes und Charakters internationaler Wirtschaftskooperation und ihre Stellung im internationalen System entscheidet über ihre Fähigkeit diese Vorstellungen und Interessen durchzusetzen.

Die politische Ökonomie internationaler Beziehungen gleicht daher einem Prozeß komplexer Rückkoppelung: Die Struktur des internationalen Systems, die relative Verteilung von Wohlstand und Macht bestimmt Ausmaß und Charakter der Entfaltung des marktwirtschaftlichen Systems und die Entfaltung der marktwirtschaftlichen Dynamik beeinflusst dann wiederum die relative Verteilung von Wohlstand und Macht. Das marktwirtschaftliche System beeinflusst die Handlungsalternativen der nationalen Regierungen und das Verhalten der Nationen bestimmt dann wiederum Ausmaß und Richtung der weiteren Entfaltung des marktwirtschaftlichen Systems. Innerhalb dieses Prozesses wechselseitiger Beeinflussung behalten aber sowohl das internationale als auch das marktwirtschaftliche System stets ihre eigene Logik bei, gehorchen beide auch weiterhin ihren spezifischen Funktionsmechanismen.

Dies bedeutet, daß auch angesichts einer globalisierten Weltwirtschaft – einer Weltwirtschaft in der die wechselseitigen ökonomischen Abhängigkeiten prinzipiell einen weltweiten Charakter erlangt haben, in der grundsätzlich alle Wirtschaftsräume der Erde in ihrer ökonomischen Entwicklung in Beziehungen wechselseitiger Abhängigkeit stehen und die wirtschaftspolitischen Handlungsalternativen der nationalen Regierungen dementsprechend stets auch die globalen Bedingungen des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs zu berücksichtigen haben –, daß auch unter den Bedingungen eines solchen weltwirtschaftlichen Systems das Verhalten der Nationen weiterhin von der positionalen Logik des internationalen Systems bestimmt wird, die Nationen zuallererst danach trachten müssen, ihre relative Unabhängigkeit zu erhalten, gezwungen sind Verschiebungen in den Machtverhältnissen zu ihren Ungunsten auch um den allfälligen Preis geringeren absoluten Wohlstandes hintanzuhalten. Gleichzeitig ist aber gerade deswegen das weltwirtschaftliche System stets Ergebnis des Strebens der Nationen nach relativer Unabhängigkeit unter den jeweils spezifischen Bedingungen des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs. Auch in ihren rein wirtschaftlichen Beziehungen, auch dann wenn die Nationen nicht vor der Entscheidung zwischen Krieg oder Frieden stehen, ist ihr Verhalten weiterhin von jener Logik geprägt, die schon Thucydides als Ursache des Peloponnesischen Krieges erkannte wenn er schrieb:

173. Vgl. zu den Charakteristika strategischen Wettbewerbs oben Seite 44-45

174. Vgl. zu den Ursachen und Folgen des 'managed trade' exemplarisch Krause 1994; und zu den Voraussetzungen, Möglichkeiten und der Praxis einer dementsprechenden strategischen Außenwirtschaftspolitik in Industrien der Hochtechnologie – insbesondere aus amerikanischer Sicht – Tyson 1992

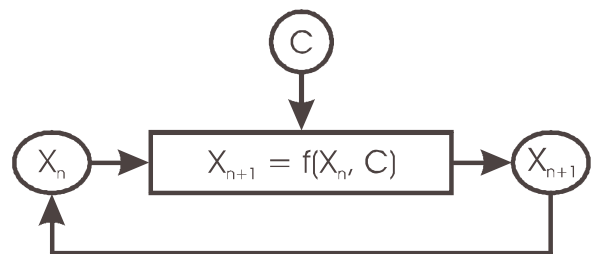
Es fing damit an, daß Athener und Peloponnesier den dreißigjährigen Vertrag aufhoben, den sie nach der Einnahme Euboias geschlossen hatten. ... Den wahrsten Grund freilich, zugleich den meistbeschwiegenen, sehe ich im Wachstum Athens, das die erschreckten Spartaner zum Kriege zwang.¹⁷⁵

Die Bedeutung relativer Gewinne als universelle Konstante jeden politischen Handelns prägt unvermindert auch die politische Ökonomie internationaler Beziehungen und mündet in einen geökonomischen Wettbewerb der Nationen um ihre Stellung innerhalb der internationalen Arbeitsteilung und um Anteile an den Weltmärkten.

PROZESSE KOMPLEXER RÜCKKOPPELUNG

Prozesse komplexer Rückkoppelung¹⁷⁶ zeichnen sich dadurch aus, daß zwischen dem Eingang X_n und dem Ausgang X_{n+1} eine nichtlineare Beziehung besteht. Das heißt, daß das dynamische Gesetz $X_{n+1} = f(X_n, C)$ eines solchen Prozesses komplexer ist als eine einfache Proportionalität von $X_{n+1} = kX_n$. Entscheidend dafür ist, daß bei jeder Iteration eine zusätzliche Größe C in den Prozeß eingreift (Abb. 5). Von dieser Größe C hängt die Qualität des Prozesses ab. Sie entscheidet darüber, welchem Ergebnis X der Rückkoppelungszyklus zustrebt. Grundsätzlich gibt es drei Möglichkeiten: Der Endwert X nähert sich einem bestimmten Grenzwert, den er, gegebenenfalls asymptotisch im Unendlichen, schließlich erreicht. Oder der Prozeß mündet in harmonische Schwingungen, wie dies bei den Bewegungsbahnen von Pendeln und Planeten der Fall ist. Der Prozeß kann aber schließlich auch einen unbestimmten Ausgang haben, der zwar durch die Anfangswerte und den dynamischen Prozeß bestimmt wird, aber dennoch nicht vorhersagbar ist. In diesem Fall bringt der Rückkoppelungsprozeß also ein deterministisches Chaos hervor, eine nicht vorhersagbare Entwicklung, trotz eines eindeutig bestimmbar Verhältnisses zwischen den Größen des dynamischen Gesetzes. Der amerikanische Meteorologe E. N. Lorenz hat in den sechziger Jahren bei dem Versuch mathematische Modelle zur Berechnung des Wetters zu entwickeln gezeigt, daß schon ein Satz von drei gekoppelten, nichtlinearen Differentialgleichungen zu vollständig chaotischen Entwicklungsbahnen führt. Lorenz spricht in diesem Zusammenhang von einem 'Schmetterlingseffekt:' Schon ein einziger Flügelschlag eines Schmetterlings kann zur vollständigen Umsteuerung der Großwetterlage führen. Die Globalstruktur wird in nicht vorhersagbarer Weise durch Details der Ausgangssituation beeinflusst. Hochkomplexe, rückgekoppelte Systeme können unstetig sein und über Verzweigungspunkte, über Bifurkationen einen stammbaumartigen zeitlichen Verlauf nehmen. Deren Verzweigungspunkte sind gleichberechtigte Alternativwege; welcher dieser Wege beschritten wird, läßt sich nicht voraussagen, wird durch zufallsabhängige Ereignisse entschieden. Selbst bei Kenntnis sämtlicher Parameter unter streng deterministischen Ausgangsbedingungen lassen sich keine Voraussagen darüber machen, welcher Weg an den Verzweigungspunkten beschritten wird. Gleichzeitig werden an den spontan auftretenden Verzweigungspunkten grundsätzlich irreversible Entscheidungen getroffen; stammbaumartige Systeme haben eine Geschichte, die deren weitere Entwicklung bestimmt. Hochkomplexe, rückgekoppelte Strukturen sind daher offene Prozesse – ihre Entwicklung läßt sich nicht voraussagen; und sie

Abb. 5: Prozesse komplexer Rückkoppelung



175. Thukydides [410 v.Chr.] 2002, 19

176. Vgl. zum folgenden Cramer 1993, 83-122

sind gleichzeitig pfadabhängige Prozesse – sie sind ihrem Prinzip nach irreversibel, ihr bisheriger geschichtlicher Verlauf bestimmt ihre weitere Entwicklung.¹⁷⁷

DER WIRKUNGSZUSAMMENHANG DER POLITISCHEN ÖKONOMIE INTERNATIONALER BEZIEHUNGEN

Der Grundriß der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen (Abb. 6) entfaltet sich als ein Wirkungszusammenhang, in dem die Nationen in ihrer Interaktion die strukturellen Bedingungen des internationalen Systems hervorbringen. Aus der Sicht jeder einzelnen Nation handelt es sich dabei in einer ersten Annäherung um einen pfadabhängigen Prozeß positiver Rückkopplung: Die gegenwärtige Stellung einer Nation in der internationalen Hierarchie bestimmt ihren

177. W. Brian Arthur hat gezeigt, daß auch ökonomische Phänomene steigender Skalenerträge – wie beispielsweise der Wettbewerb konkurrierender Technologien, deren Nutzen mit der Zahl der Anwender zunimmt, oder die Herausbildung industrieller Agglomerationen – als rückgekoppelte dynamische Prozesse zu verstehen sind, deren Entwicklungspfad nicht vorherbestimmt ist, die selbst im Fall eindeutig bestimmbarer Gesetzmäßigkeiten und bei vollständiger Kenntnis aller Ausgangsbedingungen, nicht einem eindeutig bestimmbar Gleichgewichtszustand zustreben. So ist die konkrete geographische Verteilung einer Industrie dann nicht vorherbestimmt, wenn die einzelnen Firmen zwar unterschiedliche Präferenzen ihren Standort betreffend haben, diese Industrie aber gleichzeitig Vorteile der Agglomeration aufweist, d.h. die Standortwahl neuer Firmen auch vom Standort bereits bestehender Firmen beeinflußt wird. (Vgl. zu den möglichen Ursachen von Vorteilen der Agglomeration obige Anm. 31.) Die räumliche Verteilung von Unternehmungen ist unter diesen Bedingungen dann Ergebnis eines sich selbst verstärkenden, pfadabhängigen Prozesses. Es kommt zu räumlichen Zusammenballungen, die nicht bloß die Folge der Ressourcenausstattung und der sonstigen geographischen Beschaffenheit eines Ortes sind, sondern darüber hinaus auch noch von der ‘Siedlungsgeschichte’ – von der nicht vorherbestimmten Abfolge der Ansiedlung von Unternehmen unterschiedlicher Präferenzen ihren Standort betreffend – bestimmt werden. Wenn dabei ein Standort in einem frühen Stadium mehr oder minder zufällig einen relativ höheren Anteil von Unternehmen einer Industrie erreicht, steigt aufgrund der Vorteile der Agglomeration dessen Attraktivität noch zusätzlich, und die Wahrscheinlichkeit das dieser Standort auch zum Standort neuer Firmen wird nimmt zu. Dieser Standort wird dann einen noch höheren Anteil erreichen, damit eine noch höhere Attraktivität aufweisen, und die Wahrscheinlichkeit wiederum zum Standort neuer Unternehmen zu werden, wird noch weiter zunehmen. – Die Entwicklung der Struktur der regionalen Verteilung gleicht unter der Bedingung steigender Erträge der Agglomeration einem pfadabhängigen Prozeß positiver Rückkopplung. (Arthur 1994, 49-67.)

Solche pfadabhängige Prozesse steigender Skalenerträge lassen sich allgemein als ‘nichtlineare Polya-Prozesse’ spezifizieren, d.h. als dynamische Prozesse positiver Rückkopplung unter Einwirkung zufallsabhängiger Ereignisse. Es handelt sich bei diesen um rückgekoppelte Systeme, deren weitere Entwicklung eine eindeutig bestimmbare Funktion des gegenwärtigen Zustands des Systems ist, wobei aber dieses dynamische Gesetz als Wahrscheinlichkeitsfunktion zu verstehen ist, d.h. der gegenwärtige Zustand gibt die zu erwartende Richtung der weiteren Entwicklung vor, während das dynamische Gesetz aber gleichzeitig auch ein zufallabhängiges, ‘störendes’ Element umfaßt, das die weitere Entwicklung von dem zu erwartenden Pfad ablenken kann. In Abhängigkeit des jeweiligen dynamischen Gesetzes besitzt der Prozeß eine oder mehrere potentielle Lösungen, einen oder mehrere Grenzwerte, denen er sich mit fortschreitender Entwicklung annähert. Insofern das System multiple Grenzwerte, mehrere potentielle Lösungen zuläßt, sind es dann die zufallsabhängigen, die ‘geradlinige’ Entwicklung störenden Ereignisse, die bestimmen, welchem konkreten Grenzwert der Prozeß dann tatsächlich zustrebt: Zufallsabhängige Fluktuationen werden in einem frühen Stadium der Entwicklung durch die positive Rückkopplung des Prozesses verstärkt und bestimmen auf diese Weise, welche der potentiell möglichen Makrostrukturen der Prozeß hervorbringt. Sobald sich aber der Prozeß einer der potentiell möglichen Lösungen ausreichend angenähert hat, haben die zufallsabhängigen, ‘störenden’ Ereignisse einen immer geringeren ‘ablenkenden’ Einfluß auf die weitere Entwicklung des Systems, und die sich herausbildende Struktur verfestigt sich zunehmend selbst. (Arthur, Ermoliev and Kaniovski [1987] 1994)

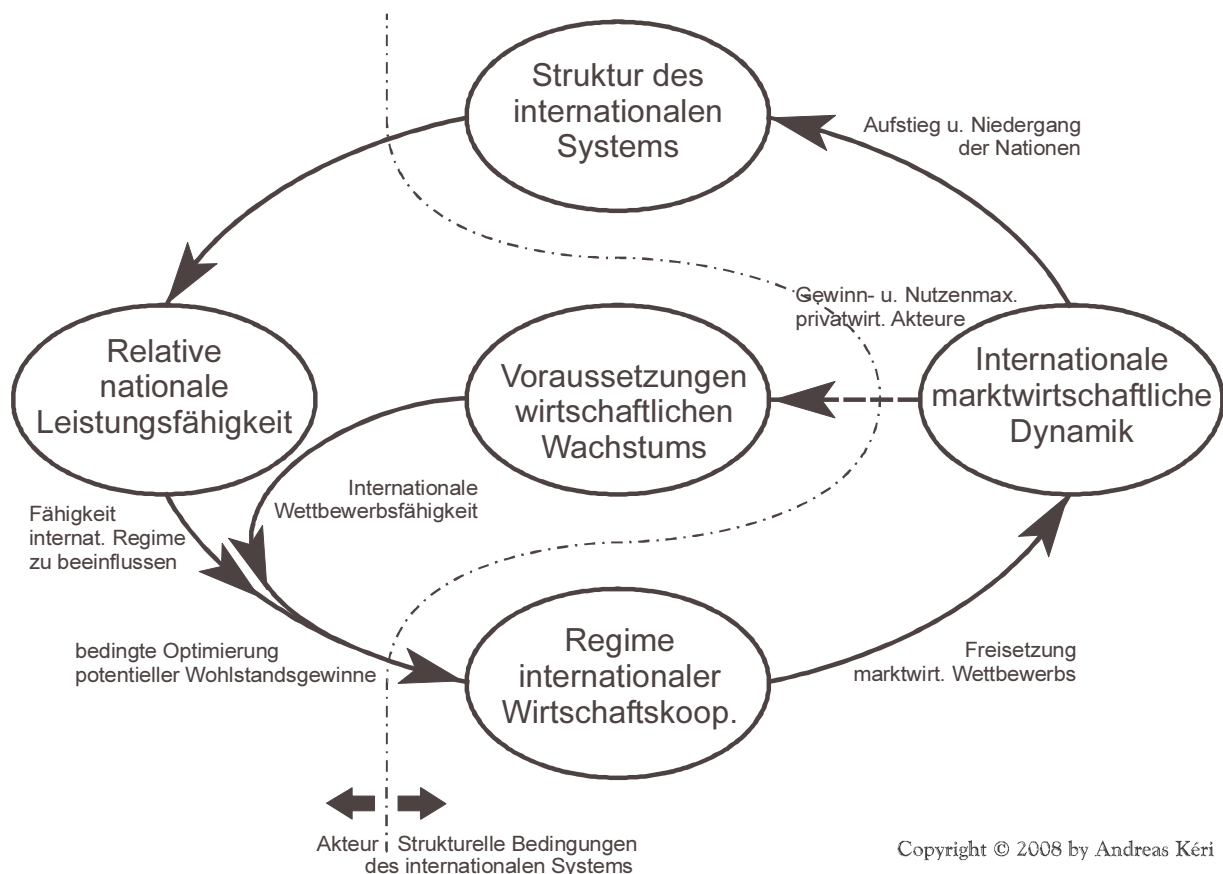
In dem Ausmaß, wie gesellschaftliche, ökonomische und politische Systeme grundsätzlich als hochkomplexe, rückgekoppelte Strukturen mit diesen Eigenschaften zu verstehen wären, hätten wir es daher mit einer Welt zu tun, die Gesetzmäßigkeiten gehorcht und trotzdem unterschiedliche Entwicklungen zuläßt – mit einer Welt, die trotz dem sie von Gesetzmäßigkeiten geprägt ist, eine offene, nicht gänzlich vorherbestimmte Welt bleibt. Es ist dann unter den gegebenen Ausgangsbedingungen zwar nicht jede beliebige Entwicklung möglich, aber zwischen den grundsätzlich möglichen Entwicklungen herrscht eine gewisse Wahlfreiheit. Auf das menschliche Handeln angewandt, bedeutet der ‘Schmetterlingseffekt,’ daß – auch in einer hochkomplexen und von Gesetzmäßigkeiten bestimmten Welt – das nicht vorhersagbare Handeln eines einzigen Akteurs in die Geschichte eingreifen und sie verändern kann.

Einfluß auf die Strukturen des internationalen Systems, bestimmt ihre Fähigkeit die strukturellen Bedingungen ihren eigenen Interessen und Vorstellungen entsprechend zu beeinflussen, und diese Strukturen beeinflussen dann wiederum die weitere Entwicklung der relativen nationalen Leistungsfähigkeit dieser Nation. Die Strukturen der internationalen politischen Ökonomie bestimmen die Effektivität der den Nationen zur Verfügung stehenden Ressourcen: Indem sie entsprechend der relativen Verteilung dieser Ressourcen, den Nationen ihre Position im internationalen System zuweisen (*Struktur des internationalen Systems*), das Wachstum der nationalen Ressourcen beeinflussen (*Marktwirtschaftliche Dynamik im internationalen Kontext*) und die Prinzipien und Regeln des internationalen, geoökonomischen Wettbewerbs festlegen (*Regime internationaler Wirtschaftskooperation*).

Die *Regime internationaler Wirtschaftskooperation* stellen innerhalb dieses Rückkoppelungsprozesses den Filter dar, der bestimmt, in welchem Ausmaß und nach welchen Prinzipien und Regeln die nationalen Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums in einen grenzüberschreitenden Wettbewerb treten, der dann die marktwirtschaftliche Dynamik im internationalen Kontext hervorbringt. In der Beeinflussung dieser Prinzipien und Regeln stehen die Nationen dabei vor der Herausforderung der bedingten Optimierung ihrer potentiellen Wohlstandsgewinne, vor der Aufgabe, die aufgrund ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit erwartbaren absoluten Wohlstandsgewinne unter der Bedingung zu optimieren, daß sich nicht dadurch die internationale Verteilung von Wohlstand und Macht – und damit die Möglichkeiten zukünftiger Einflußnahme – zu ihren Ungunsten entwickelt.

In der Möglichkeit ihrer Beeinflussung sind die Regime internationaler Wirtschaftskooperation damit gleichzeitig jene Schnittstelle, vermittels jener die Nationen in ihrer Interaktion die

Abb. 6: Die politische Ökonomie internationaler Beziehungen



strukturellen Bedingungen als funktionale Beziehungen der politischen Ökonomie zuallererst hervorbringen. Tatsächlich wäre ja beim vollständigen Fehlen jeglicher internationaler Wirtschaftskooperation – d.h. in einem internationalen System vollständiger Autarkie, in dem keine Nation auch nur irgendwelche ökonomischen Austauschbeziehungen mit irgend einer anderen Nation unterhält – der Aufstieg und Niedergang der Nationen ausschließlich Ergebnis der autonomen Entwicklung ihrer nationalen Ressourcen. Die relativen nationalen Leistungsfähigkeiten der einzelnen Nationen wären dann mit der Struktur des internationalen Systems kurzgeschlossen, die Effektivität der den Nationen zur Verfügung stehenden Ressourcen würde sich lediglich nach deren Anteil am Gesamtsystem bestimmen, und die strukturellen Bedingungen wären auf jene enge Interpretation des strukturellen Realismus reduziert, derzufolge der anarchische Charakter des internationalen Systems ‘strukturell’ – d.h. unabhängig von der jeweils spezifisch historischen Verfaßtheit des Systems, schon allein aufgrund des permanent anarchischen Charakters – die Nationen zwingt zuallererst ihre Position innerhalb des System zu verteidigen, um ihre politische Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit zu erhalten. Erst durch die Aufnahme grenzüberschreitender Wirtschaftsbeziehungen bringen die Nationen die politische Ökonomie internationaler Beziehungen hervor, die strukturelle Bedingungen im Sinne funktionaler Beziehungen begründet, bestimmt nicht mehr nur ihr relativer Anteil am Gesamtsystem, sondern auch die Regime und die marktwirtschaftliche Dynamik im internationalen Kontext die Effektivität der den Nationen zur Verfügung stehenden Ressourcen und eröffnen sich die Nationen die Möglichkeit, durch Einflußnahme auf die internationalen Regime dieser politischen Ökonomie, die Bedingungen des sich entfaltenden geoökonomischen Wettbewerbs zu manipulieren.

Die Regime internationaler Wirtschaftskooperation gewinnen – über die Gesetzmäßigkeiten der marktwirtschaftlichen Dynamik vermittelt – Einfluß auf die Struktur des internationalen Systems, weil sie durch ihre Prinzipien und Regeln bestimmen, auf welche Weise und in welchem Ausmaß die jeweiligen nationalen Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums im internationalen Wettbewerb wirksam werden; und durch ihre Entscheidungsmechanismen regeln sie, auf welche Art und Weise die Staaten selbst wiederum ihren Vorstellungen und Interessen entsprechend die Prinzipien und Regeln dieser Regime beeinflussen können. Grundsätzlich ist dabei davon auszugehen, daß der Einfluß der Staaten auf die Prinzipien, Regeln und letztlich auch Entscheidungsmechanismen direkt oder indirekt eine mehr oder minder proportionale Funktion ihrer relativen nationalen Leistungsfähigkeit ist. Ausgehend von einer bestehenden Struktur des internationalen Systems werden die Prinzipien und Regeln der Regime – dem Zwang zur bedingten Optimierung entsprechend – daher diese bestehende Struktur mit dem Ziel widerspiegeln, daß diese Kooperation zu keiner Veränderung in der internationalen Verteilung von Wohlstand und Macht führt. Innerhalb des Wirkungszusammenhangs der politischen Ökonomie sind die internationalen Regime damit jenes politische Element, das dem Prozeß seinen sich selbst verstärkenden Charakter verleiht: „[P]ast institutional choices do influence the contemporary interests and power of actors exactly because such choices privilege some players at the expense of others.“¹⁷⁸ In dem Ausmaß wie die Bedingungen des geoökonomischen Wettbewerbs tatsächlich einer zweckgerichteten politischen Manipulation zugänglich sind, insofern die Nationen tatsächlich in Abhängigkeit ihrer relativen nationalen Leistungsfähigkeit die Regeln des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs zugunsten ihrer eigenen Vorstellungen und Interessen beeinflussen können, stabilisieren Regime internationaler Wirtschaftskooperation auf diese Weise die bestehende Struktur des Systems.¹⁷⁹

178. Krasner [1991] 1993, 246

179. Bei gegebenen Voraussetzungen nationalen Wachstums und unter der gleichzeitigen Annahme einer vollständigen Beeinflussbarkeit der internationalen ‘markt-’ wirtschaftlichen ‘Dynamik’ durch rational handelnde politische Akteure, würde die politische Ökonomie einem einfachen Prozeß der Rückkoppelung gleichen und einem eindeutig bestimmbar Gleichgewichtszustand zustreben. Die Vorstellungen und Interessen der Nationen bezüglich der Regime internationaler Wirtschaftskooperation würden ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit entsprechend eine

Die *strukturellen Bedingungen* verbinden die politische Ökonomie internationaler Beziehungen zu einer in sich geschlossenen und alle Akteure miteinander verbindenden Dynamik, die – obwohl sie letztlich nichts anderes als das Ergebnis ihrer Interaktion, und die Regimebildung betreffend, darüber hinaus auch noch Ausdruck eines bewußten politischen Willens sind – dem Gestaltungsspielraum und den Entwicklungschancen jeder einzelnen Nation Grenzen setzen. Innerhalb der politischen Ökonomie finden sich die Nationen in einem Wirkungszusammenhang wieder, der Ausmaß und Richtung des Wachstums jeder einzelnen Nation wesentlich von der Dynamik des Gesamtsystems abhängig macht, der – ausgehend von einer gegebenen Struktur und bestehenden funktionalen Beziehungen – der weiteren Entwicklung jeder Nation einen mehr oder minder engen Korridor zuweist.

Über weite Strecken bestimmen die Nationen aber zunächst einmal ihr Schicksal selbst: „Internal power generation is the key to both absolute and relative power change and its societal impact.“¹⁸⁰ Im Zentrum des Prozesses der politischen Ökonomien stehen daher die *nationalen Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums*. Denn in letzter Konsequenz wird ja die gesamte Dynamik der politischen Ökonomie durch die Interaktion der einzelnen Nationen, vom ökonomischen Wettbewerb der Staaten gemäß den marktwirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten und der positionalen Logik des internationalen Systems hervorgebracht. So sehr sich auch die politische Ökonomie ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten entsprechend entfaltet, sind es die nationalen Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums, die diese Dynamik in Gang setzen und ihre Richtung bestimmen: „Even governance that is impersonal is realized via human action.“¹⁸¹ Durch die Beeinflussung der Voraussetzungen ihres wirtschaftlichen Wachstums – in deren Zentrum die Innovationskraft der national verfaßten Gesellschaften steht¹⁸² und die die internationale Wettbewerbsfähigkeit dieser Gesellschaften bestimmen – greifen die Nationen in den von Gesetzmäßigkeiten bestimmten Rückkoppelungsprozeß der politischen Ökonomie ein, durchbrechen die linearen Beziehungsverhältnisse, verändern in nicht vorherbestimmbarer Weise Ausmaß und Richtung des strukturellen Wandels und begründen damit den *diskretionären Aspekt der Komplexität* dieses Prozesses.

Obwohl die Nationen mittels der diskretionären Ausgestaltung ihrer Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums in die Geschichte der politischen Ökonomie eingreifen, ist die durch diese Voraussetzungen begründete *internationale Wettbewerbsfähigkeit* selbstverständlich immer noch ein relatives Konzept. Dies bedeutet nicht nur, daß das tatsächliche Wachstum als Ergebnis der internationalen Wettbewerbsfähigkeit immer eine Funktion der nationalen Voraussetzungen im Vergleich zu den international geltenden Standards ist, sondern auch, daß Veränderungen in den Voraussetzungen anderer Nationen automatisch zu Veränderungen in der eigenen Wettbewerbsfähigkeit führen. Der diskretionäre Handlungsspielraum – im Sinne eines im freien Ermessen gelegenen, zweckgerichteten, rationalen Handelns – der einzelnen Nationen wird nicht nur dadurch eingeschränkt, daß der Erfolg dieses Handelns von einer Anpassung an die gegebenen Bedingungen des internationalen Systems abhängig ist, sondern darüber hinaus auch noch dadurch, daß diese Bedingungen nicht vorhersehbaren Veränderungen unterliegen, die

gegebene Größe darstellen, und die in der Beeinflussung dieser Regime verfolgte Zielsetzung des Erhalts der relativen nationalen Leistungsfähigkeit wäre – nachdem die Regeln der wirtschaftliche Dynamik vollständig dem Willen der Politik unterworfen wären – in seiner Verwirklichung ausschließlich Ergebnis des bereits herrschenden Gleichgewichts der Kräfte. Die zukünftige Struktur des internationalen Systems wäre ausschließlich das Ergebnis der gegenwärtigen Struktur und die tatsächliche Fähigkeit der einzelnen Nationen, ihre Position innerhalb dieser Struktur zu erhalten, ausschließlich eine Funktion jener relativen nationalen Leistungsfähigkeit, über die sie schon gegenwärtig verfügen können. Obwohl die strukturellen Bedingungen des internationalen Systems erst durch das Zusammenwirken der Nationen hervorgebracht werden, würden sie unter diesen Bedingungen die Nationen in ihrem Verhalten und in ihrer Entwicklung vollständig determinieren.

180. Doran 1991, 218

181. Guzzini 1993, 477

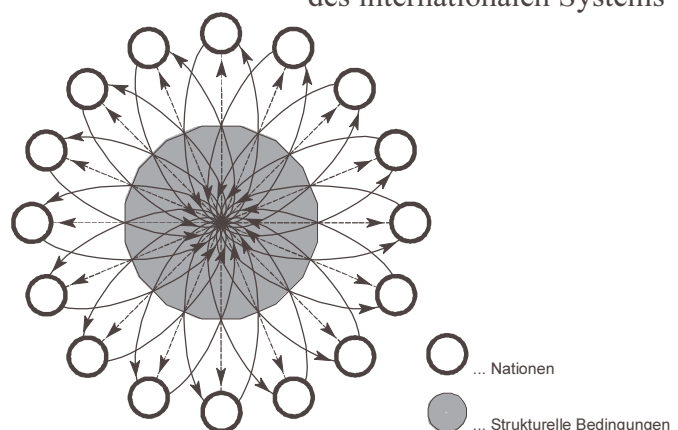
182. Vgl. Abb. 2, oben Seite 29

selbst wieder das Ergebnis des Verhaltens der übrigen Nationen sind. In ihrer Anpassungsleistung können sich die Nationen daher nicht an einem fest vorgegebenen Ziel orientieren, sondern sind mit einem ‘moving target’ konfrontiert, müssen sich an eine sich stets verändernden Umwelt orientieren. Sichtbarster Ausdruck und Ergebnis dieser Interdependenz ist die von Doran in seiner Machtzyklustheorie veranschaulichte Tatsache, daß selbst bei gleichbleibendem absoluten Wachstum – ihrem Zeitpunkt nach nicht vorhersagbare – kritische Veränderungen in der relativen Wachstumsrate der Leistungsfähigkeit einer Nation auftreten können, die automatisch und unmittelbar die Folge von Veränderungen in der absoluten Wachstumsrate jeder anderen Nation des Systems sein können, die eine Destabilisierung der Erwartungshaltungen hervorrufen und letztlich eine Anpassung der internationalen Ordnung an die veränderten Kräfteverhältnisse erfordern, wenn die dauerhafte Stabilität des Systems nicht gefährdet werden soll.¹⁸³

Hinter den funktionalen Beziehungen, die sich aus Sicht der einzelnen Nationen als strukturelle Bedingungen darstellen, verbirgt sich eine alle Akteure miteinander verbindende und in sich geschlossene Dynamik. Denn schließlich sind ja die strukturellen Bedingungen nichts anderes als jene Wirkungen, die die Nationen in ihren Zusammenwirken selbst hervorbringen – und die dann wiederum den Handlungsspielraum jeder einzelnen Nation umschreiben. Der Wirkungszusammenhang der politischen Ökonomie ist damit das Ergebnis der Vernetzung einer Vielzahl von Rückkoppelungsprozessen (Abb. 7), die den *interaktiven Aspekt der Komplexität* dieser politischen Ökonomie begründet. Dabei stellt jeder einzelne dieser ineinandergekoppelten Rückkoppelungsprozesse das funktionale Beziehungsverhältnis zwischen dem Handeln jeder einzelnen Nation mit dem Handeln jeder anderen Nation her, sodaß es sich bei der politischen Ökonomie bei genauer Betrachtung um einen einzigen komplexen Rückkoppelungsprozeß handelt, der alle Nationen gemäß der positionalen Logik des internationalen Systems und den Gesetzmäßigkeiten des marktwirtschaftlichen Systems miteinander verbindet. Auf diese Weise beeinflusst das Handeln jeder einzelnen Nation grundsätzlich den Handlungsspielraum aller anderen Nationen und die Handlungen aller anderen Nationen in ihren Zusammenwirken den Handlungsspielraum jeder einzelnen Nation; jede einzelne Nation beeinflusst durch ihr Handeln die strukturellen Bedingungen als Ergebnis dieses Handelns, und die strukturellen Bedingungen beeinflussen dann wiederum den Handlungsspielraum jeder einzelnen Nation.

Die Freisetzung der marktwirtschaftlichen Dynamik über nationale Grenzen hinweg begründet schließlich den *marktwirtschaftlichen Aspekt der Komplexität* der politischen Ökonomie. In Abhängigkeit der Beseitigung von staatlichen Beschränkungen des grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehrs und dem Stand der Technologie entsprechend, greift das marktwirtschaftliche System mit dem ihm eigenen Gesetzmäßigkeiten in die wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnisse der Nationen ein und beeinflusst deren Handlungsoptionen. Die solcherart freigesetzte marktwirtschaftliche Dynamik ist dabei der langfristige säkulare Trend der politischen Ökonomie, in dem das privatwirtschaftliche Streben nach Gewinn- und Nutzenmaximierung eine fortschreitende Spezialisierung, steigende Produktivität und zunehmende Integration räumlich und staatlich differenzierter Märkte bewirkt und über eine Ab-

Abb. 7: Akteure und Strukturelle Bedingungen des internationalen Systems



Copyright © 2008 by Andreas Kéri

183. Vgl. oben Seite 64-69

folge von Konzentrations- und Diffusionsprozessen den strukturellen Wandel des internationalen Systems vorantreibt. In dem Ausmaß, wie die Nationen den privatwirtschaftlichen Wettbewerb freisetzen, wird das Schicksal jeder einzelnen Nation nicht mehr nur vom Verhalten jeder anderen Nation beeinflusst, sondern auch noch vom Handeln der privatwirtschaftlichen Akteure, die abseits der politischen Logik des internationalen Systems Beschäftigung und Wachstum ausschließlich nach Maßgabe des weltwirtschaftlichen Systems relativer Preise hervorbringen:

States and blocs of states acting 'geo-economically' must do so within an arena that is not exclusively theirs, in which they coexist with private economic operators large and small, from individuals to the largest multinational corporations. While states occupy virtually all of the world's political space, they occupy only a fraction of the total economic space, and global political-economic trends such as privatization are reducing that fraction even further.¹⁸⁴

Nachdem die internationale Verteilung von Beschäftigung und Wachstum den Aufstieg und Niedergang der Nationen beeinflusst, ist die Struktur des internationalen Systems nicht mehr nur das Ergebnis des staatlichen Strebens nach Erhalt ihrer relativen nationalen Leistungsfähigkeit, sondern auch des Strebens der privatwirtschaftlichen Akteure nach Gewinn- und Nutzenmaximierung; wird der strukturelle Wandel nicht mehr ausschließlich von der positionalen Logik des internationalen Systems, sondern auch von den Gesetzmäßigkeiten des marktwirtschaftlichen Systems bestimmt. Die marktwirtschaftliche Dynamik greift in den Rückkopplungsprozeß ein und bestimmt die Effektivität der den Nationen zur Verfügung stehenden Ressourcen gemäß der ihr eigenen Gesetzmäßigkeiten und verknüpft das Wachstum dieser Ressourcen mit dem von den privatwirtschaftlichen Akteuren induzierten weltwirtschaftlichen Wandel; unterwirft die nationale Prosperität transnationalen Bedingungen. So stellt sich aus Sicht der einzelnen Nationen der Zwang zur bedingten Optimierung potentieller Wohlstandsgewinne als eine zwiespältige Herausforderung dar, derzufolge die Außenwirtschaftspolitik nicht nur die Auswirkungen der marktwirtschaftlichen Dynamik auf die Struktur des internationalen Systems zu beachten hat, sondern zusätzlich auch noch den Einfluß des durch diese Dynamik induzierten weltwirtschaftlichen Wandels auf die nationalen Voraussetzungen zukünftigen wirtschaftlichen Wachstums in Rechnung stellen muß. Dies bedeutet, daß in Beeinflussung der Regime internationaler Wirtschaftskooperation einerseits die Erwartungshaltungen einfließen, wie in Abhängigkeit der gegebenen Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums die solcherart freigesetzte marktwirtschaftliche Dynamik die Stellung der Nation innerhalb der internationalen Hierarchie beeinflusst und damit deren zukünftigen Handlungsoptionen – auch in einem streng polit-strategischen Sinne – bestimmt. Andererseits beeinflusst die sich entfaltende marktwirtschaftliche Dynamik nicht nur die Struktur des internationalen Systems, sondern auch die Produktivität der ökonomischen Ressourcen einer Nation.

In der Beeinflussung der Regime internationaler Wirtschaftskooperation sind die Nationen dabei mit der Tatsache konfrontiert, daß sie durch Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung nicht nur ihre nationalen Ressourcen ergänzen und deren Produktivität erhöhen können, sondern gleichzeitig auch dem dann international gültigen Produktivitätsstandard genügen müssen, und insofern sie diesen Standard aufgrund der gegebenen Wettbewerbsfähigkeit nicht erreichen können, die marktwirtschaftliche Dynamik das Wachstum ihrer nationalen Produktivität begrenzt.¹⁸⁵ In dem Ausmaß wie der internationale Wettbewerb dann auch noch strategischen Bedingungen gehorcht,¹⁸⁶ eröffnet sich für die nationalen Regierungen eine zusätzliche Möglichkeit, die weltwirtschaftliche Dynamik zugunsten der nationalen Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums zu beeinflussen, die Produktivität der nationalen Ressourcen nicht mehr nur durch die Einfuhr von Kapital und Technologie zu erhöhen, sondern auch noch die Option, durch selektive indu-

184. Luttwak 1990, 22

185. Vgl. dazu oben Seite 21-25

186. Vgl. dazu oben Seite 44-45 u. 82

strie- und handelspolitische Maßnahmen die eigene internationale Wettbewerbsfähigkeit durch eine diskretionäre Erhöhung des internationalen Marktanteils zu Lasten anderer Nationen zu verbessern. Aufgrund dieser Gesetzmäßigkeiten der marktwirtschaftlichen Dynamik im internationalen Kontext beeinflusst die relative Stellung einer Nation im internationalen System und ihre Stellung innerhalb der internationalen Arbeitsteilung nicht nur das Wachstum ihrer relativen nationalen Leistungsfähigkeit, das Wachstum ihrer Macht und ihren Wohlstands, sondern gewinnt diese Position einer Nation innerhalb der politischen Ökonomie auch Einfluß auf die Entwicklung ihrer nationalen Voraussetzungen zukünftigen wirtschaftlichen Wachstums. Diese nationalen wirtschaftlichen Voraussetzungen sind damit eben nicht mehr nur Voraussetzung für die Entwicklung der relativen nationalen Leistungsfähigkeit bei gegebenen strukturellen Bedingungen, sondern werden von diesen strukturellen Bedingungen, der sich entfaltenden weltwirtschaftlichen Dynamik selbst wiederum beeinflusst, sind im gewissen Ausmaß auch ein Ergebnis des Wirkungszusammenhangs der politischen Ökonomie. Und nachdem die Stellung einer Nation innerhalb der internationalen Hierarchie ihren Einfluß auf die strukturellen Bedingungen bestimmt, sind die nationalen Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums in einem begrenzten Ausmaß auch eine Funktion der relativen nationalen Leistungsfähigkeit einer Nation.

Die marktwirtschaftliche Dynamik beeinflusst somit nicht nur direkt die Struktur des internationalen Systems, sondern wirkt auch auf die nationalen Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums zurück und eröffnet damit einen zusätzlichen Kanal wechselseitiger Abhängigkeitsverhältnisse (Abb. 6 & 7/strichlierte Linie), sodaß sich der Grundriß der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen genaugenommen als das Ineinandergreifen zweier Systeme von Rückkoppelungsprozessen darstellt. Auf diese Weise ist dann dem Prozeß der Rückkoppelung zwischen der relativen nationalen Leistungsfähigkeit und den strukturellen Bedingungen des internationalen Systems selbst wiederum ein Rückkoppelungsprozeß eingeschrieben, vermittels dessen auch die nationalen Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums durch die strukturellen Bedingungen beeinflusst werden. Dabei gilt es allerdings stets zu beachten, daß nicht nur die strukturellen Bedingungen der politischen Ökonomie in ihrer Gesamtheit letztlich nichts anderes sind als jene Wirkungen, die die Nationen durch ihre Interaktion hervorbringen, sondern daß auch die nationalen Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums nur graduell durch die Beeinflussung der strukturellen Bedingungen verbessert oder vermindert werden können. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer jeden Nation ist zuallererst und in der Hauptsache Ergebnis nationaler Anstrengungen zur Selbstbehauptung einer Gesellschaft im geoökonomischen Wettbewerb. Auch wenn sich die einzelnen Nationen daher mit funktionalen Beziehungen in Gestalt struktureller Bedingungen konfrontiert sehen, sind diese letztlich doch nichts anderes als die Folge des Handelns der Nationen des relevanten Bezugssystems, Folge des Zusammenwirkens, der Interaktion dieser Nationen gemäß der positionalen Logik des internationalen Systems und der Gesetzmäßigkeiten der marktwirtschaftlichen Dynamik im internationalen Kontext. Der Wirkungszusammenhang der politischen Ökonomie ist das Ergebnis des handelnden Zusammenwirkens der Nationen gemäß dieser Gesetzmäßigkeiten.

Epilog:

8. DAS INNOVATIVE POTENTIAL DER POLITISCHEN ÖKONOMIE INTERNATIONALER BEZIEHUNGEN

Das nicht vorherbestimmbare, diskretionäre Handeln der einzelnen Nationen, der Einfluß den dieses Handeln auf die Entwicklung jeder anderen Nation gewinnen kann und deren Handlungsoptionen mitbestimmt, und die Auswirkungen der sich – dem Streben nach Gewinn- und Nutzenmaximierung privatwirtschaftlicher Akteure entsprechend – entfaltenden marktwirtschaftlichen Dynamik auf die Struktur des internationalen Systems, begründen die politische Ökonomie internationaler Beziehungen als einen hochkomplexen rückgekoppelten Prozeß. Dementsprechend handelt es sich bei dieser politischen Ökonomie um eine in sich geschlossene, alle Akteure miteinander verbindenden Dynamik, die zwar in ihrer Entwicklung von eindeutig bestimmbar und allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten – von der positionalen Logik des internationalen Systems und der Gewinn- und Nutzenmaximierung privatwirtschaftlicher Akteure – geprägt wird, an kritischen Punkten ihrer Geschichte aber trotzdem unterschiedliche Entwicklungen zuläßt. Die an einer solchen Zeitenwende gefällten Entscheidungen gewinnen dann – aufgrund der rückgekoppelten Strukturen des Prozesses – einen zunächst sich selbst verstärkenden Charakter, bis die Entwicklung an einen neuen Verzweigungspunkt ihrer Geschichte angelangt ist.

Ein solches Verständnis der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen als einen dynamischen Prozeß unter Einwirkung zufallsabhängiger Ereignisse bedeutet selbstverständlich zunächst einmal, daß ihre Entwicklung nicht vorgezeichnet ist. Auch langfristige Trends werden damit letztlich von zufallsabhängigen Ereignissen bestimmt, die eine Auswahl unter den – den Gesetzmäßigkeiten entsprechenden – möglichen Entwicklungspfaden vornehmen. Gleichzeitig ist nicht jede beliebige Entwicklung möglich: Die positionale Logik des internationalen Systems und die Gesetzmäßigkeiten der marktwirtschaftlichen Dynamik umschreiben den Handlungsspielraum der Nationen und die bestehenden, historisch tradierten strukturellen Bedingungen bestimmen die Ausgangssituation der weiteren Entwicklung. Die Evolution der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen bewegt sich dementsprechend zwischen den Extremen eines vollständigen strukturellen Determinismus, der zwingend einem vorherbestimmten Gleichgewichtszustand zustrebt,¹⁸⁷ einerseits und der vollständigen Beliebigkeit andererseits.

Die politische Ökonomie ist damit zwar einerseits von allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten bestimmt, läßt aber andererseits auch unterschiedliche Entwicklungen zu, läßt den Nationen ein gewisses Maß an Herrschaft über ihr Schicksal. So ist eine hegemoniale Struktur des internationalen Systems keine zwingende Voraussetzung einer liberalen Weltwirtschaftsordnung und internationale Wirtschaftskooperation auch unter Abwesenheit einer äußeren Bedrohung möglich. Aber gleichermaßen läßt sich wohl nicht mit Bestimmtheit logisch zwingend vorhersagen, daß von einer vernetzten, globalisierten Weltwirtschaft eine dauerhafte Befriedung der interna-

187. Der Neigung des strukturellen Realismus, die internationale Politik auf ökonomische Vorstellungen eines Gleichgewichtszustands perfekter Märkte zu reduzieren, hält Helen Milner ([1991] 1993, 167) überzeugend entgegen: „Focusing on actors’ interdependence can alleviate the strong structural determinism associated with metaphors using perfect markets, such as Waltz’s. *Politics seems ultimately to be about choice* – choice in the presence of uncertainty, incomplete information, and guesses about the intentions of other actors. Seeing the international system as one characterized by strategic interdependence among sovereign states and thus modeled on these imperfect or oligopolistic markets can provide many empirically and heuristically useful ways of looking at international politics.“ (Hervorhebung, Andreas Kéri.)

tionalen Politik ausgeht, das nicht an die Stelle der Ökonomisierung der Großmächtepolitik wieder deren Remilitarisierung tritt.

Dieser Grad an Unbestimmtheit – und damit an Freiheit – den die Komplexität des Prozesses dem interdependenten strategischen Handeln der Nationen eröffnet, befreit die politische Ökonomie von dem Zwang, sich in ihrer Geschichte selbst zu wiederholen. Aber aus genau den gleichen Gründen erreicht die internationale Politik auch niemals den Punkt, an dem – etwa im Sinne eines republikanischen oder kommerziellen Liberalismus – ein Auseinanderbrechen der internationalen Kooperation nicht mehr möglich ist. So sind die internationalen Beziehungen auch unter den Bedingungen einer globalisierten Weltwirtschaft weiterhin von der Rivalität der territorialstaatlich verfaßten Gesellschaften geprägt, wird die politische Ökonomie weiterhin von der Bedeutung relativer Gewinne als universelle Konstante jeden politischen Handels bestimmt. Aber gerade die dieser Gesetzmäßigkeit entsprechende positionale Logik des internationalen Systems ist es dann auch, die – in ihrer Verkoppelung mit den Gesetzmäßigkeiten der marktwirtschaftlichen Dynamik – einen Zwang zur Vertiefung internationaler Wirtschaftskooperation ausüben kann. In dem Ausmaß wie die marktwirtschaftliche Dynamik Einfluß auf die Struktur des internationalen Systems gewinnt und sich einer vollständigen Kontrolle durch einzelne Nationen – oder sogar des Staatensystems in seiner Gesamtheit – entzieht, beeinflusst sie die Kosten-Nutzen-Rechnungen der Nationen und beschränkt deren Handlungsspielraum. Die Nationen sind dann gezwungen, sich diesen marktwirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten anzupassen, wenn sie ihre relative Unabhängigkeit und faktische Souveränität nicht gefährden wollen. Gerade die relative Logik des internationalen Systems zwingt die Nationen dann zur Kooperation und fördert das Wachstum absoluten weltwirtschaftlichen Wohlstands.

Die Auseinandersetzung zwischen der realistischen und idealistischen Tradition politischen Denkens, dieser Kampf zwischen den ‘Söhnen der Finsternis’ und den ‘Söhnen des Lichtes’ ist in einer philosophischen Betrachtungsweise oft eine Auseinandersetzung über den Gang der Weltgeschichte, die in unterschiedliche Auffassungen über die Möglichkeit einer evolutionären Entwicklung des internationalen Systems mündet.¹⁸⁸ In der realistischen Tradition verurteilen die ehernen Gesetzmäßigkeiten politischen Handelns die Geschichte oft dazu, sich stets selbst zu wiederholen. Einer solchen zyklischen Interpretation der Geschichte stehen im anderen Extremfall Auffassungen gegenüber, denen zufolge die Weltgeschichte linear und unumkehrbar einem vorherbestimmten Endzustand zustrebt, sei es dem apokalyptischen Niedergang oder einem ewigen Frieden. In der Interpretation der politischen Ökonomie als einen Prozeß komplexer Rückkoppelung wird deren Entwicklungsgeschichte über den Einfluß entfaltet, den langfristige säkulare Trends auf die ‘zyklischen’ Prozesse politischen Handelns gewinnen. Der stetige Aufstieg und Niedergang der Nationen und die Bedeutung relativer Gewinne als universelle Konstante jeden politischen Handelns werden von der marktwirtschaftlichen Dynamik als langfristigen säkularen Trend überlagert, der in Richtung einer fortschreitenden Spezialisierung, steigenden Produktivität und weltwirtschaftlichen Integration wirkt. Diese systematisch angelegte Möglichkeit einer evolutionären Entwicklung des internationalen Systems gelangt aber nur dann und in dem Ausmaß zum Durchbruch, wie die Politik fähig und willens ist eine stabile Weltwirtschaftsordnung zu schaffen, die im Einklang mit den herrschenden Kräfteverhältnissen steht und gleichzeitig die Entfaltung der marktwirtschaftlichen Dynamik ermöglicht.

So sehr das marktwirtschaftliche System in seiner Expansion dann aber auch die Integration politisch differenzierter Märkte vorantreibt, ist es diesem marktwirtschaftlichen System trotzdem grundsätzlich weiterhin unmöglich, die politische Logik des internationalen Systems zu überwinden. So sehr die internationalen Beziehungen auch zunehmend von wirtschaftlichen Überlegungen geprägt werden, wird das internationale System auch weiterhin von den Gesetzmäßigkeiten seiner positionalen Logik beherrscht. So lange Politik grundsätzlich innerhalb und zwischen geographisch definierten Gesellschaften stattfindet, wird auch unter den Bedingungen einer globali-

188. Vgl. dazu auch Doran 1991, 8 u. Yost 1994, 274

sierten Weltwirtschaft ein Wettbewerb der Nationen stattfinden, der die Weltwirtschaftsordnung den nationalen Erfordernissen der Optimierung ihrer jeweiligen relativen nationalen Leistungsfähigkeiten unterwirft. Die Ökonomisierung der internationalen Politik mündet deshalb nicht in der Überwindung zwischenstaatlicher Rivalität durch das Gewinn- und Nutzenstreben privatwirtschaftlicher Akteure, sondern in einem geoökonomischen Wettbewerb der Nationen, innerhalb dessen die Nationen danach trachten, durch bewußte Manipulation der Gesetzmäßigkeiten des weltwirtschaftlichen Wettbewerbs ihre Stellung innerhalb der internationalen Arbeitsteilung und ihren Anteil an den Weltmärkten zu optimieren. Weil mit der Zunahme wirtschaftlicher Interdependenz auch die Selbstbehauptung der nationalstaatlich verfaßten Gesellschaften im weltwirtschaftlichen Wettbewerb immer mehr zum entscheidenden Faktor ihrer nationalen Sicherheit wird, erzwingt die fortschreitende Vertiefung der weltwirtschaftlichen Integration, bewirkt diese 'Globalisierung' damit zwar auf der einen Seite eine zunehmende Ökonomisierung der internationalen Politik; die zunehmende Beachtung marktwirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten durch die Nationen in ihrem Innenverhältnis und in ihren internationalen Beziehungen. Gerade weil aber durch die Globalisierung das Schicksal der Nationen immer mehr von den weltwirtschaftlichen Entwicklungen bestimmt wird, wird auch die Weltwirtschaftsordnung immer mehr zum konflikträchtigen Gegenstand internationaler Politik. Der Wirkungszusammenhang der politischen Ökonomie internationaler Beziehungen als Prozeß komplexer Rückkoppelung bringt auf diese Weise die Logik des geoökonomischen Wettbewerbs hervor, „the logic of war in the grammar of commerce“,¹⁸⁹ oder genauer:¹⁹⁰ Die Fortsetzung der Politik mit den Mitteln des ökonomischen Wettbewerbs.

Nachdem sich nun aber die Ausdehnung und Umwälzung des marktwirtschaftlichen Systems über eine Abfolge von Konzentrations- und Diffusionsprozessen vollzieht, die ein regional ungleichmäßiges wirtschaftliches Wachstum hervorbringen, und im Sinne eines Prozesses schöpferischer Zerstörung stets neue Anforderungen an die nationalen Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums hervorbringt, wirkt das marktwirtschaftliche System nicht mehr ausschließlich im Sinne eines evolutionären Kraftfeldes, das in Richtung einer fortschreitenden weltwirtschaftlichen Integration wirkt. In der Entfaltung dieses säkularen Trends fortschreitender Spezialisierung, steigender Produktivität und räumlicher Integration stellt sich das marktwirtschaftliche System vor allem auch als das primäre dynamische Element der politischen Ökonomie dar, das über den Aufstieg und Niedergang der Nationen einen stetigen Wandel der Struktur des internationalen Systems hervorbringt und damit auf die jeweils herrschende internationale Ordnung einen potentiell destabilisierenden Einfluß ausübt. So ist insbesondere unter den Bedingungen verhältnismäßig geringer Barrieren grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehrs innerhalb einer globalisierten Weltwirtschaft – in der nationale wirtschaftspolitische Maßnahmen dementsprechend verhältnismäßig ungehindert das relative Preisgefüge für grundsätzlich alle Marktteilnehmer des weltwirtschaftlichen Systems beeinflussen und sich aufgrund der zunehmenden Breite und Tiefe der Weltmärkte bei gegebenen Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums die Möglichkeit zu einer deutlichen Verkürzung der Dauer von Prozessen wirtschaftlicher Aufholung eröffnet¹⁹¹ – grundsätzlich von einer Beschleunigung des durch die marktwirtschaftliche Dynamik induzierten strukturellen Wandels auszugehen.

In dem Ausmaß wie die marktwirtschaftliche Dynamik auf diese Weise den strukturellen Wandel des internationalen Systems vorantreibt, durchbricht sie die lineare Beziehung zwischen den Akteuren und der Struktur des internationalen Systems, umfaßt die politische Ökonomie in sich selbst ein dynamisches Element, das an kritischen Punkten der historischen Entwicklung den sich selbst verstärkenden Charakter der herrschenden Ordnung aufbricht. Schließlich mündet der sich permanent vollziehende Wandel der Struktur des internationalen Systems ja immer

189. Luttwak 1990, 19

190. Vgl. Clausewitz [1832] 1984, 22

191. Vgl. zu letzterem oben Seite 25 und auch Garten 1997, 28

wieder in eine Phase kritischen Wandels, der die Nationen vor die Herausforderung stellt zu einem neuen Gleichgewicht zwischen den geänderten Kräfteverhältnissen und der internationalen Ordnung zu gelangen, um auch weiterhin die Stabilität des internationalen Systems zu sichern.¹⁹² Letztlich bringen Systemkrisen immer auch ein zusätzliches Erneuerungspotential mit sich.¹⁹³ Dies gilt auch in der internationalen Politik: „Systems transformation leaves the international political slate clean.“¹⁹⁴ So stellen Phasen kritischen Wandels nicht nur eine Bedrohung für die Sicherheit und Stabilität des internationalen Systems dar, sondern eröffnen – gerade durch die Destabilisierung der herrschenden Ordnung – auch die Möglichkeit zur Schaffung einer neuen Weltordnung.

Der Charakter der internationalen, geoökonomischen Politik als offener, nicht vorherbestimmter Prozeß konstituiert sich damit über den strukturellen Wandel der von der marktwirtschaftlichen Dynamik vorangetrieben wird und an kritischen Punkten der historischen Entwicklung die gestalterischen Möglichkeiten politischen Handels ausweitet. Vermittels der marktwirtschaftlichen Dynamik eröffnet sich die politische Ökonomie immer wieder selbst ein innovatives Potential: Die Destabilisierung der herrschenden Ordnung an kritischen Punkten strukturellen Wandels ist nicht nur eine Phase, in der internationale Politik vor besonderen Herausforderungen steht, sondern auch eine Phase, in der sich dem politischen Leadership ein ‘window of opportunity,’ sich ein Zeitfenster erweiterter Möglichkeiten politischen Handelns eröffnet, in dem Geschichte als evolutionärer Prozeß gestaltet werden kann.

192. Vgl. oben Seite 66-68

193. Vgl. Matis/Stiefel 1991, 13

194. Doran 1991, 252

LITERATUR

- Anderson, Kym and Richard Blackhurst (eds.). 1993. *Regional Integration and the Global Trading System*. New York: St. Martin's Press.
- APEC-Economic Leaders. 1994. *Declaration of Common Resolve*. Bogor, Indonesia, November 15.
- Ariff, Mohamed (ed.). 1991. *The Pacific Economy: Growth and External Stability*. Sydney: Allen & Unwin.
- Arthur, W. Brian. 1994. *Increasing Returns and Path Dependence in the Economy*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Arthur, W. Brian, Yuri M. Ermoliev, and Yuri M. Kaniovski. 1994. "Path-Dependent Processes and the Emergence of Macrostructure," in: Arthur 1994, 33-48.
- Ashkenasi, Abraham. 1972. „Einleitung,“ zu: Deutsch 1972, 7-13.
- Aumann, Robert J. 1989. "Game Theory," in: Eatwell, Milgate and Newman 1989, 1-53.
- Awuku, Emmanuel Opoku. 1994. "How Do the Results of the Uruguay Round Affect the North-South Trade?" *Journal of World Trade*, Vol. 28, No. 2 (April), 75-93.
- Axelrod, Robert. 1984. *The Evolution of Cooperation*. New York: Basic Books.
- Axelrod, Robert and Robert O. Keohane. [1985] 1993. "Achieving Cooperation under Anarchy: Strategies and Institutions," in: Baldwin 1993, 85-115.
- Baldwin, David A. (ed.). 1993a. *Neorealism and Neoliberalism: The Contemporary Debate*. New York: Columbia University Press.
- Baldwin, David A. 1993b. "Neoliberalism, Neorealism, and World Politics," in: Baldwin 1993a, 3-25.
- Behrens, Henning/Paul Noack. 1984. *Theorien der Internationalen Politik*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Bergsten, C. Fred and Marcus Noland (eds.). 1993. *Pacific Dynamism and the International Economic System*. Washington, DC: Institute for International Economics.
- Beuter, Heinz-Jürgen. 1982. *Von SALT zu START: Ein System antagonistischer Rüstungssteuerung*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Bhagwati, Jagdish. 2004. *In Defense of Globalization*. New York: Oxford University Press.
- Cameron, Rondo and Larry Neal. 2003. *A Concise Economic History of the World. From Paleolithic Times to the Present*. Fourth Edition. New York: Oxford University Press.
- Carr, E.H. [1939] 2001. *The Twenty Years' Crisis 1919-1939. An Introduction to the Study of International Relations*. Hampshire and New York: Palgrave.
- Caves, Richard E. [1982] 1995. "The Multinational Enterprise as an Economic Organization," in: Frieden and Lake 1995, 139-153.
- Clausewitz, Carl von. [1832] 1984. *Vom Kriege*. Hamburg: Rowohlt.
- Cleugh, James. 1986. *Die Medici. Macht und Glanz einer europäischen Familie*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Cohen, Benjamin J. [1977] 1995a. "A Brief History of International Monetary Relations," in: Frieden and Lake 1995, 209-229.
- Cohen, Benjamin J. [1993] 1995b. "The Triad and the Unholy Trinity: Problems of International Monetary Cooperation," in: Frieden and Lake 1995, 255-266.
- Cramer, Friedrich. 1993. *Der Zeitbaum: Grundlegung einer allgemeinen Zeittheorie*. Frankfurt am Main: Insel Verlag.
- Crowley, Roger. 2005. *1453. The Holy War for Constantinople and the Clash of Islam and the West*. New York: Hyperion.
- Deutsch, Karl W. 1972. *Nationenbildung – Nationalstaat – Integration*. Herausgegeben von A. Ashkenasi und P. Schulze. Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag.
- Doran, Charles F. 1991. *Systems in Crisis: New Imperatives of High Politics at Century's End*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Drysdale, Peter and Ross Garnaut. 1993. "The Pacific: An Application of a General Theory of Economic Integration," in: Bergsten and Noland 1993, 183-223.
- Dutta, M./R. Shiratori (eds.). 1994. *Asia-Pacific Economies: 1990s and Beyond*. Greenwich, Connecticut: JAI Press.
- Eatwell, John, Murray Milgate and Peter Newman (eds.). 1989. *The New Palgrave: Game Theory*. New York: W. W. Norton
- Eichengreen, Barry. [1989] 1995. "Hegemonic Stability Theories of the International Monetary System," in: Frieden and Lake 1995, 230-254.
- Fischer, Heinz-Joachim. 2001. *Rom: Zweieinhalb Jahrtausende Geschichte, Kunst und Kultur der Ewigen Stadt*. Köln: DuMont Buchverlag.
- Frieden, Jeffrey A. and David A. Lake (eds.). 1995. *International Political Economy: Perspectives on Global Power and Wealth*. London: Routledge.
- Friedman, Milton & Anna Jacobson Schwartz. [1963] 1993. *A Monetary History of the United States, 1867-1960*. Princeton: Princeton University Press.
- Garten, Jeffrey E. 1997. *The Big Ten: The Big Emerging Markets and How They will Change our Lives*. New York: Basic Books.
- Gärtner, Heinz. 1993. „Neue Theorien der internationalen Politik im Widerstreit.“ *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 22/2, 125-139.
- Gereffi, Gary and Donald Wyman. 1989. "Determinants of Development Strategies in Latin America and East Asia," in: Haggard and Moon 1989, 23-52.
- Gill, Stephen and David Law. 1988. *The Global Political Economy: Perspectives, Problems and Policies*. New York: Harvester-Wheatsheaf.
- Gilpin, Robert. 1987. *The Political Economy of International Relations*. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.
- Goodman, John B. and Louis W. Pauly. [1993] 1995. "The Obsolescence of Capital Controls? Economic Management in an Age of Global Markets," in: Frieden and Lake 1995, 299-317.
- Grieco, Joseph M. [1988] 1993a. "Anarchy and the Limits of Cooperation: A Realist Critique of the Newest Liberal Institutionalism," in: Baldwin 1993, 116-140.
- Grieco, Joseph M. 1993b. "Understanding the Problem of International Cooperation: The Limits of Neoliberal Institutionalism and the Future of Realist Theory," in: Baldwin 1993, 301-338.
- Griller, Stefan (Hg.). 1993. *Auf dem Weg zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion? Das Für und Wider der Vereinbarungen von Maastricht*. Wien: Service Fachverlag.
- Guzzini, Stefano. 1993. "Structural Power: The Limits of Neorealist Power Analysis." *International Organization*, Vol. 47, No. 3 (Summer), 443-478.
- Guzzini, Stefano. 1998. *Realism in International Relations and International Political Economy: The Continuing Story of a Death Foretold*. London: Routledge.
- Haggard, Stephan and Chung-in Moon (eds.). 1989. *Pacific Dynamics: The International Politics of Industrial Change*. Boulder, Colorado: Westview Press.
- Haggard, Stephan and Chung-in Moon. 1995. "The South Korean State in the International Economy: Liberal, Dependent, or Mercantile?" in: Frieden and Lake 1995, 47-60.
- Hardes, Heinz-Dieter/Fritz Rahmeyer/Alfons Schmid. 1986. *Volkswirtschaftslehre: Eine problemorientierte Einführung*. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- Hatch, Walter and Kozo Yamamura. 1996. *Asia in Japan's Embrace: Building a Regional Production Alliance*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Helpman, Elhanan and Paul R. Krugman. 1985. *Market Structure and Foreign Trade: Increasing Returns, Imperfect Competition, and the International Economy*. Cambridge, Massachusetts: The MIT Press.
- Helpman, Elhanan and Paul R. Krugman. 1989. *Trade Policy and Market Structure*. Cambridge, Massachusetts: The MIT Press.
- Hilf, Meinhard/Ernst-Ulrich Petersmann (Hg.). 1986. *GATT und Europäische Gemeinschaft*. Baden-Baden: Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V., Band 22.
- Hobbes, Thomas. [1651] 1989. *Leviathan; oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates*. Herausgegeben und eingeleitet von Iring Fetscher. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Jong, André de and Gerrit Zalm. 1992. "Scanning the Future: A Long-term Scenario Study of the World Economy 1990-2015," in: OECD 1992, 29-73.

- Kennedy, Paul. 1988. *The Rise and Fall of the Great Powers: Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000*. London: Fontana Press.
- Kennedy, Paul (ed.). 1991a. *Grand Strategies in War and Peace*. New Haven: Yale University Press.
- Kennedy, Paul. 1991b. "Grand Strategy in War and Peace: Toward a Broader Definition," in: Kennedy 1991a, 1-7.
- Keohane, Robert O. 1984. *After Hegemony: Cooperation and Discord in the World Political Economy*. Princeton: Princeton University Press.
- Keohane, Robert O. 1993. "Institutional Theory and the Realist Challenge after the Cold War," in: Baldwin 1993a, 269-300.
- Kéri, Andreas. 1993. „Strategic Overextension: Das Dilemma der USA im Brennpunkt der Golfkrise.“ Unveröffentlichte Seminararbeit aus Internationaler Politik an der Universität Wien.
- Kim, Young-Yoon. 1990. *Die asiatische Pazifikregion: Entstehung eines neuen Weltwirtschaftsraumes*. Frankfurt am Main: Verlag Peter Lang.
- Kindleberger, Charles P. 1973. *The World in Depression, 1929-1939*. Berkeley: University of California Press.
- Kindleberger, Charles P. [1975] 1995. "The Rise of Free Trade in Western Europe," in: Frieden and Lake 1995, 73-89.
- Kissinger, Henry A. 1994. *Diplomacy*. New York: Simon & Schuster.
- Krasner, Stephen D. (ed.). 1983. *International Regimes*. Ithaca: Cornell University Press.
- Krasner, Stephen D. [1976] 1995. "State Power and the Structure of International Trade," in: Frieden and Lake 1995, 19-36.
- Krasner, Stephen D. [1986] 1989. "Trade Conflicts and the Common Defense: The United States and Japan," in: Haggard and Moon 1989, 251-274.
- Krasner, Stephen D. [1991] 1993. "Global Communications and National Power: Life on the Pareto Frontier," in: Baldwin 1993, 234-249.
- Krause, Lawrence B. 1994. "Managed Trade: The Regime of Today and Tomorrow," in: Dutta/Shiratori 1994, 83-96.
- Krueger, Anne O. 1991. "Pacific Growth and Macroeconomic Performance: Models and Issues," in: Ariff 1991, 27-59.
- Krugman, Paul R./Maurice Obstfeld. 1994. *International Economics: Theory and Policy*. New York: HarperCollins College Publishers.
- Lee, Chung Hoon. 1994. *Changing Comparative Advantage and Outward Direct Foreign Investment: The Case of South Korea*. Seoul, Korea: First Economic Research Institute.
- Linder, Staffan Burenstam. 1986. *The Pacific Century: Economic and Political Consequences of Asian-Pacific Dynamism*. Stanford, California: Stanford University Press.
- Lipson, Charles. [1984] 1993. "International Cooperation in Economic and Security Affairs," in: Baldwin 1993a, 60-84.
- Luttwak, Edward N. 1990. "From Geopolitics to Geo-Economics: Logic of Conflict, Grammar of Commerce." *The National Interest*, No. 20 (Summer), 17-23.
- Machiavelli, Niccolo. [1525] 1986. *Geschichte von Florenz*. Zürich: Manesse Verlag.
- Mack, Andrew and John Ravenhill (eds.). 1994. *Pacific Cooperation: Building Economic and Security Regimes in the Asia-Pacific Region*. Canberra: Allen & Unwin, Australian National University.
- Mansfield, Edward D. 1993. "Effects of International Politics on Regionalism in International Trade," in: Anderson and Blackhurst 1993, 199-217.
- Mastanduno, Michael. [1991] 1993. "Do Relative Gains Matter? America's Response to Japanese Industrial Policy," in: Baldwin 1993a, 250-266.
- Matis, Herbert/Dieter Stiefel. 1991. *Die Weltwirtschaft: Struktur und Entwicklung im 20. Jahrhundert*. Wien: Ueberreuter.
- Mieck, Ilja. 1989. *Europäische Geschichte der Frühen Neuzeit*. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer.
- Milner, Helen. [1991] 1993. "The Assumption of Anarchy in International Relations Theory: A Critique," in Baldwin 1993a, 143-169.
- Mo, John S. 1996. "China, the World Trade Organization, and the Agreement on Trade-Related Investment Measures." *Journal of World Trade*, Vol. 30, No. 5 (October), 89-113.
- Montes, Manuel F. 1991. "Resource Gaps and External Financing in the Asia-Pacific Countries," in: Ariff 1991, 176-191.

- Morgenthau, Hans J. [1948] 1985. *Politics among Nations. The Struggle for Power and Peace*. Sixth Edition. New York: McGraw-Hill, Inc.
- Nicholson, Walter. 1989. *Microeconomic Theory. Basic Principles and Extensions*. Chicago: The Dryden Press.
- Nye, Joseph S. Jr. 1990. *Bound to Lead: The Changing Nature of American Power*. New York: Basic Books.
- OECD. 1992. *Long-term Prospects for the World Economy*. Paris: OECD.
- Olson, Mancur. [1965] 1971. *The Logic of Collective Action. Public Goods and the Theory of Groups*. Cambridge and London: Harvard University Press.
- Olson, Mancur. 1982. *The Rise and Decline of Nations. Economic Growth, Stagflation, and Social Rigidities*. New Haven and London: Yale University Press.
- Olson, Mancur. 2000. *Power and Prosperity. Outgrowing Communist and Capitalist Dictatorships*. New York: Basic Books.
- Porter, Michael E. 1990. *The Competitive Advantage of Nations*. New York: The Free Press.
- Powell, Robert. [1991] 1993. "Absolute and Relative Gains in International Relations Theory," in: Baldwin 1993a, 209-233.
- Rapkin, David P. 1994. "Leadership and Cooperative Institutions in the Asia-Pacific," in: Mack and Ravenhill 1994, 98-129.
- Rapoport, Anatol. 1989. "Prisoner's Dilemma," in: Eatwell, Milgate and Newman 1989, 199-204.
- Rawls, John [1971] 1990. *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rosecrance, Richard N. 1986. *The Rise of the Trading State: Commerce and Conquest in the Modern World*. New York: BasicBooks.
- Sachs, Jeffrey and David Lipton. [1990] 1995. "Poland's Economic Reform," in: Frieden and Lake 1995, 460-474.
- Shapley, Deborah. 1993. *Promise and Power. The Life and Times of Robert S. McNamara*. Boston: Little, Brown and Company.
- Snape, Richard H. 1993. "History and Economics of GATT's Article XXIV," in: Anderson and Blackhurst 1993, 273-291.
- Snidal, Duncan. [1991] 1993. "Relative Gains and the Pattern of International Cooperation," in: Baldwin 1993a, 170-208.
- Stein, Arthur. [1982] 1993. "Coordination and Collaboration: Regimes in an Anarchic World," in: Baldwin 1993a, 29-59.
- Stopford, John and Susan Strange with John S. Henley. 1991. *Rival States, Rival Firms: Competition for World Market Shares*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Summers, Lawrence H. and Vinod Thomas. [1993] 1995. „Recent Lessons of Development,“ in: Frieden and Lake 1995, 423-433.
- Thukydides. [410v.Chr.] 2002. *Der Peloponnesische Krieg*. Herausgegeben und übersetzt von Georg Peter Landmann. Düsseldorf; Zürich: Artemis und Winkler.
- Thurrow, Lester C. 1996. *The Future of Capitalism: How Today's Economic Forces Shape Tomorrow's World*. New York: William Morrow.
- Thurrow, Lester C. 2003. *Fortune Favors the Bold: What We must do to Build a New and Lasting Global Prosperity*. New York: HarperCollins Publishers, Inc.
- Tondl, Gabriele. 1993. „Herausforderungen für die EG-Regionalpolitik in den 90er Jahren,“ in: Griller 1993, 131-193.
- Tumlir, Jan. 1986. „GATT-Regeln und Gemeinschaftsrecht: Ein Vergleich wirtschaftlicher und rechtlicher Funktionen,“ in: Hilf/Petersmann 1986, 87-117.
- Tyson, Laura D'Andrea. 1992. *Who's Bashing Whom? Trade Conflict in High-Technology Industries*. Washington, DC: Institute for International Economics.
- Urata, Shujiro. 1993. "Changing Patterns of Foreign Direct Investment and the Implications for Trade and Development," in: Bergsten and Noland 1993, 273-297.
- Valdez, Stephen with Julian Wood. 2003. *An Introduction to Global Financial Markets*. Fourth Edition. New York: Palgrave Macmillan.
- Waltz, Kenneth N. 1979. *Theory of International Politics*. Reading, Mass.: Addison-Wesley.
- Waltz, Kenneth N. 1993. "The Emerging Structure of International Politics." *International Security*, Vol. 18, No. 2 (Fall), 44-79.

-
- Wang, Guiguo. 1994. "China's Return to GATT: Legal and Economic Implications." *Journal of World Trade*, Vol. 28, No. 3 (June), 51-65.
- Winderl, Thomas. 1994. „Elitenwechsel in Osteuropa: Versuch einer Typologie.“ *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 23/4, 381-393.
- Wolf, Martin. 2004. *Why Globalization Works*. New Haven and London: Yale University Press.
- Wright, Robert. 2000. *Nonzero: The Logic of Human Destiny*. London: Little, Brown and Company.
- Yost, David S. 1994. "Political Philosophy and the Theory of International Relations." *International Affairs*, Vol. 70, No. 2 (April), 263-290.

Andreas Kéri



Wien, 30. Jänner 1968
Invalidenstraße 7/11
1030 Wien

BILDUNG

HTL-Mödling

Höhere Lehranstalt für Feinwerktechnik, Reifeprüfung am 16. Juni 1987
Verleihung der Standesbezeichnung „Ingenieur“ am 2. April 1996

Wirtschaftsuniversität Wien

Universitätslehrgang zur Ausbildung von Exportkaufleuten, 1991/92

East-West Center, Hawaii, USA

Forschungsaufenthalt, Juli – September 1994

Management Zentrum St. Gallen

Junior Management Programm, September – Dezember 2002

Universität Wien

Politikwissenschaft und Fächerkombination des Internationalen Rechts, der Philosophie und der Volkswirtschaftslehre

BERUF

Alcatel-Lucent Austria AG

Sales Director Fixed Networks

ÖVP-Wien

Klubobmann der ÖVP-Landstraße

PUBLIKATIONEN

Harald Himmer, Andreas Kéri. *User-Centric Broadband*,
in: Achim Kaspar / Paul Rübiger (Hrsg.) 2006. Sternzeit 2010 – Der Markt. Die Perspektiven.
Wien: Linde Verlag.

Wirtschaftliche Aspekte von IPv6,

in: Helmut Leopold. (Hg.) 2004. IPv6 Weißbuch Österreich. Telekom Austria.

Strukturen parteipolitischen Wettbewerbs und Großparteien: Ein Vergleich zwischen Österreich und Deutschland

Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 1997/1

ABSTRACT

ECONOMICS AMONG NATIONS

A Foundation of the Political Economy of International Relations

There is this commonly held belief that globalization entails the end of politics. State-centered politics, in particular. National politics and international relations are henceforth supposed to be dictated by the laws of global economic competition alone.

Contrary to this popular belief, the present analysis is based on the hypothesis that the increasing global economic integration is perfectly in line with the classical theoretical thinking about international politics. State-organized societies, i.e. political nations, may enter into progressing economic interdependence exactly because they have to guard their economic security and political sovereignty. Globalization is the result of state-centered politics, conditioned by the laws of international economic competition, but firmly based on the political purpose of sovereignty.

Economics among nations designs a model of the political economy that puts the laws of a global market economy and the mechanics of international politics on an equal footing. The functioning and evolution of the political economy of international relations is governed by the interaction of these two social systems. Politics is not governed by economics. Successful politics is a necessary condition for a well-functioning economic system. But the political process will never be in full control of the workings of the economic system either. (Nor should it even try, if it cares for the liberty and welfare of its citizens.)

The political and the economic system interact with each other on the same systemic level. In so doing, they generate the political economy of international relations as a complex feedback loop. The laws or mechanics of each system are quite simple. But in their interaction and by involving numerous actors, a complexity is created that makes sure that the evolution of the international political economy is not predetermined. World economic growth, the rise and fall of nations, and the distribution of power and prosperity is circumscribed by this logic.